bremer
kassIBER
stadtzeitung
für politik, alltag, revolution

nummer 33

november 97

5,-

Aufbruch nach New York

Das „New Yorker Modell“ bringt deutsche Sicherheitsstrategen zum Träumen...

„Innere Sicherheit“: Von New York lernen, heißt siegen lernen • „No-go-areas“ • Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen • Männercafé adé • Zur Kritik der „Wehrmachtsausstellung“ • u.v.a.m.

Editorial

Eben mußten wir aus dem Radio erfahren, daß der SV Werder nicht einmal gegen den Tabellenletzten Hertha BSC Berlin gewinnen konnte - im Gegenteil: eine 0:2-Heimschlappe mußte hingenommen werden. Ganz bange wurde uns da um Bernhard Trares, den Allgäuer Libero (Eigentor per Kopfball), um Agit-Pop-Linksaußen Christian Brandt (bös gefoult) und Cheftrainer Wolfgang Sidka (wir müssen jetzt ganz von vorne anfangen). Derart bange, daß wir uns gezwungen sahen, das für diese Ausgabe geplante Interview mit Werders Marco Bode zu verschieben. In bessere Zeiten. Doch die scheinen mitnichten in Sicht:

In der seit Monaten schwelenden Diskussion um New Yorker und hiesige Sicherheitsbedürfnisse kommt der Wunsch nach Ordnung und (sozialer) Sauberkeit des öffentlichen Raums zum Ausdruck. Vom „Aufräumen" sprachen da blumig die Scharfmacher in Städten wie Berlin (Schönbohm), Hamburg (Voscherau) und Bremen (Borttscheller). Die in diesem Kontext bevorzugte Rede vom „Saubermachen" ist aber selbstverständlich nicht als Forderung nach verbesserter Ausstattung bremischer und anderer Entsorgungsbetriebe zu verstehen. „Aufräumen" erfährt in dieser Diskussion eine soziale Dimension. Die Umdeutung dieser Tätigkeit auf das Soziale läßt nur eine entsprechende Interpretation zu: daß der „Unrat", der „Dreck" und die „Unordnung" mit „Verbrechen", also „Verbrechern", also „Randgruppen", also „Ausländern"/Junkies usw. übersetzt werden muß. Eine solche Anwendung hygienischer Kategorien aufs Soziale läßt sich mit Fug und Recht als faschistoid bezeichnen.

Im Artikel **Von New York lernen, heißt siegen lernen** geht es um die hier als „New Yorker Modell" diskutierte neue Kampagne „Innere Sicherheit". Die ihr zugrunde liegende „broken-windows"-Theorie negiert soziale Ursachen von Kriminalität und kommt daher zu dem Ergebnis, daß unter dem Motto „Null Toleranz" das Übel an der Wurzel bekämpft werde. Dazu bedarf es einer (all)mächtigen Polizei, die nach dem Motto des New Yorker Polizeipräsidenten - „Je mehr wir verhaften, desto weniger Verbrechen haben wir" - durchgreift. Darauf verstehen sich auch deutsche Büttel: **Musterhafte Prügelknaben** berichtet über die von zahlreichen internationalen Organisationen geübte Kritik aufgrund rassistischer Übergriffe der PolizistInnen auf Nichtdeutsche. Doch auch die Polizei hat's nicht leicht. Im Sommer fällte das Bremer Verwaltungsgericht ein Urteil, das Borttschellers SchergInnen zur Überarbeitung des Maßnahmenkatalogs betreffs Drangsalierung von DrogengebraucherInnen zwingt, denn **„No-go-areas" für Junkies sind illegal.**

Die neuen Leitlinien für deutsche Städtepolitik heißen „EXPO 2000", „Hauptstadt Berlin" oder auch „Spacepark" bzw. „Oceanpark" o.ä., weniger in das Bild des aufstrebenden, innovativen Nordens paßt z.B. der Bremer Stadtteil Kattenturm. Ein zweifelsohne marginalisierter Stadtteil, in der es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen insbesondere unter Jugendlichen, aber auch zur schlagzeilenträchtigen **Randale in Kattenturm** kam. Der Artikel versucht die Konflikte von Jugendcliquen (unter sich und mit der Polizei) zunächst nachzuzeichnen, um im Anschluß einige Ansätze für Erklärungen für die Eskalation zu liefern. Die dürften bei den hanseatischen StadtplanerInnen von gestern und den ModernisiererInnen von heute auf gleichermaßen wenig Gefallen stoßen.

Nicht gefallen konnte auch das Comeback Bärbel Schäfers und ihres RTL-Teams am 14. Oktober auf dem Ziegenmarkt. Beim Versuch erneuter Stimmungsmache gegen Junkies war es dem „Bärbel-on-tour"-Tontechniker aufgrund des gellenden Pfeifkonzerts der zahlreichen Schaulustigen weder möglich, die schrille Stimme der ehemaligen Bremerin noch die Stefan Schafheitlins („Wir im Viertel"), der als „Lehrer Stefan" auf dem Podium saß, zu übertragen. Was aber wäre zu hören gewesen? Forderungen, wie wir sie von der Bremer Drogenpolitik und den braven BürgerInnen oft genug gehört haben: Kriminalisierung! Durchgreifen! Aufräumen! Womit wir wieder am Anfang wären - und eigentlich auch Schluß machen könnten.

Noch ein Hinweis: Wir haben jetzt eine eMail-Adresse: **kassiber@brainlift.de** - schreibt uns! Den kassiber gibt es auch im Internet: **http://www.ohz.north.de/user/kombo/home.htm** - wir geloben interessierten LeserInnen und insbesondere den GenossInnen von Kombo(p), künftig für eine möglichst aktuelle Bereitstellung der Texte zu sorgen.

Die Redaktion, 1.11.1997

Inhalt

Magazin

Was bisher geschah.....4

Termine.....14

Bremen

**"Innere Sicherheit"
Von New York lernen, heißt siegen lernen 16**

**Struktureller Rassismus:
Konfliktlinien eines linken Filmprojektes.....21**

**Internationale Kritik am Polizeialltag:
Musterhafte Prügelknaben 22**

**Vorprogrammierte Auseinandersetzung:
Randale in Kattenturm.....24**

Bremer Drogenpolitik: No-go-areas sind illegal 26

**Zur Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit:
Falsche Signale 29**

Zum Tode von Willi Meyer-Buer: "In der Öffentlichkeit war ich als Kommunist bekannt".....34

Ermittlungen gegen ehemalige Bremer Asta-Vorsitzende eingestellt 37

Ein Lied hat viele Absichten: Männercafé adé 38

**Bremen im Deutschen Herbst:
"So etwas würde ich lieber verbrannt sehen" 40**

**Zur Kritik an der Wehrmachtsausstellung:
Konkurrenz um die passende Nationalmoral 42**

Politische Gefangene/Prozesse

**Zum Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal:
Repressive Ermittlungsmethoden aufgedeckt 48**

Kurzmeldungen 49

Rezensionen

Kresnik inszeniert Beethovens Fidelio 54

Nick Hornby: Fever pitch - Buch/Film 55

Raul Zelik: Friß und stirb trotzdem 58

Donat/Strohmeyer: Befreiung von der Wehrmacht? 59

Herward Beschorner: Sie haben nur ihre Pflicht getan 59

Es gibt viele Möglichkeiten der Agitation ...

kassiber ist eine sanfte - verursacht keine Schmerzen, wirkt langsam, aber andauernd und muß nur alle zwei bis drei Monate eingenommen werden. Wer in Kneipen nur Bier trinkt, Buchläden meidet und alle HandverkäuferInnen für Jehovas Zeugen hält, sollte den kassiber besser abonnieren: 35 Mark für ein Jahr im Briefumschlag an den VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen

Impressum

bremer kassiber: Herausgegeben vom Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (VzVuN). V.i.S.d.P.: J.Kranz, Sebaldsbrücker Heerstraße 234, Bremen.
Redaktionsanschrift: VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen. Fax: 0421-75682, kassiber im Internet: http://www.ohz.north.de/user/kombo/home.htm
eMail: kassiber@brainlift.de
Texte bitte als MS-Word, Winword, ASCII-Dateien, zur Not als Word für Mac, auf Diskette - mit einem Ausdruck - an die Redaktionsanschrift (für Rückfragen bitte Adresse, Telefon-Nr. o.ä. beilegen).

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem oder der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit den Gründen der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird diese Zeitschrift der oder dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur die, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

was bisher geschah:

28 mai

antifaschistische kundgebung

Rund 500 Männer und Frauen nehmen an einer antifaschistischen Kundgebung vor dem Theater am Goetheplatz teil, wo am Abend die Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944 mit 900 Gästen stattfindet. Anlaß der Kundgebung ist eine von der faschistischen NPD für den gleichen Zeitraum angemeldete, dann allerdings vom Stadtamt verbotene, Demonstration gegen die - so eine NPD-Presseerklärung - "verlogen einseitige Wehrmachtsausstellung".

29 mai

bürgerantrag gegen tierversuche

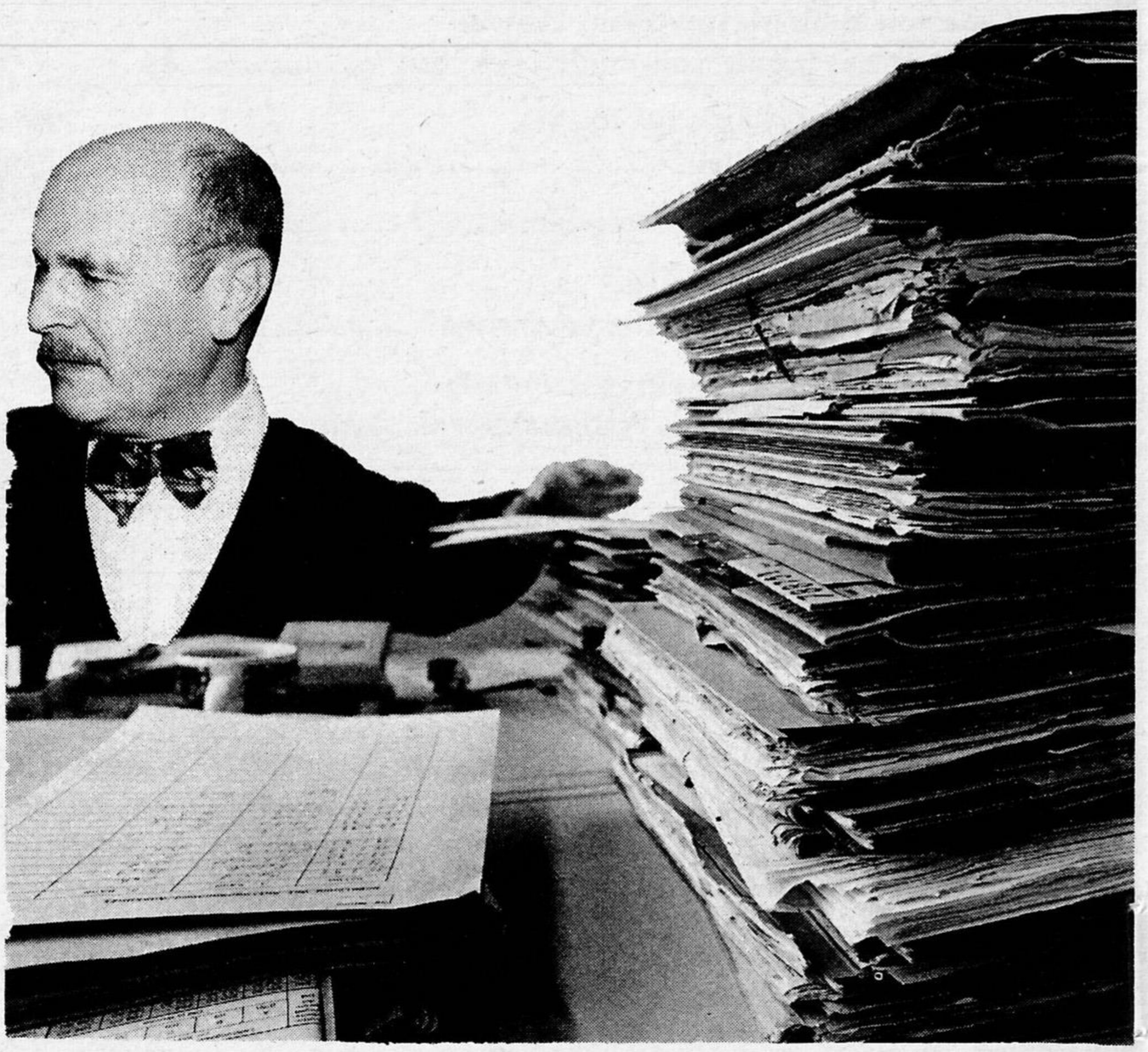
Der Bremer Tierschutzverein überreicht in der Bürgerschaft 17.669 Unterschriften für einen Bürgerantrag gegen Tierversuche. Demnach soll die Bürgerschaft (Landtag) per Beschluß den Senat auffordern, erstens "vor der Berufung eines ausgewiesenen Primatenforschers, welcher beabsichtigt, seine Forschungen mit Affen an der Bremer Universität fortzusetzen, klarzustellen, daß solche Experimente an Lebewesen abgelehnt bzw. nicht genehmigt werden"; zweitens "dafür Sorge zu tragen, daß der Bau von Primatenunterkünften unterbleibt"; drittens "die bisherige Tierversuchspraxis auf ihre ethische Vertretbarkeit zu überprüfen" und viertens "sich für die Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung ... einzusetzen". Anlaß ist die Berufung des "ausgewiesenen Primatenforschers" Dr. Andreas Kreiter (z.Zt. Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt/M.) als Professor auf den Lehrstuhl für Theoretische Neurobiologie der Bremer Uni. Kreiter will Ende des Jahres mit seinen Forschungen beginnen. Die Bürgerschaft muß sich aber erst mit diesem Bürgerantrag beschäftigen, wenn das Einwohnermeldeamt die Unterschriften überprüft hat.

2 juni

von bock und pollach kündigt rücktritt an

Den seit langem erhofften Karrieresprung hatte er erst 1995 machen können, nachdem sein alter Kumpel Ralf Borttscheller Innensenator wurde und ihn zum Staatsrat berief, denn seine vorherigen Ambitionen wurden zumeist durch die sozialdemokratischen Senatoren ausgebremst. Hans-Georg von Bock und Pollach, als Polit-Staatsanwalt für linksradikale Kreise fast schon eine Institution, hatte es bis Mitte der 90er Jahre zwar immerhin bis zum Leitenden Oberstaatsanwalt und Pressesprecher der Strafjustiz gebracht, die ganz große Justiz-Karriere, vielleicht ein Sprung nach Karlsruhe, blieb ihm aber verwehrt. Die hiesige Sozialdemokratie hielt nämlich größere politische Prozesse, die ihm eine Profilierungschance geboten hätten, nicht für opportun und ließ die hiesige Szene lieber - weitgehend erfolgreich - vermittels bremischer "Liberalität" nebst eventueller Aussicht auf spätere ABM-Stellen im Schlachthof, Lagerhaus oder ähnlichen Einrichtungen weitgehend ins Leere laufen. Und während in anderen Bundesländern linksradikale Männer und Frauen bei fast jedem Pfurz Gefahr liefen, ein 129a-Ermittlungsverfahren zu erhalten, mußte von Bock und Polach in der Regel schnell die Akten schließen oder konnte lediglich Geldbußen, höchstens einmal Bewährungsstrafen beantragen. Bei dennoch in Bremen stattfindenden Razzien mußte von Bock sich zumeist auf die Rolle des Zuträgers der Bundesanwaltschaft oder von Staatsanwaltschaften in anderen Bundesländern beschränken.
Diese ihm politisch aufoktroyierte Untätigkeit mag ein Grund gewesen sein für ein gewisses Laisser-faire, das spätestens während der Ampelkoalition in Schlampig-

böse menschen (teil1: beim hinter-die-heizung-werfen von akten)



keit überging. 170 nicht bearbeitete Akten - zumeist im Zusammenhang mit den Aktivitäten gegen die hiesigen nationalistischen Feierlichkeiten zum 3. Oktober 1994 - stapelten sich nach seinem Abgang ins Innenressort in seinem Büro. Diesen Berg hatte er auch durch Heimarbeit nicht bewältigen können, wobei sogar - auch dies kam heraus - eine Akte "außer Kontrolle geraten" war, d.h. (vorübergehend) verlorengingen. Da die meisten Vorgänge inzwischen verjährt waren, wurde gegen von Bock Ende 1995 ein Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung im Amt eingeleitet, das entgegen seiner Erwartung nicht eingestellt wurde. Unerwartet kam aber

auch, daß ihm ansonsten politisch durchaus nahestehende Leute ihn als "faul", geradezu arbeitsscheu, bezeichneten und seinen Rücktritt forderten. Ein Image, daß auch Flecken auf der ansonsten blutroten Weste des Vorgesetzten und Freundes aus Pennälerzeiten Borttscheller hinterlassen hat.
Anfang Juni diesen Jahres nun bedeutete ihm der CDU-Landesvorstand, daß er nicht mehr tragbar sei. Von Bock und Polach bat daraufhin darum, aus seinem Amt entlassen zu werden, auch weil er die Dauer des gegen ihn laufenden Ermittlungsverfahren nicht überblicken könne. Er rechne aber immer noch mit der Verfahrenseinstellung, schließlich sei er völlig überlastet gewesen. Der Senat stimmt dem am 24. Juni zu, der Staatsrat soll allerdings noch bis Ende Juli im Amt bleiben.
Anfang Juli wird bekannt, daß die Staatsanwaltschaft Anklage wegen "vollendeter Strafvereitelung im Amt" in drei Fällen erhoben hat. Ihrem ehemaligen Kollegen droht damit eine Geldstrafe oder bis zu fünf Jahren Haft.

3. Juni

spd-fraktionsbüro

Rund 40 Männer und Frauen besetzen die Räume der SPD-Bürgerschaftsfraktion am Altenwall, um so gegen die Abschiebungen in die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und die Drangsalierung der Flüchtlinge durch die hiesige Ausländerbehörde zu protestieren. Zu der etwa zweistündigen Aktion hatten das Komitee der Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina in Bremen und das Antirassismus-Büro Bremen (ARAB) aufgerufen.

5. Juni

deutsche polizistInnen (I)

Nachdem ein 19jähriger Flüchtling aus Sierra Leone, der in Delmenhorst wohnt und in Bremen zu Besuch war, am 20. Mai von zwei rassistischen Zivilfahndern der Bremer Polizei mißhandelt wurde, stellt sein Rechtsanwalt Jens-Uwe Thümer (Lüneburg) Strafanzeige gegen die beiden Polizisten. Issa G. habe sich am 21. Mai bei ihm gemeldet und erzählt, daß er aus einer Straßenbahn gezerrt, als "stinkender Nigger" beschimpft und auf den Kopf geschlagen worden sei. Zunächst habe der 19jährige an einen Überfall von Rechtsradikalen gedacht, erst auf der Polizeiwache sei ihm klar geworden, daß es sich bei den beiden Schlägern um Polizisten handelte. Issa G. sei als Drogendealer verdächtigt und gezwungen worden, mehrere Becher Brechmittel zu trinken - was aber genauso wenig Drogen zu Tage brachte wie seine vorherige Durchsuchung. Danach habe der Betroffene zwölf Stunden an blutigem Erbrechen gelitten.

abschiebungen nach zoll-razzia (I)

Während der Überprüfung eines Schaustellerbetriebs durch Zoll und Polizei werden acht polnische Männer in Gewahrsam genommen und anschließend dem Haftrichter vorgeführt - sie sollen abgeschoben werden. Die Betroffenen seien lediglich mit einem Touristen-Visum in die BRD eingereist und hätten keine Arbeitserlaubnis besessen. Gegen den Schausteller werde ein Verfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt und wegen illegaler Beschäftigung eingeleitet.
Die Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern verabreden, die sog. Rückführung der Flüchtlinge nach Bosnien-Herzegowina mit

6. Juni

abschiebungen mit "besonderer sensibilität"

"besonderer Sensibilität" fortzusetzen, d.h. alles wie gehabt. Eine Ausnahme bildeten die Abschiebungen von Moslems und KroatInnen in die serbisch dominierte Republik Srpska, die nur in Ausnahmefällen durchgeführt werden sollten.
In den letzten 18 Monaten seien von den 320.000 in der BRD lebenden bosnischen Flüchtlinge 30.000 zurückgekehrt - laut UN-Flüchtlingskommissariat sind es allerdings etwa 50.000. Nach Angaben Bundesinnenminister Kanthers wurden bundesweit bisher 269 Flüchtlinge abgeschoben. Aus Bremen waren es zwei Männer (s. kassiber 32, S. 10), rund 500 Flüchtlinge seien, so Innensenator Borttscheller, "freiwillig" gegangen.

euro-marsch

An der Bremer Etappe des seit Mitte April in 14 europäischen Orten gestarteten Euro-Marsches gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung beteiligen sich am Nachmittag rund 200 Frauen und Männer. Die Demonstration, zu der zahlreiche gewerkschaftliche, antirassistische und feministische Gruppen und Organisationen aufgerufen hatten, zieht vom Hauptbahnhof über das Arbeitsamt zum Marktplatz, wo ein "Fest" mit Redebeiträgen, Kulturprogramm, Infotischen und Bremer Tafel den Abschluß bildet. Mit dabei sind einige fahrradbewehrte Mittvierziger, die schon vor Wochen in Dänemark gestartet sind und über Mecklenburg-Vorpommern nach Bremen gekommen waren, um tags darauf nach Oldenburg weiterzufahren. Allein es bleibt der Eindruck, daß die Bezeichnung Euro-Marsch denn doch ein wenig zu martialisch gewählt, womöglich von gewerkschaftlich-orientierten bzw. dem Ideal einer revolutionären Arbeiterklasse verhafteten Organisationen durchgesetzt wurde, die aber zumindest auf der Bremer Demo nur durch einen größeren Block kurdischer Männer und Frauen vertreten waren. Der deutsche Rest latschte doch ziemlich ökomäßig, irgendwie alternativ, ein bißchen autonom, ein bißchen feministisch, ungeordnet und unordentlich, barfuß, mit Hund und Fahrrad daher.

10. Juni

bremische verkauft

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Verkauf von 49,9 Prozent der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung und Wohnungsbau (Bremische) zu. In namentlicher Abstimmung votieren sämtliche Abgeordneten der Großen Koalition dafür, die von Bündnis 90/Die Grünen und der AFB dagegen. Die knappe Hälfte der noch stadteigenen GmbH geht jetzt für 90,5 Millionen Mark an das Konsortium Stadtwerke Bremen/Rinteln-Stadthagener-Eisenbahn AG (RSE); das entspricht einem Preis von 24.300 Mark pro Wohnung. Mit den 49,9 Prozent des Kapitals erhält das Konsortium 50 Prozent der Stimmanteile. Bereits am 16. Mai hatte die Stadtbürgerschaft den Verkauf von 24,2 Prozent der Aktien der Gesellschaft für Wohnen und Bauen (Gewoba) beschlossen (s. auch kassiber 32, S. 9f).
Die Initiative gegen den Verkauf und die Privatisierung der Gewoba und der Bremischen, die am 13. Mai 5.500 von ihr gesammelte Unterschriften für ein Volksbegehren überreicht hatte (s. kassiber 32, S. 11), kritisierte, daß mit dem Beschluß zum Verkauf der Bremischen-Anteile unnötig vollendete Tatsachen geschaffen und damit das beantragte Volksbegehren unterlaufen werde. Die Kaufvereinbarung sei "zutiefst unseriös". So müsse die Bremische die 1.200 Wohnungen der RSE in Chemnitz und Duisburg kaufen - und finanziere so die Beteiligung der RSE an der Bremischen praktisch selbst.

11. Juni

bürgerschaft für "affenversuche" an der uni

Mit den Stimmen der Großen Koalition schmettert die Bürgerschaft den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Keine wissenschaftlichen Experimente an Primaten an bremischen Hochschulen" ab und beschließt stattdessen einen sog. Kompromißantrag von SPD und CDU. Der Senat wird jetzt aufgefordert, alle Bemühungen der Universität zu unterstützen, Tierversuche auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Solange die Tierversuche aber nun mal leider unverzichtbar seien, müßten die besten bekannten Standards für Experimente und Haltung der Versuchstiere realisiert werden usw. usf.

sexistische angriffe (I)

Eine Radfahrerin wird gegen 17.30 Uhr in der Richard-Boljahn-Allee von einem nur mit Boxershorts bekleideten Mann überfallen. Der Mann hatte die 17jährige auf dem Fahrrad verfolgt und ihr, als er sie eingeholt hatte, an die Brust gegriffen. Die junge Frau ohrfeigt den Täter, der dann versucht, sie in ein Gebüsch zu zerren. Als dies mißlingt, schleudert der Mann eines der Räder auf die 17jährige, sie kann verletzt fliehen.

antischwule kampagne

Helmut Pflugradt, Bürgerschaftsabgeordneter und CDU-Fraktionsvize, der von seiner Partei - allerdings in offenen Abstimmungen - als Nachfolger des kürzlich geschaßten Staatsrats im Bauressort, Joachim Baltes, nominiert wurde, muß seine diesbezüglichen Ambitionen begraben: "Durch eine Kampagne, die zum Teil ins Persönliche geht, habe ich keine faire Chance, das Amt des Staatsrates unbeschwert auszuüben." Womit er seinen zahlreichen GegnerInnen aus Politik, Wirtschaft und Medien schmeichelt, hatten die dem Berufspolitiker, der seit 22 Jahren in der Bürgerschaft sitzt, doch nicht nur vorgeworfen, bis 1974 nur Hauptsteuersekretär gewesen zu sein und damit nicht über die fachliche Qualifikation zum höheren Dienst zu verfügen - als spielten derlei Voraussetzungen bei der Besetzung der (politischen) SenatorInnen- und StaatsrätInnenposten durch die Regierungsparteien eine größere Rolle -, auch soll er als ehemaliger baupolitischer Sprecher der CDU ziemlich autoritär aufgetreten sein. Aber das ist in der durch den Bonner Staatssekretär Bernd "Zecke" Neumann an der kurzen Leine geführten Bremer CDU allerhöchstens eine Zusatzqualifikation, was nicht nur die parteiinterne Kampagne gegen das "Weichei" Bürgermeister Ulrich Nölle belegt. Alles keine Gründe, die gegen Pflugradt sprachen - denn tatsächlich ging es im wesentlichen um das "Privatleben" des Kandidaten:

"Als Sympathisant der CDU mußte ich mit Befremden feststellen, daß Helmut Pflugradt als heißer Kandidat für das Amt des Staatsrates im Bauressort gehandelt wird. Er müßte aber vor der Ernennung eine Klippe umschiffen, da er kein Studium absolviert hat und nur im mittleren Dienst der Steuerverwaltung tätig war. Diese Klippe erscheint mir relativ unwichtig, die andere Klippe wurde geflissentlich unter den Tisch geschoben, nämlich, daß Herr Pflugradt vor nicht allzulanger Zeit mit einem Strichjungen in Zusammenhang gebracht wurde und dadurch unangenehme Dinge an die Öffentlichkeit gelangten. Bei soviel Zwielichtigkeit sollte Herr Pflugradt doch den Anstand besitzen, freiwillig aus der Politik zu verschwinden, und auch die CDU sollte sich überlegen, ob dieser Mann Anspruch auf solch eine Position hat, denn auch der Wähler krankt nicht immer an Vergeßlichkeit." (Weser-Kurier vom 13.6.97)

Monika Wolters sagt bzw. schreibt, was die CDU-Basis insbesondere in den Großbürgerstadtteilen Schwachhausen und Oberneuland denkt, und so blieb es den CDU-Mitgliedern in Oberneuland vorbehalten, den Karrieresprung Pflugradts einen Tag vor dessen geplanten Ernennung durch den Senat zu verhindern. Einmal mehr eingepeitscht durch den ehemaligen Bundestags- und Bürgerschaftsabgeordneten Günter Klein, der u.a. davor "warnte", daß Pflugradts Privatleben zu viele Angriffspunkte biete, machte das ob seiner zahlreichen "Junkies-raus!"- bzw. "Ausländer raus!"-Kampagnen berüchtigte Pack seinem Herzen auf einer Versammlung Luft und deutlich, was in den Kommentaren der anderen meist nur zwischen den Zeilen lesbar war - nämlich daß ein Schwuler nicht Mitglied der Landesregierung werden dürfe. Pflugradt verkündete am nächsten Morgen seinen Verzicht.

Beachtlich auch der ebenfalls an vorderster Front der antischwulen Kampagne tätige Lokalchef des Weser-Kuriers, Axel Schuller, der - in der eher sozialdemokratischen Tageszeitung höchst unüblich - dem CDU-Mitglied Pflugradt innerhalb einer Woche immerhin vier mehrspaltige Artikel und Kommentare widmete. Dabei spielte er regelmäßig auf das "Privatleben" an, ohne ein einziges Mal zu schreiben, was denn gemeint war - um dann seinen abschließenden Kommentar (Überschrift: "Der Sturm war's, nicht die Einsicht") mit den Worten "außerdem darf er (der Staatsrat, Anm.) nicht erpreßbar sein" zu beenden.

militärische ausbildung

Die Bundeswehr und die Stadtwerke Bremen AG geben bekannt, demnächst einen Kooperationsvertrag über einen Ausbildungsverbund unterzeichnen zu wollen. Dadurch sollten, angeregt durch die Berufsberatung des Arbeitsamts, bis zum Herbst 1998 zehn neue Ausbildungsplätze im gewerblich-technischen Bereich

40 Jahre Studium kein Grund für Exmatrikulation

Frohe Botschaft für AStA-AktivistInnen, Autonome und andere Arbeitsscheue: Auch ein 40jähriges Studium stellt nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg keinen Grund dar, eine/n Studierende/n von einer Hochschule auszuschließen. Die Universität Freiburg wurde verpflichtet, die Exmatrikulation eines inzwischen 61jährigen Studenten zum Sommersemester 1996 zurückzunehmen, der seit 1957 eingeschrieben ist. Dort hatte man behauptet, der Mann betreibe lediglich ein Scheinstudium und habe es ausschließlich auf die sozialen Vergünstigungen abgesehen (Aktenzeichen: Verwaltungsgericht Freiburg, 7 K 2576/96).

böse menschen (teil 2: bei der parade)

In den Hafen der Ehe mit Hundebegleitung

Zwei- und Vierbeiner standen am Freitag vor dem Standesamt Bremen-Mitte Spalier, als Silke Sendt (26) und Markus Vöge (31) nach der Trauung die Amtsräume verließen. Ihre Freunde vom Verein für Deutsche Schäferhunde, Ortsgruppe Hemelingen, der auch das Brautpaar angehört, hatten sich diese Überraschung für die passionierten Hundesportler ausgedacht. Die jung Vermählten hatten offensichtlich auch Freude an der gelungenen Überraschung.

Der kleine Tierfreund

Sechs Millionen Katzen, fünf Millionen Hunde, 5,4 Millionen Ziervögel sowie 3,8 Millionen Kleintiere wie Hamster und Meerschweinchen, nicht gezählt die vielen Fische (3,1 Millionen AquarienhalterInnen) harren hinter den Mauern deutscher Wohnzimmer der Befreiung durch wackere deutsche TierrechtlerInnen - aber nichts passiert. Zur Freude des Zentralverbandes Zoologischer Fachbetriebe Deutschlands, der zwar für 1996 ein Umsatzminus von 2,5 Prozent einräumen muß, 1995 auf dem "Heimtierbedarfsmarkt" aber noch 4,4 Milliarden Mark umsetzen konnte: 3,2 Milliarden bei der Fertignahrung und 1,2 Milliarden für Zubehör.Im Urlaub hingegen ist der/die Deutsche von Tieren nur wenig angetan. Als unheimlich werden nach einer von der Zeitschrift Geo Saison in Auftrag gegebenen Umfrage bei 1.000 BundesbürgerInnen Kakerlaken (68 Prozent), Schlangen (51 Prozent) und große Spinnen (50 Prozent) empfunden. Unbeliebt sind ferner nicht nur die vielen ausländischen Einheimischen, sondern auch Quallen und Krebse (31 Prozent), Fledermäuse (23 Prozent) und streunende Hunde (21 Prozent).

16.00 📼 **Fliege** Thema: „Mein Tier ist schlauer als ich!" – Wunderwesen auf vier Pfoten

geschaffen werden. Die jungen Männer (Voraussetzungen: Realschulabschluß und höchsten 16 Jahre alt), die zum Energieelektroniker (Fachrichtung Betriebstechnik) oder zum Industriemechaniker (Fachrichtung Maschinen- und Systemtechnik) ausgebildet würden, müßten vor Ausbildungsbeginn das Bewerbungsverfahren bei der Bundeswehr und bei den Stadtwerken durchlaufen und - kleiner Haken - eine schriftliche Absichtserklärung unterzeichnen, sich nach der Lehre für vier Jahre bei der Marine, der Luftwaffe oder beim Heer zu verpflichten. Dort würden sie dann "berufsspezifisch" eingesetzt werden, um anschließend bei den Stadtwerke einen Arbeitsplatz zu erhalten. Dieser Ausbildungsverbund sei für beide Seiten vorteilhaft: Die kostenintensiven Ausbildungswerkstätten der Stadtwerke würden besser ausgelastet, außerdem werde jeder Ausbildungsplatz monatlich mit 500 Mark durch die Bundeswehr gefördert. Die Bundeswehr wiederum spare die Kosten für eine eigenständige Ausbildung und erhalte qualifiziertes Personal.

19. April

sexistische angriffe (II)

Am frühen Morgen wird eine 20jährige Frau von einem Mann auf dem Gelände des StudentInnenwohnheims Luisenthal in Horn vergewaltigt. Der unbekannte Täter hatte zuvor bei einer Feier versucht, Kontakt mit der Studentin aufzunehmen, wurde von ihr aber abgewiesen. Als sie zwischen vier und fünf Uhr in ihre Wohnung auf dem Gelände zurückkehren wollte, wurde sie vor der Tür von dem Mann überfallen und vergewaltigt.

20. April

sexistische angriffe (III)

Eine Frau wird gegen 1 Uhr auf einem Stichweg in der Moorstraße/Ecke Selsinger Straße von einem Mann überfallen. Die 39jährige wehrt sich laut schreiend und verletzt den Täter im Gesicht, bis es ihr gelingt sich loszureißen. Die Frau erleidet einen schweren Schock.

22. April

sexistische angriffe (IV)

In Gröpelingen wird eine Frau gegen 22 Uhr von einem Mann überfallen. Der Täter drückt ihr von hinten mit der Hand den Mund zu und zerrt sie in das Gebüsch vor einem Kinderladen. Aufgrund ihrer heftigen Gegenwehr und der lauten Schreie wird ein Anwohner aufmerksam, der Täter flüchtet.

24. April

uni-aktionstag gegen tierversuche

Mehrere Dutzend Studierende protestieren während eines Aktionstages an der Bremer Universität mit Infoständen und Aktionen gegen die Berufung des Frankfurter Hirnforschers Andreas Kreiter an die Bremer Uni.

26. April

verwaltungsgericht stoppt abschiebungen nach bosnien

Die 4. Kammer des Verwaltungsgericht hat in mehreren Eilentscheidungen die Abschiebungen von moslemischen, kroatischen und serbischen Bürgerkriegsflüchtlingen nach Bosnien-Herzegowina gestoppt. Zur Begründung der jetzt bekanntgewordenen Entscheidungen erklärt Richter Hans-Michael Wollenweber, daß "der Hohe Flüchtlingskommissar des UNHCR und karitative Organisationen seit Dezember 1996 von Willkür der Ortsvorsteher bei der Registrierung der Rückkehrer" berichteten. Für die Verweigerung der Registrierung sei "keine einheitliche Linie" erkennbar, oft werde allerdings mit der Überfüllung der Dörfer und Sammelunterkünfte begründet. Offenbar gebe es keine einheitlichen Anweisungen der bosnischen Regierung an die Ortsvorsteher und Bürgermeister. Die Registrierung sei für die Flüchtlinge aber die Voraussetzung für die Aufnahme in Hilfsprogramme internationaler Organisationen. Abschiebesenator Borttscheller kündigt sogleich an, vor dem Oberverwaltungsgericht Beschwerde einzulegen. Bundesinnenministerium und Auswärtiges Amt hätten festgestellt, daß diese Registrierungsprobleme schon seit Februar nicht mehr bestünden.

27. April

abschiebungen nach zoll-razzia (II)

Vier polnische Männer werden bei Pflasterarbeiten in einem Vorgarten in der Osterholzer Landstraße von der Zollprüfgruppe für illegale Beschäftigung festgenommen und in Abschiebehaft genommen, da sie weder eine Aufenthalts- noch eine Arbeitserlaubnis besitzen. Den vorläufig festgenommenen Bremer Unternehmer, der keine Gewerbeanmeldung vorweisen kann, erhält ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Beihilfe zum illegalen Aufenthalt und wegen illegaler Beschäftigung.

28. April

peinliche demonstration

Gerade einmal knapp einhundert Frauen und Männer demonstrieren unter dem Motto "Deutsche Soldaten sind Mörder!" gegen "den nationalen Konsens und die Militarisierung deutscher Politik". Die Demonstration war seit Monaten - in Erwartung faschistischer Mobilisierungen anläßlich der im Rathaus laufenden Austellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944 - von verschiedenen link(sradikal)en Gruppen und Organisationen vorbereitet worden. Da größere Naziattacken ausblieben und die OrganisatorInnen aber auch nicht recht "rüberzubringen" wußten, weswegen denn quasi für die Ausstellung demonstriert werden sollte, zeichnete sich das - angesichts der TeilnehmerInnenzahl nicht anders zu nennende - Debakel schon frühzeitig ab. Die Unentwegten zogen denn wenigstens die Konsequenzen und kürzten die ursprünglich geplante Route radikal ab, statt eines kilometerlangen Marsches incl. Zwischenkundgebungen ging es direktemang zum Grasmarkt (zwischen Dom und Rathaus). Was auch deshalb geboten schien, weil die vorhandene Lautsprecheranlage noch schlechter war als die bei der antifaschistischen Kundgebung am 28. Mai - sie fiel nämlich noch während der Auftaktkundgebung ganz aus.

1. Mai

Senat: Mehr Ausländer raus!

Der Senat beschließt, beim Verwaltungsgericht eine zusätzliche Kammer einzurichten, um pro Jahr 250 zusätzliche Asylverfahren bewältigen zu können. Laut der von Bürgermeister Henning Scherf (SPD) in seiner Funktion als Justizsenator erarbeiteten Beschlußvorlage (Vermerk: "Zur Öffentlichkeitsvorlage nicht geeignet") könnten so mindestens 100 Flüchtlinge jährlich mehr abgeschoben,

außerdem viel Geld gespart werden. Das Justizressort macht den rassistischen Dreisatz auf: Jetzt würden pro Jahr rund 4.000 Asylverfahren vor den Bremer Gerichten verhandelt, im Anschluß daran etwa 1.700 Flüchtlinge abgeschoben, macht eine Abschiebequote von ca. 41 Prozent. Eine zusätzliche Kammer (250 Verfahren) mit gleicher Quote bringe von daher 102 zusätzliche Abschiebungen. Die Ersparnis berechne sich folgendermaßen: 102 Flüchtlinge zu je rund 12.500 Mark im Jahr kosten fast 1,3 Millionen Sozialhilfe, eine zusätzliche Verwaltungsgerichtskammer mit zwei Richtern und einer Schreibkraft etc. aber nur 400.000 Mark.

chaostage: verfahren gegen polizisten eingestellt

Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren gegen den Fahrer eines Polizeiwagens ein, der im August 1996 während der sog. Chaostage auf der Sielwallkreuzung einen Mann überfahren hatte. Ein Anwohner hatte den Vorfall, der von der Polizei zunächst vehement bestritten wurde, beobachtet und Anzeige erstattet. Laut Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft, die sechs ZeugInnen - davon vier PolizistInnen - vernommen hatte, sei dem Polizisten kein Schuldvorwurf zu machen. Der Betroffene habe 2,3 Promille Alkohol im Blut gehabt und sei gegen den Schrittempo fahrenden Mannschaftswagen gelaufen, hingefallen und dann von einem Rad des Wagens überfahren worden. Dabei hatte er Prellungen und Blutergüsse an beiden Beinen erlitten.

"Standort Deutschland": Lohnkostenanteil deutlich gesunken

Der Anteil der Lohnkosten am Umsatz der "Unternehmen", angebliches Manko des "Standorts Deutschland", glaubt man dem ideologisch motivierten Geplapper von CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und vielen GewerkschaftsfunktionärInnen, ist nach Untersuchungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) deutlich gesunken. Danach hätten die Betriebe 1993 noch 37,70 Mark Lohnkosten einschließlich aller Lohnnebenkosten je 100 Mark Umsatz gezahlt. Im ersten Quartal 1997 seien es aber nur noch 33,10 Mark gewesen. Als Folge habe sich die Gewinnspanne der "Unternehmen" er-höht. Ursachen für den sinkenden Anteil der Lohnkosten seien die mäßigen Lohnabschlüsse und der Stellenabbau. Immer mehr Waren, Güter und Dienstleistungen würden von immer weniger "Arbeitnehmern" produziert. Der Rückgang der Arbeitskosten habe daher den Anstieg der Arbeitslosenzahl seit 1993 um 900.000 auf 4,3 Millionen nicht verhindert - was aber wohl ohne-hin nur die oben Genannten und ihre Getreuen geglaubt haben können. So habe die gesamtwirtschaftliche Produktion im 1. Quartal 1997 zwar nur um 7,7 Prozent über dem Wert von 1993 gelegen. Die Produktionsleistung je Arbeitsstunde sei jedoch gleichzeitig um 11,9 Prozent gestiegen.

3. Juli

demonstration gegen abschiebungen (I)

Rund 500 SchülerInnen des Schulzentrums Kornstraße demonstrieren gegen die geplante Abschiebung ihres Mitschülers Ibrahim nach Togo. Der 15jährige war vor über einem Jahr gemeinsam mit seinem 17jährigen Bruder in die BRD geflohen. Der hier gestellte Asylantrag wurde abgelehnt, das Verwaltungsgericht lehnte eine Klage gegen diesen Bescheid ab, da der Amtsvormund des "unbegleiteten" Minderjährigen die entsprechende Frist verstreichen ließ. Die DemonstrantInnen ziehen zunächst zum Rathaus, dann zur Innenbehörde. Dort läßt man sich von Borttschellers Sprecher Stefan Luft erklären, daß zum einen die Ablehnung des Asylantrags rechtmäßig sei, zum anderen "neue Erkenntnisse über die Lage in Togo" nicht vorliegen würden. Was genau genommen nichts anderes heißt, als daß das dortige Regime weiterhin foltert und mordet - das aber sind keine Abschiebehindernisse. Ein genereller Abschiebestopp nach Togo könnte mithin nicht erlassen werden, und ein Alleingang Bremens würde die Vereinbarungen der Inneministerkonferenz verletzen.

austellung "vernichtungskrieg": 52.000 besucherInnen

Die Austellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" in der Unteren Rathaushalle geht zu Ende. Rund 52.000 Menschen, darunter etwa 20.000 SchülerInnen, haben sie während der vergangenen 36 Tage besucht. Der Reinerlös von DM 30.000 soll den Opfern der deutschen Okkupation zugute kommen - über die genaue Verwendung wird eine Jury entscheiden.

6. Juli

kundgebung gegen brechmittelvergabe

Auf dem Gelände des Zentralkrankenhauses St.-Jürgen-Straße protestieren rund 50 Männer und Frauen gegen die in Bremen nach wie vor praktizierte Vergabe von Brechmitteln vor allem an als Drogendealer verdächtigte Männer schwarzer Hautfarbe. An dieser "viehischen Menschenqälerei", so der Bremer Arzt H.-J. Streicher, sind regelmäßig die Ärzte Birkholz, Ritter und Krämer des auf dem Gelände des Zentralkrankenhauses gelegenen Instituts für Rechtsmedizin beteiligt.
Zwei "Fälle" aus der jüngeren Vergangenheit: zum einen s. unter 5. Juni. Im Mai mußten die Mitbewohner eines 17jährigen aus Sierra Leone den Notarzt rufen, da der Jugendliche nach einer Brechmittelvergabe an unstillbarem Erbrechen und abdominellen Spasmen litt. Der Betroffene war bereits im April 1996 nach der gleichen Tortur ohnmächtig zusammengebrochen und mußte mit dem Rettungswagen in ein Krankenhaus gefahren werden. Zuvor hatte man ihn unter den Augen Dr. Ritters gezwungen, den Boden aufzuwischen - Drogen waren auch hier nicht gefunden worden. Der Ohnmachtsanfall wurde von den Ärzten des Instituts für Rechtsmedizin als vorgetäuscht bezeichnet, er habe lediglich dazu gedient, daß Imgae der Bremer Polizei zu schädigen.

7. Juli

abschiebungen nach zoll-razzia (III + IV)

Die Sondereinsatzgruppe des Zolls nimmt bei einem Subunternehmer einer Spedition in Oslebshausen vier polnische Männer fest, die weder eine Arbeits- noch eine Aufenthaltserlaubnis haben. Fünf weitere Angestellte stünden zudem im Verdacht, zugleich Arbeitslosengeld erhalten zu haben.
Acht andere polnische Männer werden von der Wasserschutzpolizei im Maschinenraum des Frachtschiffes Cap Maleas, das derzeit im Industriehafen liegt, festgenommen. Der Reeder habe die Arbeiter aus Polen geholt, damit sie einen Maschinenschaden beheben, sich aber nicht um eine Arbeitserlaubnis gekümmert. Alle zwölf Festgenommenen werden nach Polen abgeschoben.

9. Juli

bekennende tierbefreierInnen

Die Aktion Tierbefreiung Bremen bekennt sich, "in der Nacht vom 8. auf den 9. Juli den Räumen im 3. Stock des NW 2 der Uni Bremen einen 1. Besuch abgestattet" zu haben: In dem künftigen Großraumlabor des Hirnforschers Kreiter "sollen demnächst Affen 'im Namen der Wissenschaft' gefoltert und getötet werden. Die Versuche sind brutal, unethisch und Ausdruck der menschlichen Arroganz gegenüber Tieren. Der vor 14 Jahren gefaßte Beschluß, auf Tierversuche an 'höheren' Tieren, z.B. Katzen, Hunden und Affen, zu verzichten, wurde heimlich außer Kraft gesetzt, mit Duldung der höchsten Uni-Kreise. Der Korpsgeist, die kollegiale Ignoranz und das Desinteresse am Thema innerhalb der Universität stinken zum Himmel. Das nehmen wir nicht hin!
Wir haben als Warnung einige Liter blutroter Farbe und folgende Parolen hinterlassen: Hier soll gefoltert werden! Wer Folter duldet - foltert mit! Keine Versuche an Affen, weder hier noch anderswo! Jetzt gehts los!"

11. Juli

sexistische angriffe (V-VIII)

Gegen 1.40 Uhr wird eine Frau im Pastorenweg von einem maskierten Mann überfallen. Der Täter kommt den Kelleraufgang herauf, gerade als die 57jährige ihre Haustür aufschließen will, und stürzt sich auf die Frau. Er flüchtet dann allerdings, weil sich die Frau wehrt und laut den Namen ihres Ehemannes ruft.

Eine andere Frau wird etwa eine Stunde später von einem mit einer Sturmhaube maskierten Mann in der Helgolander Straße überfallen. Die 38jährige ist gerade dabei, den auf der Straße abgestellten Sperrmüll zu ordnen, als sie von hinten umfaßt wird. Der Täter flüchtet aufgrund der Schreie der Frau.

Eine weitere Stunde später wird eine 44jährige Radfahrerin in der H.-H.-Meier-Allee von einem mit einer Strumpfhose maskierten Mann überfallen. Durch ihre Schreie alarmiert die Frau Anwohner, der Täter flüchtet.

Ein 15jähriges Mädchen wird am Nachmittag von einem Mann, der ihr in der Bornstraße auflauert, bedroht und körperlich bedrängt. Erst als ein Anwohner einschreitet, flüchtet der Täter, der die 15jährige schon zuvor - als sie Werbeprospekte in der Bahnhofsvorstadt verteilte - angesprochen und ihr Geld für einen Kuß geboten hatte. Der 25jährige Täter wird später von der Polizei festgenommen.

13. Juli

anwohnerInnen machen mobil

Rund 40 Viertel-BürgerInnen aus den anliegenden Straßen "besetzen" mit einem Sit-in zum zweiten Mal den Ziegenmarkt. Sie fordern Innensenator Borttscheller auf, den Platz endlich mit Hilfe seiner Büttel von dort herumlungernden und Alkohol konsumierenden Obdachlosen sowie Junks und Punks, nebst deren Kötern (da allerdings hätten wir - fast - Verständnis), zu säubern. Das Pack kritisiert Borttscheller von rechts: Als gäbe es nicht die tagtäglichen Repressalien gegen die eigentlich Betroffenen, wirft man ihm vor, nichts als ein "politischer Schaumschläger" zu sein. Vor der letzten Bürgerschaftswahl habe er versprochen, daß die CDU die von der SPD zu verantwortenden Zustände im "Viertel" nicht weiter hinnehmen werde. Tatsächlich spiele er nur "zweimal im Jahr - Silvester und bei den Chaos-Tagen - den starken Mann, die übrigen 363 Tage aber läßt er das Viertel mit den sozialem Problemen und Problemgruppen der Stadt allein". Wie seine sozialdemokratische Vorgänger wolle er das "Viertel" verslumen (sic!) lassen, um andere Wohngebiete sauber zu halten.

sexistische angriffe (IX + X)

Um 0.40 Uhr wird eine Frau in der Geschwister-Scholl-Straße überfallen. Die 30jährige will sich gerade in einer Telefonzelle ein Taxi rufen, als sie von einem maskierten Mann in ein dortiges Gebüsch gezerrt wird. Der Täter fesselt die Frau und droht ihr, sie umzubringen, falls sie anfangen würde, zu schreien. Das tut sie dann trotzdem, als der Mann versucht, ihr die Hose auszuziehen; er flüchtet daraufhin.

Eine 42jährige Frau wird um 5.45 Uhr in der Seewenjestraße überfallen. Der Täter nähert sich der Frau von hinten und hebt ihr plötzlich den Rock hoch. Die Frau wehrt sich und schreit um Hilfe, woraufhin der Mann flüchtet.

Telefonanschlußsperre erst ab 150 Mark Verzug

AnbieterInnen von Telefondiensten dürfen nach der neuen Telekommunikations-Kundenschutzverordnung ab dem 1. Januar 1998 einen Anschluß erst sperren, wenn die Kundin mit mindestens 150 Mark Gebühren in Verzug ist. Die Telekom kann zur Zeit schon bei 70 Mark eine Sperre verhängen. Ab dem kommenden Jahr darf der Anschluß grundsätzlich erst zwei Wochen nachdem dies schriftlich angedroht wurde, gesperrt werden. Eine Ausnahme gilt für den Fall, daß die Gebühren plötzlich drastisch steigen und zu erwarten ist, daß die Rechnung nicht bezahlt werden kann.

15. Juli

kinder von eltern in abschiebehaft

Die Bremer Polizei nimmt Margret A. aus Ghana fest, weil sie sich nicht wie von den Behörden angeordnet im Main-Kinzig-Kreis (Hessen), sondern in Bremen aufhält. Gegen die 28jährige abgelehnte Asylbewerberin ordnet das Amtsgericht auf Wunsch der Innenbehörde "Sicherungshaft" an, da sie über "keine tragfähigen sozialen Bedingungen" verfüge und somit die Gefahr bestehe, sie könne abtauchen. Ihr zweijähriger Sohn wird in ein Oberneuländer Kinderheim gebracht. Nur etwa dreimal in der Woche dürfen Frau A. und ihr Kind sich dann im Kinderheim für jeweils maximal eineinhalb Stunden sehen. Die Mutter wird dazu von der Polizei nach Oberneuland und anschließend zurück in den Knast gebracht. Die Asylgruppe Ostertor, die Flüchtlinge im Abschiebeknast betreut, protestiert Ende Juli gegen die rassistischen Repressalien und die Begründung des Amtsgerichts: "In Delmenhorst wohnt ihr deutscher Verlobter, und in Frankfurt lebt ihr Bruder, der ebenfalls mit einer Deutschen verheiratet ist. Außerdem kann man mit einem Kleinkind nicht einfach untertauchen."

Margret A. und ihr Sohn werden am 30. Juli in das nach dem Asylverfahrensgesetz zuständige Bundesland Hessen verlegt. Nach dem Transport werden sie erneut getrennt, Frau A. sitzt zunächst in Gelnhausen in Abschiebehaft, das Kind befindet sich in einer Pflegefamilie in Nidda. Nach einer Woche werden beide in die Mutter/Kind-Abteilung des Frankfurter Frauenknastes Preungesheim gebracht. Wie in Bremen schlägt der Fall Wellen in den hessischen Medien. Im mütterlich-feministisch geprägten Diskurs geht es allerdings hier wie da weniger um die rassistischen Abschiebungen an sich, sondern um den "Skandal" der Trennung während der Abschiebehaft.

Am 10. Juli waren Bündnis 90/Die Grünen in der Bürgerschaft mit dem Antrag gescheitert, Eltern von Kindern bis zu sechs Jahren nicht in Abschiebehaft zu nehmen; bei alleinerziehenden Müttern oder Vätern sollte dies bis zum 16. Lebensjahr des Kindes gelten. Denn durch die Trennung könnten bei den Kindern Todesängste und tiefste seelische Verletzungen ausgelöst werden. 1996 waren in Bremen in drei Fällen Kinder von ihren in Abschiebehaft befindlichen Müttern getrennt worden. Die Ablehnung in der Debatte war einhellig: Die Nazisse Elisabeth Motschmann (CDU) nannte die von den Bündnisgrünen geschilderten Fälle zwar "bedrückend", doch liege die Hauptverantwortung bei den Eltern, die ihre Kinder in eine solche Situation brächten. Albert Marken (AFB) sah in dem Ansinnen nichts als den Versuch, das Ausländergesetz zu unterlaufen, während die Sozialdemokratin eine "gute Idee, die jedoch rechtlich nicht

greife", attestierte. Abschiebesenator Borttscheller kündigte an, daß trotz der "Härte für die betroffenen Kinder" straffällig gewordene Flüchtlinge auch weiterhin in Abschiebehaft genommen würden. Die Straftat der fünf Tage nach dieser Debatte festgenommenen Margret A. bestand darin, sich illegal in Bremen aufgehalten zu haben ...

16.11.

eingezäunt

Die Justizbehörde beauftragt eine Bremer Firma, die 1,2 km lange Mauer des Männerknastes Oslebshausen zu "sichern". Für 350.000 Mark werden demnächst "500 Rollen NATO-Stacheldraht in V 2 A-Qualität (Edelstahl) in drei Reihen auf der Mauer verlegt", außerdem soll künftig ein Infrarot-Lichtschrankensystem sofort Alarm auslösen, wenn jemand der Mauer zu nahe kommt.

17.11.

sexistische angriffe (XI + XII)

Gegen 9 Uhr wird eine Frau in der Habenhauser Landstraße von einem 32jährigen Mann überfallen. Der Täter hatte die 59jährige bereits zuvor in einem Bus permanent angestarrt und war dann mit ihr am Fellendsweg ausgestiegen. Dort verfolgt er die Frau, packt und berührt sie. Zunächst gelingt es ihr, sich loszureißen, sie wird aber wieder eingeholt. Der Mann hält ihr den Mund zu und macht sich an ihrer Kleidung zu schaffen, woraufhin es der Frau gelingt, um Hilfe zu schreien; der Täter flüchtet. Die 59jährige kann den Mann wenig später auf vorgelegten Fotos bei der Kriminalpolizei identifizieren. Gegen den Täter wird Haftbefehl erlassen.
Zuvor hatte er am Nachmittag des gleichen Tages eine Frau, die an der Haltestelle St.-Joseph-Stift ausgestiegen war, verfolgt und wenig später sexuell bedrängt. Er flüchtete, weil sich die 33jährige wehrte und laut um Hilfe schrie.

böse menschen (teil 3 - bei königs zuhause)

Die Tage der Regentschaft *des Königshauses der Borgfelder Schützengilde enden in dieser Woche. Peter I. und seine Mitregentinnen und -regenten können auf ein bewegtes und erfolgreiches Schützenjahr zurückblicken; der König konnte die Schützengilde im Jubiläumsjahr bei vielen Anlässen würdig vertreten. Unser Foto zeigt das noch amtierende Königshaus mit (vorn von links) Jugendkönig Ralf Zuther, Damenlorbeerkönigin Karla Hilken und König Peter Zühlsdorf;, sowie (hinten von links) Juniorenkönigin Claudia Otto, Vizekönig Horst Schünke, Volkskönigin Britta Marcus und Kinderkönig Tim Behrens.*

19.11.

demonstration gegen abschiebungen (II)

Einige Dutzend Männer und Frauen demonstrieren am Vormittag in der Innenstadt für einen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Togo.

sexistische angriffe (XIII)

Eine Frau wird gegen 22.45 Uhr von einem Mann in der Straße Bei den Drei Pfählen gewürgt, mit einem Messer bedroht und anschließend vergewaltigt. Der Täter raubt der 51jährigen noch 300 Mark aus der Handtasche, bevor er flüchtet.

21.11.

bremer rüstungsindustrie (II)

Das Bremer High-Tech-Rüstungsunternehmen STN Atlas Elektronik GmbH erhält vom Bundesministerium für Verteidigung den Auftrag zur Entwicklung des unbemannten Flugsystems Taifun, das für die "Landes- und Bündnisaufgaben des deutschen Heeres" bestimmt sei. Der Auftrag in Höhe von rund 290 Millionen Mark umfasse die Entwicklung des Systems und enthalte eine

Reiche werden immer reicher

Trotz Rekordarbeitslosigkeit und Sparzwang haben die Bundesbürger im vergangenen Jahr ihr Geldvermögen auf fast fünf Billionen Mark aufstocken können. Das sind 241 Milliarden mehr als 1995, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) am Mittwoch mitteilte. Rein rechnerisch hat damit jeder Privathaushalt 135.000 Mark auf der hohen Kante. Dieser Mittelwert verdeckt laut DIW allerdings, daß wenige Reiche immer reicher werden.
Für gutverdienende Haushalte von Selbständigen, höheren Angestellten und Beamten werden Zinsen und Dividenden aus Kapitalanlagen ein immer stärkeres Standbein des Lebensunterhalts. Die Vermögenseinkommen stiegen 1996 mit 6,3 Prozent abermals deutlich stärker als Löhne und Gehälter. Seit 1991 sind Kapitaleinkünfte um fast 40 Prozent gestiegen, die Nettolöhne haben aber nur gut zehn Prozent zugenommen. Dies öffnet nach Darstellung des DIW die Schere zwischen Normalverdienern und Wohlhabenden immer weiter. In Ostdeutschland entfallen auf die Hälfte der Haushalte nur 15 Prozent des Geldvermögens, im Westen sogar nur elf Prozent. Demgegenüber verfügen nur ganze fünf Prozent der Haushalte im Westen über 28 - beziehungsweise über 23 Prozent im Osten - der insgesamt vorhandenen Vermögensbestände.
Eine Zwei-Klassen-Gesellschaft gibt es auch bei den Erträgen aus Vermögen. Zinsen, Dividenden und andere Kapitalgewinne besserten 1996 die privaten Haushaltskassen um 223 Milliarden Mark auf, das sind im Schnitt 5.800 Mark pro Haushalt. Die Hälfte dieser Summe floß laut DIW aber gerade einmal in fünf Prozent der Familien. So bezogen Selbständige 20.100 Mark Rendite im Jahr, Arbeiterfamilien aber nur 3.200 Mark. [...]
(Weser-Kurier vom 31.7.1997; gekürzt)

Option von weiteren 140 Millionen Mark. Als Unterauftragnehmer seien die Dasa und der Nürnberger Rüstungsbetrieb Diehl beteiligt.

28.11.

sexistische angriffe (XIV)

Gegen 1.45 Uhr wird eine Frau in der Pirmasenser Straße von einem Mann überfallen. Der Täter, der seinen rechten Arm in Gips trägt, packt die 35jährige und drückt sie in ein Beet. Die Frau wehrt sich und schreit. Als sich ein Auto nähert, dessen Insassen der Frau zu Hilfe eilen, flüchtet der Mann.

30.11.

ovg für abschiebung nach bosnien

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) hebt eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts auf und erklärt die Abschiebung eines bosnischen Flüchtlings für zulässig. Die erste Instanz habe in ihrem Urteil die Schwelle zu niedrig gelegt und eine Abschiebung schon deshalb abgelehnt, weil eine Gefährdung des Flüchtlings in Bosnien-Herzegowina nicht auszuschließen sei. Nach Ansicht des OVG bedürfte es aber "konkreter, den einzelnen betreffende Gefahren für Leib und Leben", die "als in hohem Maße wahrscheinlich festgestellt" werden. Erst wenn der Flüchtling nach der Abschiebung keine Möglichkeit habe, für seine Existenz zu sorgen und so quasi "sehenden Auges" in Lebensgefahr gebracht werde, sei eine Abschiebung ausgeschlossen. Dies aber treffe auf den aus Sarajewo stammenden bosnischen Moslem nicht zu, von daher könne er abgeschoben werden.
Die Innenbehörde gibt derweil bekannt, daß von den ehemals 3.200 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bremen inzwischen 850 "freiwillig" nach Bosnien-Herzegowina zurückgekehrt seien. Anfang Mai hatte die Innenbehörde behauptet, daß bis dahin mehr als 200 Menschen "freiwillig ausgereist" waren (s. kassiber 32, S. 10).

1.11.

brigadegeneral wird neuer innen-staatsrat

Die Militarisierung der Bremer Landesregierung schreitet weiter voran. Zum Oberst der Reserve und Bausenator Bernt Schulte sowie Major a.D. Hartmut Perschau (Wirtschaftssenator) gesellt sich zukünftig ein General: In der Innenbehörde übernimmt Brigadegeneral Wolfgang Goehler das Amt des Staatsrates und wird damit zugleich auch Stellvertreter Ralf Borttschellers. Goehler, seit 35 Jahren Soldat, war bis Mitte Juli als Leiter der Nachschubtruppe und Kommandeur der Nachschubschule Heer in der Roland-Kaserne in Bremen-Grohn tätig und dabei u.a. für die logistische Ausbildung deutscher "out-of-area"-Truppen zuständig. Borttscheller hatte den Militär schon Anfang Juni gelobt: "Goehler ist angesichts seiner breiten Führungserfahrung und seiner umfassenden Verwaltungspraxis außerordentlich geeignet, die Funktion meines Vertreters im Amt zu übernehmen und die erfolgreiche Arbeit fortzusetzen."

6.11.

razzia bei faschisten

Die Polizei durchsucht bundesweit 16 Geschäftsräume und 24 Wohnungen von Faschisten, denen vorgeworfen wird, LPs und CDs von Nazi-Skinheadbands herzustellen bzw. zu vertreiben. Beschlagnahmt werden u.a. zahlreiche Tonträger, Bestellunterlagen, Hakenkreuzfahnen und Propagandamaterial. Bei zwei Firmen in Lilienthal und Hambergen (Kreis Osterholz) werden Geschäftsunterlagen und 24 CDs mitgenommen, die vier Verdächtigen sollen die Nazi-Musik vertrieben haben.

sexistische angriffe (XV)

Eine Frau wird gegen 16.30 Uhr in einer Grünanlage in der Schlengstraße von zwei Jugendlichen vergewaltigt. Die 30jährige war zuvor, auf einer Bank sitzend, von drei ca. 13-17 Jahre alten Jugendlichen angesprochen worden. Die beiden älteren, etwa 15- bis 17jährigen boten ihr Geld für Geschlechtsverkehr an, was sie verweigerte. Daraufhin vergewaltigen beide die Frau unter Androhung massiver Gewalt und flüchten anschließend.

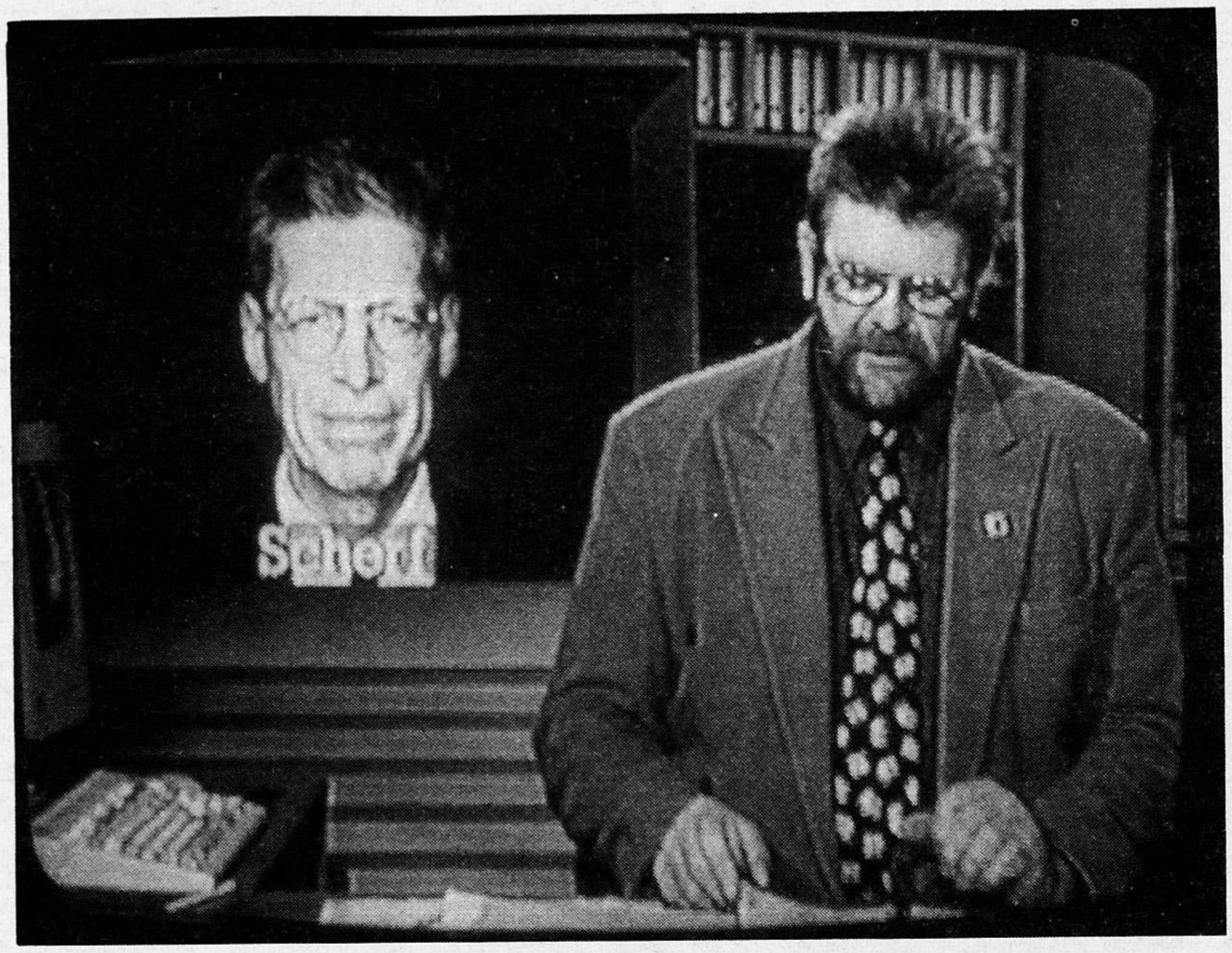
9.11.

faschistischer heß-gedenktag

Im Rahmen der bundesweiten Nazi-Feierlichkeiten anläßlich des zehnten Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß zeigen 15 Bremerhavener Nazis auf der Nordseeinsel Helgoland ein Transparent und verteilen Flugblätter. Die dortige Polizei schreitet nach einiger Zeit ein.

"zorn gottes"

Das Plädoyer der Bremer Pastorin Jeanette Köster für eine kirchliche Segnung schwuler und lesbischer Paare in der ARD-Sendung Wort zum Sonntag ruft vor allem zahlreiche christliche FundamentalistInnen und ähnliches faschistoides Pack auf den Plan. In Briefen wird Köster in den darauffolgenden Tagen u.a. vorgeworfen, eine "Irrlehre" zu verfolgen, denn die Homosexualität stehe unter dem "Fluch Gottes". Also werde, so ein anderer Briefeschreiber, der "Zorn Gottes" über Köster kommen.



13.11.

abschiebung nach ladendiebstahl

Zwei Flüchtlinge aus Osteuropa werden am Nachmittag von Zivilbeamten der Polizei in der Innenstadt festgenommen. Die beiden 19jährigen sollen zuvor in Kaufhäusern Jeans geklaut und dann an einen 39jährigen Deutschen übergeben haben. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung bei dem mutmaßlichen Auftraggeber werden u.a. diverse Flaschen Parfüm, die aus Diebstählen stammen sollen, beschlagnahmt. Der Deutsche wird danach wegen fehlender Haftgründe wieder freigelassen, die beiden Flüchtlinge der Ausländerbehörde "überstellt", um sie abzuschieben.

18.11.

sexistische angriffe (XVI)

Gegen 22.20 Uhr wird ein 15jähriges Mädchen in der Bismarckstraße von einem Mann überfallen. Der Täter zerrt das Mädchen in Höhe der Abfahrt St.-Jürgen-Klinik vom Fahrrad in ein Gebüsch und droht der 15jährigen mit einem Messer, sie zu töten, falls sie schreie. Sie schreit dennoch und erleidet mehrere Schnittwunden im Gesicht, kann aber aufgrund ihrer Gegenwehr schließlich entkommen.

MAGAZIN

21.11.1997

christliche arithmetik

Als hätten sie kürzlich bei Herrn Jagoda in Nürnberg einen Crash-Kurs belegt, geben die Bremer Evangelen und Katholen ihre aktuellen Mitgliederentwicklungen bekannt. Demnach steht bei der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) alles zum besten, verließen diese im ersten Halbjahr 1997 doch nur noch 1.500 Männer und Frauen, im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres waren es noch 1.750 - also minus 16 Prozent. Daran abzulesen sei, so BEK-Sprecher Pastor Helmut Suhlrie eine "Wende in der gesellschaftlichen Stimmung" - die Einsicht wachse, daß der Mensch einen Halt brauche. Auch hätten es sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 351 Männer und Frauen noch einmal anders überlegt und seien in die Obhut der BEK zurückgekehrt (1. Halbjahr 1996: 340).
Bei der religiösen Minderheit der hiesigen KatholikInnen schaut's auch sehr gut aus. Von Januar bis Juni büßte sie lediglich 200 ihrer Getreuen ein, im Vorjahreszeitraum waren es noch 225 gewesen. Ein Rückgang von immerhin elf Prozent - und nicht nur das: "Erstmals seit 1990", so Wilhelm Tacke, dort zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit, "betrug die Zahl der Austritte weniger als ein Prozent der Mitglieder, nämlich 0,86 Prozent."

sexistische angriffe (XVII + XVIII)

Im Parzellengebiet an der Beneckendorffallee überfällt ein Mann um 7 Uhr eine Radfahrerin. Der Täter hatte der 38jährigen im Gebüsch aufgelauert und war herausgesprungen, als sie sich näherte. Die Frau kann vor dem sie verfolgenden Mann flüchten.
Eventuell der gleiche Täter überfällt etwa eine Stunde später mit einer Strickmütze maskiert eine Joggerin auf dem Richard-Jürgens-Weg. Der Mann flüchtet, weil die 52jährige sofort anfängt, zu schreien.

29.11.1997

deutsche polizisten (II)

Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft verwarf das Oberlandesgericht die Revision zweier Polizisten, die Ende Oktober 1996 vom Landgericht wegen gemeinschaftlichen Verwahrungsbruchs und Unterschlagung zu jeweils zehn Monaten auf Bewährung verurteilt wurden, als offensichtlich unbegründet. Die beiden hatten im März 1994 zwei Männern aus der Ukraine 35.000 Mark sowie 2.500 US-Dollar gestohlen (s. u.a. kassiber 30, S. 10), das Geld wurde nicht wieder aufgefunden. Ein nicht unübliches Verhalten deutscher PolizistInnen gegenüber oftmals wenig orts- und sprachkundigen nicht-deutschen Männern und Frauen, weil das Entdeckungsrisiko doch sehr gering ist.

sexistische angriffe (IXX)

Gegen 5 Uhr morgens wird eine 30jährige Frau im Flur ihres Wohnhauses in der Kohlhökerstraße von einem Mann überfallen. Die Frau hatte zuvor die Tür zum Hausflur aufgeschlossen und sich plötzlich zwei unbekannten Männern gegenüber gesehen. Einer der beiden flüchtete sofort, der andere hielt der 30jährigen ein Messer an den Hals und versuchte, sich ihr zu nähern. Die Frau trat jedoch nach dem Täter und schrie laut um Hilfe, der Mann flüchtete.

5.12.1997

suizidversuche in der abschiebehaft

Zwei russische Frauen haben sich nach Angaben der Asylgruppe Ostertor Ende August in der Abschiebehaft die Pulsadern aufgeschnitten. Diese Suizidversuche seien ein "ernstzunehmender Appell", die Abschiebehaftbedingungen zu ändern. Die Frauen waren zuvor aus dem bisher gemeinsam mit den Männern genutzten Gemeinschaftsraum ausgeschlossen worden, weil sie dort - was sie bestreiten - mit anderen Gefangenen Sex gehabt hätten. Außerdem sollen sich zwei Frauen nach Knastangaben vor Strafhäftlingen, die gerade Hofgang hatten, "entblößt" haben. Den vier derzeit in Abschiebehaft befindlichen Frauen aus Rußland, Litauen und Nigeria wurde daraufhin eine zehn Quadratmeter große Zelle als Gemeinschaftsraum zugewiesen. Diese Trennung soll künftig beibehalten werden.

rassistischer "kapitänstag"

Die sog. Kapitänsrede beim traditionellen Kapitänstag im Bremer Rathaus wird in diesem Jahr vom Elsflether Reeder Horst Janssen vor den 300 Gästen gehalten. Janssen plädiert - durch das internationale Publikum unbeeindruckt - mit rassistischen Parolen dafür, daß im Standort Deutschland deutsche Unternehmen fest in deutscher Hand bleiben müßten. Derzeit sei aber nicht nur "die 90prozentige Übernahme einer Großreederei in Rostock und Bremen durch die Koreaner" geplant, es gebe auch Gerüchte, daß die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft "von asiatischen Investoren geschluckt" werden solle. Janssen weiter: "Ich kann nur warnen, sind diese Rassen einmal ansässig, wir erleben es in der Gastronomie, muß man in alle Ewigkeit mit ihnen leben."

Protest dagegen gibt es nur - einen Tag später - durch den bündnisgrünen Bürgerschaftsabgeordneten Arendt Hindriksen, der an letztgenannter Stelle immerhin "ein leichtes Grummeln" im Saal gehört haben will.

anschlag auf jüdischen friedhof

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde der jüdische Friedhof in Hastedt Ende August zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen überfallen. Unbekannte TäterInnen warfen mehrere Grabsteine um und zerschlugen Fenster in der Friedhofskapelle.

Arztbesuche während der Arbeitszeit
Unternehmen dürfen nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) von ihren Beschäftigten, die während der Arbeitszeit zum Arzt gehen, nur mit Zustimmung des Betriebsrates eine ärztliche Bescheinigung verlangen. Ein rheinländischer Metallbetrieb hatte 1995 für seine 65 Beschäftigten ein Formuar eingeführt, auf dem die Ärztin unterschreiben mußte, daß der Besuch während der Arbeitszeit notwendig gewesen sei. Der Betriebsrat klagte dagegen, weil er zu der Neuerung nicht gehört worden war. Das BAG gab ihm in letzter Instanz recht. Arztbesuche gehören nach Auffassung des Gerichts zum sogenannten Ordnungsverhalten, d.h. zu den Rechten und Pflichten des "Arbeitnehmers", die sich nicht unmittelbar auf die Arbeitsleistung beziehen (Aktenzeichen: ABR 53/96).

6.12.1997

antirassistische demonstration verboten

Ein größeres Polizeiaufgebot verhindert den Versuch von etwa 40 Männern und Frauen, auf dem Bahnhofsvorplatz eine antirassistische Kundgebung durchzuführen und dabei Flugblätter zu verteilen. Fünf TeilnehmerInnen werden vorläufig festgenommen, aber nach wenigen Stunden wieder entlassen. Stadtamt und Verwaltungsgericht hatten zuvor eine vom Antirassismus-Büro Bremen (ARAB) angemeldete Demonstration verboten, mit der gegen rassistische Beförderungsverbote der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) protestiert werden sollte. Die BSAG verbietet nämlich auf Antrag der Polizei als "Drogendealer" verdächtigten Flüchtlingen - ohne daß die Büttel dies beweisen müßten - auf ein Jahr die Benutzung sämtlicher Busse und Bahnen.

rassistischer überfall

Zwei deutsche Männer überfallen gegen 19 Uhr in der Straßenbahnlinie 3 ein türkisches Ehepaar. Die Täter beleidigen zunächst die Frau und schlagen dann ihren Ehemann, der sich die Pöbeleien verbietet. Als das Ehepaar in den hinteren Bereich der Straßenbahn flüchtet, wird es von den Angreifern verfolgt, wobei der eine ein Teppichmesser, der andere einen Zimmermannshammer herauszieht. Der türkische Mann kann die 33 und 29 Jahre alten Deutschen jedoch mit einem Messer, das er von einem anderen Fahrgast erhalten hatte, auf Distanz halten. An der Haltestelle Nordstraße steigt das Ehepaar aus, die Täter werden von einem zufällig dort anwesenden Polizisten an der Verfolgung gehindert und wenig später festgenommen.

15 erörterni

finaler todesschuß

Ein Beamter des Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Bremer Polizei erschießt nach einer Verfolgungsjagd einen Mann, der zuvor eine Sparkassenfiliale in der Kornstraße überfallen hatte. Der 48jährige hatte gegen 12.30 Uhr mit 200.000 Mark die Flucht durch mehrere Gärten zur Kreuzung Habenhauser Landstraße/Niedersachsendamm angetreten und war dabei von mehreren Polizisten verfolgt worden. Dabei seien, so ein Zeuge "acht bis zehn Schüsse" gefallen, wer wie oft schoß, sei aus der Entfernung nicht zu erkennen gewesen. Der Bankräuber hatte dann versucht, sich in einem Hinterhof zu verstecken, wurde aber in einem Kellereingang von den Polizisten entdeckt. Als die Beamten versucht hätten, ihn festzunehmen, habe er, so die Polizei, auf einen Polizisten geschossen, der das Feuer erwidert und ihn in die Brust getroffen hätte. Wolfgang K. erleidet so schwere Verletzungen, daß er wenig später in einem Krankenhaus stirbt.

Daß Polizei und Staatsanwaltschaft den 48jährigen am nächsten Tag als besonders "gefährlich" schildern, ansonsten aber kaum weitere Informationen geben, könnte Zweifel an der polizeilichen Darstellung des Hergangs aufkommen lassen. Der aus Delmenhorst stammende Wolfgang K. sei Bremer PolizeibeamtInnen als "absolut gewalttätig", als "ganz tiefgehendes Schiff", gar als "Polizisten-Hasser" bekannt gewesen. 1994 sei er wegen eines schweren Bankraubs in Dortmund zu sechs Jahren Haft verurteilt worden, hätten aber schon nach wenigen Wochen aufgrund einer durch Psychologen und Sozialarbeiter erstellten positiven Resozialisierungsprognose in den offenen Vollzug der JVA Bielefeld-Senne wechseln können. Dort sei ihm im vergangenen Dezember erstmals Urlaub gewährt worden, von dem er natürlich nicht zurückgekommen sei. In den vergangenen neun Monaten sei er dann untergetaucht gewesen.

19 erörterni

demonstration gegen rassistische polizeigewalt

Mehr als 500 Frauen und Männer demonstrieren unter dem Motto "Es reicht! Es reicht schon lange!" gegen Polizeiterror und rassistische Polizeigewalt. Die Demonstration mit zahlreichen Zwischenkundgebungen zieht zweieinhalb Stunden (!) lang vom Bahnhofsvorplatz zur Bereitschaftspolizei-Wache in der Sandstraße, durch das "Viertel" zum Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße (hier befindet sich das Rechtsmedizinische Institut und der ärztliche Beweissicherungsdienst), dann zur Abschlußkundgebung auf dem Ziegenmarkt, wo am Abend ein Programm mit Infoständen, Volxküche u.a.m. stattfindet.

bremer drogenpolitik

CDU-Landesvorstand und -Bürgerschaftsfraktion nominieren einen der größten internationalen Dealer, Josef Hattig, als neuen Wirtschaftssenator. Der 66jährige soll, die Bürgerschaft muß ihn im Oktober aber noch wählen, Nachfolger Hartmut Perschaus werden. Hattig ist zur Zeit Präses der Handelskammer Bremen, Aufsichtsratsvorsitzender der Post AG und Geschäftsführer der Brauerei Beck & Co. (Umsatz 1996: knapp 1,6 Mrd. Mark), die ihr Becks-Bier in mehr als 150 Staaten weltweit exportiert. Der Wahlbremer - "Wo es mir gut geht, ist mein Vaterland" - kommentiert seine Nominierung, der er erst nach einigen Tagen Bedenkzeit zugestimmt hatte, mit markigen Worten: Bundeskanzler Kohl habe ihm in einem längeren Telefonat deutlich gemacht, daß es "auch das Wort Pflicht gibt". Und so habe er sich eben "aus Solidarität mit der CDU" und aus Überzeugung für das Land in diese Pflicht nehmen lassen.

Am 16. September war der bisherige Wirtschaftssenator und Major im einstweiligen Ruhestand Perschau zum Bürgermeister (und Finanzsenator) aufgestiegen. Sein Vorgänger Ulrich Nölle war aufgrund der schwerwiegenden Folgen eines Zeckenbisses - gemeint war wohl die CDU-interne Mobbingkampagne - tags zuvor zurückgetreten.

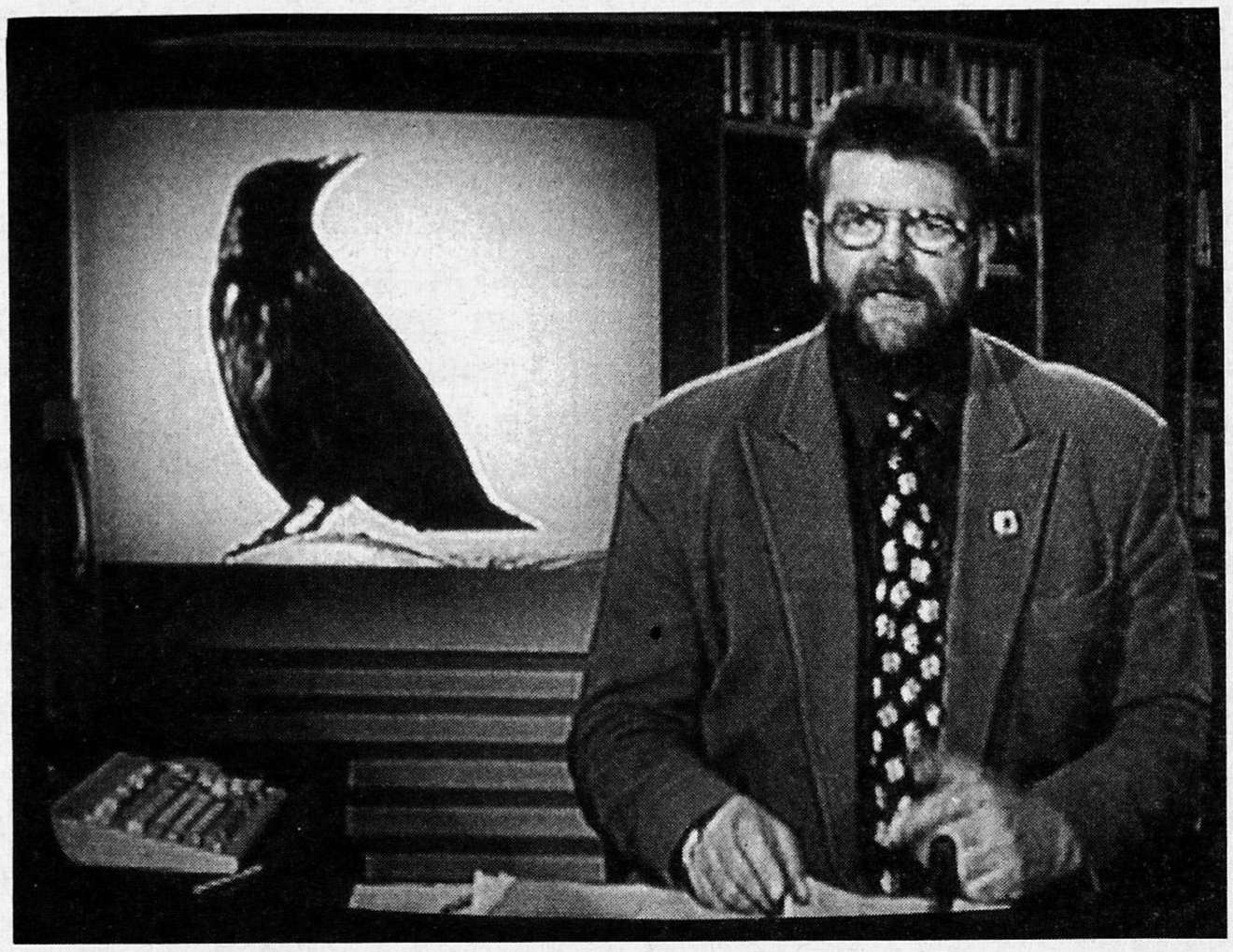
Rückwirkende Kürzung der Arbeitslosenhilfe rechtsunwirksam

Die im September 1996 rückwirkend zum 1. Juli 1996 beschlossene Kürzung der Arbeitslosenhilfe um pauschal drei Prozent ist nach einem Urteil des Sozialgerichts Dortmund rechtsunwirksam verfügt worden und erst zum 1. Juli 1997 zulässig (Aktenzeichen: S 5 Ar 235/96).

22 erörterni

"bremer volkskulturverein" verboten

Innensenator Borttscheller verbietet den Bremer Volkskulturverein und läßt dessen Vermögen beschlagnahmen. Bei dem Verein handele es sich, so die Innenbehörde, um eine Ersatzorganisation der Devrimci Sol, einer linksradikalen türkischen Organisation, die 1983 durch das Bundesinnenministerium verboten wurde. Mitglieder der Dev Sol hätten durch die Gründung neuer Vereine versucht, dieses Verbot zu unterlaufen und ihre Aktivitäten fortzusetzen. In Bremen liefen Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder, die versucht hätten von türkischen Geschäftsleuten Spendengelder zu erpressen.



MAGAZIN

25 erörterni

volksbegehren gescheitert

Nur rund 32.500 Unterschriften - und damit etwa 20.000 weniger als notwendig - konnten die InitiatorInnen des Volksbegehrens zur Lehr- und Lernmittelfreiheit bis zum Ablauf der dreimonatigen Frist sammeln. Der Zentralelternbeirat macht vor allem organisatorische Schwierigkeiten für das Scheitern verantwortlich. So habe man nach dem Urteil des Bremer Staatsgerichtshofs - an den der Senat die drei Anträge zum Volksbgehren überwiesen hatte - eigentlich nur jeweils drei Wochen vor und nach den Sommerferien Zeit für die Unterschriftenaktion gehabt.

Während der Ferien seien die rund 10.000 Listen in den Sekretariaten oder bei den ElternsprecherInnen liegengeblieben und vielfach in Vergessenheit geraten. Zu Beginn des neuen Schuljahrs hätten dann keine 5.000 Unterschriften vorgelägen, zu wenig, um im Endspurt noch die notwendige Unterstützung von zehn Prozent der Wahlberechtigten BremerInnen erhalten zu können.

Willi Leow

Termine

Mo, 10. November

Antonio Gramsci: Philosophie und Politik [Referent: Dr. Fabio Frosini]. Gastvortrag anläßlich des 2. Bremer Kongresses Interkulturalität. Universität, GW 2 (Raum B 2180), 15 Uhr.

Mi, 12. November

Fidelio, Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Fr, 14. November

Die Dreigroschenoper, Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Sa, 15. November

"Ich schreibe, um zu leben" - Das Prinzip Hoffnung im Angesicht von Rassismus und Todesstrafe in den USA [im Rahmen des Projekts *FLUCHTZEITEN - Kein Mensch ist illegal. KünstlerInnen unterstützen Flüchtlinge].* Lesung aus dem neuen Buch des afro-amerikanischen Journalisten und Autors Mumia Abu-Jamal, der seit 15 Jahren in der Todeszelle sitzt und um die Wiederaufnahme seines Verfahrens kämpft. Atlantik Verlags- und Mediengesellschaft, Elsflether Straße 29 (Walle), 20 Uhr.

So., 16. November

Die "*Junge Freiheit*" - (k)eine Zeitung der "Neuen" Rechten (V.:Antifa-Café), Haus der NFJD Buchtstr. 14/15, 19 Uhr

Vom allen Anfang an, Lesung von Christoph Hein, 20 Uhr, Ambiente

Mo., 17. November

Migrantinnen bei der Ausländerbehörde, Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, DGB-Haus, 1o-14 Uhr

Di, 18. November

Fidelio, Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Anti-Atom-Forum (öffentliches Plenum), Haus der NFJD, Buchtstraße 14/15, 19.30 Uhr.

Die "Bremer Linke" und die Oktoberrevolution [R: Dr. Werner Müller (Berlin); Veranstalterin: Marxistische Abendschule (MASCH)]. Bremen war im wilhelminischen Deutschland eine Hochburg der Linken. Die Nachricht von der Oktoberrevolution wurde in Bremen begeistert begrüßt - die Linke wollte dasselbe. Das ist zwar historisch bekannt, doch heute weitgehend vergessen. Werner Müller, Historiker der Leipziger Schule, wird die "Bremer Linke", neben der Spartakusgruppe der wichtigste Verbund revolutionärer Sozialisten, und ihrer Haltung zum Roten Oktober wieder lebendig werden lassen: ihre herausragenden Vertreter wie Knief, Rühle, Eildermann, Pannekoek und Radek sowie auch die Zeitschrift *Arbeiterpolitik,* die als einziges linkes Blatt, das unter der Militärzensur legal erscheinen konnte, das Forum für die politischen Auseinandersetzungen jener Zeit war. Aber auch um die Einschätzung der Oktoberrevolution als ein unser Jahrhundert bestimmendes historisches Ereignis soll es in der Diskussion mit Werner Müller gehen. Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

Mi., 19. November

Jüdisches Leben in Berlin und Tel Aviv 1933-39 - Lesung von Dieter Fricke (Bremer Buchpremiere, 20 Uhr, Villa Ichon

Fr, 21. November

Wem gehört die Straße? Veranstaltung zu den Platzverweisen und Aufenthaltsverbote für Flüchtlinge, Junkies und andere von Polizei und Borttscheller kriminalisierte Personen, Übersee-Museum, 19.30 Uhr

Deutschland und der Spanische Bürgerkrieg [R: Prof. Dr. Walther Bernecker; V: Instituto Cervantes, WE Iberoamerica (Uni Bremen)]. Zu den bis heute in der Historiographie umstrittensten Fragen zum Spanischen Bürgerkrieg gehört der gesamte Komplex der auswärtigen Interventionen. Im Vortrag wird die Bedeutung des "Dritten Reichs" für Ausbruch, Verlauf und Ergebnis des Spanischen Bürgerkriegs analysiert; dabei geht es keineswegs nur um militärische Aspekte, sondern nicht minder um ideologische, geostrategische und wirtschaftliche Fragen. Instituto Cervantes, Schwachhauser Ring 124, 20 Uhr.

So, 23. November

Epos von Seyh Bedreddin - eine musikalische Erzählung [im Rahmen des Projekts *FLUCHTZEITEN - Kein Mensch ist illegal. KünstlerInnen unterstützen Flüchtlinge].* Bremer Solidaritätschor unter Mitwirkung von Bremer MusikerInnen und der Gruppe Argus, geleitet von Can Tufan, erzählt von Horst Breiter. Kulturzentrum Schlachthof (Kesselhalle), Findorffstraße 51, 20 Uhr.

Die Dreigroschenoper, Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Mo., 24. November

Die "Neuen" Rechten im europäischen Zusammenhang (V.: Antifa-Café), Mi., 26. November, Haus der NFJD, Buchtstr. 14/15, 19 Uhr

Mi., 26. November

Gewalt gegen Frauen und Mädchen und die gesundheitlichen Folgen (R.: Prof. Carol Hagemann-White). Universität GW2, Raum B 2900, 18 Uhr

Fr, 28. November

Fidelio, Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

J.S. Bach, Weihnachtsoratorium (R.:Helmut Schaarschmidt), Einführungsvortrag zu historischen und soziologischen Hintergründen, Galerie Steinbrecher, 20 Uhr

Max Goldt liest neue Texte, Schlachthof, 20.30 Uhr

Di, 4. Dezember

Ökologie und (Post-)Marxismus [R: Dr. Christoph Spehr; V: MASCH]. Die Auseinandersetzung mit der Ökologie hat für die bisherige linke Theorie weitreichende Fragen aufgeworfen. Es reicht nicht, "blinde Flecken" zu füllen oder zusätzliche "globale Fragen" dranzustricken - es geht darum, wie sich linke Theorie verändern muß, um in den Auseinandersetzungen um Ökologie (und nicht nur da) nicht immer wieder auf die falsche Seite zu geraten. Dies soll an folgenden Themen diskutiert werden: die Tschernobyl-Erfahrung, die Verführung der Nachhaltigkeit, das Baumkänguruh-Problem, Macht und Freiheit. Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

Mi, 5. Dezember - 3. Januar

Ausstellung "Las fuentes de la memoria III" - Fotografie und Gesellschaft in Spanien unter Franco [V: Instituto Cervantes]. Spanien zur Zeit des Franco-Regimes vom Ende des Spanischen Bürgerkriegs bis zu den Anfängen der Demokratie ist das The-

ma der Fotoausstellung *Las fuentes de la memoria III.* Sie bildet den dritten Teil eines ehrgeizigen Projekts, dem sich 1989 der Verlag Lunwerg Editores in Zusammenarbeit mit dem spanischen Kulturministerium verschrieben hatte: Erstmals sollte die Geschichte der Fotografie in Spanien von ihren Anfängen bis in die heutige Zeit dokumentiert und in ihrer Beziehung zu den jeweiligen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten des Landes untersucht werden. Die künstlerische Qualität und der dokumentarische Aussagewert waren die Hauptkriterien bei der Auswahl der 136 Schwarz-weiß-Fotografien von insgesamt 42 Fotografen. Populäre Fotografie, Portraitaufnahmen, sozialer Realismus und Fotojournalismus bilden die vier Hauptstränge der Ausstellung. Villa Ichon, Goetheplatz 4; Öffnungszeiten: Mo-Fr, 13-19 Uhr, Sa, 11-13 Uhr.

Sa, 6. Dezember

Agit-Pop-Disco - Tanzveranstaltung zur Finanzierung link(sradikal)er politischer Projekte. Haus der NFJD, Buchtstraße 14/15, 22 Uhr.

Fr, 19. Dezember

Die Dreigroschenoper, Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Sa, 20. Dezember

Fidelio, Theater am Goetheplatz, 19.30 Uhr.

Sa, 4. Januar

Agit-Pop-Disco - Tanzveranstaltung zur Finanzierung link(sradikal)er politischer Projekte. Haus der NFJD, Buchtstraße 14/15, 22 Uhr.

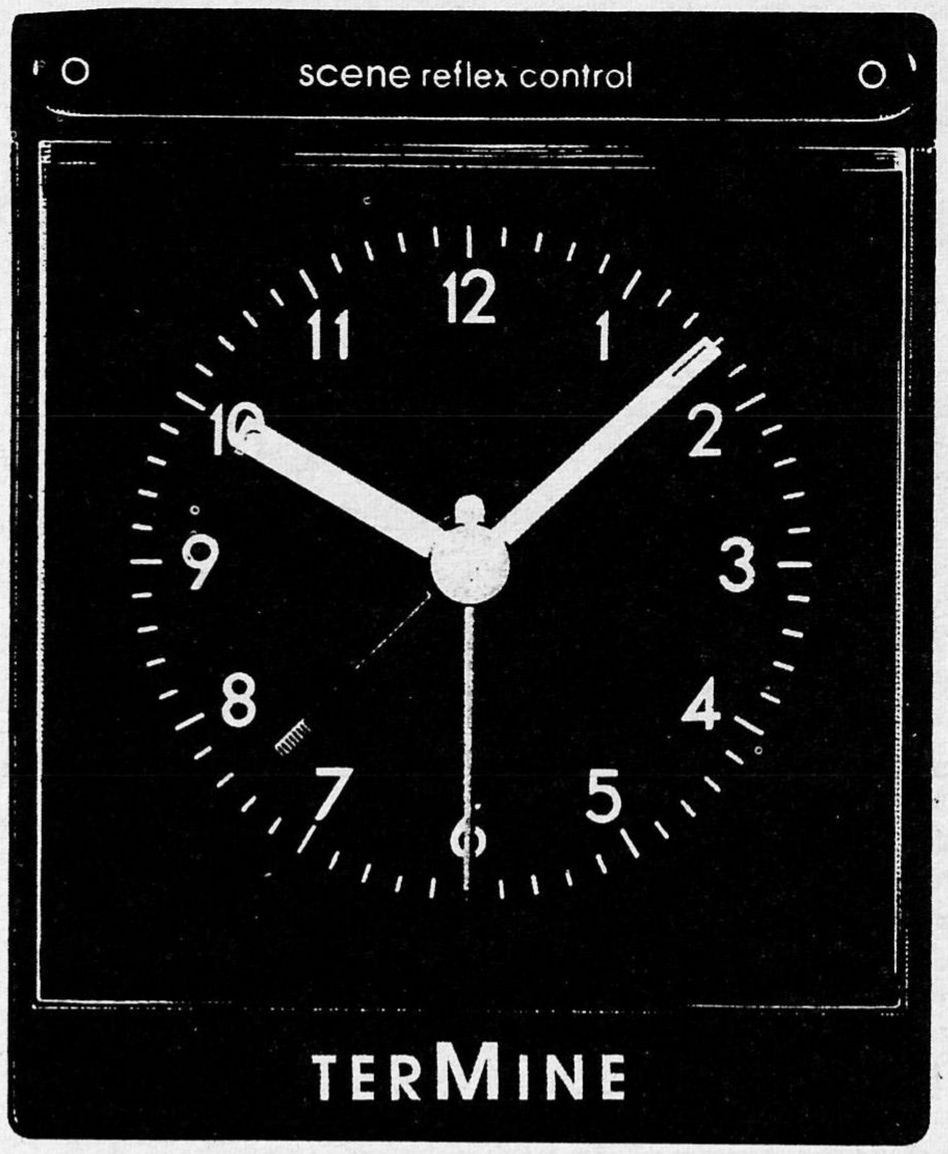
Mo, 12. Januar

Shakespeare als Volkstheater und marxistische Shakespeare-Interpretation [R: Norbert Kentrup (Bremer Shakespeare Company), Prof. Dr. Thomas Metscher; V: MASCH]. In der Veranstaltung soll das von der Bremer Shakespeare Company praktizierte Volkstheater-Konzept erläutert und die Frage gestellt werden, inwieweit dies kompatibel oder gar identisch ist mit einer hitsorisch-materialistischen, d.h. marxistischen, Shakespeare-Deutung. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage behandelt werden, was eine marxistische Literaturauffassung überhaupt ist und was sie leisten kann. Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

Di, 20. Januar

Globalisierung und Medien - Homogenisierung und kulturelle Identitäten [R: Prof. Dr. John P. Neelsen (Verdun/Tübingen); V: MASCH und Arbeitskreis "Kritik der herrschenden Wissenschaft als Wissenschaft der Herrschenden" des AStA der Uni]. Der aktuelle Globalisierungsschub ist durch die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken erst ermöglicht worden. Sie haben die Interventionsfähigkeit des Nationalstaates in Frage und die in den 70er Jahren erhobene Forderung nach einer Neuen Internationalen Informations- und Kommunikationsordnung und die damit verbundene Vorstellung eines eigenen, beschränkbaren Kulturraums prinzipiell zur Disposition gestellt. Mit dem Einschluß der Dienstleistungen (Banken- und Versicherungswesen, Telekommunikation und Medien wie Film und Fernsehen) institutionalisierte die Uruguay-Runde des GATT diese Entwicklung.

Die Unterwerfung der Medien unter die Marktgesetze und die Konzentration und Verdichtung der Kommunikationsnetze bilden einen ersten Schwerpunkt des Vortrags. "Global village"



trifft vor allem auf den Kommunikationsbereich zu. Doch statt der Herausbildung einer Weltkultur haben wir es mit einer kultureller Homogenisierung in Form einer Verwestlichung auf Kosten kultureller Vielfalt und kollektiver Identität zu tun. Deren Auswirkungen auf Nord-Süd-Beziehungen und nationale Integrationsbestrebungen im Trikont werden in einem zweiten Schwerpunkt behandelt. Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

Do, 22. Januar

Vor 30 Jahren: Die Bremer Straßenbahnunruhen vom Januar 1968 und ein juristisches Nachspiel [R: Dr. Heinrich Hannover; V: MASCH]. Im Januar 1968 blockierten Tausende junger Menschen fünf Tage lang den gesamten Innenstadtverkehr und triumphierten schließlich über Polizei und Politiker, die eine Erhöhung der Tarife durchsetzen wollten. Unter den nachfolgenden Prozessen erregte einer besonderes Aufsehen. Es ging um eine Schülerzeitung, die sich kritisch mit dem Verhalten des Polizeipräsidenten auseinandergesetzt hatte. Ein Prozeß, der sichtbar machte, wie die antiautoritäre Jugendbewegung der 60er Jahre - meist als Studentenbewegung bezeichnet - die Gesellschaft verändert hat. Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

Mo, 26. Januar

Zur Kritik der Gewalt - Walter Benjamin und Jacques Derrida [R: Dr. Lars Lambrecht (Hamburg); V: MASCH]. Seit geraumer Zeit ist vor allem in den USA eine Debatte zwischen Kommunitarismus und Neoliberalismus entbrannt, bei der es u.a. um aktuelle Probleme von Gerechtigkeit geht (z.B. Habermas, Rawls, Walzer). Dies ist nicht nur Thema der klassischen Rechtsphilosophie, sondern wurde bereits - aus zeitgenössischem Anlaß - in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts diskutiert, u.a. von Walter Benjamin. Dessen Text von 1921 veranlaßte unlängst Derrida zu einer fundamentalen Kritik der Benjamin-Interpretation. Schwerpunkte des Vortrags werden weniger die traditionellen Diskurse über die sozialen Strukturbedingungen von Gewalt sein, als vielmehr deren Beziehungen zu den politischen Strukturen und zu den theoretischen Perspektiven von Demokratie. Villa Ichon, Goetheplatz 4, 20 Uhr.

(Texte von bzw. nach Angaben der VeranstalterInnen)

"Innere Sicherheit"

Von New York lernen, heißt siegen lernen?

Bundesweit wird seit Monaten von SicherheitspolitikerInnen der Parteien, Innenministern und -senatoren sowie hohen Polizeifunktionären ein Modell polizeilicher Arbeit diskutiert und favorisiert, das in New York "ein Wunder" (New York Times) bewirkt habe. Die in der US-amerikanischen Metropole verwirklichte "zero-tolerance"-Strategie habe die dortige Kriminalität und damit diesbezügliche Ängste der BügerInnen minimiert, kurzum das Leben auch für den weißen Normalbürger wieder lebenswerter gemacht.

Zwei *Spiegel*-Artikel, im Juli erschienen, haben dieses hier in eine neuerliche Kampagne "Innere Sicherheit" gemündete Konzept auch für deutsche BürgerInnen werbewirksam aufbereitet (14). Mit Erfolg. Denn das New Yorker Modell, bei dem es einmal nicht um die viel beschworene "Organisierte Kriminalität" geht, und auch nur bedingt um "kriminelle Ausländer", scheint geeignet, Lösungen für Bedrohungen zu bieten, denen BürgerInnen ausgesetzt glauben (und mitunter auch sind). Es geht um den Schmutz in den Städten, eine zunehmende Verlotterung der Sitten, Junkies und Graffitis, Stehpisser und herumliegende Alkies, die drohende Verslumung selbst (links-)alternativer Stadtteile wie das Bremer "Viertel" oder das Hamburger Schanzenviertel. Diesen Anfängen und den damit einhergehenden Vergehen und der Kleinkriminalität zu wehren, lehrt New York, heiße weit größere Verbrechen - präventiv! - zu verhindern.

Der Held der Geschichte, zu dessen JüngerInnen die regelmäßig an den Hudson River pilgernden Borttscheller & Co. gehören, ist New Yorks - inzwischen ehemaliger - Polizeichef William Bratton. Der wurde durch den Republikaner und ehemaligen Staatsanwalt Rudolph Giuliani, als dieser Ende 1993 nach einer finsteren Law-and-order-Kampagne zum Bürgermeister gewählt wurde, zum Police Commissioner ernannt. Bratton war seit 1990 Transit-Police Commissioner und gilt als der Mann, der die New Yorker U-Bahn, die, das kennen wir aus unzähligen US-Spielfilmen, ein wahrer Hort des Verbrechens und für unbescholtene BürgerInnen kaum benutzbar waren, sicherer gemacht hatte. Das gleiche sei ihm, davon sind nicht nur der *Spiegel* und Brattons deutschen Fans überzeugt, mit der gesamten 7,5-Millionen-Stadt gelungen. Einer der wenigen, die das nicht glauben mögen, ist Giuliani - denn er reklamiert die Idee für sich. Auch Männerfreundschaften sind manchmal ein zerbrechliches Gut: Deshalb ist Bratton jetzt Chef der *First Security Consulting Inc.* und hält Vorträge über sein *"High Performance Policing"* (Trademark) genanntes Konzept, das er in alle Welt erfolgreich und teuer verkauft. Und Giuliani kandidiert Anfang November erneut als Bürgermeister und wird voraussichtlich gewählt werden.

Bratton ist derjenige, der die Lehren der *new realists,* einer konservativen kriminologischen bzw. kriminalpolitischen Schule, als erster in größerem Maßstab in die Tat umgesetzt hat. Deren Theorien lernte er schon in seinem Heimatort Boston kennen; Cambridge, an dessen Havard University James W. Wilson, einer der Gurus der new realists, damals lehrte, liegt nur wenige Kilometer entfernt.

Wilson und sein Kollege George L. Kelling behaupten, daß eine effektive Bekämpfung von Kriminalität auch durch kriminalpolitische Maßnahmen möglich sei, die nicht an den tieferen Ursachen der Kriminaltität ansetzen. Sie stehen damit im Gegensatz zur "kriminologischen Orthodoxie" der 60er bis 80er Jahre, nach der Kriminalität auf die *root causes* Armut und Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Diskriminierung, Desorganisation der Gemeinden und Familien und daraus resultierende Sozialisationsmängel zurückzuführen sei. Als kriminalpolitische Konsequenz stand fest, daß man mit sozialen Reformen an diesen root causes ansetzen müsse. Und das nicht etwa nur für die linksliberale KriminologInnen, sondern auch für viele PolitikerInnen (weshalb unter dem US-Präsidenten Johnson z.B. der *war on crime* nicht als solcher, sondern als *war on poverty* geführt wurde) und auch für die Polizei. Die Polizei, meinen Wilson/Kelling, zog sich - in der Überzeugung, nicht wirklich etwas gegen die Kriminalität tun zu können und durch zuviel Aktivität womöglich noch Eskalationsprozesse auszulösen - in die Streifenwagen und auf die strafverfolgende Reaktion zurück.

"The real root causes of crime are criminals"

Nach Ansicht der new realists, die sich an der sog. ökonomischen Theorie der Kriminalität (die vor allem von dem Ökonomie-Nobelpreisträger Gary S. Becker vertreten wird) orientieren, ist der Akteur aber nicht durch die grundlegenden sozialen Bedingungen determiniert - auch wenn diese seine Motivationen, Wertmaßstäbe und Ressourcen beeinflussen -, sondern kalkuliert in der jeweiligen Situation jeweils Kosten und Nutzen rational und entscheidet sich danach zu einer Handlung oder einer Unterlassung. Kriminalpolitisch folge daraus, kriminelle Handlungen durch konsequente Strafverfolgung und empfindliche Strafen mit höheren Kosten zu verbinden - in der Hoffnung, daß bei steigenden Preisen die Nachfrage sinkt.

Für Wilson heißt das, daß man die root causes auch zunächst mal ignorieren und davon unabhängige *policy measures* lancieren kann, die trotzdem erfolgreich auf die Überlegungen potentieller Täter und schließlich auf Kriminalitätsraten einwirken. Wilson negiert allerdings die Bedeutung der sozialen Bedingungen nicht völlig und empfiehlt getreu seiner Theorie nicht nur Strafen als Kosten eines devianten (normabweichenden), sondern auch die Bereitstellung von Jobs als Nutzen eines konformen Lebens.

Bratton und Giuliani machten es sich noch einfacher. Giuliani: *"The has never been a proven connection between the state of the economy and crime, and there is no correlation between unemployment and crime."* Kurz gefaßt: *"The real root causes of crime are criminals."*

Broken windows

Kommt einem dies auch von hiesigen Law-and-order-AnhängerInnen noch alles bekannt vor, stellt die sog. *Broken-windows*-Theorie etwas qualitativ neues dar. Wobei, so neu nun auch nicht, stammt der entsprechende Aufsatz von Wilson/Kelling doch bereits aus dem Jahre 1982 - wurde aber erst 1996 ins deutsche übersetzt -, die zugrunde liegenden "Experimente" des Stanford-Psychologen Philip Zimbardo sogar aus dem Jahr 1969. Aus diesem Aufsatz seien hier einige Passagen zitiert, die den theoretischen Background des "New Yorker Modells" bilden:

Zimbardo *"stellte jeweils einen Wagen ohne Nummernschilder und mit offener Motorhaube in eine Straße der Bronx und eine Straße in Palo Alto/Kalifornien. Das Auto in der Bronx wurde bereits innerhalb der ersten 10 Minuten, nachdem es abgestellt wurde, von Vandalen heimgesucht. Die ersten waren eine Familie - Vater, Mutter und Sohn -, die den Kühler und die Batterie ausbauten. Innerhalb von vierundzwanzig Stunden wurde faktisch jedes brauchbare Teil des Wagens entwendet. Danach begann eine wahllose Zerstörung: die Fensterscheiben wurden eingeschlagen, Einzelteile abgerissen, die Polster aufgeschlitzt. Von Kindern wurde der Wagen als Spielplatz genutzt. Die meisten erwachsenen 'Vandalen' waren gut gekleidet und scheinbar ordentliche Weiße. Das Auto in Palo Alto wurde über eine Woche lang nicht angerührt. Daraufhin zertrümmerte Zimbardo einen Teil des Wagens mit einem Vorschlaghammer. Schon bald machten einige vorübergehende Passanten mit. Innerhalb von einigen Stunden lag der Wagen auf dem Dach und war völlig zerstört. Wieder traten als 'Vandalen' in erster Linie respektable Weiße auf."*

Laut Wilson/Kelling zeigt daß, das *"unbehüteter Besitz schnell zum Freiwild für Leute [wird], die Spaß suchen oder etwas plündern wollen. Und das auch für Menschen, die normalerweise nicht einmal davon zu träumen wagen, daß sie jemals derartige Dinge tun und die sich selbst wahrscheinlich als gesetzestreu bezeichnen würden. Aufgrund der Struktur des Gemeinschaftslebens in der Bronx - die Anonymität, die Häufigkeit, in der Autos verlassen und Dinge gestohlen oder zerstört werden sowie der bisherigen Erfahrungen von Gleichgülzigkeit - kommt es viel schneller zu Vandalismus als im 'ordentlichen' Palo Alto, wo die Menschen davon überzeugt sind, daß Eigentum gehütet wird und daß ungebührliches Verhalten teuer ist. Vandalismus kann jedoch überall auftreten, sofern die Schwellen der Gemeinde - die gegenseitige Achtung und Verpflichtung zum Anstand - durch Ereignisse heruntergesetzt werden, die zu signa-*

lisieren scheinen, daß niemand 'sich darum schert'.

Unserer Meinung nach führt 'sorgloses' Verhalten auch zu dem Zusammenbruch von informeller Kontrolle. Eine stabile Nachbarschaft von Familien, die für ihre Häuser sorgen, gegenseitig auf die Kinder achtgeben und selbstbewußt ungewollte Eindringlinge mißbilligen, kann sich innerhalb einiger Jahre oder auch Monate in einen unwirtlichen und angsteinflößenden Dschungel verwandeln. Ein Grundstück ist verlassen, das Unkraut wächst und eine Scheibe wird eingeschlagen. Erwachsene schelten lärmende KInder nicht mehr; die Kinder, dadurch ermutigt, werden rebellischer. Familien ziehen aus, ungebundene Erwachsene ziehen ein. Jugendliche treffen sich vor dem Laden an der Ecke. Der Ladenbesitzer fordert sie auf wegzugehen, sie weigern sich. Es kommt zu Auseinandersetzungen. Abfall häuft sich. Die Leute beginnen vor dem Laden zu trinken; und dann stürzt ein Betrunkener auf dem Bürgersteig, darf liegenbleiben und seinen Rausch ausschlafen. Fußgänger werden von Bettlern angesprochen.

Noch ist es vermeidbar, daß ernstzunehmende Kriminalität entsteht oder gewalttätige Überfälle auf Fremde passieren. Aber viele Einwohner werden glauben, daß die Kriminalität, insbesondere Gewaltverbrechen, ansteigt. Sie werden ihr Verhalten daraufhin entsprechend ändern. So werden sie weniger oft auf die Straße gehen und sich auf der Straße mit Distanz zu ihren Mitbürgern bewegen; sie werden sich mit abgewandten Augen, verschlossenen Lippen und schnellen Schritten fortbewegen. 'Bloß in nichts verwikkelt werden.' Für einige Einwohner wird die wachsende Anonymität keine große Rolle spielen, da die Nachbarschaft kein 'Zuhause' für sie darstellt, sondern nur 'der Ort, an dem sie leben'. Ihre Interessen liegen an anderer Stelle; sie sind Kosmopoliten. Für andere Bewohner, die ihrem Leben Sinn und Zufriedenheit durch die örtliche Verwurzelung geben - und nicht durch weltweite Geschäftigkeit -, wird dies jedoch von großer Bedeutung sein. Für sie hört die Nachbarschaft auf zu existieren - bis auf einige wenige verläßliche Freunde, die sie weiterhin treffen werden.

Ein derartiges Gebiet ist sehr anfällig für die Entstehung von Kriminalität. Obwohl es nicht unvermeidlich ist, ist es doch wahrscheinlich, daß in einem solchen Gebiet Drogen gehandelt werden, Prostituierte ihrem Gewerbe nachgehen und Autos gepündert werden, anders als in Gebieten, in denen die Menschen meinen, mit informellen Kontrollen das öffentliche Verhalten regulieren zu können."

Gegen die "Fremden"

Um den Grad der *"öffentlichen Ordnung"* zu erhöhen und die Nachbarschaften wieder sicherer zu machen, genüge es eben nicht, auf informelle, soziale Kontrolle, selbtsernannte Blockwarte oder Hausfrauen, die fast den ganzen Tag die Straße beobachten, u.a.m. zu setzen. Sinnvoll sei vor allem auch, die Straßen wieder grüner zu machen, soll in diesem Falle heißen: die Polizei wieder auf die Straße zu bringen. Belegt werde dies durch das Programm für *"sichere und saubere Nachbarschaften"* des US-Bundesstaates New Jersey. Der hatte Mitte der 70er Jahre eine entsprechende Kampagne in 28 Städten gestartet und u.a. Gelder zur Verfügung gestellt, die die Kommunen in die Lage versetzen sollten, PolizistInnen wieder vermehrt auf Fußstreifen zu schicken - um Verbrechen einzudämmen. Fünf Jahre später veröffentlichte die Police Foundation in Washington D.C. eine Auswertung des Fußstreifen-Projekts (daran beteiligt war Kelling) hauptsächlich auf Grundlage des Experimentes in Newark. Demnach hatten die Fußstreifen die Krimininalitätsraten nicht gesenkt. Aber: *"Die Bewohner der durch Fußstreifen überwachten Gegenden schienen sich jedoch sicherer zu fühlen als Bewohner in anderen Gegenden. Sie tendierten dazu zu glauben, daß sich die Kriminalität verringert hatte und schienen weniger zu ihrem Schutz zu unternehmen [...]. Darüber hinaus hatten die Bewohner der Fußstreifen-Gebiete eine höhere Meinung von der Polizei als jene, die in unbeaufsichtigten Gebieten lebten. Die patroullierenden Polizisten zeigten eine gestiegene Arbeitsmoral, waren zufriedener mit ihrem Job und hatten ein besseres Verhältnis zu den in ihrem Revier lebenden Bewohnern als jene Polizisten, die Streife fuhren."*

Es scheint zunächst, als würden diese Resultate den SkeptikerInnen recht geben: Fußstreifen täuschen den EinwohnerInnen lediglich vor, sicherer zu leben, haben aber tatsächlich keinen Einfluß auf die Kriminalitätsentwicklung. Doch,

so Wilson/Kelling, weit gefehlt: *"die Einwohner von Newark [wurden] nicht getäuscht". "Vielmehr wußten sie, welche Aufgaben die Fußstreifen hatte, daß sich diese Tätigkeit von der der motorisierten Streife unterschied, und sie wußten, daß die polizeilichen Fußstreifen ihre Nachbarschaften sicherer machten."*

Eine Nachbarschaft könne sogar "sicherer" als vorher sein, auch wenn die Kriminalitätsrate nicht gesunken - vielleicht sogar gestiegen - ist. Und das geht so: Zuersteinmal müsse man verstehen, *"was die Menschen am meisten außerhalb ihrer vier Wände ängstigt. Viele Einwohner fürchten sich natürlich in erster Linie vor Kriminalität, besonders vor plötzlichen, gewalttätigen Angriffen von Fremden. [...] Indessen übersehen oder vergessen wir leicht eine andere Quelle der Angst: die Angst, von unangenehmen Personen belästigt zu werden. Es müssen nicht unbedingt gewalttätige oder kriminelle Personen sein, sondern solche mit schlechtem Ruf, lärmender Aufdringlich- oder Unberechenbarkeit: Bettler, Betrunkene, Süchtige, randalierende Jugendliche, Prostituierte, Herumhängende und psychisch Kranke."*

Wer an antisemitische Konstrukte bzw. rassistisch motivierte Ausgrenzungsmentalität denkt, ist aber total auf dem Holzweg. Denn die Gegend in Newark, auf die sich die Studie bezieht, wurde ganz überwiegend von Schwarzen bewohnt, die Polizisten aber waren weiß. Nach Kelling, der eine dortige Fußstreife viele Stunden begleitet hatte, habe ein *"typischer Rundgang"* folgendermaßen ausgesehen:

"Die Leute waren entweder 'Ortsansässige' oder 'Fremde'. Die 'Ortsansässigen' waren 'ordentliche' Leute, aber auch einige Betrunkene und Obdachlose, die sich hier ständig aufhielten, aber 'ihren Platz kannten'. Fremde waren, nun ja - eben Fremde, die mißtrauisch und manchmal auch furchtsam beäugt wurden. [Der] Polizist [...] wußte, wer zu den 'Ortsansässigen' gehörte und sie wußten, wer er war. Er sah es als seine Aufgabe an, die 'Fremden' im Auge zu behalten und bei den verrufenen 'Ortsansässigen' sicherzustellen, daß sie einige informelle, aber doch weitläufig bekannte Regeln einhielten. Betrunkene und Süchtige durften sich auf die Treppenstufen der Häuser setzen, nicht aber hinlegen. Es durfte in den Seitenstraßen getrunken werden, aber nicht an den Hauptkreuzungen. Alkoholische Getränke mußten in Papiertüten versteckt werden. Personen an Bushaltestellen anzusprechen, zu belästigen oder anzubetteln, war strengstens verboten. Wenn es eine Auseinandersetzung zwischen dem Geschäftspersonal und einem Kunden gab, wurde davon ausgegangen, daß der Geschäftsmann im Recht war, vor allem dann, wenn der Kunde ein Fremder war. Wenn ein Fremder in der Gegend herumhing, fragte ihn [der Polizist], ob er finanzielle Unterstützung erhielte und welcher Beschäftigung er nachginge. Gab dieser daraufhin unbefriedigende Antworten, wurde er seines Weges geschickt. Personen, die die informellen Regeln mißachteten, insbesondere jene, die Menschen an Bushaltestellen belästigten, wurden wegen Landstreicherei verhaftet. Jugendliche, die Lärm machten, wurden zur Ruhe angehalten."

Diese Zusammenarbeit von ordentlichen BürgerInnen, die ihre Nachbarschaft schützen wollten, und der Polizei erscheint Wilson und Kelling als vorbildlich. Gemeinsam hätten sie die o.g. Regeln definiert, gemeinsam seien sie durchgesetzt worden. Die sauberen "Ortsansässigen" denunzierten jeden, der die Regeln mißachtete, bei der Polizei, schritten aber auch selbst zur Tat. Sie gaben diese Personen, wie die beiden new realists schwammig formulieren, der *"Lächerlichkeit preis"*.

Eine so erfolgreiche Polizei, die dem Bürger dienen will, muß sich der ihr durch den 'Liberalismus' auferlegten Schranken aber so weit es geht erwehren. Und so konnte auch Kelling bei den gemeinsamen Streifengängen feststellen, daß *"manches,was [die Polizei] tat, sich als 'Gesetzesdurchsetzung' beschreiben [ließ], genausooft aber bediente [sie] sich informeller oder außerrechtlicher Mittel, um der Nachbarschaft zu der von ihr als angemessen definierten Vorstellung von öffentlicher Ordnung zu verhelfen. Einige der Dinge, die [sie] dazu unternahm, würden einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten können."*

Die SkeptikerInnen, die die o.g. Zustände als 'Subkultur' akzeptiert hätten oder die monierten, daß diese Art der *"Ordnung" wenig mit der "tatsächlichen Ursache der Nachbarschaftsangst - mit Gewaltverbrechen -"* zu tun hätte, müßten zwei wesentliche Punkte berücksichtigen:

Erstens sollten sich außenstehende BeobachterInnen nicht anmassen zu wissen, wie groß der Anteil der *"mittlerweile in vielen großstädtischen Gegenden grassierenden Angst vor 'realen' Verbrechen in der Nachbarschaft ist, und in welchem Ausmaß sie von einem Gefühl bestimmt ist, daß die Straße 'unordentlich' ist, eine Quelle unangenehmer und beunruhigender Erfahrungen"*. Beobachtungen und Befragungen der EinwohnerInnen von Newark hätten jedenfalls ergeben, daß diese *"offensichtlich der öffentlichen Ordnung einen hohen Stellenwert bei[messen] und es als große Erleichterung und Bestätigung [empfinden], wenn ihnen die Polizei bei der Aufrechterhaltung dieser Ordnung behilflich ist"*.

Zweitens sei eben *"Unordnung und Kriminalität einer Gemeinde normalerweise unentwirrbar miteinander verknüpft - in einer Art ursächlicher Abfolge"*. Und damit wären wir (wieder) bei den *broken windows*. Würden diese zerbrochenen Fenster in einem Gebäude nämlich nicht repariert, zögen sie unweigerlich die Zerstörung weiterer Fenster, "Unordnung" und Verbrechen nach sich. Und das gelte, belegt werde dies nicht nur durch Zimbardos Experiment, sondern auch durch Erfahrungen von SozialpsychologInnen und PolizeibeamtInnen, für *"gehobene Nachbarschaftsgegenden ebenso wie für heruntergekommene"* - root causes könnten also nicht verantwortlich gemacht werden.

New York, New York

Broken windows war und ist für den New Yorker Bürgermeister Giuliani und seinen (ehemaligen) Polizeichef Programm. Hier wird das, was Kelling für Newark beschrieb, in großem Maßstab durchexerziert - Giuliani hat dazu in den letzten Jahren mehrere tausen Cops zusätzlich eingestellt. Den jetzt 38.000 PolizistInnen - eine/r für weniger als 200 EinwohnerInnen - erscheint denn auch (fast) alles und jede/r als verdächtig.

Die meisten polizeilich erfaßten "Taten" sind aber lediglich Ordnungswidrigkeiten und Vergehen, die die Polizei allerdings berechtigen, die Personalien des Täters festzustellen. Ist die Identität festgestellt, wird überprüft, ob etwas gegen ihn vorliegt. Kann er sich nicht ausweisen, wird er mit auf die Wache genommen und dort von einem speziell geschulten Detektiv verhört. Bei diesem *debriefing* geht es aber nicht nur um seine eigenen Taten, sondern auch um Aussagen gegen andere, die damit nichts zu tun haben, darum, wo und von wem man Waffen, Drogen oder Hehlerware bekommen könnte usw. Dann werden die Betroffenen erkennungsdienstlich behandelt. Gerade *quality of life crimes* - Graffitis sprühen, Betteln, Falschparken, in die Ecke pinkeln, offen aus der Bierdose trinken, Schwarzfahren oder gar in der (evtl. halbleeren) U-Bahn zwei Sitzpätze zu belegen - knallhart zu verfolgen, hätte dazu beigetragen, die Kriminalitätsangst der BürgerInnen zu senken, das Vertrauen in die Polizei und die Kooperationsbereitschaft mit ihr zu erhöhen.

Howard Safirs, seit April 1996 Nachfolger Brattons, erklärt das Prinzip folgendermaßen: *"Je mehr wir verhaften, desto weniger Verbrechen werden verübt."* Die New Yorker Polizei hat im Jahr etwa eine Million "Kontakte" zu den BürgerInnen und verhaftet dabei inzwischen fast 400.000 Jugendliche, Männer und Frauen. Der Staat New York hat in den letzten zehn Jahren 18 neue Gefängnisse eröffnet, die Zahl der Gefangenen hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt. In den USA sitzt inzwischen jede/r 160. BürgerIn rechtskräftig verurteilt im Knast - unzählige weitere befinden in Untersuchungshaft. Allein fünf Millionen Menschen - zwei Prozent der Bevölkerung - sitzen täglich im Gewahrsam.

Doch StraftäterInnen werden nicht nur eingesperrt, daß "New Yorker Modell" steht auch für die Einführung umfangreicher Arbeitsdienste. Das gilt zum einen für einige zehntausend SozialhilfeempfängerInnen, die dazu eingesetzt werden, die Stadt zu reinigen. Zum anderen werden Männer und Frauen dazu gezwungen, die von ihnen angerichteten Schäden möglichst schnell wieder zu beseitigen. Erprobt wird dies seit knapp vier Jahren z.B. an der 54. Straße: Das *Midtown Community Court* verurteilt als eine Art "Nachbarschaftsgericht" für kleinere Straftaten die DelinquentInnen in der Regel nicht zu Geld- oder Haftstrafen, sondern zum "Dienst an der Gemeinschaft". Die meisten Verurteilten, 25.000 Fälle wurden bisher verhandelt, wurden - möglichst noch am gleichen Tag - zum Arbeitsdienst eingeteilt. Sie mußten dann, bekleidet mit weithin sichtbaren blauen Overalls und Leuchtwesten mit der Aufschrift "Midtown Community Court" ebenfalls Straßen und Parks reinigen oder Graffitis beseitigen.

Die von der Polizei durch das oben beschriebene Vorgehen gewonnenen Daten werden seit 1994 im *Compstat-System* erfaßt. Die riesige Datenbank, laut New York Times *"wahrscheinlich das mächtigste Kontrollinstrument, das je für die Polizei erfunden worden ist"*, wird in kurzen Abständen regelmäßig u.a. nach der Kriminalitätsentwicklung in den einzelnen Bezirken der Stadt ausgewertet. Die Führungsetagen des Polizeipräsidiums und der Reviere wurden nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten umgekrempelt, die precinct-Kommandeure sind für die Effizienz ihrer Leute verantwortlich und werden regelmäßig zum Rapport bestellt, wo die Kriminalitätsstatistiken auf der Tagesordnung stehen. Safir weiß stolz zu berichten, daß er seit Amtsantritt 54 der 76 Bezirkschefs, die nicht effektiv arbeiteten, gefeuert oder versetzt hat.

Doch nicht nur innerhalb der Polizei wird massiv gemobbt. So ist die Zahl der Übergriffe durch PolizistInnen massiv gestiegen - das drückt sich u.a. in den diesbezüglich seit 1993 um 56 Prozent gestiegenen Beschwerden gegen die Polizei aus. Dies ist eine durchaus gewollte Entwicklung. Die New Yorker Polizeiführung hat die Verfolgung der Übergriffe gegen die Bevölkerung explizit gelockert. Den PolizistInnen auf der Straße wurde ausdrücklich zu verstehen gegeben, daß sie sich bei der Arbeit nicht durch kleinliche Vorschriften behindert fühlen sollten - sowohl der Polizeipräsident als auch der Bürgermeister stünden hinter ihnen.

Während der Obrigkeitsstaat die Befugnisse seiner Büttel verbesserte, wurden die Bürger- und Freiheitsrechte derjenigen, die von der Norm abweichen, deutlich eingeschränkt. Doch das geschehe alles für die gute Sache, eben die Kriminalität zu bekämpfen. Daß es aber kaum einen Zusammenhang zwischen Kriminalitätsrückgang und der Politik der Herren Giuliani, Bratton bzw. Safir gibt, wagt dort - angesichts wirksam inszenierter 'Erfolge' - kaum jemand zu behaupten. Dabei deutet alles darauf hin, daß die geringere Kriminalität vor allem mit der seit 1990 andauernden Konjunktur der US-amerikanischen Wirtschaft und ihrem "Jobwunder" zu tun hat: Seither sinkt die Zahl der Straftaten stetig. Eine Entwicklung, die also drei Jahre vor dem Wahlsieg des Bürgermeisters Giuliani einsetzte.

"Kriminalitätsangst"

Diese sich immer wieder auf "Alltagserfahrungen", "Beobachtungen" und "Befragungen" stützenden Theorien der new realists als faschistoides Gequatsche abzutun, hieße es sich zu leicht zu machen, berufen sich auf Wilson und Kelling doch nicht nur die New Yorker PolizeistrategInnen, sondern eben auch immer mehr der hiesigen. Ein Kernpunkt ist dabei die sog. *Kriminalitätsangst* (bzw. Kriminalitätsfurcht), die wie die Kriminalität angeblich stetig weiter wachse.

Nach Umfragen verschiedener Forschungsinstitute steigerte sich die Kriminalitätsangst in der BRD von etwa 43 Prozent (1960) auf den den bisher höchsten Wert von 51 Prozent im Jahre 1975. Danach nahm sie bis 1990 kontinuierlich auf 31 Prozent ab, um dann bis 1993 wieder auf etwa 36 Prozent - auf das Niveau Mitte der 80er Jahre - zu steigen. Dieser Wert veränderte sich bis Mitte 1995, trotz gegenteiliger Behauptungen, nicht wesentlich.

Die Ergebnisse der Umfragen zu dem subjektiven Phänomen (Kriminalitäts)Angst sind von verschiedenen Faktoren beeinflußt, hängen gerade auch von der jeweiligen Fragestellung ab. Je mehr mögliche Gefahrenquellen z.B. in einer Frage bereits benannt werden, um so größer wird auch die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Betreffenden in irgendeiner Weise bedroht fühlen.

Und genausowenig wie von *der* Kriminalität gesprochen werden kann, dürfte nach *der* Kriminalitätsfurcht gefragt werden. In den Umfragen passiert das in der Regel trotzdem: Da fallen dann 'organisierte Kriminalität', Straßenkriminalität, Gewalt in der Familie und anderes zusammen. Da die Befragten in diesem Bereich aber ohnehin nur über eingeschränkte eigene Erfahrungen verfügen, muß dann tradiertes Alltagswissen als Basis für die Antworten herhalten. Die weisen dann eher auf eine allgemeine Verunsicherung oder gesellschaftsbezogene Besorgnis als auf konkrete persönliche Befürchtungen hin.

Um den relativen Stellenwert von "Kriminalitätsfurcht" in der Bevölkerung zu erkunden, sollten zudem andere Faktoren erfragt werden, um die Umfrageergebnisse in einen weiteren (und politischen) Zusammenhang stellen zu können. So hat eine vom Bundesministerium für Familie und Senioren beim Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen in Auftrag gegebene Studie zum Thema "Persönliches Sicherheitsgefühl, Angst vor Kriminalität und Gewalt, Opfererfahrung älterer Menschen", die 1992 als Repräsentativbefragung in West- und Ostdeutschland durchgeführt wurde, beispielsweise ergeben, daß Eigentums- und Körperverletzungsdelikte von eher untergeordneter Bedeutung sind. Dem Faktor "Umweltschäden" wurde dagegen die - über die Vergleichsgruppen von alt und jung in Ost und West - durchschnittlich größte Gefährdung der persönlichen Sicherheit zugeschrieben. Stärker als durch kriminelle Delikte sahen ältere Befragte ihre Sicherheit darüber hinaus vor allem durch Probleme wie Altersversorgung (Ex-DDR), Krankheit und 'Pflegenotstand' bedroht.

So erklärt sich auch der o.g. Anstieg der Kriminalitätsfurcht nach der "Wiedervereinigung". Er ist vor allem auf die sozialen Umbrüchen insbesondere in Ostdeutschland - und die dafür angebotenen Krisen-Lösungen - zurückzuführen. In der ehemaligen DDR war die Kriminalitätsfurcht in den Jahren 1991 bis 1993 teilweise

doppelt so hoch wie in den westlichen Bundesländer, obwohl die Opferzahlen weitgehend die gleichen waren.

Wesentlich ist auch das, was der Kriminologie Sebastian Scheerer schon 1978 als *"politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf"* bezeichnet hat: Medien berichten, Politik und Polizei greifen dies auf und formulieren es in Handlungsbedarf um. Mit dessen Ankündigung bzw. mit dem Nicht-Handeln geht es in die nächste Runde der Medienberichterstattung usw. usf. So lief und läuft es z.B. bei den Debatten um 'Jugendkriminalität', 'kriminelle Ausländer' oder den 'Großen Lauschangriff'.

Dagegen sei, so die Soziologin Helga Cremer-Schäfer, schwer anzukommen: *"Der Kritik, die das gesellschaftlich Konstruierte und Dramatisierende von Sicherheits- und Moral-Paniken herausarbeiten will, wird gerne wahlweise eine romantische oder unverantwortliche Haltung vorgehalten, die die realen, erlittenen Schäden negiere. Das Problem der gesellschaftlich organisierten Darbietung von 'Kriminalitätsgefahren' und 'Sicherheitsbedrohungen' liegt darin, daß durch eine inzwischen mehr als 20jährige Dramatisierung nicht einmal mehr ein Wissen verfügbar ist, auf welche Probleme Kriminalitätsverhältnisse (oder auch Kriminalitätsstatistiken) hinweisen."* Aus diesem verlorengegangenen Wissen sei unterdessen die Unterstellung entstanden, die erfaßte Entwicklung von Kriminalität bzw. deren Bekämpfung bestimme den moralischen Wert einer Gesellschaft, während die bestehende Ordnung unhinterfragt als richtig angesehen werde.

"Aktion Sicherheitsnetz"

In Deutschland wurde das "New Yorker Modell" für eine neuerliche Kampagne "Innere Sicherheit" aufgegriffen. So legte Bundesinnenminister Kanther Anfang September in Briefen an seine Kollegen in den Ländern den Plan für eine sog. *Aktion Sicherheitsnetz* vor. Nach US-Vorbild solle in einer konzertierten Aktion von Polizei und städtischen Behörden gegen Ordnungswidrigkeiten, Bagatelldelikte und größere Straftaten vorgegangen werden, auf daß die deutschen Städte wieder sauberer werden. Falls für *"die in den USA mit bemerkenswertem Erfolg ins Werk gesetzten neuen Methoden zur Verbrechensbekämpfung"* in den Städten nicht genug PolizistInnen vorhanden wären, könnte er zeitweise auch BeamtInnen des Bundesgrenzschutzes (BGS) zur Verfügung stellen. Um das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen zu stärken, solle die Polizei bei ihrem Vorgehen von freiwilligen HelferInnen und eventuell auch privaten Sicherheitsdiensten unterstützt werden. Dies solle in einem *"mehrjährigen Feldversuch"* in einigen Großstädten erprobt werden.

Das einige Tage später von Kanther vorgestellte neue BGS-Konzept sieht dazu u.a. vor, daß von den rund 30.000 BGS-BeamtInnen künftig knapp 19.000 nicht mehr in geschlossenen Verbänden, sondern im polizeilichen Einzeldienst eingesetzt werden sollen. Vorgesehen ist z.B. die Aufstockung der Bahnpolizei um 800 auf 5.500 BGS'lerInnen.

Nach Hannover und Hamburg bekundete Bremen als dritte Stadt bereits kurz nach Eingang des Schreibens Interesse an diesem "Versuch". Nachdem der Senat sein *"Einverständnis signalisiert"* hatte, sei unverzüglich, so Borttschellers Sprecher Stefan Luft, ein Brief an Kanther geschickt worden, um Bremen rechtzeitig *"ins Rennen"* zu schicken. Innensenator Borttscheller begrüßte ausdrücklich das Angebot, Hilfe vom BGS zu erhalten. Nach Angaben Lufts wird durch die Bremer Polizeiführung ein Konzept für die Teilnahme an dem Modellversuch erarbeitet. Denkbar sei beispielsweise der Einsatz von BGS-BeamtInnen an "Brennpunkten" wie dem Bahnhofsvorplatz.

Bereits Anfang August hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Forderungskatalog vorgestellt, der in seiner Zusammenstellung stark an das "New Yorker Modell" erinnert. Mit *"kompromißlosem Vorgehen gegen Ordnungswidrigkeiten, Verstöße gegen die öffentliche Ordnung und Kleinkriminalität"* wolle man das Übel an der Wurzel packen und ähnliche 'Erfolge' erzielen. Die *"Tendenzen der Toleranz und Liberalisierung im Strafrecht"* seien nämlich, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rupert Scholz, als falsch erkannt worden. Aufgrund des schwindenden Autoritätseinflusses, der *"Überbetonung der Individualrechte"* und der Diskussion über die Entkriminalisierung von Bagatalldelikten sei *"das Empfinden für Recht und Unrecht teilweise verlorengegangen"*.

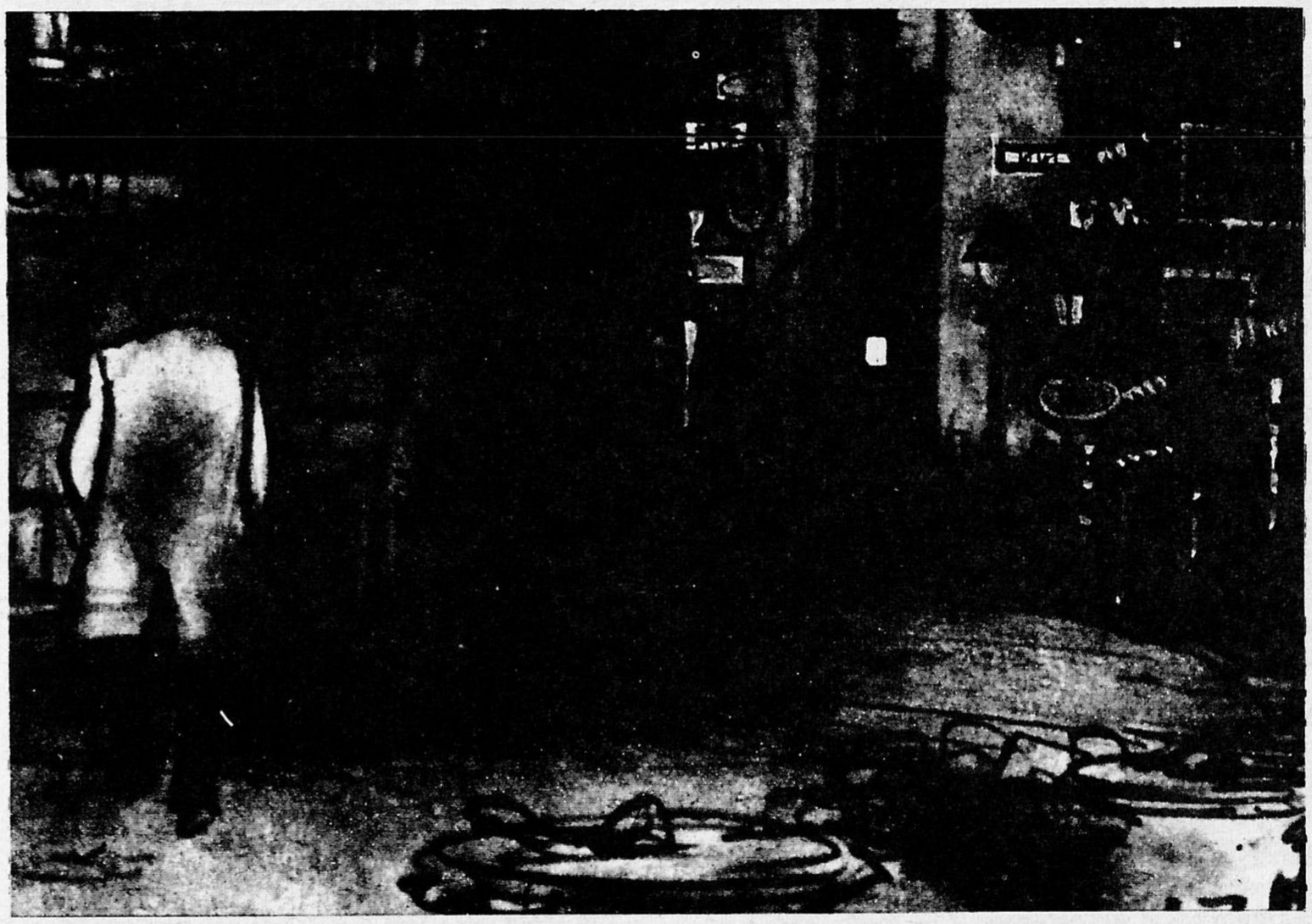
Daher müßte die Polizei personell verstärkt und besser ausgestattet werden, die Büttel benötigten aber auch mehr Eingriffsrechte: *"Graffiti, Verunreinigungen, Sachbeschädigungen, Ruhestörung, Drogenbesitz sowie andere Formen der Kleinkriminalität werden nicht mehr toleriert. Hier muß die Polizeitaktik lauten: zugreifen statt zusehen."* Gefordert wird eine *"sofortige Wiedergutmachungspflicht"* z.B. für SprayerInnen, die ihre Graffitis selbst wieder entfernen bzw. überzustreichen sollten. LadendiebInnen müßten den doppelten Preis der gestohlenen Ware bezahlen und Führerscheine sollen - wie in den USA - nicht nur nach Verkehrsdelikten, sondern auch bei Diebstahl, Sachbeschädigung oder *"Vergehen gegen die öffentliche Ordnung"* entzogen werden können.

Von der Idee des Führerscheinentzugs sind nach einem Bericht der *Bild am Sonntag* vom 14. September PolitikerInnen auch der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen angetan. Bestraft werden sollen so LadendiebInnen, SchwarzfahrerInnen und RandaliererInnen. Statt eines Prozesses, der erst ein halbes Jahr nach der Tat stattfinden und allenfalls mit kurzen Haftstrafen enden würde, könnten nach Auffassung der PolitikerInnen die Fahrverbote kurzfristig verhängt werden. So könnten diese Delikte wirkungsvoll geahndet werden, empfänden doch nahezu alle BürgerInnen die Einschränkung ihrer Mobilität als Strafe, außerdem würde die übervollen Knäste entlastet. Die SPD hat bereits eine entsprechende Gesetzesinitiative entwickelte.

"Aktion Saubere Stadt"

Am "New Yorker Modell" orientiert ist auch die am 22. Juli vom Senat beschlossene sog. *Aktion Saubere Stadt*. Deren Ziel sei, vor allem die Innenstadt von allem Unrat, der dort nicht hingehöre, zu säubern. Während Innensenator Borttscheller für die Beseitigung von Flüchtlingen, Junkies und Obdachlosen zuständig bleibt, darf Bausenator Bernt Schulte (CDU), die bisher schon angelaufenen Maßnahmen für das auch in anderen deutschen Großstädten schwer in Mode gekommene Projekt "Saubere Stadt" - offizieller Starttermin: 1. Januar 1998 - der Öffentlichkeit vorstellen.

Besonders am Herzen liege dem Senat das *"Ärgernis Graffiti"*. Diese *"Schmierereien"*, die von *"Übeltätern"* würden, sollen unter Führung der Brehoch - das ehemalige Hochbauamt - von einer Oldenburger Firma entfernt werden. Der Startschuß wurde am 8. September im Brilltunnel gegeben, auf der Liste stehen zunächst die künftige Amüsiermeile Schlachte, die Bürgerweide, das Gerichtsgebäude, das Haus der Bürgerschaft, die Lärmschutzwände an der A 1 und B 75 sowie einige Schulzentren. Die an öffentlichen Gebäuden zu reinigenden Flächen von insgesamt rund 10.000 Quadratmetern, würden danach speziell imprägniert werden, um künftige Graffiti leichter entfernen zu können.



Borttscheller hatte bereits am 8. Juli die Einrichtung einer *Ermittlungsgruppe Graffiti* bekanntgegeben, die Anfang August ihre Arbeit aufnahm. Borttscheller: *"Die Verunstaltung dieser Stadt durch Graffiti hat inzwischen Ausmaße angenommen, die wir nicht länger tolerieren können."* Denn - auch er hat sein Verslein in New York gelernt - Untersuchungen hätten ergeben, daß das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stärker durch Vandalismus und Sachbe-

schädigung beeinträchtigt werde als durch Raubüberfälle oder Wohnungseinbrüche.

Der aus acht Beamten zusammengesetzten Einheit sollen die seit dem vergangenen Jahr in Bremerhavenen gemachten Erfahrungen zugute kommen. In der Seestadt hatte die dortige *Sonderkommission "Soko Graff"* nach mehrmonatiger Arbeit die Szene im Frühjahr für besiegt erklärt: Fast alle 1.453 Fälle seien aufgeklärt worden, gegen 106 Tatverdächtige werde ermittelt. Zehn Haupttäter hätten mit hohen Schadensersatzforderungen zu rechnen.

Indes ist dieser Aufgabenbereich polizeilicherseits wenig geeignet, zu Ruhm und Ehre zu kommen: Zum einen, weil die Sprühdosen-Aktivisten überall ihr *tag* als Unterschrift hinterlassen - die Beweisführung also nicht allzu schwierig ist. Zumal die Jungs jegliche Klandestinität vermissen lassen. In Bremerhaven lichteten sie sich vor besonders gelungenen *pieces* incl. tag ab - die Fotos wurden bei Hausdurchsuchungen gefunden und entsprechende Zuordnungen bildeten keine Schwierigkeit. Oldenburger Sprayer nahmen sich bei der Arbeit auf Video auf, auch dieses Band befindet sich in der polizeilichen Asservatenkammer. Darüber hinaus sind viele der jungen Sprayer gegenüber den Bütteln zu fast jeder Aussage bereit: Den meisten, darauf deuten Berichte aus vielen Städten hin, kam die Polizei aufgrund belastender Aussagen vorläufig Festgenommener auf die Schliche. Zum anderen sind die Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis 24 Jahren, das muß auch Kriminaloberkommissar Klaus Hemmerling zugestehen, keine Kriminellen im eigentliche Sinne. Deshalb zeigen sie bzw. ihre Eltern sich für Schadensersatzforderungen in Höhe von einigen zehntausend Mark sehr empfänglich. Aber, so Hemmerling: *"Das beste wäre, wenn die erwischten Täter ihr Zukunft nicht mit Schulden von mehreren tausen Mark begännen, sondern die verschmierten Häuserwände selber wieder streichen würden."* Ziel der Ermittlungsgruppe sei auch nicht - das wird der Senator gar nicht gerne hören - die Zerschlagung der Szene. Denn wenn den Jugendlichen keine Alternativen geboten würden, suchte die sich bald andere Betätigungsfelder.

Auch illegales Plakatieren soll zukünftig in Bremen unterbunden werden. Bereits seit zweieinhalb Jahren vermietet die *Stadt Kultur GmbH*, eine Tochter der *Deutschen Städtereklame* (DSR), zuvor allgemein genutzte Flächen unter den stadteigenen Eisenbahnbrücken gegen Bezahlung. Nun hat Bremen, wie zuvor sechs andere deutsche Großstädte, einen Vertrag mit der DSR geschlossen, durch den der *"Wildanschlag"* in der ganzen Stadt verhindert werden soll. Rund 1.000 Schaltkästen, Bauzäune und andere Flächen sollen künftig durch die DSR und die Stadtwerke, BSAG, Bremer Kommunikationstechnik sowie die privaten Baufirmen *"bewirtschaftet"* werden. Und zwar unter dem Motto *"ein Drittel nutzen, zwei Drittel putzen"*. Soll heißen, daß auf einem Drittel der Flächen - gegen Gebühr - plakatiert werden kann, die restlichen zwei Drittel werden durch eine Reinigungstruppe vom 15 Leuten sauber gehalten.

Das dürfte hauptsächlich zu Lasten nicht- oder halbkommerzieller VeranstalterInnen gehen, die sich die Kosten zwischen 30 und 50 Pfennigen pro Tag und Plakat an Mauern, Bauzäunen oder unter Brücken kaum leisten können (und wollen). Und schon gar nicht Gebühren von einer Mark bis 1,50 Mark täglich, um in einem der jetzt schon über 100 an Schaltkästen hängenden Aluminiumrahmen (DIN A1) für Konzerte, Parties o.ä. zu werben. Abzuwarten bleibt, wie das Plakatierverbot umgesetzt werden soll. Im Gegensatz zu früheren Jahren haben die Bremer Büttel in letzter Zeit - bis auf Ausnahmen - kaum Ambitionen gezeigt, sich mit dem "wilden Plakatieren" abzumühen. Vielleicht greift man ja auf einer im Mai von der Stadt Wilhelmshaven beschlossene Maßnahme zurück. Dort kann sich jede, die einen Plakatierer (oder Sprayer) denunziert, sich ein Kopfgeld von 500 Mark verdienen. Daß die 15 DSR-Putzteufel in der Lage sein sollten, die selbst nach DSR-Schätzungen 20.000 bis 30.000 täglich in Bremen hängenden Plakate zu beseitigen, dürfte jedenfalls bezweifelt werden.

Arbeitsdienst

Während die Beseitigung illegal geklebter Plakate durch eine privatwirtschaftliche Firma erledigt wird, soll die Umsetzung des Hauptprojektes "Saubere Stadt" durch einen - nicht anders zu nennenden - *Arbeitsdienst* gewährleistet werden. Das gehe auch nicht anders, denn die Stadt sei, so Bausenator Schulte in der Bürgerschaftsdebatte am 7. Oktober, in einem *"bejammernswerten Zustand"*. Widerspruch - auch außerparlamentarisch ist er kaum zu vernehmen - gab es nur durch den bündnisgrünen Abgeordenten Klaus Möhle, der dazu aufforderte, sich über *"das bißchen Gekritzel"* nicht aufzuregen, denn *"die Stadt ist kein Dreckloch"*. Und während die Parteien der Großen Koalition und die AFB das Projekt weiter forcieren wollen und lediglich monierten, daß der Senat ein detailliertes Konzept schon vor der parlamentarischen Sommerpause vorlegen wollte - dies soll jetzt bis Anfang November geschehen -, gab es nur von Möhle den Einwand, daß *"Sozialhilfeempfänger Blechdosen aufsammeln [zu] lassen" "unmenschlich"* sei.

Die Stadt, insbesondere das touristischen Zentrums, die City, "sauberer" und "schöner" zu machen, bedarf nämlich eines größeren personellen Aufwands. Außerdem soll ein *"grüner Boulevard"* mit zusätzlichen Pflanzen und Bäumen zwischen Bürgerpark und Schlachte entstehen, dessen Straßen und Wege natürlich öfter als bisher gesäubert werden müßten. Entsprechendes gelte für die Wallanlagen sowie die Einkaufsstraßen der Innenstadt. Da der Senat für diese Vorhaben incl. Graffiti-Entfernung für die Jahre 1998-2000 aber 'nur' neun Millionen Mark in den Stadtreparaturfonds eingestellt hat, kann sich jede/r selbst ausrechnen, daß das kaum mit tariflich bezahlten Arbeitskräften zu gewährleisten sein wird. Abhilfe schaffen soll da ein seit der letzten Sozialhilfegesetz-Novelle möglicher groß angelegter Arbeitsdienst.

Diese Änderung des Sozialhilferechts ist ein Ergebnis der "Sozialmißbrauchs"-Kampagnen der letzten Jahre. Potentielle SchmarotzerInnen - und als die gelten den WortführerInnen der Kampagne aus CDU/CSU, SPD und FDP eigentlich alle EmpfängerInnen von Sozialhilfe - können von Städten und Gemeinden zur Annahme "angebotener" Arbeit gezwungen werden.

EIN WOHN- UND ARBEITSPROJEKT ALS GELDANLAGE?!

PROJEKTIDEE: in Bremen ab 1998 ökologisch und solidarisch leben

GESCHÄFTSIDEE: Einlagen in unsere GenossInnenschaft, für Leute mit Kindern vom Staat mit 8-12% „verzinst"

INFOS: Projekt Langemarck-205 28199 HB (0421/593065)

So sei man dann in der Lage die Spreu vom Weizen zu trennen, denn wer nicht arbeiten, sondern nur Staatsknete abzocken wolle, werde nunmehr abgeschreckt.

Indes beklagten mehrere PolitikerInnen im August, daß nur wenige Kommunen von der Zwangsarbeit Gebrauch machten. So hätten sie nach Meinung des wirtschaftspolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Paul Friedhoff, das geltende Recht *"sträflich vernachlässigt. Das hat zu dramatisch hohen, vermeidbaren Kosten geführt."* Friedhelm Ost (CDU), Vorsitzender des Bundestagswirtschaftsausschusses: *"Wir können es der Allgemeinheit nicht mehr zumuten, für Leute zu bezahlen, die durchaus selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können."* Und Städtebund-Präsident Gottfried Benrath (SPD) forderte *"alle Städte und Gemeinde auf, jedem Sozialhilfeempfänger, der dazu in der Lage ist, eine Arbeit anzubieten. Bei Ablehnung wird die Sozialhilfe gesenkt und im Wiederholungsfall ganz gestrichen."*

Wie man es 'besser' machen könnte, exerziert die Stadt Leipzig mit einem in dieser Größenordnung in Deutschland allerdings einmaligen Projekt vor. 4.500 "arbeitsfähige" Männer und Frauen werden dort von der *Gesellschaft für Beschäftigungsförderung* verwaltet. Der Eigenbetrieb der Stadt, der nur öffentliche Aufträge erledigen darf, beschäftigt die SozialhilfeempfängerInnen bei allerlei mehr oder minder sinnvollen Tätigkeiten, die sich allerdings nicht nur auf die Pflege städtischer Grünanlagen bzw. die Straßenreinigung beschränken. Künftig soll das Programm sogar noch ausgeweitet werden. Dann müssen auch Alleinerziehende mit Kindern unter 16 Jahren zum Arbeitsdienst antreten. Angesichts der Tatsache, daß dies in Leipzig auf fast die Hälfte der 7.000 Sozialhilfe empfangenden Familien und Einzelpersonen zutrifft, wird mit 2.000 bis 3.000 weiteren 'MitarbeiterInnen' gerechnet.

Derzeit "bieten" die Kommunen den 675.000 als arbeitsfähig definierten SozialhilfeempfängerInnen - zumeist langjährige, *"schwer vermittelbare"* Arbeitlose - bereits 200.000 Beschäftigungsmöglichkeiten (einschließlich der BSHG 19-Stellen) an. Mehr *"Hilfe zur Arbeit"*, wie es im Gesetzestext heißt, sei nach Angaben des Geschäftsführers des Deutschen Städtetages, Jochen Diekmann, aber nicht drin, sondern würde die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten der Sozialämter völlig überfordern. Die zwei Mark (!) sog. Prämie, die SozialhilfeempfängerInnen pro Stunde Zwangsarbeit erhalten, müssen nämlich wie die Sozialhilfe von den - kommunalen - Sozialämtern bezahlt werden. Dies ändert sich erst nach einem Jahr - dann läuft in der Regel auch die Arbeitsverplichtung aus -, wenn die Betroffenen wieder Anspruch auf Arbeitslosengeld haben und zum "Fall" für das Arbeitsamt werden.

Den organisatorischen Schwierigkeiten, die gerade auch darin bestehen, daß Politik und Verwaltung bisher kaum wußten, womit sie die zur Arbeit verpflichteten Männer und Frauen beschäftigen sollen, abzuhelfen, kommt die aktuelle Kampagne "Saubere Stadt" natürlich gerade recht. Denn die offeriert ein geradezu uferloses Reservoir an Beschäftigungsmöglichkeiten.

So kritisierte Bremens CDU-Fraktionsvorsitzender Neumeyer - wie zuvor schon der SPD-Fraktionschef Weber - den Senatsbeschluß zur *Aktion Saubere Stadt* einen Tag später als unzureichend. Statt mit den vorgesehen neun Millionen Mark u.a. auch ABM-Kräfte zu bezahlen -

und damit Kosten aus anderen Senatsressorts umzuschichten, sollte das Geld dazu genutzt werden, die Grünanlagen und das Stadtbild zu pflegen. Und statt teure ABM-Stellen einzurichten oder auf professionelle Putzkolonnen zu setzen, sollten Bremens SozialhilfeempfängerInnen auf *"freiwilliger Basis motiviert"* werden. Hätte dies keinen Erfolg, sollte man *"die Instrumente des Sozialressorts"* nutzen, und möglichst viele dieser Männer und Frauen zur Arbeit verpflichten. Denn es sei *"nicht einzusehen, daß insbesondere arbeitsfähige junge Menschen ohne Beschäftigung gelangweilt herumhängen, anstatt einen Beitrag für die Allgemeinheit zu leisten"*. Die Prämien für diese Leute könnten aus den neun Millionen Mark bezahlt werden, 'hoch bezahlte' ABM-Kräfte dürften allenfalls als AnleiterInnen beschäftigt werden.

Das hat am 28. Oktober auch Sozialsenatorin Tine Wischer (SPD) eingesehen. Wie in Bremerhaven, wo es den Arbeitsdienst bereits seit einigen Monaten gibt, sollen jetzt auch in Bremen SozialhilfeempfängerInnen verpflichtet werden. Ab dem 1. Januar 1998 werde all denjenigen, die Sozialhilfe beantragen und unter 27 Jahren sowie arbeitsfähig seien, Arbeit "angeboten". Wischer: *"Unser Angebot lautet: Du kannst sechs Monate Prämienarbeit leisten und dann bekommst du einen BSHG-19-Vertrag für ein Jahr."* Wer sich dem Arbeitsdienst verweigere, habe mit Sozialhilfekürzung bzw. -streichung zu rechnen. Die Neuregelung betrifft, so Wischer, in der Stadt Bremen voraussichtlich 30 Männer und Frauen durchschnittlich pro Monat, im Jahr rund 300 bis 500. Die Zahl der BSHG-19-Stellen, bei denen die Beschäftigten statt der Sozialhilfe 80 Prozent des ortsüblichen Einkommens vom Sozialamt erhalten, solle mittelfristig auf 2.000 verdoppelt werden.

Inwieweit auch diejenigen, die bisher schon Sozialhilfe beziehen, in unqualifizierte *"Prämienarbeit"* gezwungen werden sollen, darüber sagt Wischer *"Werkstattentwurf"* - die Werkstatt Bremen vergibt die hiesigen BSHG-19-Stellen - nichts. Ein weites Feld also für die Diskussionen der kommenden Wochen, leben doch immerhin 6.197 BremerInnen ausschließlich von der Sozialhilfe, außerdem beziehen 5.080 Männer und Frauen ergänzende Sozialleistungen zusätzlich zu anderen Einkünften (Stand Dezember 1996) - dazu kommen noch etwa 30.000 Familienangehörige.

Willi Leow

Quellen:
Bisky, Wolfgang: Steigende Kriminalitätsfurcht - Gesichertes Wissen oder Trugschluß?, in: Kriminologisches Journal, 28. Jg., H. 4, S. 284ff.
Bürgerrechte & Polizei/CILIP, H. 57 (2/97)
Damstädt, Thomas: Der Ruf nach mehr Obrigkeit, in: Der Spiegel, H. 28/1997, S. 48ff.
Hess, Henner: New York zieht die Lehren aus den zerbrochenen Fensterscheiben: Eine neue Polizeistrategie zwischen Enthusiasmus und Kritik, in: Kriminologisches Journal, 28. Jg., H. 3, 179ff.
Verfolgen, verhaften, einsperren, in: Der Spiegel, H. 29/1997, S. 126ff.
Wilson, James W. /George L. Kelling: Polizei und Nachbarschaft: Zerbrochene Fenster, in: Kriminologisches Journal, 28. Jg., H. 2, S. 121ff (Übersetzung des Originalartikels "The police und neighborhood safety: Broken Windows" aus "The Atlantic Monthly", März 1982).
sowie diverse Ausgaben von: Weser-Kurier, Kurier am Sonntag, Weser Report, die tageszeitung und Frankfurter Rundschau.

Struktureller Rassismus

Konfliktlinien eines linken Filmprojektes

Ein veröffentlicher Briefwechsel: Eine kleine linke Gruppe von zwei Deutschen und zwei MigrantInnen zweiter Generation will einen Film zu Migrantinnen machen. Das Unternehmen zieht sich, schließlich entsteht aus einer Idee von einer der beiden MigrantInnen der Gruppe der Plan, über türkische Frauen zu drehen, die in einer Bremer Schokoladenfabrik arbeitet. Als die Dreharbeiten zu Ende sind, spitzen sich Auseinandersetzungen zu, da die beiden Deutschen - hier Melanie und Udo genannt - die Rechte am Film für sich beanspruchen. Dies mündet in Offene Briefwechsel bzw. Briefe, die von einem Teil der Gruppe offengelegt werden. Die Situation eskaliert, als die beiden Deutschen der Gruppe Ali morgens früh in seinem Zimmer überrumpeln und die Situation nutzen wollen, um den Teil der Filme, die dieser hat, an sich zu nehmen.

Der von Ali, dem türkischen Mitglied der Gruppe, offengelegte Konflikt belegt zunächst eindrucksvoll die Unfähigkeit von Linken, persönliche Streits zu führen bzw. die Fähigkeit, diese in politische Klischees zu verpacken, was sich von außen dann doch sehr dürftig ansieht. „Verbrüderung mit dem Feinde" steht hier ganz oben; tatsächlich wird der alte Topoa vom Verrat an der eigenen Klasse bemüht und den beiden Deutschen „Kollaboration mit dem Klassenfeind" vorgeworfen (wobei diese nicht zurückstehen und Ali bezüglich eines anderen Konflikts vorwerfen, er würde „faschistoide" Menschen hoffähig machen). Gemäß dem Motto: 'Du bist bürgerlich - nein du!', erreichen beide Seiten auf der verbalen Ebene in der Frage, wer nun mit dem Film als Startkapital die bürgerlichere journalistische Karriere anstrebte, ein Unentschieden (auf der Handlungsebene verhalten sich die beiden Deutschen dagegen wesentlich „bürgerlicher"). Das alles ist leidig interessant; auch die dokumentierten Aussagen über die jeweils vermutete psychische Verfaßtheit des Gegenübers mögen vom voyeuristischen Standpunkt aus sehr lesenswert sein. All das ist aber kaum berichtenswert. Eine Bedeutung über diesen eingeschränkt intellektuellen Versuch hinaus, sich gegenseitig Bumerangs an den Kopf zu werfen, erhält der Konflikt durch zweierlei Dinge:

Da ist zum einen die Entschlossenheit der beiden Deutschen, ihre Position soweit durchzusetzen, daß sie auch vor einem Übergriff nicht zurückschrecken. In die Wohnung eindringen, um die Tatsache, daß die überrumpelte Person überfordert ist, dazu zu nutzen, auch noch sein Zimmer zu durchsuchen, all dies übertritt elementare Sicherheitsbedürfnisse und reduziert die Person Alis auf ein bloßes Hindernis, daß der Durchsetzung der Interessen der beiden Deutschen lediglich im Wege steht und von daher weggeräumt werden muß. „ Solche Methoden kenne ich nur von der Polizei! Mir ist in meinem ganzen Leben, von den Leuten, mit denen ich zu tun hatte, nie so nahgetreten worden", kommentiert Ali in einem Offenen Brief diesen Vorgang.

Zum anderen ist da der Rassismus-Vorwurf, den Ali und Isabel gegenüber den beiden Deutschen erheben. Wobei dieser sicherlich auch in dem bereits genannten Kontext gesehen werden muß, sich mit allen politischen Mitteln und Wertungen persönlich eins zwischen die Lichter zu hauen.

Augenfällig ist jedoch, daß die thematische Seite des Films von Ali und Isabel kam und auch kommen mußte. Isabel hat den Kontakt zu den türkischen Migrantinnen vermittelt; nachdem sie nach einiger Zeit aus der Filmgruppe rausging, war Ali der einzige, der die Interviews mit ihnen führen konnte. Und hinter dem Hang beider Seiten, sich gegenseitig jedwede Kompetenz abzusprechen, ist doch der entschiedene Hang der beiden Deutschen zu erkennen, nach Gutsherrenmentalität das gesamte Filmmaterial in die Hände zu bekommen und dabei sowohl Ali als auch die türkischen Migrantinnen zum bloßen Material zu degradieren.

Innerhalb der Thematik scheinen zudem Konfliktlinien auf, die über den einzelnen Fall hinausweisen. So kommentiert Melanie die Filmszene eine Großvaters, der seinen Enkel knuddelt, als „verlogen", da dies eben derselbe Mann sei, der „als Vater seine eigenen Kinder in die Türkei(..) abgeschoben hat". In einer Reaktion weist Ali auf die Täter-Opfer-Verschiebung einer solchen Sichtweise hin, da „Abschieben ..ein Privileg der Ausländerpolizei" sei. Diesen Begriff zur Beschreibung türkischer Familien zu verwenden, bedient tatsächlich lediglich rassistische Klischees. Und in einem Artikel, den sie für die August-Ausgabe der Zeitschrift *Köxüz* schrieb, meint Isabel: „Wer einen Film über türkische Migrantinnen drehen möchte und nicht weiß oder nicht bereit ist, sich darüber zu informieren, daß in der BRD eine ganze 'elternlose türkische Generation' lebt, die oder der diqualifiziert sich, einen Film mit solch einem Thema zu drehen. wer nicht wissen will, daß türkische Migrantinnen ihre Kinder oft jahrelang in der Türkei bei Verwandten gelassen haben, weil sie selbst hier hart arbeiten mußten (..), wer nicht wissen will, daß dies seine Spuren hinterlassen hat und eines der größten Probleme türkischer Familien noch heute ist, die oder der ist nicht bereit, einen Film über das wirkliche Leben türkischer Migrantinnen hier zu drehen." Isabel verweist hier darauf, daß Deutsche im Gegensatz zu MigrantInnen von gesellschaftlichen Unterdrückungsmechanismen oft nicht betroffen sind, sondern es lediglich politisch opportun fänden, sich mit diesen Mechanismen zu beschäftigen. Hierin liegt der Vorwurf des ignoranten Rassismus', den nichtdeutsche Linke der deutschen Seite immer wieder machen und der sicherlich hauptverantwortlich ist für deren Skepsis.

Lorenz Stern

Internationale Kritik am deutschen Polizeialltag

Musterhafte Prügelknaben

Im Juli 1997 legte das Anti-Folter-Komitee des Europarates (European Committee for the Prevention of Torture - CPT) seinen - nach 1991 - zweiten Deutschland-Bericht vor. Die internationale, aus JuristInnen, ÄrztInnen und ExpertInnen für den Strafvollzug zusammengesetzte Untersuchungskommission monierte die Situation in bundesdeutschen Abschiebeknästen wie auch das Problem prügelnder Polizisten. Der CPT-Bericht fügt sich ein in eine wenig schmeichelhafte Reihe von kritischen Erklärungen diverser UN-Organisationen bzw. amnesty international, die vor allem gewaltsame Übergriffe deutscher Polizisten auf AusländerInnen beklagen.

Und die Bundesregierung bzw. die etablierten Parteien? Sie ergehen sich in jahrelang eingeübten Verharmlosungsritualen.

Das Anti-Folter-Komitee besuchte im April vergangenen Jahres zehn Polizeistationen in vier Bundesländern. Vorkommnisse - ausgerechnet oder bezeichnenderweise - in der Hauptstadt Berlin, gaben dem CPT Anlaß zur Kritik. Dort kam der Untersuchungskommission nämlich besonders häufig der Vorwurf zu Ohren, daß Personen behaupteten, nach ihrer Festnahme durch Berliner Polizisten verprügelt worden zu sein. Das CPT erörterte diese Vorfälle mit hochrangigen Berliner Polizisten. Hierbei bezeichnete einer das Verprügeln von Festgenommenen, selbst wenn diesen Handschellen angelegt worden seien, als *"typisches"* Verhalten Berliner Polizeibeamter.

Das Anti-Folter-Komitee gewann bei seiner Visite den *"klaren Eindruck"*, daß festgenommene Personen in der polizeilichen Praxis nur in Ausnahmefällen von ihrem Recht Gebrauch machen könnten, Angehörige über ihre Situation zu informieren. Auch die Inanspruchnahme des Rechts, bei polizeilichen Verhören einen Anwalt des Vertrauens hinzuziehen zu können, erschien dem Anti-Folter-Komitee *"nicht mehr als eine theoretische Möglichkeit"* zu sein. Die Untersuchungskommission zeigte sich über diese Aspekte des deutschen Polizeialltags äußerst ungehalten. Schließlich ist es nach den Erfahrungen des Anti-Folter-Komitees eine unverzichtbare Voraussetzung, um Mißhandlungen auf Polizeistationen wirksam zu verhüten, daß Gefangene im Polizeialltag auch tatsächlich eine Chance haben, Angehörige über die Festnahme zu informieren oder jederzeit einen Anwalt des Vertrauens beiziehen zu können.

Jämmerliche Zustände in Abschiebeknästen

Ebenfalls kritikwürdig befand das Anti-Folter-Komitee die Situation in den beiden von ihm aufgesuchten Abschiebehaftanstalten Bützow (Mecklenburg-Vorpommern) und Köpenick-Grünau (Berlin). In der Strafvollzugsanstalt Bützow waren zum Zeitpunkt der CPT-Inspektion ca. 40 Personen inhaftiert, die dort zum Teil seit Monaten auf ihre Abschiebung warteten. Die Zustände dort konnte das CPT als *"schlichtweg ungenügend"* beschreiben. Die Abschiebehäftlinge waren 23 Stunden in ihre Zellen eingesperrt, hatten eine Stunde Hofgang täglich und einmal in der Woche Sport. Das war's schon an *"Freizeitmöglichkeiten"*. Hinzu kamen größere Probleme zwischen den Abschiebehäftlingen und dem Anstaltspersonal. Viele der Abzuschiebenden waren sich über ihre rechtliche Lage - und speziell auch über ihre Rechtsmittel - nicht im klaren. Wenig verwunderlich, daß diese Menschen kaum Zugangsmöglichkeiten zu AnwältInnen oder ÜbersetzerInnen hatten.

Zum Zeitpunkt der CPT-Inspektion war der Abschiebeknast Berlin-Grünau mit 198 Abschiebehäftlingen nur zur Hälfte belegt. Ein Drittel von ihnen befand sich damals zwischen einem bis sechs Monaten, acht Gefangene waren sogar zwischen acht und 18 Monaten in Haft. Das Anti-Folter-Komitee kritisierte, daß im Berliner Abschiebeknast so strenge "Sicherheits"maßnahmen angewandt würden wie sonst nirgendwo in der BRD. Und diese hätten einen *"unterdrückenden Effekt"* auf das alltägliche Leben im Abschiebeknast, wenn die dort Inhaftierten für die einfachsten Dinge (vom Fensteröffnen bis zum Kaffeekochen) stets das Anstaltspersonal um Erlaubnis bitten müßten. Dies würde *"unweigerlich"* zu Spannungen führen, zumal es immer wieder Streß gab zwischen abzuschiebenden Personen und dem Personal. Dieses war nicht nur ein Problem der unzureichenden Ausbildung der dort Beschäftigten. Es gab zum Zeitpunkt der CPT-Visite auch keinerlei medizinische oder psychologische Betreuung, sinnvolle Beschäftigungsangebote fehlten außerdem.

Das Anti-Folter-Komitee gelangte bezüglich der Bedingungen in bundesdeutschen Abschiebehaftanstalten zu deutlichen Feststellungen über die in Bützow, aber auch in anderen Bundesländern geübte Praxis, Abzuschiebende in Untersuchungs- oder gar Strafhaftanstalten unterzubringen: Ein Gefängnis - so formulierte die Untersuchungskommission höflich - sei *"kein angemessener Platz"* für abzuschiebende Personen. Wenn schon, dann sollten diese in gesonderten Einrichtungen untergebracht werden, bei denen deutlich werden müßte, daß es sich nicht um Haftanstalten handelt. Schließlich seien Abzuschiebende keine Kriminellen, sondern verfügten lediglich über keinen Aufenthaltsstatus.

Internationale Kritik an rassistischen Übergriffen

Nicht nur das Anti-Folter-Komitee des Europarates beklagt die Behandlungen von AusländerInnen durch deutsche Ordnungshüter. In den letzten Jahren haben praktisch alle zuständigen Gremien der Vereinten Nationen ähnlich kritische Stellungnahmen abgegeben:

» Am 6. Mai 1996 unterrichtete der *UN-Sonderberichterstatter für Folter* die Bundesregierung darüber, daß ihm *"Informationen zugegangen seien, denen zufolge mehrere in Deutschland lebende Angehörige ethnischer oder nationaler Minderheiten schweren Schlägen und anderweitigen Mißhandlungen durch* [deutsche] *Polizeibeamte ausgesetzt gewesen sind"*. Nachdem der Sonderberichterstatter der Bundesregierung 1995 bereits drei derartige Fälle unterbreitet hatte, waren es ein Jahr später schon sieben neue Vorkommnisse, die der UN-Beauftragte für glaubwürdig genug hielt, um ihnen besondere Beachtung zu schenken.

» Auf seiner 58. Sitzung am 8. November 1996 erklärte der *UN-Menschenrechtsausschuß "seine Besorgnis über Vorkommnisse von Mißhandlungen auch von Ausländern und besonders von ethnischen Minderheiten und Asylsuchenden durch die Polizei. Er war besorgt über das Fehlen wirklich unabhängiger Mechanismen, um Beschwerden über Mißhandlungen durch die Polizei zu untersuchen."*

» Im März 1997 schließlich zeigte sich das *UN-Komitee zur Beseitigung von Rassendiskriminierung* ebenfalls *"besorgt über Fälle brutalen Vorgehens deutscher Polizeibeamter gegen Ausländer - vor allen gegen Afrikaner und Türken"*.

Auch von Seiten der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) will die Kritik an offenkundig rassistisch motivierter Polizeigewalt nicht verstummen:

» Im Dezember 1996 veröffentlichte *Aktion Courage e.V. - SOS Rassismus* die Fortschreibung einer Sammlung von "Polizeiübergriffen gegen Ausländerinnen und Ausländer", die von der *Internationalen Liga für Menschenrechte* und der Berliner *Antirassistischen Initiative* recherchiert worden sind. Zwischen Dezember 1994 und November 1995 seien 40 neue Fälle bekannt geworden. Zweifellos - so die Aktion Courage - handele es sich bei Polizeigewalt gegen AusländerInnen um *"Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen, die rassistische Verhaltensweisen erst ermöglichen und fördern"*.

» Anfang Juli 1997 sah sich *amnesty international* dazu gezwungen, nunmehr bereits zum fünften Mal einen Bericht ("Neue Fälle - alte Muster") über polizeiliche Mißhandlungen von Nichtdeutschen vorzulegen. Auch amnesty sind seit Mai 1995 über 40 weitere Vorkommnisse zur Kenntnisse gebracht worden.

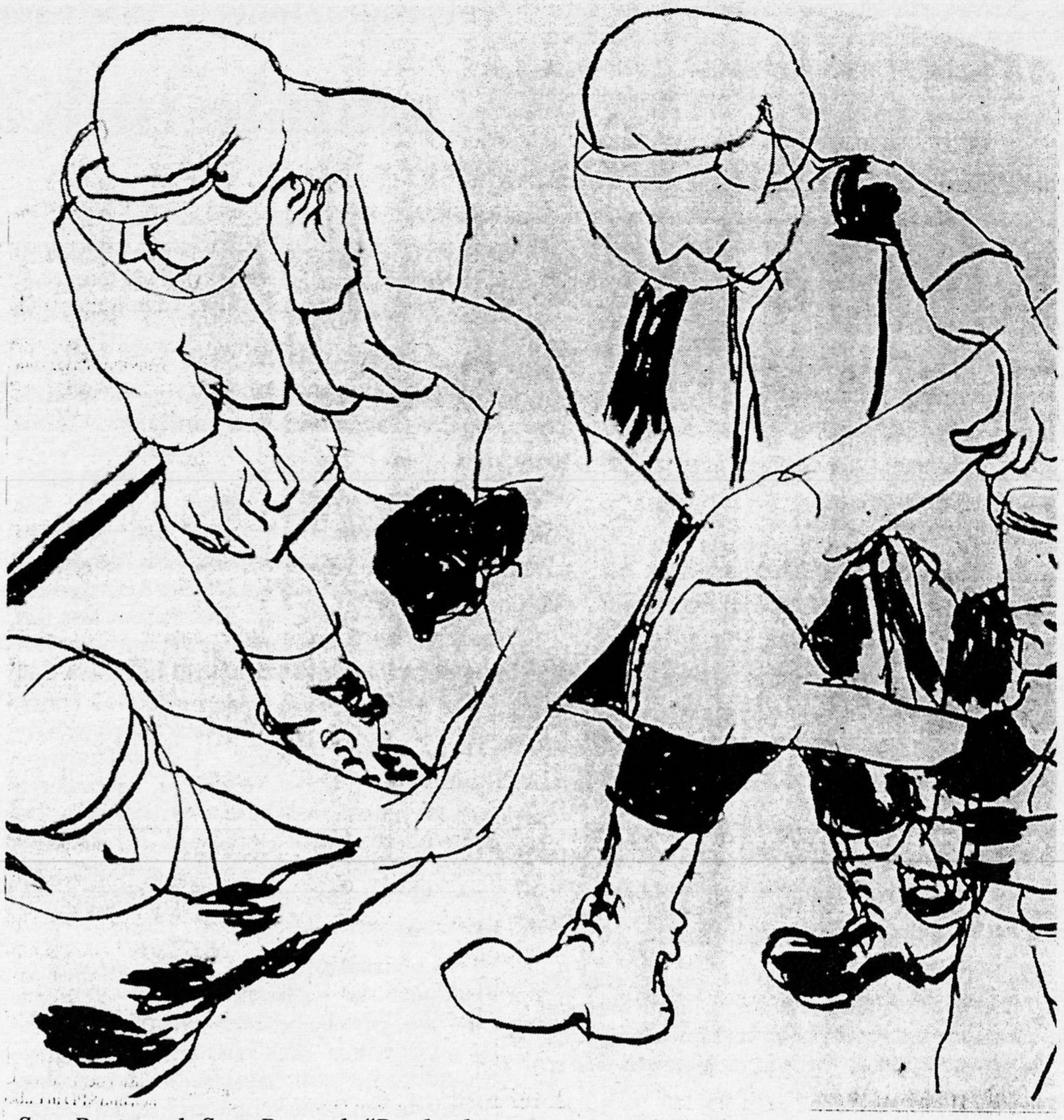
Beide NGOs setzen sich neben der reinen Fallsammlung intensiv mit zentralen Verharmlosungsstrategien auseinander, wie sie bei der Bundesregierung, bei den etablierten Parteien und natürlich in der Gewerkschaft der Polizei anzutreffen sind.

Eine zentrale Rolle kommt hierbei einer von der Innenministerkonferenz (IMK) in Auftrag gegebenen Studie "Polizei und Fremde" zu, die - mit einer Verzögerung von sieben Monaten - Anfang 1996 vorgelegt worden ist. In acht zweitägigen Workshops waren hierfür 115 PolizeibeamtInnen von den Unis Trier und Münster über ihre Einstellungen Nichtdeutschen gegenüber befragt worden. Hierbei gaben die SeminarteilnehmerInnen unverblümt rassistisches Gedankengut preis: Deutschland sei *"offen wie ein Scheunentor"* und lade *"Scheinasylanten und Schnorrer"* geradezu ein, *"Sozialhilfe abzukassieren"*. Dieser *"ungehemmte Zustrom"* von Ausländern wurde als *"Riesenproblem"* angesehen, denn hierdurch bestünde die Gefahr des *"finanziellen Ausblutens des Wohlfahrtsstaates"*. Dieser Zuzug von Nichtdeutschen bewirke einen Anstieg, ja ein *"Blühen der Ausländerkriminalität"*. Stadtviertel, in denen Nichtdeutsche häufig wohnen, seien *"Brutstätten für Radikalismus und Extremismus"*. Hier sei die Polizei fast nur mit *"Abschaum"* konfrontiert.

Dennoch kommt diese Studie zu dem Fazit, daß die Ergebnisse *"darauf hindeuten, daß es sich weder um 'bloße Einzelfälle' noch um 'systematische Verhaltensmuster' der Polizei handelt, sondern um die Kumulation* [also das Zusammentreffen, U.J.] *von Belastungen. In Ballungszentren mit hoher illegaler Einwanderung und Kriminalität sowie bei Großeinsätzen gegen verbotene Demonstrationen* [zur Durchsetzung des PKK-Verbots, U.J.] *seien manche Beamte überfordert. (...) Sicherlich sind unter Polizeibeamten rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen gegenüber einzelnen Ausländergruppen wiederzufinden."*

Während PolitikerInnen aus Union und SPD den Halbsatz, es fehle an Hinweisen auf ein "systematisches fremdenfeindliches Verhaltensmuster der Polizei" regelmäßig als Freispruch erster Klasse abjubeln, begrüßt Aktion Courage, daß diese Studie das Ausmaß von Rassismus in der Polizei nicht mehr nur als *"Häufung von Einzelfällen"* abtut, *"sondern in einen strukturellen Kontext stellt"*.

Amnesty international setzt seinen kritischen Akzent auf die straf- und disziplinarrechtliche Ahndung polizeilicher Übergriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen. Während sich aus Sicht amnestys bei derartigen polizeilichen Übergriffen *"ein klares Muster"* erkennen lasse, könnten die Täter dennoch oftmals nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Ermittlungsverfahren würden von der Polizei zu Lasten des Erinnerungsvermögens der ZeugInnen und NebenklägerInnen in die Länge gezogen, während die Staatsanwaltschaften ihrerseits die Beweismittel nicht immer mit der gesetzlich eigentlich vorgeschriebenen Sorgfalt und Unparteilichkeit abwäge. Zudem ließen Polizeibehörden anhängige Disziplinarverfahren nur allzugern unter Hinweis auf die staatsanwaltschaftliche Einstellung derartiger Ermittlungen gleich mit einschlafen.



Sans-Papieres de Saint Bernard: "Beschreibung eine s Kampfes" (Ausschnitt)

Rassismus bekämpfen - Polizei demokratisieren ...

Angesichts des offenkundigen Mißverhältnisses der von Nichtdeutschen angezeigten Fälle polizeilicher Mißhandlungen zu der geringen Zahl letztlich belangter Ordnungshüter, empfiehlt amnesty für die Untersuchung derartiger Mißhandlungsvorwürfe, *"weitere Mechanismen zu bereits bestehenden Verfahren zu schaffen"*. Hermann Lutz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, reagierte auf diese Idee sichtlich gereizt und hielt der Menschenrechtsorganisation in der *jungen Welt* vor, *"unseren Rechtsstaat in Frage"* zu stellen (jW, 5.7.97).

In der Zurückweisung der staatlichen Taktik des Bagatellisierens und Entpolitisierens polizeilicher Übergriffe sind sich antirassistische Gruppen mit den *Kritischen PolizistInnen,* Bündnisgrünen und PDS einig: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus fallen nicht vom Himmel. Sie sind gesellschaftlich geprägt und werden durch die polizeiliche Ausbildung und Arbeitsstrukturen begünstigt.

Auf ihrer "7. Tagung des 5. Landesparteitages" (!) hat die Berliner PDS am 4. Juni 1997 einen entsprechenden Leitantrag ("Polizei anders denken") angenommen, in dem die *"umfassende Demokratisierung der Institution Polizei"* zu einer vorrangigen Forderung an einen wirklichen Politikwechsel bezeichnet wird. Eine Polizeiverfassung solle die Kontroll- und Weisungsrechte des Parlaments stärken. Die Polizei solle den Trend zur Abschottung und Vergeheimdienstlichung umkehren. Apparat-interne Hierarchien sollten abgebaut und ein kooperativer Führungsstil eingeführt werden. Grundsätzlich - so die Berliner PDS - gelte es, Eigenverantwortlichkeit der einzelnen PolizeibeamtInnen zu stärken, anstatt diese immer weiter zu entmündigen. Mit einer auch räumlichen Dezentralisierung sollen die Schutzpolizei und das Revierprinzip aufgewertet werden. Diese Polizeireform müsse durch die Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei flankiert werden, diesem Durchlauferhitzer für Gewaltfixiertheit und polizeilichen Korpsgeist. Den Berliner GenossInnen geht es um die Schaffung von gesellschaftlichen Konfliktlösungsmechanismen im unmittelbaren Nachbarschaftsbereich, wobei sie aber darauf bestehen, daß diese polizei- und justizfern organisiert werden und ein möglichst breites Feld gesellschaftlicher Gruppen hierbei integriert wird. Schließlich solle das Amt eines allein den jeweiligen Parlamenten gegenüber verantwortlichen Polizeibeauftragten geschaffen werden. Dies wäre eine kompetente Stelle, an die sich BürgerInnen ohne bürokratische Hürden mit ihren Beschwerden über polizeiliches Handeln wenden könnten. Dadurch erhofft man sich langfristig auch einen Ausbau der

Beschwerdekultur innerhalb der Polizei. Letztlich muß die polizeiliche Ausbildung aus ihrem Elfenbeinturm herausgeholt und in nicht-polizeiliche, "zivile" Ausbildungsangebote integriert werden.

... dabei aber nicht stehen bleiben!

Alle KritikerInnen sind sich darüber hinaus im klaren, daß sich Entscheidendes nicht ändern wird,

» solange der Aufbau der "Festung Europa" durch eine Abschiebepolitik (gegenüber bosnischen Flüchtlingen, VietnamesInnen, AlgerierInnen, PalästinenserInnen - aber auch von TürkInnen und KurdInnen) im Sinne von "Ausländer raus - Deutschland den Deutschen" flankiert wird,

» solange AsylbewerberInnen als "Sozialschmarotzer" diffamiert und durch das Asylbewerberleistungsgesetz diskriminiert und unter die Sozialhilfe gedrückt werden, solange das finanzielle Engagement der Bundesregierung z.B. für das "Europäische Jahr gegen Rassismus" eine Farce ist,

» solange PolitikerInnen - allen voran Schröder und Voscherau - fünf Jahre nach Rostock-Lichtenhagen erneut im rassistischen Mief deutscher Stammtische um Wählerstimmen buhlen und wider besseren Wissens mit der Lüge der "Ausländerkriminalität" hausieren gehen und sich immer weitere Verschärfungen des Ausländergesetzes ausdenken.

Es bedarf eines langen Atems, der ausreicht für eine Vielzahl kleiner Schritte, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erkennen und zu bekämpfen.

Ulla Jelpke, Mark Holzberger

Ulla Jelpke ist Bundestagsabgeordnete der PDS, Mark Holzberger Mitarbeiter in ihrem Abgeordnetenbüro

Literaturauswahl:

Aktion Courage e.V. - SOS Rassismus (1996): Polizeiübergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer (Postfach 2644, 53016 Bonn; Tel.: 0228-213061, Fax: 262978)

amnesty international (1997): Neue Fälle - altes Muster: Polizeiliche Mißhandlungen in der Bundesrepublik Deutschland (Heerstraße 178, 53111 Bonn; Tel.: 0228-983730, Fax: 630036)

European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman and Degrading Treatment or Punishment (1997): Reports to the German Government on the visit to Germany carried out from 14.-26.04.96 (Dok. Nr. CPT/Inf (97)9; Übersetzung durch Verf.)

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Hamburger Polizei" vom 13.11.1996 (Drucksache 15/6200)

Bürgerrechte und Polizei/CILIP (Hg.): Hilfe Polizei - Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordnungshütern, Berlin 1995

Gössner, Rolf/Oliver Neß: Polizei im Zwielicht - Gerät der Apparat außer Kontrolle, Frankfurt/New York 1996

Vorprogrammierte Auseinandersetzung

Randale in Kattenturm

Der Bremer Stadtteil Kattenturm machte im August Schlagzeilen: Zwei Nächte lang hielten Jugendliche aus dem Stadtteil die Polizei in Atem. Am Sonntag, den 3. August verhinderten bei einem Stadtteilfest 50 Jugendliche die Verhaftung eines 17-jährigen vermeintlichen Handy-Diebes, den zwei Polizisten bei der Tat gesehen haben wollten. Als die Polizisten ihn nach einer Verfolgung ansprechen und abführen wollen, rennt er davon. Die Polizisten werden von einer aufgebrachten Menge umringt und bedrängt. Sie fliehen und fordern Verstärkung an. Die wird mit Steinen und Flaschen begrüßt. Die Polizei löst das Fest auf. Der am Vortag entkommene vermeintliche Dieb stellt sich am nächsten Tag der Polizei. In der darauffolgenden Nacht wird ein anderer Jugendlicher bei einer Verkehrskontrolle gestoppt. "150 ausländische Jugendliche", berichtet die taz, randalieren deshalb erneut, auch Deutsche sind dabei. Ein Polizeiwagen wird beschädigt, ein Beamter durch Fußtritte verletzt. Ein Beamter gibt einen Warnschuß ab, vier Jugendliche werden festgenommen.

Die Auseinandersetzungen auf dem betonierten Marktplatz in Kattenturm, einem traurigen Fleckchen Grau im Schatten eines Comet-Marktes inmitten von 70er-Jahre-Hochhausneubauten, entstanden nach Angaben des libanesischen Sozialarbeiters Mounir El-Serri spontan und ungeplant. Ihre Wurzeln aber liegen im Alltag der Jugendlichen eines insgesamt marginalisierten Stadtteils. Dank der Stadtteile Kattenesch, Arsten und besonders dem gutbürgerlichen Habenhausen gilt Obervieland für Politiker insgesamt nicht als Brennpunkt. Die Innenstadt hat aber Kattenturm selbst- ähnlich wie Osterholz Tenever, längst abgeschrieben. Es ist ein Stadtteil, in dem man die Modernisierungsverlierer sammeln kann.

Unter den Kapitalismusverlierern, die sich in Kattenturm konzentrieren, sind auch viele Nichtdeutsche - weil sie u.a. weniger Ausbildungschancen haben, bei der Jobsuche diskriminiert werden und oft Schwierigkeiten haben, überhaupt eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Dazu kommen die diskriminierenden Regelungen des Arbeitsamts, z.B., daß eine Stelle erst drei Monate Deutschen angeboten werden muß, bevor ein Ausländer sie besetzen darf.

Schon räumlich wird die Marginalisierung der Fremden durch die Stadtplanung deutlich gemacht. Die Devise lautet: möglichst weit weg. 12 kurdische Familien leben als politische Flüchtlinge aus dem Libanon entlang der Kattenturmer Heerstraße. Unter ihnen über 100 Kinder, viele davon im Bürgerkrieg groß geworden. Die meisten haben nur sechsmonatige Duldungen, die zwar oft verlängert werden, aber eine perspektivische Lebensplanung (Job, Ausbildung) meist sinnlos erscheinen lassen. 23 dieser Kinder machten 1994 Schlagzeilen, als sie als "Kurdenbande" eine Reihe von 78 Straftaten begangen haben sollten: Autos knacken, Körperverletzung, Erpressung und Raub, vor allem das Abziehen von Jacken u.ä..

Am anderen Ende des Stadtteils, am Kuhweidedamm gleich neben der Autobahn, leben die rußlanddeutschen Familien. Auch die rußlanddeutschen Jugendlichen leben zwischen zwei Welten, kommen aus ärmlichen Regionen in der ehemaligen Sovietunion und bekommen hier den totalen Konsum, Leistungs- und Verdrängungsideale vor dem Latz geknallt. Trotz ihres deutschen Passes erleben sie immer wieder, daß sie nicht als "richtige Deutsche" anerkannt werden. Dazu hat auch das chauvinistische Gedankengut vieler rußlanddeutscher Eltern seine Spuren bei den Jugendlichen hinterlassen. Einige Eltern hatten Hitlers Wehrmacht freudig begrüßt, im Nachkriegsrußland wurden alle Rußlanddeutschen gleichermaßen diskriminiert. Nun versuchen sie in der Hoffnung auf uneingeschränkte Akzeptanz, die besseren Deutschen zu sein. Daß andere Gruppen, die Türken etwa, weitaus mehr in die deutsche Gesellschaft integriert sind, scheinbar leichter an Jobs kommen und besser deutsch sprechen, frustriert die jungen Rußlanddeutschen. Rassistisches Gedankengut ist für viele der Marginalisierten wichtig, weil wenigstens dies einen Halt und eine Identifikationsmöglichkeit gibt. Abfällige Generalisierungen der anderen sind für viele Rußlanddeutsche selbstverständlich - egal, ob es sich um Tschetschenen, Türken, Kurden oder Schwarzafrikaner handelt, werden die Fremdartigen oft pauschal als "Schwarze", "Schwarzhaarige", "Neger" etc. bezeichnet.

Rußlanddeutsche, kurdische Libanesen und Türken haben von vorne herein weniger Chancen, Erfolg zu haben, oder besser: die Kämpfe in der hiesigen Gesellschaft zu gewinnen. Auch wenn deutsche Jugendliche sich in Kattenturm ebenfalls cliquenmäßig zusammenschließen, dominieren die Nichtdeutschen optisch das Bild, sind die Frustrierteren und gelten deshalb als die Aggressiveren. Sie werden also von der Politik und der Polizei als "das Problem" wahrgenommen.

Das Cliquenphänomen ist in den letzten Jahren immer stärker in Bremen zu beobachten gewesen. Es ist kein Kattenturm-spezifisches Phänomen. Bremen-weit, auch in den "besseren" Stadtteilen, schließen sich die Kids einer Clique mit einem ähnlichen Hintergrund an. Bei einer Clique, in der alle andere auch türkisch (oder russisch, etc.) sprechen, entfallen Sprachschwierigkeiten, die Schulbesuch und Jobsuche so schwer machen und für Minderwertigkeitsgefühle sorgen. Die Clique ist für viele Kids vor allem nachmittags, jenseits der Kontrolle durch Lehrer auf dem Schulhof, der wichtigste Bezugspunkt. "Wir sind hier ja in einem anderen Land, also nicht unser Land. Und da ist es wichtig, daß wir zusammenhalten. Wir sind sozusagen wie Brüder," sagt ein junger Kurde aus dem Libanon in einem Radiointerview. "Man will

nicht immer der Schwächling sein," erklärte ein anderer. Auch Jugendliche aus anderem Stadtteilen kommen zur Hilfe, wenn einer von "ihnen" von "den anderen" angemacht wurde. In diesem Zusammenhang wird sich dann blind solidarisiert. Wenn zwei einzelne Mitglieder verschiedener Cliquen wegen eines Spruches oder eines Mädchens (die sind eher in der Rolle der Unterstützerinnen, diesbezüglich seltener selber aktiv) Ärger haben, werden daraus häufig vor den Land-Discos Auseinandersetzungen zweier ethnisch definierter Gruppen.

Schon Anfang des Jahres hatte es in Kattenturm Randale gegeben. Rußanddeutsche und libanesische Kurden hatten wochenlang einander aufgelauert, sich gegenseitig verprügelt. Ende Januar verhinderte die Polizei nur mit Mühe auf dem Comet-Parkplatz eine Massenschlägerei von über einhundert Kurden und Rußlanddeutschen aus Kattenturm und anderswo. Nach der Intervention von Lehrern und Streetworkern haben beide Gruppen einen brüchigen Frieden ausgehandelt. Noch im Mai forderte die Schulleitung - erstaunlicherweise vergebens - von Innensenator Bortscheller zwei bewaffnete Beamte für die Pausenaufsicht.

Zwei Zahlen aus der Sozialbehördenstatistik zeigen, warum: Bei den Straftaten insgesamt steht Kattenturm (ca. 78 Fälle pro Jahr) sogar besser da als Habenhausen (ca. 108 Fälle pro Jahr). Bei Straßenkriminalität und Körperverletzung aber sticht Kattenturm heraus. Die Kriminalität- oft eine Reaktion der Marginalisierten auf den sozialen Druck und der Versuch, Selbstachtung und Perspektiven in einer Schatten- oder Gegengesellschaft mit eigenen Regeln zu schaffen - ist in Kattenturm öffentlich, sie ist im Gegensatz zu prügelnden Ehemännern oder Wirtschaftsverbrechern in anderen Stadtteilen für alle zu sehen.

Dazu kommt, daß hier die herkömmlichen sozialdemokratischen Methoden der Befriedung schlecht greifen. Wie die demoskopische Entwicklung bei der Stadtteilplanung nicht berücksichtigt wurde, wurden keine der anderswo erprobten Auffangstrukturen (Freizis, Streetworker) eingeplant, als Geld da war. Jetzt, wo das öffentlich sichtbare Problem da ist, fehlt das Geld, um Sozialarbeiter oder Freizeitheime im großen Stil anzubieten. Während aber die verschiedenen Kräfte (Polizei, Politiker, Eltern und Jugendliche) in Osterholz-Tenever in Strukturen wie einem Präventionsrat eingebunden sind, gibt es präventative Strukturen, um angespannte Situationen zu entschärfen, in Kattenturm überhaupt nicht. Ortsamtsleiter Sven Wojzischke (CDU) beschränkt sich darauf, ab und an einen Sportpark mit Skaterampe anzudenken. Ansonsten engagiert er sich in einem nicht öffentlich tagenden Rat für öffentliche Sicherheit und Kriminalprävention, in dem Lokalpolitiker, Polizisten und Behördenmitarbeiter sitzen. Ziel des Rates: "Früherkennung von Brennpunkten" um rechtzeitig repressiv eingreifen zu können. Einzig die Arbeiterwohlfahrt ist mit Sozialarbeitern vor Ort präsent. Die AWO trägt auch ein Kinderhaus und das Jugendcafe "Da Al Salam", in dem sich allerdings vor allem die libanesischen Jugendlichen treffen.

Im Stadtteil ist also aus Behördensicht immer Ärger vorprogrammiert, deshalb verhallen in der Regel die Warnungen von Sozialarbeitern und Lehrern, daß im Stadtteil etwas kocht. Repression und Kontrolle vor allem gegen ausländische, gleichwohl aber gegen alle Jugendlichen insgesamt ist die Norm - auch nachdem der Grund für die Krawalle, der vermeintliche Dieb, sich gestellt hat. Noch heute gehen Polizisten regelmäßig sogar auf Spielplätzen des Stadtteils Streife, denn mangels eigenen Räumen treffen sich viele Kids dort. Diese pauschale Frontstellung des Obrigkeitsstaates spüren also alle Jugendlichen, wenn auch nicht alle dermaßen schikaniert werden wie die kurdischen Libanesen.

Michi B. (15), Sohn des Innensenators beim Überfall auf eine Kattenturmer Friedhofsbesucherin

Diesmal schmissen also Jugendliche aller Nationalitäten gemeinsam Flaschen und Steine auf Polizeiwagen. Ob sie es noch mal tun, bleibt dem Zufall überlassen, denn die Randalenächte heißen nicht, daß die Jugendlichen nun im Alltag solidarischer miteinander umgehen. Die Regel ist das feindliche Nebeneinander, der brüchige Frieden zwischen den Cliquen. Es hat sich nichts geändert, auch wenn Elke Steinhöfel von der SPD-Bürgerschaftsfraktion sich über einen Rückgang der Jugendkriminalität in Kattenturm um 12 % in diesem Jahr freut.

Die Reaktion der Politik auf die Randale war vorhersehbar: Bürgerschaftsscharfmacher Roland Mike Neumeyer forderte die konsequente Abschiebung straffällig gewordener Ausländer, Bortscheller stellte Leute ab, die gegen den Handy- und Handtaschenklau in der Innenstadt vorgehen sollen. Martin Thomas von den Grünen forderte pädagogisch ausgebildete Polizeibeamte, die nicht nur repressiv gegen die Jugendlichen vorgehen sollten und die Gewerkschaft der Polizei schimpfte einmal mehr, daß die Polizisten als Prellbock für soziale Probleme fungieren. In gerade laufende Diskurse wie "Innere Sicherheit" oder "Jugendkriminalität" ging Kattenturm bislang nicht ein - vermutlich vor allem, weil es dort mitten im Sommerloch während der Politikerurlaube krachte und der Wahlkampf nicht ganz so akut war wie heute. Wenn es aber in Kattenturm - einem Stadtteil, in dem Auseinandersetzungen nicht nur vorprogrammiert, sondern wegen der Innenstadtferne auch ein Stück weit geduldet werden - erneut kracht, könnte sich das schnell ändern. Dann spätestens gilt es, darauf hinzuweisen, in welchem Zusammenhang dort Gewalt entsteht, wie bewußt die Innenstadt ignoriert, was sich dort aufstaut, welche Rolle die Polizei durch Eskalationsstrategien dabei spielt. Kattenturm ist kein Beispiel für Migranten, die sich bewußt politisch organisieren und wehren und auch kein Beispiel dafür, wie Politiker bei solchen Ereignissen gleich populistisch mit Law-and-Order-Sprüchen nachsetzen. Kattenturm ist aber ein deutliches Beispiel dafür, wie egal der Politik und dem Gros der Gesellschaft manche Stadtteile und Menschengruppen sind, solange die Marginalisierten ihre Auseinandersetzungen und ihr Elend nicht zu massiv auf die Straße tragen.

Marco S.

Bremer Drogenpolitik

Verwaltungsgericht: No-go-areas illegal

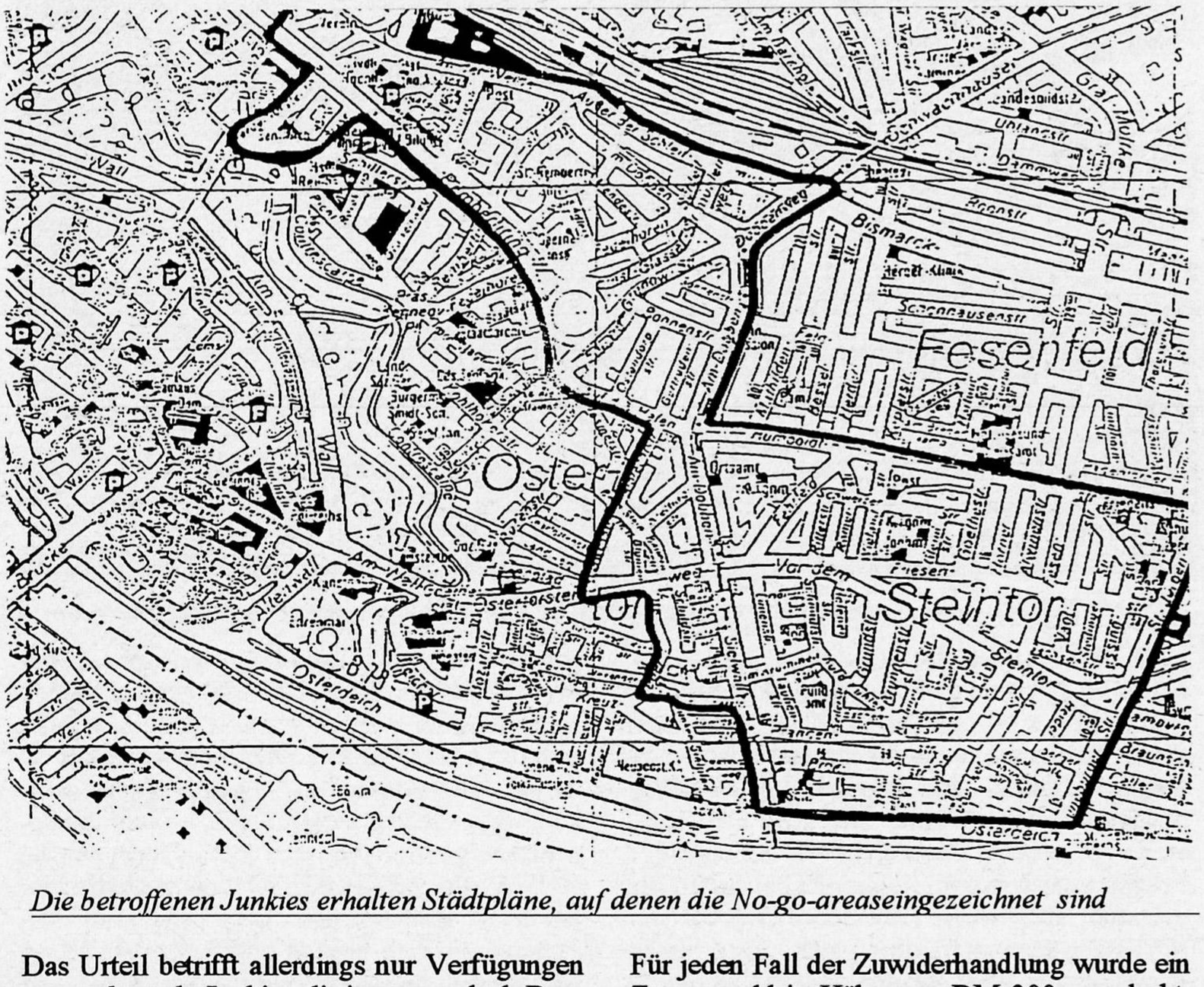
Das Verwaltungsgericht hat in einem Urteil das einem Drogengebraucher auferlegte Verbot, sich in bestimmten Bereichen der Stadt aufzuhalten bzw. diese zu durchqueren, für rechtswidrig erklärt. Das Stadtamt hatte dem Betroffenen wie zahlreichen anderen Junkies und als Dealern verdächtigten schwarzen Flüchtlingen per Verfügung untersagt, das Steintorviertel und Teile des Ostertorviertels sowie die Bahnhofsvorstadt zu betreten, davon ausgenommen wurde nur "das direkte Aufsuchen der DROBS" (1).

Die 2. Kammer revidierte damit ihre bisherige Auffassung, nach der diese "No-go-areas" rechtmäßig waren. Doch nicht zu früh gefreut, denn die Richter wollten nicht etwa die deutsche Drogenpolitik sabotieren, sondern kamen vielmehr zu dem Ergebnis, daß *"der Gesetzgeber gesellschaftspolitisch möglicherweise umstrittene Grundentscheidungen im Prozeß der parlamentarischen Willensbildung selbst treffen muß und sie nicht an die Verwaltung oder die Gerichte delegieren darf"*. Soll heißen, daß die Bremische Bürgerschaft - wenn von ihr gewünscht - solcherlei Verbote per Gesetz beschließen muß und sie nicht aufgrund von Allgemeinverfügungen nach dem Polizeirecht erlassen werden dürfen. Und natürlich haben Borttschellers SchreibtischtäterInnen Berufung gegen das Urteil eingelegt.

zeigesetz (BremPolG), sondern das rassistische Asylverfahrensrecht (3).

Geklagt hatte ein Junkie, dem am 23. Juli 1996 per fünfseitigem Vordruck - nebst anliegendem Stadtplan, in dem die entsprechenden Zonen umrandet wurden - zum wiederholten Mal verboten worden war, sich in o.g. Gebieten aufzuhalten bzw. sie *"in öffentlichen oder privaten Verkehrsmitteln (Bus, Straßenbahn, Taxi, Kfz, Fahrrad usw.) bzw. zu Fuß zu durchqueren"*.

genszene' eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt". Demzufolge könne das Stadtamt als zuständige Polizeibehörde nach § 10 BremPolG die *"notwendigen Maßnahmen"* zur Gefahrenabwehr treffen. Ansonsten dräute die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft Gefährendes, denn *"öffentliche Sicherheit ist die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung, der subjektiven Rechte und Rechtsgüter des einzelnen sowie der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates oder sonstiger Träger der Hoheitsgewalt (§ 2 Ziffer 2 BremPolG)"*. Die Junkies also als eine Art Menetekel des drohenden Untergangs dieser Gesellschaftsformation, ist doch schon die *"Gefahr eine Sachlage, bei der im einzelnen Falle die hinreichende Wahrscheinlichkeit besteht, daß in absehbarer Zeit ein Schaden für die öffentliche Sicherheit eintreten wird (§ 2 Ziffer 3a BremPolG)"*.



Die betroffenen Junkies erhalten Städtpläne, auf denen die No-go-areaseingezeichnet sind

Das Urteil betrifft allerdings nur Verfügungen gegen *deutsche* Junkies, die immer auch als DealerInnen verdächtigt werden. 13 BremerInnen hatten 1996 solche Verfügungen - Geltungsdauer: sechs Monate - erhalten, die teilweise auch verlängert wurden; wie viele in diesem Jahr ist unbekannt. Hier ist jedoch mit einer deutlich höheren Zahl zu rechnen (2). Ferner wurden nach Angaben des Stadtamts im vergangenen Jahr 41 und bis Mitte 1997 zehn Flüchtlingen die "No-go-area"-Verfügungen zugestellt. Deren Grundlage war aber nicht das Bremische Polizeigesetz (BremPolG), sondern das rassistische Asylverfahrensrecht (3).

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wurde ein Zwangsgeld in Höhe von DM 200 angedroht. Sollte *die "Beitreibung des Zwangsgeldes ohne Erfolg versucht worden [sein] oder feststeh[en], daß sie keinen Erfolg haben wird"*, wäre mit jeweils einem Tag *"Ersatzzwangshaft"* zu rechnen. Der Kläger war zwischen dem 12.1. und dem 21.5.1996 bei insgesamt 23 Verstößen gegen ein zuvor verhängtes Aufenthaltsverbot von der Polizei erwischt worden.

Zur Begründung seiner Verbotsverfügung hatte das Stadtamt behauptet, daß die *"'offene Drogenszene' eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt"*. Demzufolge könne das Stadtamt als zuständige Polizeibehörde nach § 10 BremPolG die *"notwendigen Maßnahmen"* zur Gefahrenabwehr treffen. Ansonsten dräute die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft Gefährendes, denn *"öffentliche Sicherheit ist die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung, der subjektiven Rechte und Rechtsgüter des einzelnen sowie der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates oder sonstiger Träger der Hoheitsgewalt (§ 2 Ziffer 2 BremPolG)"*. Die Junkies also als eine Art Menetekel des drohenden Untergangs dieser Gesellschaftsformation, ist doch schon die *"Gefahr eine Sachlage, bei der im einzelnen Falle die hinreichende Wahrscheinlichkeit besteht, daß in absehbarer Zeit ein Schaden für die öffentliche Sicherheit eintreten wird (§ 2 Ziffer 3a BremPolG)"*.

Deutsches Kulturgut

Ein kleiner Exkurs: Der Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Eduard Lintner (CSU), äußerte sich am 14. Juli zu dem Vorschlag, auf Bier- und Schnapsflaschen den Warnhinweis "Alkohol gefährdet ihre Gesundheit" o.ä. anzubringen. Angesichts der gravierenden Folgen des *"Mißbrauchs von Alkohol"* müsse etwas getan werden. Doch sei ein generelles Alkoholverbot nicht sinnvoll. Schließlich habe sich der Konsum von Alkohol *"über Jahrhunderte und Jahrtausende hier eingebürgert"* und gehöre damit zum deutschen Kulturgut. Auch eine Einschränkung oder ein Verbot der Werbung lehnt Lintner ab. Ziel der Werbung sei nicht die Verführung, sondern der Erwerb von Marktanteilen, meinte der Drogenbeauftragte der Bundesregierung (4).

Zurück zur Verbotsverfügung des Stadtamts: Die "offene Drogenszene", der der Betroffene angehöre, halte sich im Bahnhofs-, Ostertor- und Steintorviertel im Bereich Bahnhofsvorplatz, Am Dobben, Ostertorsteinweg, Sielwallkreuzung, Vor dem Steintor, Haltestelle der Straßenbahnlinien 2, 3 und 10 / Ziegenmarkt auf und diene Dealern dazu, *"gezielt Betäubungsmittel zu verkaufen bzw. Verkaufsgespräche aufzunehmen"*. Doch nicht nur *"an erkennbar Abhängige"* würden Drogen verkauft, *"sondern die Szenebildung wird auch dazu genutzt, um an Personen außerhalb dieser Szene Drogen im Schutze der Menge zu verkaufen"*.

Was eigentlich wenig verwunderlich ist, stellen die vielleicht 200 Junkies der "offenen Szene" doch - dies verschweigt die Drogenpolitik gern - nur einen Bruchteil der wohl mindestens 3.000 HeroingebraucherInnen in Bremen dar. Daß diese oftmals in quasi bürgerlichen Existenzen lebenden Männer und Frauen aber (bis auf Aus-

nahmen) den Stoff in der "offenen Szene" kaufen, darf genauso bezweifelt werden wie die Mär vom Anfixen potentieller neuer KundInnen: *"Angesprochen werden nicht nur Drogenabhängige, sondern auch labile Personen und Minderjährige, um diese zum Einstieg in den Drogenkonsum anzuhalten."* Außer natürlich, man gehört zu den ExekutorInnen der Drogenpolitik oder hat - wie große Teile des ja auch mal jünger gewesenen "Viertel"-Bürgertums - die dazu für sich relevanten Informationen von Christiane F., ähnlichen Schmonzetten oder *Spiegel TV, Stern TV* und anderen immer wieder gern über die Schrecken der Bremer Szene gedrehten Fernsehsendungen bezogen, in denen devote Junkies für ein paar Mark jede Geschichte, die die MacherInnen, aber auch die ZuschauerInnen sehen wollen, zum besten geben.

Es kann und soll hier nicht die in vergangenen *kassiber*-Ausgaben (5) regelmäßig geübte Kritik der Drogenpolitik - nach der *alles*, was mit dem Gebrauch illegaler Drogen zu tun hat, strafbar ist - wiederholt werden, doch gibt es verschiedene Gründe, weswegen Frauen und Männer nicht Teil der deutschen Alkohol-Kultur sind, sondern Heroin konsumieren: Gerade auch, weil sie - salopp formuliert - den Verhältnissen etwas entgegenzusetzen versuchen, sich nicht integrieren lassen wollen, nicht "produktiv" sein wollen (6); nicht aber, weil sie von der "offenen Szene" dazu "angehalten" werden. Aber wie meinte doch der Drogenbeauftragte Lintner: Ziel der Werbung ist nicht die Verführung, sondern der Erwerb von Marktanteilen ...

"Ansätze zur Anwendung des Faustrechts"

Doch ist nicht nur jeder Junkie ein Dealer und der Dealer - dies wissen wir seit den Kampagnen der späten 70er Jahre - immer der Mörder, nein, er *"beeinträchtigt" "durch die Szenebildung ... auch die Einwohner der Stadt, insbesondere aber die dort jeweils Ansässigen, erheblich". "Belegt wird dies durch Beschwerden und ständige Berichterstattung in den Medien. Die Inhaber von Geschäften, die in unmittelbarer Nähe des jeweiligen Aufenthaltsortes der Szene liegen, klagen über einen erheblichen Käuferrückgang und fürchten um den Fortbestand ihrer Existenz, da Passanten die von der 'offenen Szene' blockierten Flächen meiden."*

Und wie der Neger oder Kurde den Rassismus, fördert der Junkie *"die Bereitschaft von Betroffenen ..., Maßnahmen zum Selbstschutz oder zur Vertreibung der Szene zu überlegen und umzusetzen"*. Nun ist, das lehrte uns Olaf Dinné, die Organisierung des Volkszorns gegen unerwünschte Elemente im "Viertel", die quasi privatisierte Variante des aktuell wieder vielbeschworenen *Law and order*, kein labour und auch kein conservative, sondern sozusagen eine *green issue* (7). Aber von Leuten, die in der Gegend zu 40 Prozent Bündnis 90/Die Grünen, zu fast zehn Prozent das faschistoide BürgerInneninitiativenkonglomerat "Wir im Viertel" und demnächst vielleicht den Kandidaten Schröder oder - "aus Protest" - die DVU, keinesfalls aber die CDU wählen werden, will das Stadtamt sich nicht das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen lassen: *"Im Hinblick auf Anlieger und Passanten gilt es, massive Störungen, körperliche Auseinandersetzungen, Verschmutzungen zu verhindern und ggfs. vorhandenen Ansätzen zur Anwendung des Faustrechts entgegenzutreten."*

Borttscheller macht im 'focus' 42/97 gegen KritikerInnen von Brechmittelvergabe und No-go-areas mobil; im 'focus' erschien zwei Jahre vorher fast derselbe Artikel mit gleichem Bildmaterial

Die Verfügung des Stadtamtes vom 23.7.1996 wurde dem Betroffenen am 9.9.1996 zugestellt. Zur *"sofortigen Vollziehung"*, denn *"die mit ihrem Aufenthalt im beschriebenen Bereich verbundenen Gefahren für so bedeutende Individualschutzgüter wie Gesundheit, Leben und Eigentum unbeteiligter Personen sind so schwerwiegend, daß nicht erst der Abschluß eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abgewartet werden kann. [...] Von einer Anhörung wurde [...] abgesehen, da die zu befürchtenden Gefahren für die wichtigsten zu schützenden Rechtsgüter Gesundheit, Leben und Eigentum ein sofortiges Einschreiten erfordern. Das Interesse der Öffentlichkeit an der Verhinderung schwerwiegender Straftaten ist höher zu bewerten als Ihr individuelles Interesse an vorherigem rechtlichen Gehör."* Entsprechend wurde über den Widerspruch des Klägers vom 10.9.1996 beim Stadtamt nicht entschieden. Am 30.10.1996 lehnte das Verwaltungsgericht den Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ab. Über die am 11.9.1996 erhobene Klage wurde dann am 29. Mai vor dem Verwaltungsgericht verhandelt (8).

Der Drogengebraucher und seine Anwältin Marion Küstner hatten die Klage vor allem damit begründet, daß er sich durch die Verfügung in seinem Recht auf freie Gestaltung des Lebensraumes verletzt sehe. Er sei nicht bereit, irgendwelche sozialen und gesellschaftlichen Beziehungen in dem durch die Verfügung für ihn gesperrten Bereich abzubrechen. Schon während der Geltungsdauer eines ihm zuvor erteilten Aufenthaltsverbotes habe er keine Verstöße von der Art begangen, wie sie zu Begründung der Verfügung angeführt wurden. Der Besitz von Betäubungsmitteln sei zwar verboten, lasse aber keine Rückschlüsse auf den Handel mit Drogen zu und rechtfertige deshalb für sich allein nicht den Erlaß der Verfügung.

"Gesellschaftspolitisch möglicherweise umstrittene Entscheidungen"

Das Verwaltungsgericht urteilte jetzt - im Gegensatz zu ihrer Entscheidung vom 30.10.1996 -, daß die Verfügung nicht rechtmäßig erlassen worden war. Die sog. Generalermächtigung nach § 10 BremPolG komme als gesetzliche Grundlage für ein Aufenthalts- und Durchquerungsverbot nicht in Betracht. Denn dieses Verbot greife in das Grundrecht des Art. 11 Abs. 1 Grundgesetz (GG) ein - "Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet", das nach Art. 11 Abs. 2 GG nur in ganz bestimmten, dort geregelten Fällen eingeschränkt werden dürfe (9).

Das Stadtamt hatte in seiner Verfügung behauptet, daß der *"Aufenthalt lediglich zum Zwecke der Verabredung bzw. Begehung von Straftaten nach dem BtmG dient"*, die Verbotszone also nicht *"der Mittelpunkt Ihrer Lebensbeziehungen"* sei. *"Die mit dem Aufenthalts-/Durchquerungsverbot verbundene Einschränkung Ihres Grundrechts auf Freiheit der Person ist nicht so hoch zu bewerten wie die angestrebten Ziele, die Verhinderung und/oder Verringerung von Gefahren für die genannten Rechtsgüter. Ein anderes, milderes Mittel, das denselben Zweck erfüllt, steht nicht zur Verfü-*

gung." Demgegenüber bekräftigte das Gericht, daß die Möglichkeit des Klägers, seinen Aufenthaltsort auch innerhalb der Grenzen einer Gemeinde frei wählen zu können, die sog. interlokale Freizügigkeit, unter den Schutzbereich des Art. 11 Abs. 1 GG fällt. Wobei das entscheidende Merkmal dieses Schutzbereichs die *"Fortbewegung zwecks Ortswechsels"* sei. Insofern unterscheide sich Art. 11 Abs. 1 GG vom durch das Stadtamt angeführten Art. 2 Abs. 2 GG (Freiheit der Person).
Der Aufenthalt des Klägers, dem am 20.4.1997 eine weitere Verbotsverfügung mit sechsmonatiger Dauer zugestellt wurde, in der "no-go-area" während bestimmter Tageszeiten sei *"Ausdruck seiner Lebensgestaltung"*. Er unterhalte dort gesellschaftliche und soziale Beziehungen, Freunde und Bekannte, die er besuchen wolle, wohnten dort. Ebenso befinde sich dort seit 15 Jahren sein Hausarzt. *"Auch wenn Personen wie Dealer und Drogenabhängige ihre gewohnten Plätze zu verschiedenen Tageszeiten aufsuchen, ist dieses als die von ihnen getroffene Aufenthaltsbestimmung anzusehen, weil sie sich dort innerhalb ihrer 'Szene' bewegen. Auch in diesen Fällen handelt es sich um Orte, die für die Betroffenen 'wichtig' sind und ihren Lebensinhalt zu einem Gutteil ausmachen, sei dieser noch so fremdartig oder gar verwerflich."*

Natürlich könne das Grundrecht auf Freizügigkeit, wenn es zu strafbaren Handlungen mißbraucht werde, gesetzlich eingeschränkt werden (Art. 11 Abs. 2), aber eben nicht unter dem Vorbehalt der "öffentlichen Sicherheit". Denn dieser Begriff schließe nicht nur allgemein die Verhinderung von Straftaten ein, sondern geht darüber weit hinaus: "Öffentliche Sicherheit" meine nämlich auch die Unverletzlichkeit der Rechtsordnung, der subjektiven Rechte und Rechtsgüter des einzelnen sowie der Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates oder sonstiger Träger der Hoheitsgewalt.

Da will das Gericht dem Stadtamt nicht folgen: Bei den Verstößen gegen das BtmG oder anderen Straftaten handele es sich um schnöde Kriminalität, während sich Borttschellers SchergInnen bei der Verfügung, scheint's, auch aus dem mehr als 1064 Jahre alten Handbuch der Volksgesundheit bedient hatten: *"Der effektiven Bekämpfung des besonders* ***gemeinschaftsschädlichen*** *Handels oder Gebrauchs von Betäubungsmitteln kommt eine herausragende Bedeutung zu, um der damit verbundenen Beschaffungskriminalität,* ***Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung*** *und permanenten Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu begegnen."* (Herv. durch den Autor)
Eine Auslegung des § 10 Abs. 1 BremPolG als Gesetz im Sinne des Art. 11 Abs. 2 GG aber ist nach Auffassung der Kammer auch nicht möglich. Aus *"rechtsstaatlichen und systematischen Gründen"* müsse der dortige Vorbehalt eng ausgelegt werden, denn die tatbestandliche Differenzierung in dieser Verfassungsvorschrift wolle gerade generalklauselartige Ermächtigungen zur Einschränkung der Freizügigkeit vermeiden. Die *"einschränkende Auslegung des § 10 BremPolG bei Freizügigkeitsbeschränkungen würde den Polizeibehörden die Einschätzung der generellen und damit an sich vom Landesgesetzgeber zu beantwortende Frage eines Einschreitens durch Aufenthaltsverbote gegen die 'offene Drogenszene' oder bei vergleichbaren Sachverhalten überlassen".*

Das aber gehe aus Gründen der Gewaltenteilung nicht an: Der Gesetzgeber müsse in grundlegenden, normativen Bereichen, zumal im Bereich der Grundrechtsausübung, alle wesentlichen, auch *"gesellschaftspolitisch möglicherweise umstrittene"* Entscheidungen selbst treffen. Sie dürften nicht an die Verwaltung oder die Gerichte delegiert werden.

Bremer Drogenpolitik

Was das für die Bremer Drogenpolitik, zu deren Chef sich der Polizeisenator Borttscheller angesichts einer rückgratslosen und zur Verwalterin eines weiter expandierenden Methadonprogramms degenierten Sozialsenatorin Tine Wischer (SPD) - ihre Vorgängerinnen beteuerten wenigstens noch, von der Senatsmehrheit an einer anderen Drogenpolitik gehindert zu werden - bedeutet, bleibt abzuwarten. Gern hätten einige "Sicherheits"politikerInnen der Bremer Großen Koalition ein Gefahrenabwehrgesetz, wie das in Niedersachsen durch die Schrödersche SPD beschlossene, nach dem sich nicht nur Chaostage, Silvester-Riots und Großdemonstrationen bekämpfen, sondern eben u.a. auch Aufenthalts- und Durchquerungsverbote verhängen ließen, doch dürfte die notwendige parlamentarische Mehrheit (in der SPD-Fraktion) dafür zur Zeit - noch - nicht vorhanden sein.

Wahrscheinlicher ist es da schon, daß alles so weiter geht wie in den letzten Jahren - und wie in anderen deutschen Großstädten auch: Aufgrund der Kriminalisierung nach dem BtmG leben DrogenverbraucherInnen (nicht nur) in der "offenen Szene" in miserablen sozialen Bedingungen, werden weiter durch die Polizei drangsaliert- wobei Tote billigend in Kauf genommen werden -, in Entzugsmaßnahmen bzw. in den Knast geschickt, vielen wird aber auch ein Methadonprogramm - die sozialdemokratische Variante der Repression - offeriert. Nur das gewünschte Heroin, die im Vergleich mit diesen Maßnahmen unschädliche Alternative, sollen sie nicht erhalten.

Geradezu lächerlich erscheint es da, daß Borttscheller auf seiner diesjährigen war-on-drugs-Pressekonferenz bekannt gab, man habe 1996 4.220 Straftaten nach dem BtmG registriert, 20 Prozent mehr als 1995, und dies als Beleg für *"den hohen Einsatz der Polizei und die Effizienz ihrer Maßnahmen"* wertete. Denn strafbar ist nach dem BtmG alles, was mit dem Gebrauch illegaler Drogen zu tun hat, auch der Besitz zum Eigenverbrauch, sogar der Konsum. Diese Straftaten sind aber - das sagte Borttscheller nicht - vor allem bei den tagtäglich mehrmaligen und staatliche Aktivität demonstrierenden Kontrollen der "offene Szene" - die aber nur einen Bruchteil der rund 3.000 Bremer DrogengebraucherInnen ausmachen - zur Anzeige gebracht worden.
Trotzdem behauptete Borttscheller, das Entdekkungsrisiko in Bremen sei heute höher als in den meisten vergleichbaren deutschen Städten. Zugute hält er sich ferner, die *"Visitenkarte"* Bremens, den Bahnhofsvorplatz, vom Drogenhandel, gemeint sind vor allem aufgrund ihrer Hautfarbe pauschal verdächtigte afrikanische Flüchtlinge, gesäubert zu haben. Deshalb habe er schon Anfragen, wie er das denn geschafft habe, aus anderen Städten, in denen das Gesindel nach wie vor vor den Bahnhöfen herumlungere, erhalten (10). Die Lösung des Problems könnte nach Ansicht des Innensenators - wie des Bundes-Drogenbeauftragten Lintner oder des bayerischen Innenministers Beckstein - darin liegen, DrogengebraucherInnen in Lagern oder ähnlichen Einrichtungen zu konzentrieren. Auch wenn Borttscheller natürlich weiß, daß mindestens 95 Prozent sogar der "freiwilligen" Therapien, die Junkies zumeist zur Vermeidung einer Haftstrafe antreten (müssen), "scheitern", fordert er, DrogengebraucherInnen zwangsweise unter Betreuung zu stellen - was dann im Betreuungsrecht verankert werden müsse: *"Wenn schon heute nach dem Seuchengesetz Bürger zum Schutze der Allgemeinheit zwangsweise eingewiesen werden können, muß man darüber nachdenken, ob nicht eine Zwangstherapie von Schwerstabhängigen zum Selbstschutz dieser Menschen sinnvoll ist."* (11)
Blieb dieses *Weser-Kurier*-Interview ohne politische Reaktion, schlug ein erneuter publizistischer Vorstoß, einmal mehr im rechtspopulistischen *Focus*, einige Wellen. Im Juli hatte Borttscheller dort ebenfalls die Zwangstherapie von DrogengebraucherInnen propagiert. Hatte *Focus* den Bremer Innensenator aber noch mit den Worten *"Gemeinsam mit Bayern planen wir eine Bundesratsinitiative"* zitiert, was selbst Sozialsenatorin Wischer zu einem Dementi herausforderte, trat Pressesprecher Luft danach den Rückzug an. Borttscheller habe lediglich gemeint, daß Bremen sich einem entsprechenden bayerischen Antrag in der Länderkammer anschließen solle.

Willi Leow

Anmerkungen:
(1) DROBS = Drogenberatungsstelle ("Tivoli-Hochhaus"/Bahnhofsplatz).
(2) Vgl. die in kassiber 32, Juni 1997, von uns dokumentierten Äußerungen Innensenator Borttschellers und insbesondere des Inspektionsleiters der Polizei, Peter Wagemann, zum Vorgehen gegen die Frauen vom Drogenstrich in der Humboldtstraße: "... wie die Motten das Licht" (S. 38-43, hier: S. 41f).
(3) Klagen von Flüchtlingen gegen diese Verfügungen gab es bisher nicht.
(4) Lintner-Interview mit dem Saarländischen Rundfunk; nach: Weser-Kurier vom 15.7.97
(5) S. z.B.: Willi Leow, Neue Wege in der Drogenpolitik?, in: kassiber 25, Mai 1995, S. 24ff.
(6) Vgl. ebd.
(7) S.: Von der Sanierung eines lebendigen Viertels, in: kassiber 17, Februar 1992, Schwerpunkt-Beilage "Dav Viertel", S. 16ff.
(8) Da die auf sechs Monate befristete Verfügung sich inzwischen erledigt hatte, wurde umgestellt auf die Beantragung der Feststellung der Rechtswidrigkeit der Verfügung vom 23.7.1996.
(9) Art. 11 [Freizügigkeit] (1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet. (2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahren, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.
(10) Weser-Kurier vom 9.8.1997.
(11) Weser-Kurier vom 3.7.1997.

Zur Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen

Falsche Signale

Dieser Bitte wollen wir hiermit nachkommen und lassen es uns natürlich nicht nehmen, die von ihm aufgeführten 11 Punkte zu kommentieren. Zur besseren Nachvollziehbarkeit kommentieren wir direkt jeden aufgeführten Punkt. Aber zuerst der Brief:

Im Sommer diesen Jahres erschien die Broschüre "Rosen auf den Weg gestreut" von norddeutschen Antifagruppen, die sich kritisch mit der akzeptierenden Jugendarbeit auseinandersetzt. Professor Krafeld - einer der Begründer der akzeptierenden Jugendarbeit - sah sich nach deren Lektüre zu einer "Stellungnahme" veranlaßt und schickte uns einen Brief mit der Bitte um Veröffentlichung.

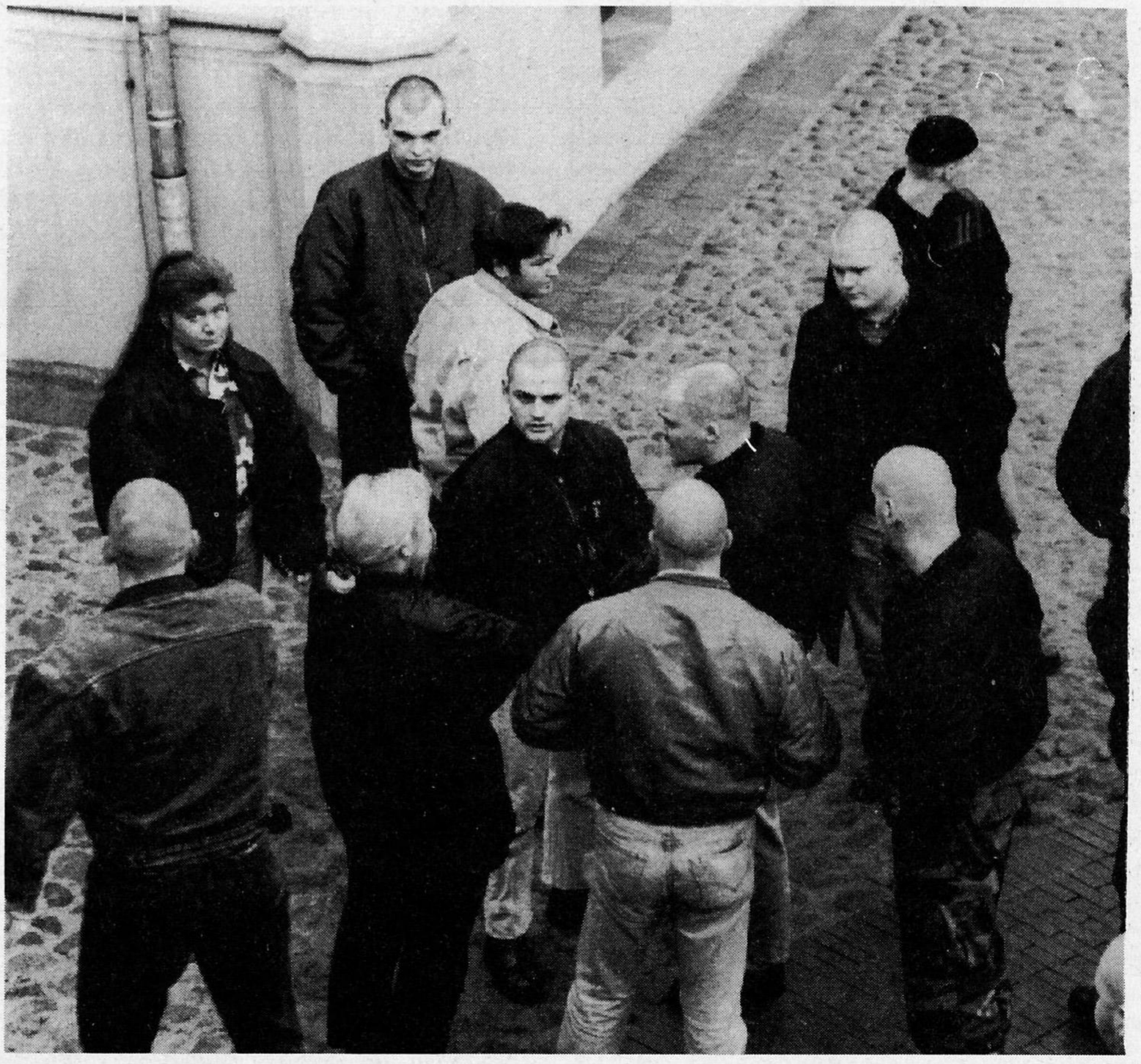
"Betr.: Kritik der Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen
Nach kürzeren Beiträgen in *Bambule* und im *Kassiber* vor einigen Monaten habe ich nun die umfangreiche Broschüre der Norddeutschen Antifagruppen zur Kritik an der Akzeptierenden Jugendarbeit gelesen. Daß die kontroverse Diskussion um dieses Feld der Jugendarbeit wieder intensiver geführt wird, finde ich sinnvoll und richtig. Gleichzeitig finde ich manche Formulierung in der Broschüre geradezu schlimm und gefährlich: etwa, daß die SozialarbeiterInnen, die mit rechten Jugendlichen arbeiten, zu Anwälten faschistischen Terrors erklärt werden und ihnen Anpassung an die rechte Szene unterstellt wird (S.21). Außerdem vermisse ich völlig eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie sich *gesellschaftspolitische* Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus und *pädagogische* Einmischungen in dieses Problemfeld unterscheiden (müssen). Denn Akzeptierende Jugendarbeit ist *ein* Ansatz, auch pädagogisch auf dieses Problem zu reagieren.

All dies spricht dafür und macht es wichtig, sich mit der Akzeptierenden Jugendarbeit auseinanderzusetzen und gleichzeitig diese Auseinandersetzung zu versachlichen. Mit diesem Brief unternehme ich dazu einen Versuch. In dem beiliegenden Text habe ich mich kurz thesenartig bemüht, auf die zentralen Kritikpunkte der Antifa an der Akzeptierenden Jugendarbeit einzugehen. Meine Bitte ist, ihn durch entsprechende Veröffentlichung (z.B. ebenfalls in Bambule oder Kassiber) interessierten Antifa-Kreisen zugänglich zu machen. Ich hoffe auf die prinzipielle Bereitschaft dafür, auch solch eine Gegenposition in eine der Publikationen aufzunehmen - ob mit oder ohne zusätzliche Kommentierung.

Und wenn das ein Anstoß oder Anlaß ist für das Aufleben direkter Diskussionen um die Akzeptierende Jugendarbeit, wie es sie mit aktiven Antifa-Leuten z.B. immer wieder in meinen Veranstaltungen in der Hochschule, in verschiedenen Veranstaltungen an der Uni (u.a. mehrfach mit Freerk Huisken) oder bei etlichen öffentlichen Veranstaltungen gegeben hat, dann wäre auch das sicher nur gut.Ich bitte um baldige Antwort auf mein Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

F.J.Krafeld"



Vor dem Gerichtsprozeß am 30.1.97 in Tostedt

Kommentar:

Insgesamt finden wir es ein bißchen schade, daß Herr Krafeld die Broschüre offensichtlich nicht sehr gründlich gelesen hat. Er wiederholt in seiner "Stellungnahme" Aussagen, mit denen wir uns teilweise ausführlich und kritisch auseinandergesetzt haben, ohne auf diese Kritik zu antworten oder etwas Neues oder Differenzierteres zu sagen. Trotzdem finden wir es gut, seine Stellungnahme zu veröffentlichen und als Anlaß zu nehmen, die Diskussion, die wir auch durch die Broschüre anstoßen wollten, weiterzuführen.

Zur 1. Bemerkung seines Briefes: Wir halten nicht die Formulierung "Anwalt faschistischen Terrors", sondern die von ihr beschriebene Verhaltensweise für schlimm und gefährlich. Nebenbei gesagt haben wir diesen Ausdruck nie pauschal gegenüber SozialarbeiterInnen verwendet, sondern gegenüber bestimmten Rechtfertigungsmustern der akzeptierenden Sozialarbeit gebraucht und erläutert (s. Broschüre, S. 20/21).

Zur 2. Bemerkung des Briefes: Die "Unterscheidung" zwischen "gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen" und "pädagogischen Einmischungen" mag für die akzeptierende Jugendarbeit wesentlich sein. Wir dagegen sind der Ansicht, daß Pädagogik Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist und, insofern sie sich als emanzipative begreift, entsprechende Positionen vertreten muß. Wir halten nichts von der Ideologie "reiner" Pädagogik, die von politischen Ansprüchen und Gesellschaftskritik gesäubert ist: Wer die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse unhinterfragt läßt, sie nur wie eine Kulisse benennt, vor der dann das Spiel

läuft und sie praktisch ausblendet, ist immer auf das Bestehende zurückgeworfen und zementiert es neu - und will das ja meist auch.

Für uns wäre das Gegenteil die interessante Frage: Wie kann Pädagogik emanzipativ in gesellschaftliche Auseinandersetzungen eingreifen und wirken und zur Veränderung des Bestehenden beitragen? Und welche Gesellschaftskritik würde eine Pädagogik entwikkeln, die Menschen nicht einfach ans Gegebene anpassen und dafür funktionabel machen will, sondern die im Menschen mehr Potential erspäht, als es ihm an Fließbändern, in den Werbeagenturen und Pornoshops zugestanden wird?

Die Stellungnahme von Herrn Krafeld:

"Stellungnahme zu zentralen Vorwürfen gegen die Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen (1).

Akzeptierende Jugendarbeit strebe nicht *an, daß sich die rechten Jugendlichen ändern, mit denen sie arbeite.*

Nichts würde sie mehr wünschen als das! Aber sie macht solche Änderungen nicht zur *Voraussetzung*, sondern hat sie zum *Ziel*. Denn würde sie entsprechende *Vor*bedingungen stellen, dann würde sie nicht einmal an die Jugendlichen herankommen, geschweige denn, etwas bewirken können."

Kommentar zu Punkt 1:

Wir kritisieren Äußerungen u.a. von Ihnen, aus denen ganz andere Ziele, als sie es in Ihrem Punkt 1 behaupten, deutlich werden. Ein paar Zitate: "Längst ist der Jugendclub auch in seiner Umgebung und im Stadtteil allgemein akzeptiert, nachdem für alle unübersehbar ist, wie sehr Gewalttaten und andere Auffälligkeiten zurückgegangen sind ... Gleichwohl haben sie ihre hohe Gewaltbereitschaft nicht abgelegt, sind ihre rechten Orientierungsmuster nicht weg, haben wir sie nicht "bekehrt", sie "aus der Szene herausgebrochen" oder "umgekrempelt". (Krafeld: "Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen", S. 50, Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung - zitiert in der Broschüre auf S. 3)

Als Erfolg werden hier zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz unverändert gewaltbereiter Rechtsradikaler und ein Rückgang auffälliger Gewalt gewertet. Die Veränderung rechter Orientierungsmuster wird hier demgegenüber sogar mit Begriffen wie "Bekehrung" und "Umkrempelung" als etwas geradezu Verpöntes beschrieben. "Dabei gehe es darum, die Probleme, die sie mit ihren Bedürfnisse und Interessen in ihrer Umwelt erleben, zum zentralen Gegenstand von Jugendarbeit zu machen ... nicht das ... Abbringen der Jugendlichen von bestimmten Verhaltensweisen und Deutungsmustern." (Heim, Krafeld, Welp u.a.: "Lieber ein Skinhead als sonst nichts", S. 212 in: neue praxis, 21. Jg. [1991], S. 300-310 - zitiert in der Broschüre auf S. 20)

Hier ist nicht die Rede von Anknüpfen an ihren Problemen als erstem Schritt hin zu einer Veränderung, sondern im Gegenteil, das "Abbringen" der Jugendlichen von bestimmten Verhaltensweisen und Deutungsmustern wird ausdrücklich als nicht zentraler Gegenstand dieser Jugendarbeit benannt.

Und zum Schluß Heitmeyer, auf den sich auch die akzeptierende Jugendarbeit bezieht: "Das Ertragenkönnen der Empfindung ist das (pädagogische) Ziel, nicht die Veränderung der Wirklichkeit." (zitiert in der Broschüre auf S. 25)

"2. Organisierte Neo-Nazis könnten Strukturen und Räume der Jugendarbeit mitbenutzen und so Nachwuchs rekrutieren.

Daß Neo-Nazis für ihre politischen Vorhaben keine Plattform geboten und keine Unterstützung gewährt werden darf, ist selbstverständlich. Strukturen und Angebote von Jugendarbeit dürfen gerade in diesem Feld nur für das genutzt werden, was Jugendarbeit auch verantworten kann. Andererseits: Wo in der Praxis organisierte Neo-Nazis auftauchen, da darf man ihnen auch nicht einfach das Feld überlassen. Sondern da muß man versuchen zu erreichen, daß sie *keinen* Erfolg haben."

Kommentar zu Punkt 2:

Es geht sogar so weit, daß in einigen Projekten Naziskins bzw. Nazi-Kader als Sozialarbeiter eingestellt wurden. Z.B. im Jugendclub Sandow in Cottbus wurden Neonazis von zwei Sozialarbeitern betreut, die selbst aus der Naziskin-Szene kamen. Der Neonazi Daniel Köhler, Mitglied der Gruppe "Euthanasie", wurde in Gera als Streetworker angestellt ...

Aber schon, daß - teilweise erwachsene -Nazi-Kader sich in den rechten Jugendprojekten ihren Nachwuchs rekrutieren, wie in Bremen z.B. Markus Privenau (Ex-FAP, JN) aus der Torfsturmgruppe Michael Kurzeja oder durch die Projekte eine rechtsradikale Szene aufbauen können, wie in Tostedt, stellt faktisch eine Unterstützung der faschistischen Organisierung dar und ist nicht hinnehmbar. Was tut denn die akzeptierende Jugendarbeit, wenn nicht sie, sondern die Nazis Erfolg bei den Jugendlichen haben? Wir sind im übrigen keineswegs dafür, den Nazis irgendein Feld zu überlassen. Organisierte FaschistInnen haben in Jugendprojekten nichts zu suchen und sollten rausgeschmissen werden.

Rechnung getragen werden muß auch einer veränderten Organisierung von Neo-Nazis, die seit Jahren vermehrt und durchaus erfolgreich auf die Förderung einer rechten Subkultur setzen.

In Delmenhorst z.B. unterstützte die akzeptierende Jugendarbeit ein Skin-Projekt und die Naziskin-Band "boots brothers". "Wir führen die Jugendlichen an die Musikinstrumente heran und sind froh, daß sie etwas Vernünftiges tun", meinte ein Mitarbeiter des Projekts. Über "Musikinstrumente" wird eine rechte Subkultur massiv gefördert; quer durch Deutschland organisieren Nazi-Kader wie de Vries, Thomas Wulf u.a. Naziskin-Konzerte (auch mit den "boots brothers") mit teilweise bis zu tausend BesucherInnen. Über die Gruppen wird aggressiv ausländerfeindliche Hetze betrieben. In den Liedertexten wird "unverhüllt Rassismus und Nationalismus propagiert, der Skinhead wird als "politischer Soldat" ermutigt, den "harten Kampf in diesem Rassenkrieg" zu bestehen." (VS-Bericht 1995, S.19)

Damit sind die Nazis - auch dank der durch staatliche Projekte zur Verfügung gestellten Musikinstrumente und Räume - so erfolgreich, daß der Verfassungsschutz 1995 den Nazi-Bands ein eigenes Kapitel widmete.

Wir halten diese Unterstützung einer rechtsradikalen Subkultur nicht für vernünftig.

"3. Akzeptierende Jugendarbeit beschränke sich aufs Zuhören und Akzeptieren.

Wenn das passiert, wäre das grundfalsch! Aber meist ist das ein notwendiger *erster* Schritt, um beim anderen überhaupt ein offenes Ohr für andere Meinungen, Erfahrungen, politische und moralische Vostellungen finden zu können. Denn: Wer Andersdenkenden *nicht* zuhören will, kann kein Demokrat sein. Aber wer *nur* zuhört, auch nicht!"

Kommentar zu Punkt 3:

Zu welchen Bedingungen man ein Demokrat sein kann ist unser Problem nicht. Wir kritisieren nicht die Beschränkung aufs Zuhören und Akzeptieren im ersten Schritt, sondern wir halten die Akzeptanz als den wesentlichen Kern des Konzepts für falsch. Im Gegensatz zur uns bekannten Praxis müßte zuerst zwischen Kadern und MitläuferInnen unterschieden und erstere des Projekts verwiesen werden. Wenn mensch dann mit rechten Jugendlichen arbeitet, muß selbstverständlich auch zugehört werden. Ebenso halten wir es für wichtig, zu differenzieren, welche Ansichten, welche Verhaltensweisen, welche Aspekte der betroffenen Personen von der SozialpädagogIn respektiert werden können. Wir halten diese Differenzierung für wesentlich: an den Punkten anzuknüpfen, denen mit Respekt oder Zustimmung begegnet werden kann; aber auch die Aspekte zu benennen, zu kritisieren, zu konfrontieren und auszugrenzen, die eben nicht zu akzeptieren sind: Rassismus, Vernichtungsideologie, Anti-Semitismus. Eine vorbehaltlose Akzeptanz junger Faschos als das, was sie sind - halten wir (gelinde gesagt) für das falsche Signal.

"4. Akzeptierende Jugendarbeit sehe rechte Jugendliche als Opfer.

Dieser Eindruck ergibt sich immer wieder leicht für Menschen, die darüber empört sind, wie folgenlos oft minderheitenfeindliche und rechtsextremistisch motivierte Gewalt bleiben. Nur ist das ein gesellschaftspolitisches Problem. Das kann Pädagogik nicht lösen!

Pädagogik aber kann -neben anderen- durch präventive Arbeit mit potentiellen Tätergruppen die Gefahr zukünftiger Taten verringern. Dazu aber muß sie "die Adressaten dort abholen, wo sie stehen" - eine der Grundregeln von Sozialarbeit insgesamt. Folglich muß sie sich vor allem erst mal interessieren für die Probleme, die diese Jugendlichen *haben*, nicht für die Probleme, die sie anderen *machen*. Wer sich nicht ernstgenommen fühlt, wird kaum ein offenes Ohr für andere haben und andere ernstnehmen."

Kommentar zu Punkt 4:

Der Eindruck, daß die akzeptierende Jugendarbeit die rechten Jugendlichen als Opfer sieht, drängt sich ganz leicht insbesondere beim Lesen Ihrer Veröffentlichungen auf: "Akzeptierende Jugendarbeit zielt letztlich darauf, Ju-

gendliche mit besonders geringen Chancen und Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Integration bei ihrer Überlebenssuche ... zu unterstützen." (Heim, Krafeld u.a. :"Lieber ein Skinhead als sonst nichts?") "Dieser Ansatz fußt auf der Überlegung, daß Rechtsorientierungen Symptome erheblicher Schwierigkeiten und Konfliktbaltigkeiten der Lebensführung darstellen, deren Kern existentielle Instabilitäten, soziale Desintegration, Orientierungsverunsicherungen, Ängste und politisch-soziale Ohnmachtserfahrungen ausmachen." (Krafeld u.a.: "Jugendarbeit in rechten Szenen", Edition Temmen, S.35)

Immer wieder ist die Rede davon, daß diese Jugendlichen nicht primär als auch politische Subjekte (und TäterInnen), sondern vielmehr als desorientiert und Opfer gesellschaftlicher "Desintegrationsprozesse" anzusehen seien. "...als sei das Brüllen der Ausländer-raus-Parole nicht der Beleg für eine gefundene, sondern nur der Ausdruck für ihre verzweifelte Suche nach Orientierung." (F.Huisken: "Zur Kritik von W. Heitmeyers Rechtsextremismustheorie - theoretisch desorientiert, politisch orientiert.")

Der Artikel "Küchenpsychologie und Faschismus in der Broschüre beschäftigt sich ausführlich mit dieser Thematik.

"5. Akzeptierende Jugendarbeit stabilisiere rechte Cliquen noch, statt Jugendliche dort rauszuholen.

Dieser Vorwurf tut so, als ob es reelle Chancen gebe, eine größere Zahl Jugendlicher aus rechten Cliquen rauszuholen. Die gibt es aber höchstens ausnahmsweise. Denn Jugendliche lassen sich nun mal kaum aus einer Szene oder einem Freundeskreis rausholen, die ihr/ihm wichtig sind - erst recht nicht von Erwachsenen. Veränderungen sind also in aller Regel nur *mit* und nicht gegen die Jugendlichen und ihre Cliquen möglich. Und ändern werden sich auch diese Jugendlichen nur dann, wenn sie selbst *auch für sich* einen Sinn darin sehen."

Kommentar zu Punkt 5:

Die Frage bleibt, welche Veränderungen *mit* den Jugendlichen möglich sein sollen, denn wenn die Jugendlichen Sinn in der Beibehaltung ihrer rechten Orientierung sehen, dann nimmt die akzeptierende Jugendarbeit eben diese "lebensgeschichtliche Kontinuität" ernst. Die Stabilität einer rechtsradikalen Clique zu gewährleisten, kann unseres Erachtens aber nicht Aufgabe einer emanzipativen Pädagogik sein. Wenn wir die Aussage so auffassen können, daß die akzeptierende Jugendarbeit davon ausgeht, keine Jugendlichen aus rechtsradikalen Zusammenhängen lösen und keine rechten Orientierungen verändern zu können, fragen wir uns nur noch, warum sie ihr Konzept nicht für gescheitert erklärt und aufhört.

"6. Akzeptierende Jugendarbeit verharmlose das Problem des Rechtsextremismus.

Pädagogik muß mit *anderen* Maßnahmen auf Rechtsextremismus reagieren als z.B. Politik oder Justiz. Bekämpfung und Bestrafung können z.B. in *jenen* Bereichen wichtige Handlungsebenen sein, während sie als Grundlage pädagogischen Handelns völlig ungeeignet sind. Erst recht kann Pädagogik mit solchen Versuchen nicht gesellschaftspolitische Nachlässigkeiten und Untätigkeiten *ersetzen*.

Denn Rechtsextremismus ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Problem, dessen Bewältigung nicht in die Pädagogik abgeschoben werden kann und darf. Pädagogik kann aber dazu beitragen, daß dieser Rechtsextremismus für diejenigen Jugendlichen, mit denen sie zu tun hat, an Attraktivität verliert. Und das ist verdammt schwer in einer Gesellschaft, die in ihrer Mitte immer wieder rechtsextremistische Deutungsmuster hoffähig macht und pflegt."

Kommentar zu Punkt 6:

In diesen Zeiten kann eine emanzipative Pädagogik durchaus mit rechten Jugendlichen arbeiten - aber sie kann sich nicht darauf zurückziehen und vertreten, der Rechtsextremismus der Gesellschaft, der Parteien, der Politik sei nicht ihre Aufgabe. Dann sorgt sie wirklich nur dafür, daß rechte Jugendliche sich in einer zunehmend ausländerfeindlichen und rassistischen Gesellschaft besser zurechtfinden.

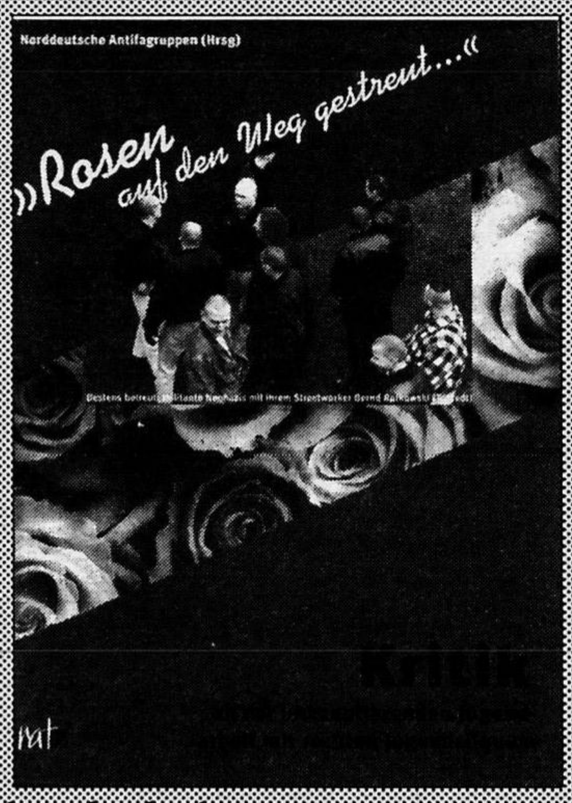
Die Entpolitisierung z.B. von Nazi-Bands und -Konzerten, die Tausende Jugendliche mit aggressiven rassistischen Parolen erreichen, das Fördern gesellschaftlicher Akzeptanz von Rechtsradikalen und der zunehmenden "Normalität" rechter Ansichten stellen eine Verharmlosung faschistischer Ideologie und Formierung dar.

Im Konkreten erleben wir immer wieder, wie sich SozialarbeiterInnen vor "ihre Nazis" stellen, deren Taten verharmlosen, oder der AntiFa die Schuld geben, um "ihr" Projekt vor öffentlicher Kritik zu schützen. Siehe z.B. die Artikel zu Tostedt und Düsseldorf in der Broschüre.

Wir finden, daß sich der gesellschaftspolitische Umgang mit dem Rechtsextremismus keineswegs durch "Nachlässigkeiten und Untätigkeiten" auszeichnet. Die rechte Organisierung wird - mehr oder weniger drastisch - durch unkritische Jugendprojekte staatlicherseits unterstützt, PolitikerInnen aller Parteien versuchen rechte Potentiale in der Bevölkerung zu erreichen, zu wecken oder direkt aufzuhetzen, die gesellschaftliche Toleranz gegenüber rechten Positionen nimmt im umgekehrten Verhältnis zur Toleranz gegenüber Flüchtlingen, Asylsuchenden, sogenannten Randgruppen usw. zu. Die akzep-

Broschüre "Rosen auf den Weg gestreut"

Aufgrund der Erfahrungen verschiedener Gruppen mit Projekten der akzeptierenden Jugendarbeit in Tostedt, Delmenhorst, Lilienthal und Düsseldorf erstellten mehrere norddeutsche Antifa-Gruppen die Broschüre *Rosen auf den Weg gestreut*. Deren erster Teil besteht aus kritischen Berichten über eben diese Projekte, die (negativen) Erfahrungen mit ihnen und die jeweilige Einbindung der Jugendlichen in lokale Nazi-Strukturen. In allen Projekten kam es zu einer Stärkung rechtsradikaler Szenen und einer intensiveren Verflechtung mit organisierten neo-nazistischen Strukturen. Ebenso wurde Kritik der Antifa ignoriert, zurückgewiesen und sogar diffamiert, bis dahin, daß sie als eigentlich Schuldige an der Nazi-Gewalt dargestellt wurde.



Der zweite Teil der Broschüre beschäftigt sich mit dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit und den soziologischen Theorien, auf die sie sich beruft. Dort wird das - empirisch längst widerlegte - Bild des desorientierten Modernisierungsverlierers gezeichnet, der, durch den "Werteverfall" verunsichert, nichts besseres weiß als rechte Parolen zu rufen und um sich zu schlagen. Durch bessere "Lebensbewältigung" glaubt diese Sozialarbeit ihr Klientel von der auffälligen Gewalt abbringen zu können - auch wenn ihre rechten Denkweisen unverändert fortbestehen.

In mehreren Artikeln kritisieren wir diesen Erklärungsansatz für Rechtsextremismus unter Jugendlichen, stellen kontrovers geführte Diskussionen innerhalb der Soziologie dar, kritisieren die Entpolitisierung der rechten Jugendlichen, das unkritische Verhältnis gegenüber gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen und die Förderung der gesellschaftlichen Akzeptanz "unverändert gewaltbereiter Rechtsradikaler" durch die akzeptierende Jugendarbeit. Ein Bericht aus Gütersloh beschreibt den - im Gegensatz zum "Akzeptanz-Konzept" - erfolgreichen Versuch, durch die Ausgrenzung von Neo-Nazis und faschistischen Positionen den großen Teil einer Skin-Szene in eine von ganz unterschiedlichen Jugendszenen gestaltete, tolerante, sich selbst organisierende Zentrumsarbeit einzubeziehen und der Einflußnahme der Nazis zu entziehen. Es folgen die kurze Darstellung einer Kinder- und Jugendarbeit, die sich ausdrücklich für die Arbeit mit rassistisch und sexistisch diskriminierten Kindern und Jugendlichen entschieden hat, unser Fazit und als Anhang zwei Briefe von Sozialarbeitern und Stellungnahmen der Antifa.

Norddeutsche Antifagruppen (Hg.), "Rosen auf den Weg gestreut" - Kritik an der "akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen", 1997, Broschüre (DIN A4), 52 S., 5 Mark (6 Exemplare: 20 Mark).

Im gut sortierten Buch- oder Infoladen oder bei: rat - reihe antifaschistischer texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg (nur Vorkasse: Scheine oder Briefmarken).

tierende Jugendarbeit "ersetzt" tatsächlich nichts - sie ergänzt die skizzierte Entwicklung.

"7. Nicht die Täter, sondern die Opfer hätten Aufmerksamkeit verdient.

Nein, beide! Daß Opfer allzuoft mit ihrem Schicksal alleingelassen werden, ist ein Skandal. Aber das macht es noch nicht falsch, in der Akzeptierenden Jugendarbeit mit solchen Jugendlichen zu arbeiten, bei denen das Risiko *künftiger* Taten besonders groß ist - mit dem klaren Ziel, dieses Risiko abzubauen, für sie selbst wie für andere (und dazu im Extremfall direkt zu intervenieren)."

Kommentar zu Punkt 7:

Eine "gerechte" (?) Aufteilung von Aufmerksamkeit für Nazi-SchlägerInnen und deren Opfer einzufordern, halten wir bestenfalls für zynisch. Wieder einmal zieht sich Ihre Sprache in einen (nicht-existenten) allgemein-menschlichen, abstrakten und vagen "Raum" zurück. Aber: Das "Schicksal" der Opfer ist kein (!) Schicksal. Nicht ganz zufällig sind die Opfer der Neo-Nazis auch häufig Opfer rassistischer Gesetze und Behörden, von alltäglicher gesellschaftlicher Diskriminierung. Das "Risiko" künftiger Taten klingt wie das "Risiko", krank zu werden. Und Sie tun so, als bedrohe das "Risiko" TäterInnen und Opfer gleichermaßen. Aber rechte TäterInnen entscheiden sich und sie treffen ihre Entscheidung vor einem bestimmten gesellschaftlichen Hintergrund, der diese Entscheidung nahelegt, wo er nicht offen zu ihr auffordert. Pädagogik müßte doch Interesse haben an der Frage, nicht nur das Verhalten Einzelner zu "erklären", sondern die Mechanismen zu durchschauen, die (auch) einen Teil der jungen Generation für rechtsradikale Parolen empfänglich machen und diesen entgegenzuwirken.

"8. Akzeptierende Jugendarbeit gehe unpolitisch an die Arbeit mit rechten Jugendcliquen heran.

Akzeptierende Jugendarbeit ist mit unpolitischen oder gar mit rechten MitarbeiterInnen nicht denkbar. Denn zentrales Grundprinzip (weshalb überhaupt die Akzeptanz betont werden muß) ist die *personale Konfrontation* mit dem tiefgreifenden Anderssein, mit sehr gegensätzlichen politischen und ethischen Auffassungen.Entsprechend sind diejenigen MitarbeiterInnen am qualifiziertesten, die glaubhaft eine ganz andere Lebensphilosophie haben und leben, die sich fundiert mit dem Rechtsextremismus auseinandergesetzt haben und so besonders sensibel sind für die verbreitete Verharmlosung und Förderung rechtsextremistischer Tendenzen in der Mitte dieser Gesellschaft."

Kommentar zu Punkt 8:

Das heißt wohl, daß das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit auf der individuellen politischen Integrität einzelner SozialarbeiterInnen beruht. Wir glauben, daß das für ein Konzept, das sich politisch nennen will, nicht ausreicht.

Unser Interesse war nie, zu diskutieren, ob Ihre MitarbeiterInnen sich selbst als politisch betrachten. Unser Interesse gilt der Frage, wem die akzeptierende Jugendarbeit nützt, was sie politisch gesehen "anrichtet" und ob sie ein, und wenn, welches politische Konzept hat, um sie daran messen zu können.

Was folgt denn für eine Pädagogik mit politischen MitarbeiterInnen aus der Feststellung verbreiteter "Verharmlosung und Förderung rechtsextremistischer Tendenzen in der Mitte dieser Gesellschaft"? Anscheinend nur, daß sie mit Erfolgen rechnen kann, wenn sie diese Jugendlichen in diese Gesellschaft integriert. Ist Integration in bestehende Verhältnisse das Ziel dieser Pädagogik, egal, wie diese Verhältnisse aussehen? Daß die akzeptierende Jugendarbeit mit Rechten arbeitet ist nicht unser Problem, sondern ihr unkritisches und reibungsloses Funktionieren für dieselben gesellschaftlichen Verhältnisse und Prozesse, die vermehrt rechtsradikale Jugendliche (und nicht nur die!) hervorbringen.

"9. Akzeptierende Jugendarbeit unterstütze eine schleichende Gewöhnung an Rechtsextremismus und Gewalt in dieser Gesellschaft.

Gesellschaftlich vorhandene Probleme und Problemgruppen zu verdrängen, zu verbergen und zu verstecken, das hat noch nie weitergeholfen (höchstens noch mehr Gewalt ausgelöst). Ein wichtiges Kennzeichen Akzeptierender Jugendarbeit ist, daß sie diese Auseinandersetzung aber nicht durch Konfrontation, Bekämpfung und Ausgrenzung versucht (die alle oft eher Fronten verhärten), sondern über das persönliche Interesse aneinander und die *persönliche* Konfrontation mit grundverschiedenen Orientierungen und Werthaltungen. Und tatsächlich haben Projekte Akzeptierender Jugendarbeit z.B. gerade bei der Verhinderung von Gewalttaten und dem Rückgang von Gewalt sehr vieles erreicht (wobei die Öffentlichkeit selbstverständlich nur von den trotzdem erfolgten Gewalttaten erfährt, nicht von den verhinderten)."

Kommentar zu Punkt 9:

Wir finden es gut, wenn Pädagogik gesellschaftliche Probleme nicht verdrängen, sondern offensiv angehen will. Wenn von der Sozialpädagogik Impulse ausgingen, öffentlich über die Strukturen und Institutionen zu diskutieren, wie z.B. die Sondergesetzgebung für "AusländerInnen", Abschaffung des Asylrechts, u.a.m., die rassistische Orientierungen ausdrücken, mitverursachen, bestärken oder sogar offen vertreten und exekutieren, würden wir das sehr begrüßen.Aber keine Konfrontation und Ausgrenzung? Braucht Ihr Konzept eine Art "Schutzraum" für junge Faschos, quasi ein Vakuum, in dem "am Menschen" gearbeitet werden kann? Die akzeptierende Jugendarbeit tut gerade so, als gebe es keine realen Konflikte und Konfrontationen mit Nazis und rechtsradikaler Politik, als gebe es nur "falsche Umgangsformen". Diese Gesellschaft ist an Gewalt (staatliche, ökonomische, strukturelle, soziale, familiäre...) seit langem gewöhnt. Sie machen lediglich die unautorisierte Gewalt zu einem Problem. Die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols kann ja wohl nicht Aufgabe von Pädagogik sein.

"10. Akzeptierende Jugendarbeit gehe zu Lasten anderer Bereiche von Jugendarbeit und verdränge damit andere Jugendliche.

Akzeptierende Jugendarbeit hat sich entschieden dagegen zu wenden, wo Politik so etwas versucht. Tatsächlich kursieren aber oft falsche Vorstellungen vom Ausmaß der Finanzen für diesen Bereich. Das Finanzvolumen für die Arbeit mit rechten Jugendcliquen entspricht in Bremen z.Zt. lediglich dem Aufwand für ein mittelgroßes der 19 kommunalen Jugendfreizeitheime.

Und der Bremer Verein zur Förderung Akzeptierender Jugendarbeit selbst leistet inzwischen zu mehr als 50 % aufsuchende Jugendarbeit mit *anderen* als mit rechten Cliquen. So gibt es seit gut zwei Jahren aufsuchende Arbeit mit Punx. Und seit Herbst 1996 arbeitet zudem ein bezirklich orientiertes Projekt schwerpunktmäßig mit migrierten Jugendlichen, u.a. mit Aussiedlerjugendlichen."

Kommentar zu Punkt 10:

Es geht nicht allein um Finanzen. Durch Projekte mit rechten Jugendlichen finden reale Verdrängungen anderer Jugendlicher statt. Siehe die Artikel zu Delmenhorst, Lilienthal und Tostedt in der Broschüre und zu Erfahrungen aus Wurzen (Muldentalkreis) die "Wurzen-Broschüre".

Auch bei Ihrer Arbeit mit anderen als rechten Jugendlichen fragen wir uns inzwischen, ob diese womöglich auch hauptsächlich den Befriedungsinteressen des Staates dient und dem Zukleistern real existierender Widersprüche. In Kattenturm, wo es bekanntermaßen zu einer kleinen "Randale" kam, und wo auch die akzeptierende Jugendarbeit präsent ist, fordert der Beirat inzwischen schnellere Verurteilung

Jugendlicher, keinen Zuzug von "Problemfällen" und direkt das Nicht-Verlängern schon existierender Mietverträge angeblicher sozialer Problemfälle. Ein Beirat, der einem Teil "seiner" Bevölkerung "kündigen" will: Wie verhält sich die akzeptierende Jugendarbeit dazu? Mischt sie sich parteilich im Interesse der Kinder und Jugendlichen in die Geschehnisse ein, protestiert gegen die bevölkerungsfeindlichen und unsozialen Vorschläge und Ansichten dieses Beirats? Wir sind gespannt.

"11. Akzeptierende Jugendarbeit lasse klare Grenzen vermissen.

"Wo sind die Grenzen?" Das ist wohl die meistdiskutierteste Frage in der Akzeptierenden Jugendarbeit überhaupt. Und Grenzen der Arbeit werden wohl selten in der Pädagogik immer wieder so sehr überprüft wie in der Arbeit mit rechten Jugendlichen. Dazu zwingen dauernde Gratwanderungen und Extremsituationen *in* der Arbeit genauso wie scharf beobachtende Blicke *von außen,* gerade aus der politisch engagierten Öffentlichkeit. Andererseits zwingt der persönliche Umgang mit entsprechend auffälligen Jugendlichen auch immer wieder zu beonders genauen Differenzierungen: etwa zwischen der Akzeptanz von *Personen* und der Empörung über *Taten.* Würde Pädagogik nicht *immer* die Entwicklungs- und Lernfähigkeit von Menschen in den Mittelpunkt stellen und fördern wollen, würde sie sich selbst aufgeben - und auch die Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen."

Kommentar zu Punkt 11:

Wir haben den Umgang akzeptierender Jugendarbeit mit "scharf beobachtende(n) Blicken ... gerade aus der politisch engagierten Öffentlichkeit" ganz anders erlebt: In Tostedt etwa besteht der routinierte Umgang mit öffentlicher Kritik darin, die Antifa-Kritik zu diffamieren und überhaupt der Antifa die Schuld an Naziübergriffen zu geben. Eine Veranstaltung des Projekts erwies sich als für KritikerInnen geschlossene Veranstaltung. Dagegen konnte eine projektkritische Veranstaltung in ganz Tostedt keine Räume bekommen und mußte ins "Exil" nach Hamburg ausweichen. In Grasberg bei Lilienthal wurde politisch engagierten Jugendlichen erklärt, wie sie sich gegenüber Naziskins zu verhalten hätten, wenn sie das Risiko, diese zu "provozieren", minimieren wollten. In Düsseldorf war die AWO (als Trägerin eines Naziskin-Projekts) nicht einmal zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung bereit.

Zur Entwicklungs- und Lernfähigkeit gehören auch die Bedingungen, die diese erst ermöglichen oder verunmöglichen. Aus diesem Grund ist Pädagogik geradezu gezwungen, sich mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten kritisch auseinanderzusetzen und wo diese der Entwicklungsmöglichkeit von Menschen entgegenstehen, wo sie Menschen verelenden, diskriminieren, verdummen, verkrüppeln und sie zerstören, für ihre Veränderung zu kämpfen.

Priorität einer emanzipativen Pädagogik müßte die Arbeit mit gesellschaftlich und sozial diskriminierten und benachteiligten Menschen und daher auch mit Opfern faschistischer Gewalt haben und, zwangsläufig, eine kritische und praktische Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen.

Wenn sie sich mit rechtsextremen TäterInnen beschäftigen will, braucht sie unseres Erachtens daher eine sehr klare Einschätzung, ständig reflektierte Kriterien und eine wohldurchdachte Begründung dafür.

Wir meinen, daß sich Pädagogik immer Rechenschaft ablegen muß darüber, innerhalb welcher gesellschaftlicher und historischer Bedingungen sie agiert und welche Rolle sie dabei spielen will.

Wir machen die Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderung sicherlich nicht von der Entwicklungsfähigkeit einzelner Faschos abhängig - da reicht schon ein Blick auf die Geschichte- sondern von der Entwicklung emanzipativer, solidarischer und revolutionärer Kräfte."

Nachbemerkungen:

(1) Insgesamt geht es mir hier um die Kritik des *Konzeptes* der Akzeptierenden Jugendarbeit, nicht darum, was in den einzelnen Projekten daraus und damit gemacht wird. Das wäre jeweils konkret zu diskutieren. So habe ich z.B. von Anfang an (auch öffentlich) kritisiert, wie konzeptionslos 1992 in Ostdeutschland das Programm der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt angelegt war.

(2) Aktuelle Beiträge aus der Antifa zur Kritik der Akzeptierenden Jugendarbeit stützen sich fast durchweg auf die gleiche Literatur wie bei der ersten Kritikwelle 1992/93 - so, als ob es zwischenzeitliche Diskussionen und Auseinandersetzungen nicht gegeben hätte. Vor allem läßt sie alle vorliegenden *Reaktionen* auf die vorgebrachten Kritiken unberücksichtigt, die u.a. in folgenden Publikationen von mir vorliegen: Kontroverse als Chance? - Zum Streit um Akzeptierende Jugendarbeit. In: sozial extra 3/1994, S.2-4; Antifa und ihr Kampf gegen den Rechtsextremismus. In: Schacht/ Leif/Janssen:Hilflos gegen den Rechtsextremismus? Köln 1995, S.383-398; oder, als umfassende Darstellung: Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Opladen 1996."

Vor dem Gerichtsprozeß am 30.1.97 in Tostedt

Zu 1: Unser Ansatzpunkt für das Erstellen der Broschüre war dagegen die Praxis akzeptierender Jugendarbeit, mit der verschiedene Gruppen massivste negative Erfahrungen gemacht haben. Und erst aufgrund dessen stellte sich uns die Frage nach dem dahinterstehenden Konzept. Wir haben in der Broschüre einzelne Projekte konkret kritisiert - alles Projekte in Westdeutschland.

Zu 2: In keinem der 11 Punkte von Ihnen finden wir eine "Reaktion" auf unsere Kritik, die über Ihre - von uns in der Broschüre kritisierten - Veröffentlichungen irgendwie hinausginge bzw. irgendetwas "Neues" beisteuern würde.

Gruppe März

Unsere Literaturempfehlungen:

"Wurzen - das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen", Antifaschistisches Redaktionskollektiv, c/o Infobüro, Peterssteinweg 13, 04107 Leipzig, 5 Mark + Porto, nur Vorauskasse

Freerk Huisken: "Jugendgewalt", "Nichts als Nationalismus", "Die Wissenschaft von der Erziehung", Bremen

"Argumente gegen den Haß", K. Ahlheim, Textsammlung, Bd. 2, in: Arbeitshilfen für die politische Bildung, Hrsg.:Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1993

weitere Literatur im Infoladen Umschlagplatz, St. Pauli-Str. 10-12

Diskussionsbeiträge und Kritik an: "Stichwort Broschüre", St.-Pauli-Str. 10-12, 28203 Bremen

Zum Tode von Willi Meyer-Buer

"In der Öffentlichkeit war ich als Kommunist bekannt"

Im Alter von 86 Jahren starb am 13. Juli der Antifaschist und langjährige KPD-Bürgerschaftsabgeordnete Wilhelm "Willi" Meyer-Buer. Am 30.4.1911 geboren, war er nach einer kaufmännischen Lehre 1930 in den Kampfbund gegen den Faschismus und dann 1931 in die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) eingetreten. Nach der Machtübernahme der Faschisten machte Willi Meyer-Buer illegale Parteiarbeit, wurde aber im Oktober 1933 verhaftet. Aufgrund der mehrtägigen *"verschärften Vernehmung"* durch die Gestapo erlitt er lebenslängliche körperliche Folgen. Er sprang aus dem Vernehmungszimmer, um, wie es in einem Aktenvermerk vom 2.11.1933 festgehalten ist, *"seine Genossen nicht zu verraten"*.

Willi Meyer-Buer wurde am 22.10.1934 vom Oberlandesgericht (OLG) Hamm wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Besitzes einer Waffe zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Gemeinsam mit ihm wurden 45 Angeklagte aufgrund erprügelter Geständnisse abgeurteilt, weil sie durch Unterstützung der KPD, durch Förderung ihrer Ziele und das Eintreten und Werben für ihre Idee das Verbrechen der Vorbereitung zum Hochverrat begangen hätten. Im Januar 1936 aus dem Zuchthaus entlassen, wurde er im März des selben Jahres wegen illegaler politischer Arbeit für die KPD erneut verhaftet und kam in die Konzentrationslager Esterhagen und Sachsenhausen. Wiederum durch das OLG Hamm wurde er zu weiteren viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der antifaschistische Widerstandskämpfer Erwin Welke, der wie Willi Meyer-Buer zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt im Zuchthaus Münster saß, sagte 1963 - Erwin Welke war inzwischen SPD-Bundestagsabgeordneter - als Zeuge im damaligen Prozeß (s.u.) aus. Der *Weser-Kurier* dazu am 14.5.1963: *"Meyer-Buer war kameradschaftlich und hilfsbereit, betonte Erwin Welke gestern und bestätigte, daß sich der Angeklagte als Kalfaktor unter großer persönlicher Gefahr um kranke Häftlinge gekümmert und sie unter der Hand mit Milch und Fett versorgt habe. Diese solidarische Aktion des Kommunisten Meyer-Buer wurde damals aufgedeckt und hatte für ihn fürchterliche Konsequenzen. Er erhielt zunächst 4 Wochen Dunkelarrest und kam sodann ein Jahr lang in strenge Isolationshaft, durfte mit niemand sprechen und keine Arbeit verrichten. Meyer-Buer schilderte, wie er versucht habe, sich Tag für Tag mit einem Knopf zu beschäftigen, um nicht verrückt zu werden."*

1940 kam Willi Meyer-Buer nach Bremen und arbeitete bei einer hiesigen Uhren- und Schmuckfirma als Buchhalter. 1945 wurde er in der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KgF) aktiv, im gleichen Jahr zum Mitglied der Landesleitung der KPD gewählt. Von 1946 bis 1959 war er Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft, von Mitte 1951 bis zum KPD-Verbot am 17. August 1956 als Fraktionsvorsitzender der KPD, dann als Sprecher der Gruppe der Unabhängigen Sozialisten (1). 1961 kandidierte Willi Meyer-Buer als Einzelkandidat für den Bundestag, am 20.5.1963 wurde er deshalb wegen illegaler Tätigkeit für die KPD verurteilt, diesmal zu acht Monaten auf Bewährung. 1968 wirkte er an der Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) mit, in der er bis zu seinem Tode blieb (2).

Am 17.August 1956 wurde die KPD abermals verboten.

Von Faschismus und BRD wegen illegaler Arbeit für die KPD verurteilt

Einen etwas besseren Einblick in das widerständige und kämpferische Leben(sgefühl) des Kommunisten Willi Meyer-Buer als diese Ansammlung biographischer Daten mögen vielleicht der Prozeß von 1963 und seine Begleitumstände geben. Er hatte sich 1961 wie bundesweit andere Kommunisten als selbständiger Kandidat für ein Bundestagsmandat beworben. Daraufhin wurden Prozesse in allen Bundesländer eröffnet. Die Bremer Staatsanwaltschaft zimmerte zum 11.10.1962 eine 198seitige Anklageschrift zusammen, in der Willi Meyer-Buer vorgeworfen wurde, *"sich im Sommer 1961 auf Weisung der Führung der illegalen KPD zur Förderung ihrer Ziele in der Bundesrepublik als kommunistischer Einzelkandidat zur Bundestagswahl am 17. September im Wahlkreis Bremen-Nord"* beworben zu haben. In von ihm verfaßten Überklebestreifen, Flugblättern, Wählerbriefen und in einer Rede habe er bekannt, *"Kommunist"* zu sein und als solcher kandidieren zu wollen. In den von ihm herausgegebenen Druckschriften - auch nach dem 17. September 1961 - und in einer Rede habe er die politischen Thesen der illegalen KPD vertreten sowie hetzerische Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und Mitglieder der Bundesregierung geführt.

Sein Verteidiger, der Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover, schildert die Bemühungen der Justiz, belastendes Material zusammenzutragen (3): Um zu beweisen, daß die in den Ländern als unabhängige Kandidaten auftretenden ehemaligen KPD-Mitglieder dies aufgrund einer *"gelenkten Aktion durch die illegale KPD"* getan hätten, wertete man die Veröffentlichungen der 34 Wahlbewerber aus und fand heraus, daß es Übereinstimmungen mit einem Wahlaufruf der KPD gab. So hätten zum Beispiel elf Kandidaten die CDU mit der Atomrüstung in Verbindung gebracht, sieben davon ge-

sprochen, daß die FDP eine Stütze der CDU sei; *"sogar 21 KP-Bewerber"* hätten die These übernommen, die SPD könne nicht gewählt werden, weil sie keine alternative Politik gegenüber der CDU verfolge, und sieben Kandidaten gesagt, die SPD wolle es nicht anders, sondern besser machen als die CDU; 13 Kandidaten hätten sich die Forderung *"Schluß mit der Atomrüstung"* zu eigen gemacht, und zwar *"teilweise fast wörtlich"*; besonders auffällig sei, daß 21 Kandidaten fast mit den gleichen Worten einen Friedensvertrag forderten; elf Kandidaten hätten sich für eine Verhinderung aller Notstands- und Notdienstgesetze eingesetzt, sechs Kandidaten *"wie die illegale KPD"* Entspannung und Verständigung zwischen der Bundesrepublik und der *"DDR"* gefordert; sechs Kandidaten hätten die Beseitigung der angeblich in führenden Positionen im Staat, in der Wirtschaft und der Bundeswehr befindlichen Komplizen Hitlers verlangt (warum nicht auch die in der Justiz?, H.H.) und acht Kandidaten schließlich auf ihr aktives und passives Wahlrecht hingewiesen (4). [...]

Die Hauptverhandlung fand vor der großen Strafkammer III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Meyerdierks im April/Mai 1963 an 15 Sitzungstagen statt. Dieser Prozeß unterschied sich von den meisten Kommunistenprozessen, an denen ich in Bremen und anderswo (Lüneburg, Hamburg, Oldenburg, Düsseldorf, Frankfurt, München, Karlsruhe) als Verteidiger teilgenommen habe, durch die außergewöhnliche Anteilnahme der Öffentlichkeit. Bis in die Zeugenaussagen politischer Gegner hinein war die Hochachtung vor dem Mann auf der Anklagebank spürbar, der sich durch seine Parlamentsreden und sein mutiges politisches Engagement in Bremen ein über Parteigrenzen hinausgehendes Ansehen erworben hatte. Die Tageszeitungen verfolgten den Prozeß mit umfangreichen Berichten, die auch wörtliche Zitate brachten, und man wurde als Verteidiger selbst von konservativen Kollegen, die keiner Sympathien mit der Kommunistischen Partei verdächtigt waren, auf die Peinlichkeit dieses gegen einen stadtbekannten Politiker durchgeführten Verfahrens angesprochen - für mich eine ganz neue Erfahrung.

Soweit Heinrich Hannover, nun die Erinnerungen Willi Meyer-Buers:

Als Kommunist vor Gericht

Seit 1949 hatte ich bei jeder Bundestagswahl kandidiert. Ich sah keinen Grund, warum ich mich trotz des KPD-Verbots in meinem Wahlkreis nicht auch 1961 um ein Mandat bewerben sollte. In der Öffentlichkeit war ich als Kommunist bekannt, und es gab in der Nachkriegszeit kein bedeutendes politisches Ereignis im Lande Bremen, an dem ich nicht beteiligt war. Seit dem Zusammenbruch der faschistischen Gewaltherrschaft 1945 hatte ich unzählige öffentliche Versammlungen durchgeführt. Vor Tarifverhandlungen und anderen wichtigen Vorgängen stand ich seit Jahren zusammen mit anderen vor den Werkstoren, um Flugblätter zu verteilen und mit Betriebsarbeitern zu diskutieren.

Als Auftakt zur Wahlkampagne 1961 organisierte ich mit Hilfe von Freunden und Genossen eine Kundgebung. In meiner Rede betonte ich immer wieder, daß ich als Kommunist nach wie vor meine Aufgabe zu erfüllen gedächte. Ein Gerichtsurteil gegen meine Partei könne daran nichts ändern. Für mich sei kein Gerichtsurteil sondern das Statut der KPD maßgeblich, das mich verpflichtete, unter allen Bedingungen für die Partei und ihre Politik einzutreten. Dieses Statut forderte gerade in der Illegalität, sich als aktiver Kommunist zu bekennen, der seine Partei nicht im Stich läßt.

Mein Auftreten in der Öffentlichkeit mit der Betonung meiner kommunistischen Prinzipien war notwendig, um zu beweisen, daß die KPD lebte und arbeitete. Mitglieder und Sympathisanten waren hocherfreut, mal wieder an einer öffentlichen kommunistischen Veranstaltung teilnehmen zu können, auf der ein bekannter Parteifunktionär sprach. Die Wirkung der Wahlversammlung auf unsere Genossen, auf die illegale Partei insgesamt war unbeschreiblich. Das gilt auch für alle parteilosem Besucher der Wahlveranstaltung, die in der Presse publiziert und durch andere Aktivitäten bekannt gemacht wurde. Ich jedenfalls tat so, als spiele das Verbot der Partei für mich überhaupt keine Rolle und stellte mich auf einen interessanten Wahlkampf ein.

Aber es kam anders. Bei der zweiten Wahlversammlung war vor dem Wahllokal ein Polizeiaufgebot aufmarschiert. Mir wurde mitgeteilt, daß meine angekündigte Wahlversammlung nicht stattfinden werde. Die Besucher durften den Versammlungssaal nicht betreten. Hunderte Menschen vor dem Lokal waren erregt und verärgert über das Versammlungsverbot, sie gingen nicht nach Hause, sondern diskutierten in mehreren Gruppen mit unseren Genossen bis in die späten Abendstunden.

Meine Versammlung fiel zwar aus, aber die Zeitungen berichteten am nächsten Tag ausführlich über das Geschehen. So wurden Bürgerinnen und Bürger darüber informiert, daß die KPD noch existierte - trotz der staatlichen Repressalien! Obwohl verboten und unterbunden, war meine Wahlversammlung - so gesehen - ein Erfolg. Es gab zwar keine Wahlversammlungen mehr, aber wieder Diskussionsabende mit Wählern, und auch die Genossen, die sich bereiterklärten, mir zu helfen, haben auf solchen Diskussionsabenden die Politik unserer Partei erläutert.

Die Folgen meines eben erst begonnenen Wahlkampfes ließen nicht lange auf sich warten. Ich erhielt eine Anklage wegen Unterstützung der verbotenen KPD. Sie war dem Inhalt nach die gleiche Begründung, die mir schon zwei Mal eine Zuchthausstrafe eingebracht hatte. Die historische Kontinuität von Hitler zu Adenauer und seinem Regime war offenkundig. In der Anklagebegründung manifestierte sich dieselbe Mentalität.

Die Staatsanwaltschaft ahnte nicht, welche Folgen das für sie haben würde. Als Widerstandskämpfer gegen Hitler hatte ich einen Namen, nicht nur in Bremen. Bekannte Persönlichkeiten und selbstverständlich auch die illegale Parteileitung organisierten eine Kampagne gegen die Eröffnung des Gerichtsverfahrens. Dem Gericht gingen zu: Protesttelegramme des Erzbischofs von Canterbury, vom Bergarbeiterverband in Wales, von Gewerkschaftsorganisationen Frankreichs und Italiens, von internationalen Verbänden der Widerstandskämpfer. Neben vielen anderen Protest- und Solidaritätsbekundungen kam ein Protestschreiben der Bremer Polizeigewerkschaft, die es als eine Schande für unsere Demokratie bezeichnete, *"einen Mann wie Meyer-Buer vor Gericht zu stellen"*.

Das Gerichtsverfahren gegen mich dauerte über drei Wochen. Bei den täglichen Verhandlungen fanden sich im Zuschauerraum des Gerichts viele Bremer Bürger/innen, Journalist(inn)en und Vertreter des Auslands ein, die mit gespannter Aufmerksamkeit das Verfahren beobachteten. Auch in der Öffentlichkeit fand mein Prozeß großes Interesse. Die Bremer Zeitungen berichteten fast täglich über seinen Verlauf. Der Staatsanwalt und das Gericht bekundeten bei jeder Gelegenheit ihre persönlichen Sympathien mir gegenüber, mußten - so ließen sie durchblicken - diesen Prozeß aber eröffnen und führen.

Im Zeugenstand erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Erwin Welke, mit dem ich zusammen im Zuchthaus Münster gesessen und gemeinsam Informationsmaterial für die politischen Gefangenen unter den Bedingungen des Zuchthauslebens erstellt hatte, durch das ich später in eine äußerst schwierige Lage geriet: *"Ich bedaure, daß ich meinen Freund Willi Meyer-Buer unter diesen Umständen wiedersehen muß. Er hat in der Haft unter großen Gefahren vielen kranken Mithäftlingen Hilfe und Unterstützung gegeben."*

Ein anderer ehemaliger Mithäftling im Zuchthaus Münster, der frühere Reichstagsabgeordnete Walter Frank, schrieb mir in einem Brief: *"Ich las von Deinem Prozeß und bin tief bedrückt, daß Du, der Du in selbstloser Weise vielen unserer Kameraden geholfen hast, wieder vor Gericht stehst. Du hast damals, als ich dem Tode näher stand als dem Leben, mir unter persönlicher Gefahr Hilfe gewährt. Wie kann ich dir jetzt helfen?"*

Pieter Bakker Schut

STAMMHEIM

Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung

Der Stern lehnte nach langem Ringen per Redaktionsbeschluß jede Besprechung ab. Auch der Spiegel rang gewissenhaft ein halbes Jahr und beschloß, es auch nicht vorzustellen.

688 Seiten, 36,– DM

bei Subskription bis zum 15.9.97: 30,– DM

Gegen Vorkasse (Bar oder Verrechnungsscheck) zu bestellen bei:

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444 · 24125 Kiel
Telefon und Fax (0431)75141

Es gab mehrere Bremer/innen, die bezeugten, daß ich mich in den letzten Kriegsjahren unter Lebensgefahr für sie und ihre Familien eingesetzt hatte. Eine Bäuerin aus Groß-Henstedt bei Bassum, Dora Röpke, erklärte zum Beispiel: *"Herr Meyer-Buer hat sich in den letzten Kriegstagen ohne Rücksicht auf die Gefährdung seines Lebens für unsere Familie und für unser Dorf eingesetzt; das werden wir ihm nicht vergessen."*

Selbst Bürgermeister Wilhelm Kaisen würdigte meine Verdienste: *"Herr Meyer-Buer verdient Achtung, da er 1945 in seiner Partei alles getan hat, um den Aufbau einer neuen Staatsform zu unterstützen, das ist ihm hoch anzurechnen. In meiner Erinnerung blieb haften, daß sich Herr Meyer-Buer aus freiem Antrieb der neuen Staatlichkeit zur Verfügung stellte."* (5)

Mein guter Leumund half mir jedoch ebensowenig wie mein brillanter Anwalt. Heinrich Hannover, der sich für mich einsetzte, beschwor in seinem Plädoyer die historische Kontinuität der Strafverfolgung von Kommunisten in Deutschland: *"Selten hat sich die Fragwürdigkeit politischer Strafjustiz so anschaulich offenbart wie am Beispiel des von mir verteidigten Angeklagten. Dreimal in seinem Leben hat er unter politischer Anklage vor den Schranken eines Gerichts gestanden, zweimal in einem Terrorstaat, das dritte Mal heute in einem Staat, der nach seiner Verfassung ein freiheitlich demokratischer zu sein beansprucht. In dem Leben dieses Angeklagten wird ein Stück deutscher Geschichte widergespiegelt. (...) Die Beamten, Generäle und Richter, die das autoritäre Regime des kaiserlichen Obrigkeitsstaates gestützt und Kanonen gegen das Proletariat verteidigt hatten, waren auch die Beamten, Generäle und Richter der Weimarer Republik. Wer von Bismarck mit dem Terror des Sozialistengesetzes verfolgt worden war, galt auch in der ersten deutschen Republik als Staatsfeind, weil über diese Eigenschaft die Statthalter der Obrigkeit von gestern zu entscheiden hatten. Aber die gleiche beunruhigende Kontinuität besteht auch zwischen dem Staat von gestern und dem von heute. Wer Hitlers Unrechtsstaat als General oder Richter gefördert hat, kann auch heute noch General oder Richter sein. Und die Angeklagten von gestern sind auch die Angeklagten von heute."*

Am 20. Mai 1963 verurteilte mich das Landgericht in Bremen *"im Namen des Volkes"* zu einer Gefängnisstrafe. Ich wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ich mir während der fünfjährigen Bewährungsfrist nichts zuschulden kommen lassen dürfe; es wurde aufgelistet, was ich tun und was ich nicht tun konnte. Aber ich tat, was ich für richtig hielt, nämlich - dem Statut meiner Partei Folge leistend - weiterhin aktiv für die Ziele der kommunistischen Politik einzutreten. Alle im Gerichtssaal waren davon überzeugt, daß ich genauso handeln würde.

Das Landesamt für Wiedergutmachung in Bremen hob direkt nach der Urteilsverkündung meine Rechte aus dem Bundesentschädigungsgesetz mit sofortiger Wirkung auf und strich mir die Schwerbeschädigtenrente. Mein Status als Verfolgter des Naziregimes wurde annulliert, obwohl ich durch meinen aktiven Widerstand gegen das NS-Regime zu den Menschen gehörte, über die es in der Einleitung zum Bundesentschädigungsgesetz heißt: *"Der aus Überzeugung oder des Glaubens oder des Gewissens willens gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand war ein Verdienst um das Wohl des Volkes und des Staates."*

Es war von Anfang an meine Absicht, die Gerichtsverhandlung nicht nach dem hundertjährigen, verkrusteten Vernehmungsschema ablaufen zu lassen, wie etwa: "Nun sagen Sie mal, Herr Meyer-Buer, wie war das damas eigentlich?" Einen solchen Part gedachte ich nicht zu übernehmen; ich ging also gleich zum Angriff über und vertauschte die Rolle des Angeklagten mit der eines Anklägers, was nicht ohne Wirkung auf das Gericht blieb.

Warum verhielt ich mich so und nicht anders? Seit 1931, dem Jahr meines Eintritts in die KPD, ist mir die Staatsmacht immer wieder mit dem Knüppel in der Hand entgegengetreten. Die berüchtigte politische Abteilung AL in der Weimarer Republik, der Vorläufer der Gestapo also, gummiknüppelschwingende, prügelnde Polizisten der Schutzpolizei (Schupo), die Gestapo-, SA- und SS-Schläger, Gefängniswärter aller Grade, Strafsenate bei Oberlandesgerichten, KZ-Bewacher und Hitlers Mordbanden, Vollzugsbeamte in Zuchthäusern und später das Amt für Verfassungsschutz, Polizisten, die meine Wohnung auf den Kopf stellten und nun wieder ein Gericht, das mich verurteilen sollte! Die mir verhaßte Staatsgewalt hatte tausend Gesichter, aber nur eine Aufgabe, mich zu verfolgen, mich zu prügeln, mich zu foltern, mich einzusperren, mein Leben zu bedrohen und mich in einem Zustand ständiger Existenzgefährdung zu halten. Alle traten mir trotz teilweiser persönlicher Sympathien als Repräsentanten einer verhaßten Staatsgewalt gegenüber. Sie übten - obwohl zum Teil angenehme Mitbürger - eine Funktion aus, die auf Unterdrückung, Eliminierung und Ausrottung der Kommunisten zielte. Das bestimmte auch mein Verhältnis zu jedem einzelnen von ihnen.

Ich stand wieder einmal dieser Staatsgewalt gegenüber, obwohl ich einen Anspruch auf ihren Schutz und ihre Fürsorge besaß, denn ich hatte während der Nazi-Herrschaft alles eingesetzt, was ein Mensch besitzt, um den Faschismus zu beseitigen und den drohenden Krieg zu verhindern. Wie kamen die Träger der Staatsgewalt dazu, mich wieder bestrafen zu wollen?

Mit diesem Bewußtsein eröffnete ich mit der Schilderung meines Lebens, das Leben eines Kommunisten, die Verhandlung. Meine Aufgabe war - und das erwartete auch die Partei von mir -, das Gerichtsverfahren gegen mich zu einer Anklage gegen die Politik des Adenauer-Regimes umzufunktionieren. Es gab nur einen Weg, diese Aufgabe richtig zu lösen: Die Öffentlichkeit mußte sich mit meiner Partei und deren Politik beschäftigten; diese sollte beim Gericht nicht nur aktenkundig gemacht werden, sondern auch in den Publikationen einen gebührenden Platz einnehmen. Um das zu erreichen, mußte die Regie der Gerichtsverhandlung geändert und den Bedürfnissen der Öffentlichkeitsarbeit der verbotenen KPD angepaßt werden.

Mein Anwalt und ich stellten eine umfangreiche Dokumentation zusammen, die als Beweismittel in die Verhandlung eingeführt wurde. Unter anderem gehörten zu diesem Beweismaterial auch zwei meiner Reden, die durch das Gericht in vollem Wortlaut vorgelesen werden mußten. Es war klar, daß die Verhandlung nicht auf ein Frage- und Antwortspiel reduziert werden durfte.

Wahlwerbung für die Bürgerschaftswahl im Oktober 1947

Eine Rede, die das Gericht in vollem Wortlaut verlesen mußte, umriß Strategie und Taktik der KPD. Unter anderem hieß es darin: "Die Beseitigung der Allmacht des Kapitals und der Ausbeutung steht in Westdeutschland gegenwärtig nicht zur Debatte. Auf der Tagesordnung steht der Kampf gegen die Remilitarisierung, der Kampf um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Wir Kommunisten führen diesen Kampf im Rahmen und auf der Grundlage der bürgerlichen Demokratie und ihrer Verfassung. Die Stärke unserer Partei liegt gerade darin, daß wir diesen Kampf von der Position der Bonner Verfassung führen, und zwar mit Unterstützung

solcher Kräfte, die die bürgerliche Demokratie für die beste und fortschrittlichste Gesellschaftsform halten. (...) Wir haben ein Interesse daran, daß die Bundesrepublik nicht ein offener Tummelplatz von SS und anderen faschistischen Organisationen, daß sie nicht in einen reaktionären Militärstaat verwandelt wird. Es gibt nicht wenige Genossen, die sagen, 'laßt doch in Westdeutschland alles kaputtgehen, desto eher kommen wir zur Wiedervereinigung'. Das ist ein großer Irrtum. Wenn in Westdeutschland alles kaputtgeht, kommen wir nicht zur Einheit, sondern dann wird die bürgerliche Demokratie, die bereits stark mit faschistischen Elementen durchtränkt ist und sich als unfähig erwiesen hat, sich zu schützen, abgelöst durch eine offene reaktionäre Diktatur."

Durch Verlesung dieser Reden und ihre - bruchstückhafte - Wiedergabe in der Presse wurden nicht nur die demokratischen Ziele meiner Partei bestätigt, sondern auch antikommunistische Parolen entkräftet und Behauptungen, wonach die Friedensbewegung ein bloßes Sprachrohr der KPD und von Kommunisten dominiert war, als Unterstellungen gerichtsnotorisch.

Das Gericht befragte mich wiederholt, ob die in meinen Reden dargelegten Auffassungen identisch seien mit der Politik der KPD. Ich erwiderte, daß ich als überzeugter Kommunist nur die Politik und die Auffassung meiner Partei vertreten und erläutern könne. Das Gericht wollte weiter wissen, ob ich durch diese Reden nicht in einen Gegensatz zur offiziellen Politik der Partei geraten und deshalb gerügt worden sei. Ich konnte Richter und Zuhörer/innen wegen der mir gegenüber geäußerten Sorge beruhigen.

In den Presseberichten über mein Gerichtsverfahren heißt es: *"Meyer-Buer verwahrte sich (...) dagegen, daß im Verlaufe des Prozesses der Eindruck erweckt worden sei, als handele es sich bei ihm um eine Art Sonderexemplar eines Kommunisten. Es sei völlig verfehlt, zu versuchen, ihn auf diese Art anderen Kommunisten entgegenzustellen."* Ich erwartete vom Gericht mehr als ein Zeugnis meiner Untadeligkeit, ich verlangte ein Attest, daß ich alle Kräfte für den Schutz der Demokratie, für die Sicherung der Verfassung und des Friedens eingesetzt hatte. Zum Abschluß erklärte ich: "In meinem Leben habe ich keinen Tag Frieden geschlossen mit den Faschisten und Verderbern Deutschlands. Ich würde keinen Tag Frieden schließen mit den Anhängern der Atomkriegspolitik." Das Gericht bestätigte, daß eine Reihe meiner Auffassungen von fast jedem Bundesbürger geteilt würden und daß sich vieles davon in der Enzyklika des Papstes finden lasse.

Die Gesamtheit der Zeugenaussagen und Erklärungen, selbst des Staatesanwaltes, sowie die Urteilsbegründung bedeuteten einen großem Erfolg für die Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei. Die Leser der bremischen Zeitungen konnten erfahren, welche Aufgaben die KPD sich bezüglich der Sicherung des Friedens gestellt und wie jeder einzelne Kommunist diese Aufgaben zu seiner persönlichen Pflicht gemacht hatte.

Anmerkungen:

(1) Eine bremische Besonderheit: Den KPD-Bürgerschaftsabgeordneten verblieben nach einem Urteil des Bremischen Staatsgerichtshofs vom 5.1.1957 die Rechte als Mitglieder der Stadtbürgerschaft bis zum Ende der Wahlperiode im Oktober 1959, die Gruppe durfte aber natürlich nicht mehr KPD heißen.

(2) Die (biographischen) Daten vor allem nach: Heinrich Hannover, Kommunistenprozesse in Bremen. In: Butterwege/Brock/Dressel/Voigt (Hrsg.), Bremen im Kalten Krieg, Bremen: steintor, 1991, S. 147ff

Zur Auseinandersetzung mit der KPD-Geschichte abseits dumpf-autonomer bzw. -reaktionärer "Stalinismus!"-Parolen könnten u.a. dienlich sein:

* Georg Fülberth, KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn: Distel, 1990;
* KPD 1945-1968: Dokumente, hrsg. und eingeleitet von Günter Judick, Josef Schleifstein und Kurt Steinhaus, 2 Bände, Neuss: Edition Marxistische Blätter, 1989;
* Hendrik Bunke, Die Bremer KPD 1956-1968: Verbot, Organisation, Politik. In: Bremisches Jahrbuch, Bd. 73, Bremen 1994, S. 202ff.

(3) Heinrich Hannover, a.a.O.

(4) Einen gründlichen Überblick über die Kommunistenverfolgung der BRD in der 40er, 50er und 60er Jahren bietet: Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, (edition suhrkamp 944), Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1978.

(5) Hinzugefügt werden muß, daß der langjährige Bremer Bürgermeister, der sich schon vor 1933 - damals SPD-Senator - als 'Kommunistenfresser' betätigt hatte, um dann den Faschismus als Bauer in der "inneren Emigration" zu überdauern, Willi Meyer-Buer als "politischen Wirrkopf" bezeichnete. Denn der hatte ihn nicht nur aufgrund der Tatsache, daß der Rechtssozialdemokrat seine schützende Hand über so manchen faschistischen Täter hielt, wiederholt scharf angegriffen.

Ermittlungen gegen ehemalige Bremer AStA-Vorsitzende eingestellt

Die Ermittlungsverfahren nach _ 129a ("Werbung für eine terroristische Vereinigung") und nach _ 111 ("öffentliche Aufforderung zu Straftaten") gegen ehemalige AStA-Vorsitzende der Bremer Uni sind eingestellt. Diese Ermittlungsverfahren wurden auf Betreiben selbsternannter Saubermänner aus dem rechten studentischen Lager eingeleitet, deren Denunziationskampagne nun auf Sand gelaufen [entweder "im Sande verlaufen" oder "auf Grund gelaufen", sagt der Zensor vermurkster Metaphern] ist. Anlaß waren Aufrufe und Bekennerinnenschreiben des Castor-Widerstands, die in der damals vom AStA unterstützten studentischen Zeitschrift *Bambule* dokumentiert waren. Die Denunziationskampagne zielte auf eine Kriminalisierung der vom AStA vertretenen Politik. Nachdem die Initiatoren bei vergangenen AStA-Wahlen keinerlei Erfolge hatten, versuchten sie, auf dem juristischen Wege gegen ihre politischen GegnerInnen vorzugehen [s. kassiber 32, S. 47ff].

Doch nicht einmal der zuständige bremische Staatsanwalt konnte sich der Auffassung anschließen, daß die Dokumentationen in der *Bambule* den Tatbestand der "öffentlichen Aufforderung zu Straftaten" erfülle und stellte folgerichtig das Verfahren ein. Auch der Oberstaatsanwalt des OLG Hamburg konnte in den Dokumentationen offensichtlich keine "Werbung für eine terroristische Vereinigung" erkennen, so daß auch dieses Verfahren eingestellt wurde.

Dies ist ein Erfolg für den AStA, der sicher auch auf die breite Unterstützung zurückzuführen ist, die die Kampagne des *Komitees für unzensierte studentische Politik und freie Presse* in den vergangenen Monaten erfahren hat. Bislang konnten über 1.000 Unterschriften für die freie politische Artikulation der Studierendenschaft, für die gesetzliche Verankerung des politischen Mandats, für die Einstellung der Ermittlungsverfahren, für die Abschaffung des _ 129a und gegen Zensur und Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit gesammelt werden.

Es besteht allerdings weiterhin die Gefahr, daß mit juristischen Mitteln versucht wird, die Arbeit des AStA zu blockieren. Noch steht ein Eilentscheid vor dem Verwaltungsgericht aus, in dem darüber entschieden werden soll, ob sich der AStA überhaupt politisch äußern darf. Doch bei einer weiter anhaltenden Solidarisierung und öffentlichem Druck wird hoffentlich auch dieser Angriff auf die politische Artikulation des AStA abgewehrt werden können.

Komitee für unzensierte studentische Politik und freie Presse, 25.7.97

Student blieb mit Eilantrag erfolglos

Ein Student ist mit seinem Eilantrag beim Verwaltungsgericht, dem Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der Universität Bremen eine allgemeinpolitische Betätigung untersagen zu lassen, nicht durchgedrungen. Nach Auffassung des Gerichts erlauben zwar die Regelungen des bremischen Hochschulgesetzes nicht, daß die verfaßte Studentenschaft ein sogenanntes allgemeinpolitisches Mandat wahrnimmt. Zugleich wurde aber festgestellt, *"daß der Übergang zwischen hochschulpolitischen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen fließend"* ist und der verfaßten Studentenschaft *"bei der Behandlung hochschulpolitischer Themen auch ein Bruckenschlag zu allgemeinpolitischen Angelegenheiten"* erlaubt sei.

Nach Mitteilung des Verwaltungsgerichts wurde in dem Beschluß (Aktenzeichen: 6 V 364/96) aber auch festgestellt, *"daß die Studentenschaft der Universität Bremen in der Vergangenheit mehrfach gegen das Verbot der Wahrnehmung eines allgemeinpolitischen Mandats verstoßen hat"*. Dies gelte auch für die vorübergehende Unterstützung des AStA für die Zeitschrift "bambule", in der im Rahmen einer Dokumentation zu den umstrittenen Castor-Transporten auch Sabotage vorgeschlagen worden war. Allerdings sieht das Gericht keine Wiederholungsgefahr. Der AStA erfreut: *"Damit ist der Versuch aus dem rechten Spektrum zunächst gescheitert, dem AStA einen Maulkorb umzuhängen."*

(aus: Weser-Kurier vom 24.9.97)

"..ein Lied hat viele Absichten, mal will es leise sprechen,mal will es laut heraus sich schrein, und dann zusammenbrechen.."

Männercafé adé

„...Wir werden uns auch treffen, um die Verhältnisse, in denen wir leben müssen, besser verstehen zu lernen. Und um Möglichkeiten zu entwickeln, diese Verhältnisse zu ändern und am Ende abzuschaffen. Um das zu erleben, werden wir uns selbst als Männer ändern müssen..." - So schrieben wir im Oktober 1994 in unserer Einladung zu den ersten Männercafés.

In der Rückschau ist ersichtlich, daß in den damaligen Protest gegen die Einheitsfeierlichkeiten in Bremen sehr unterschiedliche Kritikpunkte am Staat Deutschland unvermittelt nebeneinander zu stehen kamen. Auch die antipatriarchale Männerszene suchte hier einen Anknüpfungspunkt, um linke Kritik mit der am Patriarchat zu verbinden. In dieser Absicht nahm das Männercafé seinen Anfang. 2 ½ Jahre, 3 Veranstaltungsorte und 19 Veranstaltungen später ist es im Frühjahr des Jahres zu einem Ende gekommen, da sich für die Fortführung des Cafés nicht mehr genügend Männer fanden.

Der Beginn

Die Anbindung an die Proteste gegen den 3.Oktober führten die Cafés schnell zu einem ersten Höhepunkt. Zunächst nur auf drei Veranstaltungen angesetzt, war jede der Treffen im Haus der Naturfreundejugend sehr gut besucht. (Unvergessen bleibt dabei vor allem die gefakte Talkshow zum Thema Hetero/Homosexualität samt Peter-Maffay-Liedgut). An diesem Anfang gelang es zunächst auch, schwule Männer anzusprechen, während das Männercafé später doch sehr heterosexuell ausgerichtet war.

Der Begriff "Männercafé"- ohnehin von Beginn an nur als monatlicher Treffpunkt geplant - betonte in dieser Anfangszeit eher den informellen Rahmen der Veranstaltung als daß er die Atmosphäre eines Cafés bezeichnete. Die Treffen waren Diskussionsveranstaltungen, und Café bedeutete eher, daß sie zwar vorbereitet waren, aber vorausgesetzt war, daß sich viele in eher lockerem Rahmen beteiligen würden.

Orientierung I: Hineinwirken in die linke Szene

Der Anfangszeit folgte der Versuch, die Verbindlichkeit und die Bedeutung des Cafés zu erhöhen. Der Umzug des Cafés ins Sielwallhaus zu Beginn des Jahres 1995 hatte daher zwar auch organisatorische Gründe. Als Veranstalter wollten wir aber stärker in einer Szene präsent sein, der wir uns - wie auch kritisch und gebrochen auch immer - verbunden fühlten. Mit der Präsenz im Sielwallhaus wollten wir im linksradikalen Spektrum antisexistische und antipatriarchale Inhalte stärker einbringen. Das war von der Einschätzung begleitet, daß hier zum einen Handlungsbedarf besteht, da in vielen Gruppen geschlechterbedingte Macht- und Unterdrückungsverhältnisse zwar thematisiert werden, dann aber doch oft als erste hintenrunterfallen. Zum anderen gab und gibt es hier aber auch das allzu schnelle Abnicken „korrekter" antipatriarchaler Positionen. Unsere Überlegung war nun einerseits, diesen Zusammenhängen mit dem Café ein sehr niedrigschwelliges Angebot zu machen, Unsicherheiten, Ängste und politische Fragestellungen zu diskutieren. Wir hofften, als Männer leichter Strukturen öffnen zu können, in denen allzuoft eben auch Männer dominieren bzw. als bloße Organisationswunder des jeweils nächsten superwichtigen Themas ihr Wesen treiben. Zum anderen wollten wir die Themen stärker delegieren und uns Diskussionen rund ums Patriarchat ins Haus holen, die in der Linken auch bundesweit von Interesse waren.

Die rund 10 Cafés, die im Sielwallhaus stattfanden, bewegten sich - auf eigenwillige Weise - im Rahmen unsere Einschätzungen und Zielsetzungen. So hat sich das Publikum zum allergrößten Teil tatsächlich aus Szene-Männern zusammengesetzt. Erreicht haben wir aber nur diejenigen, die der Thematik eh aufgeschlossen gegenüberstanden. Darüberhinaus ist es nicht gelungen, in die Szene hinein Diskussionsangebote zu machen, geschweige denn das mit anderen Gruppen Gespräche darüber laufen konnten, wie politische Praxis im Patriarchat denn aussehen solle. Das kann daran gelegen haben, daß wir nicht offensiv beansprucht haben, in anderen Gruppen patriarchale Verhaltensweisen zu thematisieren. Es lag sicherlich auch daran, daß die Konzeption unseres Cafés her auf Gespräch und Austausch ausgelegt war und dies in autonomen Zusammenhängen, wie verschiedene gemeinsame Plena zeigen, derzeit nicht gerade angesagt ist.

Demgegenüber konnte der Anspruch, bundesweite Debatten nach Bremen zu tragen, weitgehend realisiert werden. Die Krise in einem Teil der autonomen Männerszene 1995, in deren Zentrum die Frage stand, ob Männer - zumal meist dann doch heterosexuelle - denn eine Berechtigung bestehe, sich öffentlich zu organisieren, war gerade auch eine Krise der Männercafés und wurde als solche natürlich auch breit diskutiert. Aber auch die teils tiefe, teils schicke Diskussion um die soziale Konstruktion der Geschlechter samt Folgerungen für die einzelnen nahm großen Raum ein - bediente damit natürlich stark die Bedürfnisse einer eher universitären Männerszene. Was nicht gelang, war, die Themen stärker zu delegieren, sodaß inhaltliche wie organisatorische Arbeit stets an den organi-

Nicht gegen, sondern mit den Männern

Volle Kraft voraus signalisieren hier Bremer CDU-Frauen, wenn es um die Durchsetzung frauenpolitischer Belange geht. Und da die CDU ihre Frauenpolitik unter das Motto „Nicht gegen, sondern mit den Männern" gestellt hat, haben sie den innenpolitischen Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion in ihre Mitte genommen. V. l. n. r.: Ingrid Frenzel, Almut Haker, Roswitha Erlenwein, Sigrid Köstermann, Ralf H. Borttscheller, Martina Hofmeier, Ulrike Schreiber, Renate Augstein. Foto: forum Meyer

sierenden Gruppen - der heute nicht mehr bestehenden Libertären Männergruppe und M.A.U.A.M. - sowie zwei, drei einzelnen Männern hängenblieb.

Orientierung II: Öffnen für breitere Zusammenhänge

Ende 1995 kamen so mehrere Faktoren zusammen, die auf einen neuerlichen Wechsel in der Konzeption des Männercafés hinausliefen. Zum einen kamen zu den Cafes schließlich nur noch die selben Leute mit einer jeweils unklaren Mischung aus Routine und Motivation. Diskussionen im Café konnten beim besten Willen nicht mehr so gesehen werden, als würden sie nach außen groß Anstöße geben. Zum zweiten waren sowohl die Libertäre Männergruppe wie auch M.A.U.A.M. erschöpft und wollten sich als Gruppen rausziehen. Es entstand eine extra Männercafégruppe, die sich nurmehr auf den organisatorischen Rahmen beschränken wollte.

Wesentlich war aber, daß das Projekt Männercafé in eine Position geriet die zum einen bundesweit in der Luft lag als auch eine ein wenig paradoxe Folge der Diskussion um die Berechtigung der Männerorganisierung war. Die autonome Männerszene besann sich vielerorts darauf, nunmehr bereits ihrerseits auf eine längere Arbeit zurückblicken zu können und von sicherem Boden aus verstärkt in die Gesellschaft hinein wirken zu wollen. Während überall - und so auch in Bremen - darum gerungen wurde, ob sich Männerorganisierung, die auf Öffentlichkeit zielt, überhaupt politisch rechtfertigen läßt, arbeitete mann gleichzeitig verstärkt an Konzepten, wie die eigenen Analysen in noch breitere gesellschaftlichen Rahmen getragen werden kann, was sich vor allen Dingen in Ansätzen zu antipatriarchaler Jungenarbeit niederschlug.

Aus dieser Problemstellung nährte sich auch unser Café. Der Raum, den sich Männer dafür nahmen, sollte nicht mehr genutzt werden, um im kleinen Sielwallhaus-Rahmen vor sich zu diskutieren, irgendwie unter sich und "unkontrolliert". Stattdessen sollten die eigenen Inhalte breiter nach außen getragen werden. Paradoxerweise gerieten Bestrebungen aus dem Männercafe, für FrauenLesben kontrollierbarer oder - um das zentrale Wort zu benennen "transparenter" zu sein neben Bemühungen, sich einen größeren Rahmen zu suchen. Diskussionsergebnisse resultierten darin, daß FrauenLesben grundsätzlich zum Männercafe kommen konnten oder auch in dem Willen, einen Ordner zu führen, in dem Diskussionen des Cafés jederzeit und von jedem und jeder nachgelesen werden konnten. Dies ging einher mit dem Umzug ins Lagerhaus, wo wir erwarteten, daß es für Besucher eine niedrigere Hemmschwelle gäbe als im Sielwallhaus. Es ging auch einher mit einer recht guten, aber auch sehr politklassischen Werbekampagne mit Plakaten und Interviews, was dazu beitrug, daß die antipatriarchale Männersicht nun erst recht Raum in der Öffentlichkeit einnahm.

Die Veranstaltungen im Frühjahr 96 (Auseinandersetzung mit der wild-men-Bewegung, Umgang mit gewalttätigen Männern, Vorstellung von Männergruppen, Wissenschaftskritik) waren nicht nur ein quantitativer Erfolg. Mit 25-50 Männern nahmen an den monatlichen Veranstaltungen deutlich mehr Leute teil als im Sielwallhaus. Vor allem führte der Umzug in die 3. Etage des Lagerhauses - nun auch deutlicher als Cafeatmosphäre zu bezeichnen - dazu, daß viele unterschiedliche Männer kamen. Die Männercafés wurden so tatsächlich ein Raum, wo sich die radikale Männerszene mit anderen Männern stritt - wie konstruktiv diese Streits auch immer waren oder auch nicht waren. Lebhaft war es jedenfalls immer.

Turn out the light

Damit wuchs in den Augen der Cafégruppe auch ihre Verantwortung für den Inhalt der Veranstaltungen. War zunächst geplant, nurmehr den organisatorischen Rahmen zur Verfügung zu stellen, sah sich die Gruppe bald wieder bei intensiver inhaltlicher Vorbereitung und zum Teil selbst auferlegter Verantwortung für die Treffen. Die Diskussion darum, wie im jeweiligen Falle mit Leuten umzugehen sei, die sich sexistisch oder gerade gegenüber dem Täter-Opfer-Verhältnis zynisch und reaktionär äußern würden, nahm breiten Raum ein. Die Spannung, in der sich die Gruppe sah, führte auch mit dazu, daß wir zu jeder Veranstaltung eine eigene inhaltliche Hinführung gaben, die unter anderm auch stets die Aufgabe hatte zu umreißen, für welche Auftritte und Einlassungen das Männercafé eben keinen Raum bieten wolle.

Dieses Anliegen war nur zu berechtigt; die Frage ist jedoch, ob wir nicht zu sehr darauf gestarrt haben, potentiellen Sexisten oder Männern, die im Rahmen von Diskussionen um Verständnis für ihre Gewalttätigkeit werben, unter Kontrolle halten zu können. Denn im Endeffekt hat dies dazu geführt, daß wir oft sehr abgrenzend und rigide gewirkt haben. Dazu kam, daß auch die Besucher aus der autonomen Männerszene nicht in der Lage waren, andere Männlichkeitsentwürfe anzuhören, ohne diese gleich in HauRuck-Manier als biologistisch, reaktionär, jedenfalls gefährlich einzuordnen. ein solches Diskussionsverhalten ist am Ende natürlich defensiv, weil es darauf beharrt, unter sich bleiben zu wollen und einer offenen Auseinandersetzung tendentiell aus dem Weg zu gehen.

Auf alle Fälle hat das Männercafé zu einer organisatorisch wie psychischen Überlastung der Cafégruppe geführt. Dies war mit der entscheidende Grund, warum dann nach dem Erfolg der Veranstaltungen von März-Juli 96 einzelne aus der nur Gruppe gingen und weitere Cafétermine nur sehr schleppend vorbereitet wurden.

Die Fortsetzung der Cafés gab es erst im Frühjahr '97. Immer noch im Lagerhaus, aber mit weitaus weniger Werbung, kamen immer noch zwischen 10-25 Männer, um über Pornographie zu diskutieren, sich Gedanken um antipatriarchale Aktionen zu machen und um über männliche "Autonomie" nachzudenken. Die Luft war aber bei der Cafégruppe raus. Da auch ansonsten kein anderer die Cafés organisieren wollte, fiel der Vorhang folgerichtig und endgültig.

Diese Entwicklung ist aber auch grundsätzlich einzuordnen. Sie zeigt das Bild einer ehr dünnen Schicht von Männer, die Anfang bis Mitte der Neunziger in Auseinandersetzung mit FrauenLesben, genervt von den Strukturen autonomer Organisierung wie auch aus der Bereitschaft heraus, eigene Verhaltensweisen stärker mit dem Patriarchat in Verbindung zu setzen. Die Tatsache, daß Männercafés in anderen Städten, autonome Männergruppen sich auflösen, muß vielleicht auch so gesehen werden, daß organisierte antipatriarchal orientierte Männergruppen eine Nische besetzt hielten und halten, die zunehmend überflüssig wird.

MÄNNER-

RUNDBRIEF NR. 10

Erscheint/ist erschienen im August '97
Es gibt ein' Schwerpunkt: „Sexualisierte Gewalt gegen Jungen" Und ansonsten folgendes: Männerspezifisches zu unterschiedlichen Themen. Zu beziehen über:

- Männermedienarchiv c/o Schwarzmarkt,
- Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
- Einzelpreis 6,- macker (gibt auch 'n Abo)

Ex-Männercafegruppe

Deutscher Herbst in Bremen

"...so etwas würde ich lieber verbrannt sehen..."

Die Mobilisierung des deutschen Staates und der Öffentlichkeit gegen die RAF erreichten 1977 auch den letzten Deutschunterricht. Für die CDU begründete damals Bernd Neumann den Antrag, eine Lehrerin, die von Eltern denunziert worden war, wegen eines Erich Fried-Gedichts zu disziplinieren. Wir dokumentieren den Antrag der CDU, Neumanns Rede und einige Reaktionen darauf in Auszügen.

Verwendung grundgesetzwidriger Materialien in einer Schule in Bremen-Nord

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDUvom 3. November 1977 (Drucksache 9/338 S)

"Die Stadtbürgerschaft wolle beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft mißbilligt, daß im Rahmen des Deutschunterrichts der Klasse 9 R im Schulzentrum Lerchenstraße, Bremen-Schönebeck, das nachstehend aufgeführte Gedicht von Erich Fried als Unterrichtsmaterial verwandt wurde, das in unzulässiger Weise die Terroristen der Baader-Meinhof-Bande entschuldigt und ihre Mordtaten auf angebliche Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland zurückführt:

Erich Fried: Die Anfrage

Mit Verleumdung und Unterdrückung
und Kommunistenverbot
und Todesschüssen in Notwehr
gelang es den Herrschenden
eine Handvoll empörte Empörer
Ulrike Meinhof
Horst Mahler
und einige mehr
so weit zu treiben
daß sie den Sinn verloren
für das was in dieser Gesellschaft
verwirklichbar ist

Was weiter geschah
war eigentlich zu erwarten:
Wieder Menschenjagd
Wieder Todesschüsse in Notwehr
die bekannten Justizmethoden
die bekannten Zeitungsartikel
und die Urteile gegen Horst Mahler
und gegen Ulrike Meinhof

Aber Anfrage an die Justiz
betreffend die Länge der Strafen
Wieviel Tausend Juden
muß ein Nazi ermordet haben,
um heute verurteilt zu werden
zu so langer Haft?

2. Die Stadtbürgerschaft erwartet, daß der Senat unverzüglich geeignete Maßnahmen gegen alle Verantwortlichen ergreift.

Das Wort hat der Abgeordnete Neumann

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihnen liegt ein Antrag vor, in welchem wir ein sogenanntes Gedicht von Erich Fried ansprechen, das kürzlich im Rahmen des Deutschunterrichts der Klasse 9 R im Schulzentrum Lerchenstraße behandelt worden ist. (..) Ich glaube, Sie sind mit mir einig, daß dieses Gedicht zusammenfassend so dargestellt werden kann, daß es die Terroristen der Baader-Meinhof-Bande entschuldigt und ihre Mordtaten auf angebliche Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland zurückführt.

Meine Damen und Herren, wir haben dies hier (.)angesprochen, weil die Behandlung dieses Gedichtes bei den Eltern der betroffenen Schule Unruhe ausgelöst hat und sich mehrere Elternversammlungen inzwischen damit befaßt haben.

Ich möchte Ihnen, um den Sachverhalt deutlich zu machen, denn für viele Kollegen aus den anderen Fraktionen wird mindestens der Hintergrund nicht von vornherein deutlich sein, kurz etwas zitieren aus einem Schreiben, das ich dem Senator für Bildung heute überreicht habe. Hieraus wird der Hintergrund dieses Unterrichts deutlich. "Dieses Gedicht von Erich Fried mit dem Titel 'Die Anfrage' wurde von der Deutschlehrerin Christiane Smolina in der Klasse 9 R", also bei etwa dreizehn- bis vierzehnjährigen Schülern, "des Schulzentrums Lerchenstraße in Bremen-Hammersbeck als Unterrichtsmaterial in der Zeit nach der Entführung von Hanns-Martin Schleyer, aber noch vor der Entführung des Lufthansa-Flugzeuges ‚Landshut' verwendet. Weder gegenüber den Eltern noch vor der gemeinsamen Sitzung des Elternbeirates und der Lehrerkonferenz war die Lehrerin Smolina bereit—dies sind die Auskünfte, die wir von mehreren Elternvertretern haben —, sich vom Inhalt dieses Gedichtes zu distanzieren. Dies habe vielmehr, so sei dort gesagt worden, ein Denkanstoß sein sollen und sei geeignet, die Entstehung des Terrorismus zu verdeutlichen.

Meine Damen und Herren, auf Wunsch der Eltern hat dann eines der Mitglieder des Elternbeirats, und zwar der Leiter der Bezirksbibliothek der Stadtbibliothek in Vegesack, Herr Gorecki, die im Deutschunterrlicht von der Lehrerin Smolina verwandten Unterrichtsmaterialien überprüft. Dabei ergab sich, daß diese in praktisch allen Fällen—so sagt er—politisch auf der Linie dieses Gedichts von Herrn Fried liegen. Sie hat auch nicht von seinem—diesem Elternsprecher—gemachten Angebot Gebrauch gemacht, ihr Unterrichtsmaterial in Klassenstärke zur Verfügung zu stellen, damit sie unter anderem die Probleme des Terrorismus in einer politisch pluralistischen Weise darstellen kann.

(...) meine Damen und Herren, ich will eines deutlich machen: Ich halte im Hinblick darauf, daß es sich hier um Schüler einer neunten Klasse handelt, in einer Zeit, in der wir mit Mord und Terrorismus zu tun haben, dies mindestens für eine ausgesprochene Ungehörigkeit und Geschmacklosigkeit, für die es überhaupt gar kein Verständnis gibt!

"Gegen die Gewalt!"

(Beifall bei der CDU)

Ich würde es als Vater—und ich glaube, das wird die große Mehrheit der Eltern sein—ablehnen, daß in einer solchen Zeit mit solchen Texten eine Unterrichtsreihe veranschaulicht werden soll

Meine Damen und Herren, es ist auch zu fragen, inwieweit es zu verantworten ist, daß wir in dieser Zeit es zulassen—ich hoffe. daß das nicht zugelassen wird durch Maßnahmen des Senats—, daß in einer Mittelstufenklasse Autoren benutzt werden, die nicht nur in diesem einen Fall—wie Herr Fried— sich in sympathisierender Weise gegenüber der Baader-Meinhof-Bande äußern, sondern die in der letzten Zeit in einer Reihe von Gedichten, die auch im übrigen an der Universität verteilt werden, von Basisgruppen verteilt werden, in ähnlicher Form Sympathie für dieses terroristische Banditentum erkennen lassen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Wer?)

Erich Fried! Ich habe hier zum Beispiel weitere Gedichte!

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das kann man nicht, ohne das Schicksal von Fried zu kennen, sagen! —Starker Beifall bei FDP und SPD — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Erst darf er sich von den Nazis malträtieren lassen, und jetzt fängt die CDU auch an! - Erneuter starker Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, ich halte dies, was Herr von Groeling-Müller gesagt hat, für einen sehr bemerkenswerten Beitrag, und ich will auch sagen, warum. Es ist für mich uninteressant in diesem Fall, wer woher kommt und wer was erlebt hat, wenn er in der heutigen Situation in der Bundesrepublik Deutschland Terrorismus und Mord verherrlicht, da gibt es überhaupt gar kein Verständnis! (.)

Abg. Neumann [CDU]: Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, weswegen die Sozialdemokraten, die ja hier gar nicht betroffen sind, sich so aufregen!

(Abg. Stichweh [SPD]: Sie rufen ja zur Verherrlichung des Nazismus auf!—Beifall bei der SPD)

(Abg. Kähler [SPD]: Sie wissen ja nicht einmal mehr, was Sie unterschrieben haben! — Abg. Dr. Scherf [SPD]: Sie stehen in der Tradition nationalsozialistischer Bücherverbrenner! — Abg. Klein [CDU]: Das ist Unsinn, was Sie sagen, Herr Dr. Scherf!—Starke Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: So kommen wir nicht weiterl

Abg. Neumann (CDU): Herr Dr. Scherf, da ich Sie noch nie so richtig bei Ihren Zwischenrufen ernstgenommen habe, verlange ich auch nicht

vom Präsidenten, daß er Ihren unerhörten Zwischenruf zurückweistl

(Abg. S t e 11 j e s [SPD]: Wer nimmt Sie denn schon ernst?)

Ja, haben Sie das Gedicht geschrieben, oder weswegen regen Sie sich so auf? Meine Damen und Herren, was ist denn geschehen? (.) Ich habe gesagt, daß das im Grunde-und da ist zumindest von FDP und CDU Zustimmung gekommen-ein skandalöses Gedicht vom Inhalt her ist, im Hinblick auf das, was in der Bundesrepublik passiert ist. Und mir wurde zugerufen, unter anderem von Herm Stichweh, (.) denken Sie einmal an die Nazis!

Das erinnert mich sehr deutlich an das, was hier im letzten Absatz steht! Hier geht es nicht um die Nazis in diesem Fall, meine Damen und Herre, sondern hier geht es darum, daß dem Unterricht einer öffentlichen Schule ein Gedicht zugrunde gelegt worden ist, das Terrorismus verharmlost! (..)

Verehrter Kollege von Groeling-Müller, die Vergangenheit von Herm Fried, damit wir uns da nicht mißverstehen, kenne ich, bloß spielt sie hier keine Rolle.(..)

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Da können wir nicht übereinstimmen!)

Solidarität der Demokraten

Meine Damen und Herren, deshalb meine ich, wäre es gerade in diesen Zeiten, in denen wir mit diesem Thema zu tun haben, und das hat etwas mit der Solidarität der Demokraten zu tun, eine gute Sache, wenn hier wenigstens festgestellt würde, und das fordern wir unter dem Abschnitt 1, dies sei in jedem Fall zu mißbilligen. Zu mißbilligen ist, daß dies zur Grundlage einer Unterrichtseinheit in der neunten Klasse gemacht wurde. Daß dies so war oder so geschehen ist, wird sicherlich von der Behörde nicht zu bestreiten sein.

Deswegen wäre es überhaupt kein Problem, wenn hier Einmütigkeit über die Mißbilligung dieses Gedichts und der Behandlung in der neunten Klasse herrscht, daß wir den——

(Abg. Kunick [SPD]: Können Sie gleich verbrennen!)

Ja, Herr Kunick, so etwas würde ich lieber verbrannt sehen, das will ich Ihnen einmal ganz eindeutig sagen!

(Abg. Herr Knorr [SPD]: Das haben Sie gesagt! — Abg. Kunick [SPD]: Bücherverbrenner! — Abg. v.d. Schulenburg [CDU]: Der Kunick tickt doch nicht ganz sauber!)

Meine Damen und Herren, mir fehlt hier das Verständnis, deswegen lohnt es (.) nicht, Herr Kunick, auf Ihre Zwischenrufe einzugehen!

(Unruhe — Glocke — Abg. Hollweg [CDU]: Was hast Du denn erwartet von Leuten, die Carstens, Strauß und Dregger als Mafia bezeichnenl — Zuruf des Abg. Kunick [SPD]—Anhaltende Unruhe—Glocke)

Präsident Dr. Klink: Bitte, fahren Sie fort!(...)

In einem, und das enttäuscht mich, dachte ich, wären wir einig: Daß wir ein solches Gedicht,

Wolfgang Petrovsky, Eingekochte Zeit, 1989, Objekt

Behandlung in neunter Klasse, mißbilligen. Wenn dieser Konsens, meine Damen und Herren, in diesem Hause nicht mehr gegeben ist, dann, muß ich sagen, verbindet mich mit denen, die das nicht teilen, nichtmehr viel!

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Im Verlauf der Debatte nahmen verschiedene Abgeordnete auf die Rede von Neumann Bezug:

Abg. Stichweh [SPD]: (.)Die Unterstellung, Herr Neumann, mit der Sie mich eben bedacht haben, ist mir gegenüber, der ich aus tiefster Seele und aus tiefstem Grunde Pazifist bin, eine Unverschämtheit, und ich weise sie zurück! (..)

Herr Neumann, mein Zwischenruf ist gewesen, weil die Formulierung "mir ist egal, welches Schicksal jemand gehabt hat"

(Abg. N e u m a n n [CDU]: So habe ich das nicht gesagt!)

meinen Widerspruch hervorgerufen hat, und das wird sie immer tun! (..)

Jetzt gehe ich gar nicht auf die Phase ein, als Sie auf meinen Zwischenruf reagiert haben, sondern jetzt gehe ich auf die Phase ein, als Sie vorbereitet waren, Herr Neumann, obwohl das ganz interessant war, was so unvorbereitet bei Ihnen herausgekommen ist. Ich gehe auf das ein, was Sie vorbereitet vorgetragen haben. Dort war eines klar: Es wird erst geurteilt, und dann wird gesagt, wir können prüfen. Wir wollen das genau andersherum! Wir wollen erst prüfen!

(Starker Beifall bei der SPD—Abg. Neumann [CDU]: Wir haben geprüft!)

Sehen Sie sich an, was heute an die Presse gegangen istl Das ist die Methode nämlichl Wir müssen eine Terrorismusdebatte haben, koste es, was es wolle, und wenn das unter der Überschrift läuft ohne Prüfung "Lehrerin verteidigt Terroristen". Das lehnen wir ab! (..)

Ich habe hier ein Papier mitgebracht, daß von (.) Horst Ehmcke verfaßt ist. (.) Horst Ehmcke schreibt: "Die deutschen Sozialdemokraten haben mehr als 113 Jahre für die Demokratie gekämpft und gelitten. Deshalb werden sie es nicht hinnehmen, daß die Tugenden der Demokratie als Schwächen verächtlich gemacht werden. Nur die rechtsstaatliche Demokratie kann die rechtsstaatliche Demokratie erhalten."

Abg. Heuer [SPD]: (..) Herr Neumann, in einer Zeit - ich zitiere Sie selbst-, in der wir es mit Terrorismus und Mord zu tun haben, liefern Sie uns hier ein Schauspiel von Arroganz, Intoleranz und politischer Effekthascherei, wie wir es in Weimar kennengelernt haben (.) und das meines Erachtens einer der Gründe mit war für den Untergang der Demokratie von Weimar.

Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: (.) es ist auch vieles Gesagte und vieles an dem Ansatz von Bernd Neumannsehr beherzigenswert. (.) Das darf aber bitte nicht, und ich habe diese herzliche Bitte, Bernd Neumann, wir kennen uns so lange aus der Gewerkschaftsarbeit, das darf bitte nicht dazu führen, daß wir Gewaltliteratur, gewaltverherrlichende Bücher - diese Zorro- und diese ganze klebrige Literatur, die unseren Jugendlichen angedient wird - vergleichen mit Revolutionsdichtung.

Ich bin alles andere als ein Anhänger von Revolutionen. aber Literatur (.). Auch wenn Literatur uns wirklich nicht paßt, können wir nicht Verbrennung fordern. Wir haben dieses schlechte geschichtliche Beispiel der Verbrennung schon einmal gegeben. Bitte, denkt, doch daran! (...)

Wir steigern uns jetzt, der Erich Fried in der Verteidigung jener Leute, im Verständnis für jene Leute, und Bernd Neumann in seinem Zorn, wehret den Anfängen, in dieselbe Art und Weise hinein in Zorn, (.) und dadurch entstehen solche Reizpunkte, dadurch überziehen Sie immer, dadurch sind Meinhof und Baader zu diesen hoffnungslosen Terroristen geworden!

Abg. Klein [CDU]: (..)verteufeln Sie uns nicht, wenn für uns die Dinge sonnenklar sind. Das ist ein Angriff auf unseren Staat. (..) Wir wollen nicht, daß unsere Schulkinder infiltriert werden.

Abg. Hannelore Spies [CDU]: Meine Damen und Herren, ich muß sagen, bisher war ich stolz auf Bremen, aber wenn dies in Bremen so weitergeht, dann schäme ich mich!

Konkurrenz um die passende Nationalmoral statt Aufklärung über Faschismus und Krieg (1)

Zur Kritik der Wehrmachtsausstellung

Vorbemerkung: Anläßlich der Eröffnung der Wehrmachtsausstellung gab es Plakate in der Stadt Bremen, mit denen ein linkes Bündnis dazu aufrief, die Ausstellung vor rechten Übergriffen zu schützen. Der Hintergrund war klar: In der Tat war eine Demonstration der NPD angemeldet, die später untersagt wurde. Gewundert habe ich mich schon etwa über diesen Aufruf. Ihm war zu entnehmen, vor wem, nicht aber, warum man die Ausstellung eigentlich schützen sollte. Das Plakat erzeugte den Eindruck, daß der angekündigte Angriff von rechts doch bereits ein hinreichender Grund sei, für die Ausstellung Partei zu ergreifen. Ich teile diese Logik nicht.

Eine Parteinahme, die sich gar nicht aus einem Urteil über die kritisierte Sache selbst ergibt, sondern bereits aus der neofaschistischen Kritik an der Ausstellung ihr Lob verfertigt - nach dem Muster, daß die Feinde meiner Feinde meine Freunde sind -, verwechselt zwei Sachen miteinander. Sie verwechselt die Auseinandersetzung mit der neofaschistischen Kritik mit einem positiven Befund über das Objekt der Kritik. Wenn NPD u.a. in der Wehrmachtsausstellung (=WMA) eine Besudelung deutscher Ehre sehen, die sie nicht dulden möchten, dann spricht diese Kritik nur gegen die Neofaschisten. Sie wäre anzugreifen, über "deutsche Ehre" wäre etwas zu sagen und über die Einigkeit zwischen diesem neofaschistischen Verein, vielen deutschen Ex-Landsern und politischer Prominenz von Gauweiler bis Dregger. Über die WMA wäre damit noch kein Urteil gefällt - weder ein negatives noch ein positives; wie auch - mit ihr hat man sich dann ja noch gar nicht befaßt.

Natürlich ist gerade diese Parteilichkeit, die die WMA zu einem schützenswerten Gut erklärt, nicht gänzlich grundlos. Wenn Linke sich hier parteilich einschalten, dann fällt das in ihren antifaschistischen Kampf, in dem die Rollen klar verteilt sind. Die NPD u.a. sind die neuen Faschisten, die WMA, so lautet das Urteil, steht auf der antifaschistischen, also auf der richtigen Seite. Keine Frage also, daß in dieser Kontroverse eindeutig Parteilichkeit für die WMA zwingend geboten ist. Ich halte das nicht für zwingend; und zwar deswegen nicht, weil Antifaschismus in Deutschland überhaupt nicht mit Kritik am Faschismus, mit vernünftiger Aufklärung über die Quellen des Faschismus, über seine Erscheinungs- und Verlaufsformen zusammenfällt. Was in Deutschland nach 1945 unter dem Etikett Antifaschismus angetreten ist, verdient nicht automatisch deswegen schon ein Pluszeichen, weil es als Bekenntnis gegen Faschismus daherkommt. Es lassen sich nämlich dem 'Anti' gar nicht die Gründe entnehmen, die zur Absage an den Faschismus geführt haben. Antifaschist konnte und kann man in Deutschland aus ganz nationalistischen Gründen sein: So ist man Antifaschist, weil der Hitler "Deutschland in die Katastrophe geführt" hat, weil er es "mit den Juden wirklich zu weit getrieben", sie einfach "sinnlos umgebracht hat", weil er im 2.Weltkrieg "jedes vernünftige Maß hat vermissen lassen" oder einfach deswegen, weil es die von den Siegermächten verlangte neue Nationalmoral war, der man sich anzubequemen hatte. Auch linke Spielarten des Antifaschismus müssen sich die Kritik gefallen lassen, daß ihr Anti rein moralischer Natur geblieben ist und apologetische Züge aufweist. Wenn dem Faschismus die Absage an demokratische Normen und Regeln vorgeworfen wird, wenn in der Demokratie Altfaschisten aufgespürt und für einen Kontinuitätsbeweis herhalten müssen oder wenn behauptet wird, daß Deutschland und die Deutschen aus historischen Gründen immer wieder zwangsläufig zum Faschismus greifen, dann ist diesen Befunden viel Liebe zur - wahren, eigentlichen usw. - Demokratie, aber kein korrektes Urteil über den Faschismus zu entnehmen.

Fazit: Die WMA ist also weder deswegen zu verteidigen, weil sie von den Rechten ins Visier genommen wird, noch deswegen zu schon loben, weil sie in die Abteilung "Antifaschismus"

fällt. Um zu einem Urteil über die WMA zu kommen, muß man sich mit ihr selbst befassen - und ich meine theoretisch befassen; ich meine nicht, sich dem "Erschrecken über die unvorstellbaren Verbrechen von Deutschen" hinzugeben.

1. Die falsche Kritik der Legende von der sauberen Wehrmacht

1.1. Die Wehrmachtsausstellung (=WMA) tritt an mit der Absicht, mit Legenden über die deutsche Wehrmacht aufzuräumen. Diese Legenden gab es und gibt es noch - in Wissenschaft, Erziehung und Öffentlichkeit. Da liegen die Aussteller richtig. Da kann kein Zweifel bestehen: Bis in die jüngste Vergangenheit hinein mußten Schüler an deutschen Schulen über die Wehrmacht z.B. folgendes lernen:

"Die Wehrmacht, die sich als einzige deutsche Instanz in der Regel human gegenüber der Zivilbevölkerung verhielt, war absichtlich so in ihren schmalen Befehlsbereich eingeschnürt worden, daß sie die Situation nirgends (gegen das verbrecherische Wirken der SS und ihrer Einsatztruppen, FH) zum wesentlich Besseren wenden konnte." (Landeszentrale für pol. Bildung 1982)

Das ist so eine Legende, die das Hamburger Institut für Sozialforschung(=HIS) meint. Da hat sie recht. So etwas gehört kritisiert. Aber damit ist auch schon der einzige Punkt abgehakt, in welchem ich mit den Ausstellern übereinstimme. Bereits in der Frage, wie diese Legenden zu kritisieren sind, habe ich eine andere Auffassung.

1.2. Die Legende über die im Prinzip saubere, humane Wehrmacht, die per Arbeitsteilung mit der SS in einen Befehlsbereich eingeschnürt war, der es ihr nicht ermöglichte, gegen die inhumane SS vorzugehen - wie sie es eigentlich wohl gewollt hätte -, die folglich gegen ihr eigenes Ethos in einen "Vernichtungskrieg verstrickt" worden ist, diese Legende ist weder das Resultat ungenügender historischer Recherche, noch das Produkt mangelhafter Theoriebildung, weder ist sie zustande gekommen, weil Historikern irgendwelche Archive verschlossen waren, noch ist sie das Resultat logischer Irrtümer. Sie ist vielmehr - und eigentlich auf den ersten Blick erkennbar - das Produkt eines politischen Interesses, das sich die nationalsozialistische Wehrmacht wie gewünscht, nämlich als eigentlich vom Faschismus nur mißbrauchte Armee von im Prinzip guten, pflichtgetreuen Soldaten zurechtlegt.

Da nach 1945 eine neue Wehrmacht, die Bundeswehr, schnell wieder gebraucht wurde, eine SS dagegen nicht, war den politisch Verantwortlichen schon daran gelegen, daß ihr Nachkriegsprojekt nicht durch das Vorkriegs- bzw. Kriegsprojekt moralisch-politisch diskreditiert würde. Ihnen kam es darauf an, die Zweifel an der Notwendigkeit der Wiederaufrüstung zu zerstreuen. Und dazu gehörte es, die Wehrmacht so darzustellen, daß sie sich zumindest von der SS positiv abhob: Wehrmacht war eben bloß Wehrmacht, und die SS war das menschenverachtende Instrument der Vernichtungspolitik des Verbrechers Hitler. Die Bundeswehr knüpft dann nur an das humanistische Vermächtnis der Wehrmacht an und wird eine Friedensarmee, die mit "Militarismus" nicht zu tun hat. Schon war mit der Wehrmachtslegende die Bundeswehrlegende untermauert, die bis heute gilt, und die wenig mit der Wahrheit über die Bundeswehr zu tun hat.

Neben diesem Interesse gehören auch noch die Ungereimtheiten kritisiert, die zwangsläufig auftauchen, wenn historische Fakten unter das politische Rechtfertigungsinteresse gebeugt werden. Auch das ist schnell erledigt:

* Hitler, der von 1933 an konsequent den Krieg gegen seinen äußeren Hauptfeind, den "verjudeten Bolschewismus", vorbereitet hat, der es geschafft haben soll, die ganze Gesellschaft von der Legislative bis hin zum Alltag der Bürger unter das Diktat des Faschismus zu beugen, dieser Hitler soll ausgerechnet beim wichtigsten Instrument seiner Staatsgewalt, dem Militär, eine Ausnahme gemacht haben! Ausgerechnet

die Wehrmacht, die den Auftrag erfüllen sollte, das "Ostland" für Deutschland zu erobern, soll eine Art Insel humanistischer Antifaschisten gewesen sein mit lauter aufmüpfigen Generälen, die nur nicht so konnten wie sie wollten! Die fast durchgängige Mitgliedschaft der Offiziere in der NSDAP ist dann wahrscheinlich - die Logik kennt man - nur die Tarnung gewesen, in der sie Schlimmeres verhüten wollten.

* Das aber gelang wegen des Korsetts der Arbeitsteilung mit der SS leider nicht - womit der nächste Unfug angesprochen wäre. Was ist denn mit dem Verweis auf die Arbeitsteilung ausgesprochen: Daß beide Abteilungen, Wehrmacht und SS, dem gleichen politischen Ziel untergeordnet waren. Jede Abteilung hatte mit ihrem jeweiligen Auftrag die Aufgabe der anderen Abteilung zu ergänzen und zu ihrem Gelingen beizutragen. So geht eben Arbeitsteilung: Die Wehrmacht trat gegen die Rote Armee an, und so konnte die SS hinter der Front geschützt ihre Judenpogrome veranstalten. Und umgekehrt: Die Vernichtungsarbeit der SS ergänzte die territoriale Eroberung um die Säuberung des Territoriums von semitischen Untermenschen. Glauben sollen wir aber, daß sich mit der "geteilten Arbeit" auch verschiedene, ja einander widersprechende Ziele in den Ostfeldzug hätten einschleichen, nur eben leider nicht durchsetzen können, was dann merkwürdigerweise wieder an derselben Arbeitsteilung gelegen haben soll..

Das reicht zur Kritik solcher Legenden. Um die zu leisten, ist eine Ausstellung wie die vorliegende nicht nur nicht nötig, sondern geradezu schädlich - wie noch zu zeigen sein wird. Diese Legendenkritik kommt ohne ein einziges Foto aus. Die zwei bis drei genannten Argumente reichen völlig hin. Und schon ist man beim Rechtfertigungsinteresse selbst, das der Bundeswehr gilt, ist beim Thema Bundeswehr, ist man beim Heute, bei politischen Zielen der Nachkriegsdemokratie, also bei der Frage: Was hat die deutsche Nachkriegspolitik eigentlich mit ihrem Militär vor, wenn sie über es eine so gute Meinung stiften möchte?

Doch genau das tun die HIS-Forscher nicht. Weder halten sie sich mit theoretischer Kritik der Legenden auf, noch ist ihnen die Kritik des Nachkriegsweißwascherinteresses ein Anliegen. Sie widmen sich statt dessen dem Dementi der Legenden. Sie sammeln historische Fakten und empirische Daten als ob Militärhistorikern bisher die entscheidenden Quellen verschlossen gewesen wären, als ob sie an einem Mangel an Beweismaterial gelitten hätten und nur deswegen zu falschen Urteilen gekommen wären! Und selbst wenn sie vielleicht über die Zunft der Militärwissenschaftler auch nicht so freundlich denken, sondern der Auffassung sind, das deutsche Volk müßte jetzt die Wahrheit über die WM erfahren, die ihm 50 Jahre vorenthalten worden ist, dann liegen sie nicht richtiger - eher sogar falscher. Denn gerade die deutschen Bürger, die mehrheitlich bis heute offenbar mit den Legenden über die Wehrmacht keine Probleme gehabt haben, die sich mehrheitlich den Bundeswehrauftrag von heute genauso zurechtlegen wie es von der herrschenden Politik gewünscht wird, bei denen die politische Absicht der Legende, die Bundeswehr als Friedensarmee darzustellen, angekommen ist, wären erst recht mit der Kritik an dem Interesse der Legendenbildner zu konfrontieren statt mit überflüssigen Beweisen von Kriegsgreueln. Immerhin sind die Leute es, die heute den Auftrag der demokratischen Friedensarmee zu erfüllen haben.

Fazit: Wer die Legenden über die WM kritisieren will, muß Front machen gegen das Rechtfertigungsinteresse der Aufrüster der Nachkriegsdemokratie. Der darf die Legenden nicht dementieren.

1.3. Mit dem Dementi mischen sich die Aussteller denn auch prompt in die staatsmoralische Rechtfertigungsdebatte ein und verweisen nicht auf deren Weißwäscherabsicht, sondern auf die Unglaubwürdigkeit beim moderaten Weißwaschen der Bundeswehr. So gesehen tritt die Ausstellung den Legendenbastlern regelrecht zur Seite und weist sie - objektiv gesehen - darauf hin, daß ihre Legenden glaubwürdiger wären, wenn sie alle Verbrechen der Wehrmacht zugeben würden. Wenn sie also nicht nur die deutsche Selbstbeschuldigung als Vehikel der Entschuldigung der Wehrmacht einsetzen würden (2), sondern wenn sie heute endlich klarstellen würden, daß ganze Teile der Wehrmacht aktiv und willentlich an den "Kriegsverbrechen" beteiligt waren. Kein Wunder, daß die Aussteller mit Militärhistorikern, Politikern und deutschen Ex-Landsern darüber rechten, wieweit die Wehrmacht sich schuldig gemacht hat, ob also ihre Schuld "bloß" darin bestanden hat, daß sie sich von Hitler mißbrauchen ließ und die deutschen Soldaten "nur" ihre Pflicht getan haben, oder ob Teile der Armee tatsächlich willentlich der SS Arbeit abgenommen haben.

Die Faschismusanalyse verkommt damit zum Wälzen von Schuldfragen. Die Rolle des Militärs im deutschen Faschismus, die Kriegsziele

der NS-Politik, die sich daraus ergebenden Konsequenzen für Innen- und Außenpolitik usw., all das fällt nicht in den Aufklärungsbereich der Ausstellung. Sie interessiert sich nicht dafür, warum der Ostfeldzug so geführt worden ist, wie er geführt worden ist. Sie will festhalten, daß die deutsche Wehrmacht doch tatsächlich das, was sie gemacht hat, als ihren Auftrag verstanden und mit Überzeugung vollzogen hat, daß sie schwere Schuld auf sich geladen hat. Deswegen kommt man sich in der Ausstellung auch gelegentlich vor wie im Gerichtssaal, in welchem die Ankläger alle ekelhaften Beweisstücke für ihre Anklage ausgebreitet haben. Und wie es im Gericht nicht um die theoretische Frage nach den Ursachen geht, so meidet auch die Ausstellung alles, was nicht "gerichtsverwertbar" ist. Was bleibt ist folgende erste Botschaft: Der Ostkrieg war eine Folge von Rechtsverstößen, weswegen es Sinn macht, von den Verbrechen der Wehrmacht zu reden.

Fazit 2: Der deutsche Faschismus ist gar nicht das Thema, nicht einmal der Ostfeldzug. Gewälzt werden Schuldfragen. Nicht um wirklich nach 50 Jahren jemanden anzuklagen, sondern um die Glaubwürdigkeit deutscher Vergangenheitsbewältigung auf ein moralisch saubereres Fundament zu stellen. Das ist das eigentliche Thema der Ausstellung. Heer und Reemtsma machen den politischen Vergangenheitsbewältigern damit staatsmoralische Konkurrenz, statt sie anzugreifen. Die Botschaft, mit der sie Ausstellung konzipiert haben, heißt: Wir als Deutsche sind noch längst nicht fertig mit unserer Vergangenheit. Und unsere Glaubwürdigkeit vor uns selbst und der Welt als Deutsche steht und fällt mit unserer Bereitschaft, die ganze Schuld zu offenbaren und zu ihr zu stehen.

1.4. Das ist ein gut deutsches, ein nationalistisches Anliegen. Der Nationalismus, der diesem Konzept zugrundeliegt, ist natürlich kein Hurrapatriotismus. Er ergreift auch nicht umstandslos Partei für deutsche Bosnien-, Europa- oder Nato-Anliegen. Er ist komplizierter. Ich nenne ihn mal den idealistischen Verantwortungsnationalismus. Er sorgt sich darum, ob das Deutschlandbild eigentlich den eigenen Maßstäben von einer geläuterten Nation entspricht: Als Deutsche fühlen sich die Aussteller und als Deutsche, als Angehörige eines "Kollektivs, das geprägt ist von dem, wo es herkommt" (Heer), wollen sie, daß jeder Verdacht, daß das Vergangene heute noch Überlebenschancen hat, zerstreut wird. Dafür schauen sie sich merkwürdigerweise nicht die Politik an, die heute gemacht wird, sondern schauen drauf, ob eine glaubwürdige Vergangenheitsbewältigung betrieben wird. Und allein bei der entdecken sie Mängel. Verdächtig wird ihnen ihr Deutschland, weil sie bei der Befassung mit der Vergangenheit, mit dem Faschismus Versäumnisse entdecken und überhaupt eine Tendenz zum "Vergessen" bemerken. Und so machen sie sich denn ans Werk. Sie installieren eine Ausstellung, die ihren Maßstäben von glaubwürdiger Vergangenheitsbewältigung entspricht und machen auf ihre Tour Reklame für ein glaubwürdigeres Deutschland.

Inzwischen - nach mehreren Jahren der Auseinandersetzung mit der WMA, jetzt wo das Lob der Ausstellung die rechte Kritik an ihr längst überwiegt - ziehen die Aussteller übrigens eine ziemlich positive Bilanz. Sie nehmen inzwischen sich selbst und ihr Produkt als Beweis dafür, daß Deutschland schon auf dem richtigen Weg ist. Die öffentliche Aufnahme ihrer Ausstellung ist ihnen zirkulärer Beweis für das geläuterte Deutschland: Weil es uns geben darf, kann Deutschland nicht ganz falsch, sondern sogar ein bißchen Heimat sein. Um zu diesem Befund zu gelangen, muß man sich allerdings bereits in Deutschland geistig beheimatet fühlen und sich als eine wichtige nationale Kraft begreifen, von dessen Wirken das deutsche Ansehen mit abhängt.

2. Falsche Urteile über den Faschismus

Es kann nicht ausbleiben, daß bei einem Dementi von Legenden die Sache selbst gründlich verfehlt wird, die das Material für das nationalmoralische Glaubwürdigkeitsgetöber abgibt, also die faschistische Wehrmacht, die Kriegsziele des deutschen Faschismus, das politische Programm des Faschismus selbst. Ich behaupte, daß bei dieser Sorte Abbau von Legenden neue Legenden gebildet werden und alte Legenden an neuem Material aufgetischt werden. Die beiden zentralen neuen bzw. von den Ausstellern neu aufgefrischten Legenden, die ich im folgenden kritisieren will, deuten sich im Titel der Ausstellung an: "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" (Ostfront) Dargestellt wird in der Ausstellung, daß die deutsche Wehrmacht an "Kriegsverbrechen" beteiligt war,

meint: daß auf Befehl des OKW Wehrmachtsteile an Judenerschießungen beteiligt waren, daß Zivilisten und sogenannte Partisanen systematisch liquidiert und massenhaft Kriegsgefangene getötet wurden. Die Sachverhalte sind gar nicht zu bestreiten, doch beide Urteile - das über die "Verbrechen" der Wehrmacht und das andere, das daraus den Befund vom faschistischen Vernichtungskrieg ableitet - halte ich für falsch

2.1. Die erste alte/neue Legende besteht darin, diese Kriegshandlungen zu Verbrechen zu erklären. Die Logik ist nicht unbekannt. Wenn bei Schülern aus ihrem Geschichtsunterricht etwas hängen bleibt, dann ist es der Befund vom bösen Verbrecher Hitler und dessen verbrecherischer Judenvernichtungspolitik. Kurz, der Faschismus gilt heute insgesamt als ein einziges Verbrechen. Und jetzt ist - mit der Ausstellung - die Wehrmacht insgesamt zur verbrecherischen Organisation erklärt worden. Nun bringt zwar die Bezeichnung "Verbrechen" erkennbar die Ablehnung des NS-Regimes zum Ausdruck. Das mag auch als erste vorläufige Äußerung von moralischer Empörung etwas treffen: Damit will man nichts zu tun haben, das verbietet man sich selbst als Handlungsmaxime. Doch wer diese Sorte moralischer Ablehnung bereits für ein theoretisches Urteil nimmt, wer sie für so zutreffend hält, daß er damit eine ganze Ausstellung betitelt, der muß sich Kritik gefallen lassen:

* Die Ausstellung sortiert mit diesem Etikett - erstens - die Kriegshandlungen der Wehrmacht nach "verbrecherisch" und "nicht-verbrecherisch" bzw. "normal" (Reemtsma). Die Ausstellung legt also eine Sortierung von Kriegen nach "sauberen" und "unsauberen" Kriegen nahe. Dies ist kein Zufall, sondern das ziemlich zwangsläufige Resultat des Dementis. Dem politischen Sauberkeitsinteresse der Militärhistoriker kommen sie mit ihrem viel radikaleren Sauberkeitsanliegen, das nicht nur vereinzelte "Verbrechen" entdeckt, sondern die Wehrmacht insgesamt im Ostfeldzug der Verbrechen bezichtigt. Nein, sagen die Aussteller, die Wehrmacht war nicht sauber, sondern unsauber, verbrecherisch eben. Es ist also die Logik des Dementis selbst, die die Sortierung nach "normalen" Kriegen nahelegt, in denen keine der Verbrechen vorkommen, und nach jenen anderen, den "unsauberen" Kriegen, die "verbrecherisch" sind. Daß Kriegshandlungen (im Ostfeldzug) auf diese Weise nach dem Grad ihrer Verwerflichkeit sortiert werden, finde ich nicht deswegen unangemessen, weil Krieg "immer schlimm" ist - wie eine Leserbriefschreiberin meint, die in ihrer rein moralischen Stellung zum Krieg schon nicht mehr zwischen Zahnschmerzen, einem Autounfall und dem Rußlandfeldzug unterscheiden will. Diese Sortierung ist vielmehr deswegen so haltlos, weil sie Krieg gar nicht erst als das, was er seit dem 1. Weltkrieg bis heute ist, in den Blick kriegt, nämlich als Mittel spezifischer Außenpolitik konkurrierenden Nationalstaaten. Nicht das Töten und Getötetwerden im Staatsauftrag und für die Mehrung nationaler Größe, die bekanntlich nie die Sache der Leute ist, die dafür massenhaft geopfert werden, wird als "Verbrechen" vorgestellt, sondern innerhalb dieser Volksverheizungsveranstaltung werden "Verbrechen" einerseits und wird "Normalität" andererseits entdeckt. Es werden nicht die Kriegszwecke von Staaten untersucht, die ihre Völker als regelmäßig Manövriermasse benutzen; es interessiert die Aussteller am Krieg nur, ob in ihm ein bestimmter Grad von Verwerflichkeit überschritten worden ist.

* Der Befund "Kriegsverbrechen" nimmt - zweitens - immer Maß an irgendeiner Sorte von geschriebenem oder ungeschriebenem Recht. Das ist zunächst einmal das einzige Argument, das gegen die diskriminierten Kriegshandlungen vorgebracht wird: Sie verstoßen gegen geschriebenes oder ungeschriebenes Recht, sind eben Verbrechen. Sie sind eine Abweichung von Staatsrechts-, Völkerrechts- oder Menschenrechts-Normen. Der 2. Weltkrieg Hitlers an der Ostfront war ein Krieg, der - und jetzt zitiere ich Reemtsma - "die Regeln jener Kriegführung außer Kraft gesetzt hat, in deren prinzipieller Einhaltung traditionellerweise das Ethos des Soldatenstandes ... besteht." (Haager Landkriegsordnung) (Reemtsma, FR 15.4.97) Diese Kritik ist - logisch gesehen - gar keine. Sie hält nämlich an der inkriminierten Kriegshandlung nur die Abweichung von einer anderen, als "normal" geltenden Tat fest. Daß es sich um eine negativ beurteilte, also verurteilte Abweichung handelt, kommt dabei gar nicht aus dem Befund über die Tat selbst, sondern allein aus der vorentschiedenen Parteilichkeit für den Vergleichsmaßstab. Und dieser besteht gar nicht - wie die Aussteller behaupten - aus dem Staats- oder Völkerrecht überhaupt, sondern allein aus der heute gültigen bzw. für gültig erachteten Rechtsauffassung. Das verdient deswegen festgehalten zu werden, weil nach den Normen des faschistischen Rechtsstaats und dessen Völkerrechtsauslegung natürlich im Krieg von seiten der Wehrmacht kein einziger Rechtsverstoß stattgefunden hat. Der Befund "Kriegsverbrechen" lebt also von der Parteilichkeit für heute gültige oder heute erwünschte Rechtsmaßstäbe.

* Diese Rechtsmaßstäbe haben also - drittens - den kleinen Haken, daß sie immer erst in Kraft treten und verkündet werden und zwar vom Sieger, also wenn der Krieg beendet ist. Nachträglich wird der Krieg an Maßstäben gemessen und verurteilt, die im Krieg gar keine Gültigkeit hatten. Dieses geläufige Verfahren zeigt übrigens daß man es als Soldat immer und in jedem Krieg ziemlich schwer hat: Denn ob das Befolgen eines Befehles nun ritterkreuzverdächtig ist oder unter Kriegsverbrechen fällt, das ist der Kriegshandlung selbst gar nicht zu entnehmen. Das wird immer erst nach Kriegsende vom Sieger festgestellt. Und so mancher Ritterkreuzträger hat sich nach verlorenem Krieg als Kriegsverbrecher beschimpfen lassen müssen, wie umgekehrt mancher Soldat, der im Krieg vors Militärgericht zitiert wurde nach verlorenem Krieg zum Helden avanciert ist. (Als Soldat sollte man folglich dafür sorgen, immer zu den Siegern zu gehören.)

Die Ausstellung lebt also von den moralischen und rechtlichen Maßstäben der Sieger, sie folgt der Logik von Siegerjustiz, die sich auf Menschen- und Völkerrechte beruft, wenn sie dem Kriegsverlierer nach der militärischen auch noch eine juristische und damit zugleich eine moralische Niederlage beibringen will. Das ist nicht etwa deswegen verwerflich, weil nicht wahrhaft rechtsstaatlich - so denkt etwa Krenz, wenn er der deutschen Justiz im Mauerschützenprozeß Siegerjustiz vorwirft. Mein drittes Argument gegen die Sortierung nach verbrecherischen und normalen Kriegshandlungen will diesen Rechtsidealismus der Aussteller gerade kritisieren. Die glauben nämlich an die Existenz und Gültigkeit eines system- und staatsübergreifenden (Kriegs-)Rechts, an dem sich der Hitler mit den genannten Kriegshandlungen angeblich vergangen hat. Das ist deswegen so aberwitzig, weil der Sieger mit seiner Siegerjustiz gar nicht vorhat, militärische oder moralische Regeln fürs Kriegführen zu erlassen oder zu bekräftigen. Zumal der Krieg gerade vorbei ist und er ihn gewonnen hat. Vielmehr will er nach dem beendeten Krieg den Kriegsverlierer aller möglichen Unrechte und Verbrechen überführen, um ihn vor der Weltöffentlichkeit auch noch moralisch ins Abseits zu stellen. Kriege oder Kriegshandlungen zu Verbrechen zu erklären ist also das Vorrecht, das der Sieger sich herausnimmt. Er will damit zu verstehen geben, daß er mehr als bloß der Stärkere gewesen ist, daß er vielmehr auch moralisch im Recht, also auch noch der Gute ist, wenn er den Verlierer, d.h. Land und Leute, als seine Beute betrachtet (3). Er handelt nach dem Motto: Erfolg gibt recht und adelt die angezettelte oder mitgetragene Vernichtungsaktion auch moralisch ungeheuer - post festum. Dies ist die Logik, der sich die Ausstellung mit ihrer Sortierung anschließt.

Lernen kann man aus solcher Siegerjustiz schon einiges, allerdings nur gegen die Botschaft der Ausstellung: Nämlich erstens, daß nur der Sieger, d.h. derjenige, der aus der Gewaltenkonkurrenz zwischen Staaten als der neue Gewaltmonopolist hervorgeht, Recht setzt, Recht also im Prinzip nichts anderes ist, als die juristische Form eines Siegerinteresses. Und zweitens kann man lernen, daß sich die Maßstäbe und die neue Gültigkeit der vom Sieger vorstellten post-festum-Moral auch nur diesem Recht verdanken, folglich Moral nichts anderes ist als die ideelle Verwandlung des sehr irdischen Interesses des Staates, der sich mit seiner Gewalt durchsetzt, in höhere Werte (4). In der WMA steht der Zusammenhang von erfolgreicher Gewalt, politischem Interesse des Siegers und Recht also auf dem Kopf. In ihrem Kriegsrechtsidealismus behaupten sie glatt, daß sich das Interesse der kriegführenden Gewalten im Prinzip unter das Völkerrecht beugen würden. Nur von diesem Standpunkt aus macht die Anklage auf Kriegsverbrechen überhaupt Sinn: Hitler, wird von den Ausstellern behauptet, hat sich nicht an die Spielregeln gehalten. So hat denn schließlich für sie auch nur systemübergreifendes Recht mit dem Sieg recht bekommen. Das Gute hat über das Böse triumphiert!

"Verbrechen" im Krieg und "Kriegsverbrecher" entdeckt der Kriegsbetrachter Reemtsma z.B. immer, wenn er sich die Brille des "Haager Landkriegsabkommens" von 1907 aufsetzt - und zwar verkehrt herum. Er wird dann nicht müde, den Ostfeldzug an dem "Haager Abkommen" zu blamieren. Er scheint die §§ der Haager Landkriegsordnung tatsächlich für Regeln zu halten, nach denen eigentlich Kriege organisiert werden müßten, damit sie "normal", also ohne "Verbrechen" ablaufen. Er muß den Krieg für eine Art Fußballspiel halten, in dem ein Oberschiedsrichter, ausgerüstet mit einer Pfeife über die Regeleinhaltung wacht und bei Regelverstoß ein Truppenteil mit der roten Karte des Schlachtfeldes verweist. Dieser Zynismus ist nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern ist der Zynismus dieses Urteils übers Kriegsrecht. Wo Staaten mit ihrem Militär übereinander herfallen, wo sie ihren Gegensatz nur noch gewaltsam austragen, wo also von der Logik der Sache her sich die Staaten gerade ihr jeweiliges Gewaltmonopol, also die Grundlage ihres Rechts militärisch wechselseitig bestreiten, da ausgerechnet soll der Verweis auf einen Völkerrechtsparagraphen den Kriegführenden gebieten können, auf ihren militärischen Vorteil zu verzichten? Da sich im Krieg die Inhaber der politischen Hoheit selbst hochgerüstet gegenüberstehen, gelten auch Verabredungen zwischen ihnen auch nur soweit, wie es ihrem mit Gewalt ausgestatteten Interesse entspricht. Wenn die Gründe, sich an die §§ des Haager Kriegsrechts zu halten, entfallen, dann fühlt sich eine Krieg führende Partei durch nichts gebunden, weder durch ein multilaterales Vertragsrecht und schon gar nicht durch eine Moral - zumal dahinter ohnehin keine sanktionsfähige Gewalt steht. Es gibt eben in einer Welt, die durch die Konkurrenz von Nationalstaaten bestimmt ist, weder im Frieden und schon gar nicht im Krieg einen supranationalen Gerichtshof, der über die Machtmittel verfügt, jeden Staat bei Völkerrechtsabweichung rechtsgültig zu verknacken. Für Nationalstaaten, die sich Gewaltmittel zulegen, um ihre Konkurrenz notfalls mit militärischen Mitteln erfolgreich auszutragen, ist ein supranationales Gericht nämlich nichts als eine Bestreitung ihrer Ansprüche und ihrer Mittel. Und deswegen gibt es so etwas nicht - bzw. deswegen gibt es nur die allgemeine und sehr heuchlerische Klage von Staatsmännern, daß die internationalen Einrichtungen zur Überwachung des Völkerrechts so unwirksam sind - eine Klage, die natürlich nur laut wird, wenn es um ihre Angelegenheiten geht. Daß überhaupt so etwas wie das Haager Abkommen zustande gekommen ist, daß überhaupt Staaten, die allesamt mit Kriegen kalkulieren, die Paragraphen unterzeichnet haben, - eine ehrenwerte Mannschaft an Unterzeichnern ist da zusammengekommen !!! - , hat seine Ratio allein darin, daß sie ihre Kriege als Nationalstaaten führen, die wechselseitig anerkennen, daß es bei ihnen Abteilungen von Land und Leuten gibt, die nicht als Kriegsmittel vorgesehen sind. Eingeschlossen ist darin die Kalkulation, daß Kriegsverwüstungen die Benutzung von Land und Leuten im anschließenden Frieden nicht völlig verunmöglichen sollen. Immerhin führen die Parteien den Krieg ja nur deswegen, weil sie später als Sieger aus dem Eroberten politischen, territorialen, geostrategischen oder ökonomischen anderen Gewinn ziehen wollen. Nur aus diesem Grunde verabreden sie, "sinnlose Zerstörungen" und "sinnlose Massentötungen" von "unschuldigen Zivilisten" zu vermeiden. Sie versprechen sich in Hand, wechselseitig nur jene Verwüstungen anzurichten, die sie für kriegsnotwendig halten. Eine hübsche Verabredung! (5)

Man darf sich angesichts dieses Kriegsrechtsidealismus also nicht wundern, daß noch jede offizielle Belobigung der Ausstellung in die Feststellung mündet, daß so etwas heute nicht mehr passieren kann, da die Bundesrepublik aus all dem die richtigen Konsequenzen gezogen und eine Bundeswehr aufgebaut hat, die allein für "Friedenspolitik im Geiste demokratischer Werte da ist" (Jakobsen). Dieses und jedes andere unerschütterliche Lob deutscher Politik, das anläßlich ihrer Ausstellung verkündet wird, haben sich die Aussteller selbst eingebrockt: Wer den faschistischen Ostfeldzug an heute gültiger Moral als "verbrecherisch" blamiert, der kriegt dafür die Quittung. Die besteht darin, daß die Ausstellung geradezu als Beleg dafür hergenommen wird, daß solche "Verbrechen" nie mehr möglich sein werden, weswegen es auch die herrschende Demokratie mit allen Mitteln zu verteidigen gilt. Das mögen die Aussteller vielleicht so nicht gewollt haben. Aber genau das haben sie selbst ins Leben gerufen.

2.2. Daß der Krieg ein Vernichtungskrieg war ist zwar der Sache nach ein richtiges Urteil, bei ihnen aber ganz falsch begründet:

Der Ostfeldzug war, sagt der Katalog, ein "Vernichtungsfeldzug", weil die Wehrmacht an den genannten "Verbrechen" beteiligt war. Es begründet sich dieses Urteil also weder aus den politischen Zwecken des faschistischen Krieges, noch aus dem, was Krieg als Mittel von Außenpolitik überhaupt ist. Sie ergibt sich vielmehr allein aus den genannten, als besonders exzessiv

beurteilten Vorkommnissen wie dem Erschießen "unschuldiger Zivilisten", von Ostjuden, von angeblichen Partisanen usw.

* Es kommt damit in der WMA ein Urteil zur Anwendung, das die gesamte Nachkriegsdeutung des Faschismus durchzieht: Faschismus, das ist in erster Linie der Holocaust, dieses "rational nicht faßbare Verbrechen" von Deutschen. Alles andere, besonders jene Abteilungen der faschistischen Gesellschaft und Politik, die sie mit allen nichtfaschistischen bürgerlichen Gesellschaften, also auch mit der Demokratie im Prinzip teilt - Nationalstaatsprinzip mit Staatenkonkurrenz nach außen und Herrschaftssicherung nach innen, kapitalistische Wirtschaftsverfassung, bürgerlicher Familie, Rechtsstaatsprinzip etc., - finden für sich keine kritische Erwähnung. So wird denn auch gar nicht der faschistische Krieg untersucht, der eben zu 95% aus den "normalen" Massenschlächtereien zwischen regulären uniformierten Truppen bestand, sondern der "Holocaust" in ihm erstens aufgespürt und zweitens zum bestimmenden Charakteristikum des faschistischen Krieges erklärt: Der Befund "Vernichtungskrieg" speist sich folglich allein aus der Art und dem Umfang "nicht-normaler" Kriegshandlungen der faschistischen Kriegführung.

Dabei kommt eine Verharmlosung von Krieg überhaupt heraus: Krieg zwischen Staaten oder "Völkern" ist seiner ganzen Natur nach nämlich immer Vernichtungskrieg. Immer geht es im Krieg darum, daß ein Staat beschließt, mit seinem gesamten Gewaltapparat den zum Feind erklärten Konkurrenzstaat zur Kapitulation, also zur Preisgabe seiner Souveränität über Land und Leute, zur Aufgabe seiner Eigenstaatlichkeit zu zwingen. Dies macht er, indem er Vernichtungen beim Gegner anrichtet: Er vernichtet das gegnerische Militär und er vernichtet das zivile Leben und zivile Einrichtungen, also Land und Leute, immer in dem Maße wie kalkuliert wird, auf diese Weise den feindlichen Staatswillen brechen zu können. Der andere hält immer entsprechend dagegen. Frieden ist, wenn ein Staat angesichts der in seinem Territorium und damit an seiner Kriegsfähigkeit hergestellten Verwüstungen zum Urteil kommt, daß er nicht mehr siegfähig, manchmal auch: daß er nicht mehr kriegfähig ist. Es sind eben nicht nur die besonders brutalen, in ihren Ausmaßen neudimensierten und - scheinbar - jeder Kriegslogik widersprechenden Verwüstungen wie der Giftgaseinsatz im 1. Weltkrieg, der Völkermord im 2. Weltkrieg, der Atomschlag in Hiroshima und die us-amerikanische Strategie der verbrannten Erde in Vietnam - von der geplanten Vernichtungsstrategie der Nato für einen 3. Weltkrieg ganz zu schweigen -, die den Namen "Vernichtung" verdienen. Jeder abgefeuerte Schuß hat keinen anderen Zweck, als mittels der Vernichtung eines Menschenlebens oder mittels der Zerstörung einer Gerätschaft einen politischen Willen, einen Staatswillen zur Aufgabe zu zwingen. Es ist also theoretisch falsch und politisch eine Verharmlosung aller imperialistischen Kriege, dem faschistischen Ostfeldzug als dessen Besonderheit das Prädikat "Vernichtungsfeldzug" anzuheften.

* Die WMA verharmlost mit der Charakterisierung "Vernichtungskrieg" nicht nur jeden Krieg allgemein. Sie verfehlt obendrein die Besonderheit des faschistischen Krieges. Die liegt eben nicht in "Kriegsverbrechen", in der Abweichung der Kriegshandlungen nach Brutalität, Bösartigkeit und Umfang von "normalen" Metzeleien. Die liegen vielmehr in den besonderen Zielen des Programms für die faschistische Außenpolitik. Der Faschismus hatte eben nicht nur Staaten den Krieg erklärt, sondern teilweise auch ihren Völkern. Gerade mit dem Krieg gegen die Sowjetunion und andere Oststaaten verband Hitler das imperialistische Eroberungsziel der "Beschaffung neuen Lebensraums" mit dem Vernichtungsfeldzug gegen seinen Hauptfeind, gegen den "verjudeten Bolschewismus". Da sollte nicht nur eine Staatsmacht unterworfen, sondern zusätzlich dessen Doktrin und seine Träger ausgerottet werden. Da sollte nicht ein Volk eine neue Staatsbürgerschaft und einen neuen, eben faschistischen Staatsherrn bekommen, dem es künftig zu Diensten sein sollte. Vielmehr war es Gegenstand einer Sortierung nach "Untermenschen" , Slawen und bolschewistischen Juden. Es sollte also in Teilen gleich mit ausgerottet

oder versklavt werden. Denn der deutsche Faschismus sah im "Juden" den natürlichen Feind der arischen Rasse und im bolschewistischen Staat dessen politische Verkörperung. Hitler hatte also seinen Feind nicht allein im Sowjetstaat ausgemacht, sondern in ganzen Teilen der Ostvölker. Er führt folglich einen doppelten Krieg: gegen die Rote Armee und gegen die jüdische Rasse. Erst mit der Vernichtung beider sah er den Weg frei für das Gelingen seines Projekts einer arischen Weltherrschaft.

Aufklärung über den Faschismus und seinen demokratischen Nachfolgestaat leistet die Ausstellung also nicht. Sie befestigt beim Dementieren von Wehrmachtslegenden so ziemlich alle Legenden deutscher Vergangenheitsbewältigung und liefert Material und Ideologie gerade zur unkritischen Einschwörung auf den herrschenden Staat. Sie leistet einem theoretisch begründeten Antifaschismus einen Bärendienst. Die Ausstellung ist nicht zu verteidigen, sondern insgesamt zu kritisieren.

II. Die Debatte über die Ausstellung

1. Das konservative Lob

Es darf also nicht verwundern, daß diese Veranstaltung inzwischen fast durchgängig als recht bedenkenswertes bis ehrenwertes Unterfangen honoriert wird: Wenngleich die Kohls und Dreggers, die Rühes und Lambsdorffs längst darüber hinweg sind, ihren Nationalismus immer nur als den negativen Nationalismus der Nachkriegszeit - als guter Deutscher gilt man, wenn man sich für die schlechten Deutschen von damals schämt - zu praktizieren, so halten sie es doch für inopportun, in aller Öffentlichkeit Front zu machen gegen ein Projekt, das diesen Sack-und-Asche-Nationalismus weiterhin kultivieren möchte.

Irgendeinen praktischen politischen Schaden richtet er nicht an. Denn weder - so wissen die führenden Politiker - hängt an der Botschaft der Ausstellung die politische Zielvorgabe für die Bundeswehr, noch besteht Gefahr, daß "die Bürger in Uniform" massenhaft auf die Idee kommen, sich die Frage nach dem Nutzen ihres Dienstes mit der Waffe vorzulegen. Immerhin wollen auch die Aussteller der Soldatenehre nicht an den Kragen, lancieren also keinen Angriff auf die Pflicht des modernen Soldaten, dieses "Bürgers in Uniform", auch dem neuen Staat bis zur Selbstpreisgabe zu dienen. Da die tatsächliche deutsche Politik also in keiner Weise von der Aufregung über die Ausstellung berührt wird, sind die Wächter über den politischen Zeitgeist großzügig und erlauben es kritischen deutschen Antifas, unter Berufung auf eine Nationalmoral, der längst staatsmateriell der Boden entzogen worden ist, auf diese Weise ihren Frieden mit der neuen deutschen Großmacht zu schließen. Es wird nämlich den Deutschen heute noch nicht vorgeschrieben, auf welche Weise sie zu ihrem Ja zu Deutschland kommen. Von einer Ausnahme abgesehen - dem bekennenden Neofaschismus -, sind noch alle Varianten des Bürgernationalismus erlaubt. Die kritische Variante, die unter dem Motto "Wider das Vergessen" aus dem negativen Nationalismus ein moralisches Dauerprogramm macht, die zukunftsorientierte Variante der Grünen, die unter Verweis auf erfolgreiche Vergangenheitsbewältigung neue antifaschistische Titel für deutsche Großmachtaußenpolitik kultiviert, die Variante des umstandslosen Stolzes darauf, daß "wir wieder wer sind" und auch die des enttäuschten Nationalismus von "Ossis" und deutschen Arbeitern, die es für eine Sache der politischen Ungerechtigkeit oder von Führungsschwäche halten, daß sie in der Nation nicht so vorkommen, wie sie es sich für sich wünschen. So ist natürlich weiterhin jede Kampagne "Wider das Vergessen" erlaubt bis erwünscht. Wenn sie nur jede schuldhafte Selbstbezichtigung mit dem nötigen stolzen Selbstbewußtsein auf die gänzlich unverdächtigen und höchst wertvollen Leistungen des Nachkriegsstaates verbindet, wenn sie die Anklage der Vergangenheit mit dem Lob der Gegenwart und Selbstverpflichtung, sich für die Zukunft Deutschlands weiterhin zu erinnern, verbindet.

2. Die konservative Kritik

Für die Gauweilers und Co ist trotz aller deutschtümelnden Versöhnungsbereitschaft der Aussteller nicht zu tolerieren, daß die Wehrmacht zu einer Art kriminellen Vereinigung gemacht wird. Sie insistieren darauf, daß die Sack-und-Asche-Nationalmoral, die dem Kriegsverlierer aufgenötigt worden war, zum heutigen Nachkriegsgewinner Deutschland ganz und gar nicht mehr paßt. Sie gehen sogar noch einen Schritt weiter und erblicken in dieser Stellung zu Deutschland und damit in der WMA eine wirkliche Gefahr. "Zersetzung der Wehrkraft", "Zersetzung der Volksmoral" gehe von der Ausstellung aus und sei sogar ihre Absicht, weil Soldaten ein Gewissen gegen die soldatische Gehorsamspflicht eingeimpft wird, behaupten sie. Sie haben leider nicht recht.

* Die Inhalt der Kritik der "konservativen Kreise" an der WMA selbst steht nun in einem merkwürdigen Mißverhältnis zur Heftigkeit, mit der er ausgetragen wird. Er faßt sich in dem Urteil zusammen, daß die Ausstellung ein Pauschalurteil über die Wehrmacht und über die deutschen Landser verbreitet: Zwar seien ,sagen die Gauweilers, in der Wehrmacht schon Verbrechen begangen worden, doch von Verbrechen der Wehrmacht könne keine Rede sein. Auf den ersten Blick schrumpft der Streitgegenstand damit auf eine reine Quantitätsfrage zusammen. Er lautet: Wie viele Soldaten müssen sich an "Verbrechen" beteiligt haben, damit von "Verbrechen der Wehrmacht" geredet werden kann? Einige, viele, mehr als die Hälfte? Entscheidbar ist die Frage durch das Sammeln empirischer Beweise über den Umfang der Beteiligung von Wehrmachtsteilen an "Verbrechen" ohnehin nicht. Der Versuch der Aussteller, diesem Streit die Spitze zu nehmen und einen Kompromiß zu finden - dieses Anliegen ist für sich schon bemerkenswert -, scheitert denn auch kläglich: Der Katalog beteuert: "Die Ausstellung will kein verspätetes oder pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen." (Katalog, 7). Natürlich seien "nicht alle" Soldaten beteiligt gewesen. Und Reemtsma stellt - rhetorisch? - die moralische Gegenfrage, warum man sich denn nicht in demokratischer Eintracht "gemeinsam zu der bitteren Einsicht" durchringen könne, daß es auf jeden Fall "zu viele" gewesen seien (FR 15.4.97). Doch das ist den rechten Kritikern zu wenig: Es mögen zwar "viele" und - geschenkt - auch immer "zu viele" gewesen sein, die sich an den "Verbrechen" beteiligt haben, doch sei gerade damit das Eingeständnis erbracht, daß es "nicht alle" waren. Die Verteidiger der Wehrmacht haben in diesem Streit allemal die besseren Karten. Denn es lassen sich immer genug Soldaten oder Offiziere finden, die irgendwie dagegen waren.

* Für die rechten Kritiker hängt aber an dem Streitgegenstand noch mehr: Für sie steht die Ehre des deutschen Soldaten auf dem Spiel. Wer von einem "Vernichtungskrieg der Wehrmacht" spricht, der erklärt die Soldaten zu Verbrechern und beschmutze die Ehre aller Soldaten, weiß Gauweiler (CSU). Die Ausstellungsmacher würden damit einen "moralischen Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk" (Bayernkurier) führen, denn immerhin sei die ganze Bevölkerung damals in den Krieg involviert gewesen. Solches aber liegt den Ausstellungsmachern selbst gänzlich fern. An die Ehre wollen sie niemandem gehen, beteuern sie. Und so legen sie nach und unterbreiten ein theoretisches Angebot, wie sich unter guten deutschen Demokraten dieser Streit auflösen ließe. Reemtsmas Angebot benutzt dafür die Logik des Traditionserlasses der Bundeswehr (vgl. Jacobsen, Bremer Veranstaltungsverzeichnis S.8f) Die muß er für so überzeugend befunden haben, daß er sie sich zu eigen gemacht hat. Es ist die Logik der Trennung "der Institution" Wehrmacht von den "Menschen", den Wehrmachtsangehörigen. Die führt zu folgendem Befund: Als Institution sei die Wehrmacht schon verbrecherisch gewesen. Immerhin war sie ein Teil des Dritten Reiches. Deswegen kann - so wußten schon Strauß, Leber, Apel und Rühe - die Wehrmacht keine Tradition der Bundeswehr begründen. Aber (!) die Wehrmachtsangehörigen, die Menschen in ihr, die einfachen Soldaten und das Gros der Offiziere, hätten nur ihre Pflicht getan, seien "verstrickt" gewesen in eine unselige Befehlshierarchie, hätten vielfach nicht gewußt, worum es ging, hätten sich in Gewissenskonflikten verzehrt und sich deswegen auch zum Widerstand entschlossen. Das Fazit heißt: Die Wehrmacht als Institution war eine einzige Verbrecherorganisation, was aber für diejenigen, aus denen diese Einrichtung bestand, gar nichts heißt. Es bleibt damit folgender paradoxe Befund: Die Menschen können einfach nichts für die Zwecke und Handlungen jener Institution, die sie durch ihre Urteile, Befehle und Taten allererst zu einem funktionsfähigen Instrument der Faschisten machen- immer von Ausnahmen und dem Menschen an der Spitze abgesehen. Vorstellen soll man sich eine böse Wehrmacht, die gänzlich unabhängig vom politischen Willen der sie tragenden Personen funktioniert!

Mit dieser Trennungs-Logik wird das Verhältnis zwischen Wehrmacht und Soldat ganz generell verfehlt. Es funktioniert erstens überhaupt keine Staatseinrichtung, ohne daß die Menschen, die sie betreiben, funktionieren. Heißt die Einrichtung nun zweitens Wehrmacht, dann müssen die Leute nicht nur gut funktionieren, sondern dann müssen sie obendrein daran glauben, daß die

Sache des Staates, für die sie töten und sterben, eine "gute Sache" ist. Ohne Nationalismus - auf allen Etagen der Hierarchie und in allen Wehrmachten der Welt - gehen Militär und Krieg nicht (6). Das gilt für faschistische Kriege ebenso wie für solche, die von demokratischen Staaten angezettelt werden. Und der Hinweis auf die Wehrpflicht, mit dem sich heute Landser zu Krypto-Widerständlern machen, taugt erst recht nicht als Einwand. Er lebt von der geradezu albernen Vorstellung, daß alles, was in der Gesellschaft den Menschen zur Pflicht gemacht wird - vom Bezahlen mit Geld, dem Anmelden beim Einwohnermeldeamt oder dem Erwerb eines Führerscheins -, immer erst gegen ihren geschlossen und heftigtsten Widerstand mit Polizeigewalt durchgesetzt werden muß! Als ob es nicht die geläufigste Übung eines Staatsbürgers ist, sich die Pflichten in Notwendigkeiten, die Notwendigkeiten in Chancen zu übersetzen und die Chancen zu Instrumenten des privaten Interesses zu verklären.

* Es kürzt sich mit dieser Kritik der Trennung von Institution und Mensch auch die Berufung auf soldatische Tugenden wie Gehorsam und Pflichtbewußtsein heraus, die angeblich nichts mit einem Wissen um die und mit einer Zustimmung zu den Zielen des faschistischen Krieges zu schaffen haben sollen. Niemand tut "nur seine Pflicht" - wie es heißt, wenn mit dem Verweis auf das Pflichtbewußtsein die Erledigung unangenehmer Pflichten entschuldigt werden soll. Wer "seine Pflicht" tut, der weiß, wem er gehorsam ist, welche Absichten der Befehlshaber verfolgt und was die Ausführung der Befehle für ihn und den "Feind" bedeutet. Inhaltsleeres Pflichtbewußtsein, d.h. ein Bewußtsein von einer Pflicht ohne Kenntnis ihres bestimmten politischen Inhalts, gibt es nicht. Das verrät das Lob dieser soldatischen Tugend im übrigen selbst. Denn daß die Pflicht allemal darin besteht, für das Vaterland den Kopf hinzuhalten, wird hochgehalten, wenn Soldaten beteuern, von dessen besonderen faschistischen Zielen nichts gewußt oder sie nicht geteilt zu haben. (7)

Die inhaltslose Pflichterfüllung von deutschen Wehrmachtsangehörigen ist also nichts als eine Kreation der Nachkriegsssaubermänner, der Persilschein für Deutsche, die bekanntlich erst die "Wiedervereinigung mit den Volksdeutschen" (Sudetenland) wollten, sich dann einleuchten ließen, daß für das deutsche "Volk der Raum" zu eng wird und überdies mit der Eroberung von neuem Lebensraum der Hauptfeind der arischen Rasse - der verjudete Bolschewismus - endgültig besiegt werden kann. Ausgerechnet der zur Tugend hochgejubelte Gehorsam und das Pflichtbewußtsein gegenüber dem Staat, egal welches politische System er favorisiert, ausgerechnet dieses Ideal der vollständigen Identität von eigenem Willen und Knechtsgesinnung soll nicht gegen, sondern für die Knechte sprechen, soll für soldatische Tugend stehen und ihnen damit zur Ehre gereichen. Nicht nur, daß damit der Soldatenstand überhaupt in den Rang der tugendhaften Berufe erhoben worden ist, darüber hinaus wird Klartext über Tugendhaftigkeit geredet: als Tugend gilt der bedingungslose, also jeden eigenen Willen ausschaltende Gehorsam: Je tot für Staat, desto Ehre!!!

Es stellt sich nun schon die Frage, warum es eigentlich den rechten Kritikern nicht reicht, die Unverdächtigkeit nationaler Anliegen durch die 100%-ige moralische Absetzung von faschistischer Wehr und ihren Kriegsverbrechen zu bekennen und der Bundeswehr damit den von jedem Verdacht gereinigten Neuanfang bescheinigen zu lassen? Warum laufen sie so Sturm gegen das Urteil von "den Verbrechen der Wehrmacht"? Warum legen sie ,und heute zumal, so gesteigerten Wert auf die Berufung auf eine ungebrochene Kontinuität zwischen Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr. Die Antwort ist einfach: Weil sie in der Bundeswehr tatsächlich keinen Neuanfang sehen. Weil sie bis heute nicht einsehen, daß sich die Bundeswehr, kontrafaktisch, also mit antimilitaristischen Ideologien garniert wie ein Sanitäter-Corps dargestellt werden soll. Die rechten Ausstellungskritiker sehen in der deutschen Wehrmacht von Kaisers bis zu Rühes Zeiten keineswegs eine leidige politische Notwendigkeit, sondern den Inbegriff staatlicher Größe, nationaler Souveränität und außenpolitischer Rechte. Die Wehrmacht war und ist für sie der Inbegriff der Kontinuität deutscher Geschichte und insofern sakrosankter Berufungstitel auch für aktuelle Außenpolitik. Sie haben sich nie in die Auflagen der Siegermächte geschickt, nicht in die moralischen und schon gar nicht in die politischen. Damit pflegen sie nicht etwa einen abseitigen Traditionalismus, sondern insistieren unverblümt auf neuerdings sehr aktuell gewordenen "historischen Rechten", die Hitler für sie mit seinem, in eine Niederlage führenden "Mißbrauch" des Militärs nicht erreicht hat. Deswegen spricht ihnen auch ein Kinkel aus dem Munde, wenn er als Außenminister nicht nur verkündet, daß "es heute etwas zu vollbringen gilt, worin wir (Deutschen) zuvor zweimal gescheitert sind!" (FAZ, 19.3.93) Diese Traditionalisten gehören folglich gar nicht in die Reihe der Ewiggestrigen. Sie stehen voll und ganz auf der Linie offizieller nationaler Ostpolitik. Ihrem uralten, früher verpönten (Sudeten-) Revanchismus wird bekanntlich heute ganz offiziell Recht gegeben - denn Deutschland gilt wieder etwas auf der Welt. Ins rechtsradikale politische Abseits geraten sie folglich gar nicht - und dies auch nur kurzzeitig - wegen der Sache, die sie vertreten, sondern allein wegen der Form, in der sie se vortragen Sie sollen sich gefälligst mit ihrem undiplomatischen Klartext noch etwas zurückhalten, werden sie aus dem Kanzlerbungalow maßvoll gescholten.

***

So gesehen ist der Streit zwischen Ausstellern und ihren rechten Gegnern schon eine ziemlich komische Angelegenheit: Die Antifas aus Hamburg halten den geistigen Überbau der Nation für die Mitte deutscher Politik und entnehmen den von ihnen selbst dort untergebrachten Ideologien den Beweis, daß man heute wieder getrost für Deutschland sein kann. Die Gauweilers und Co. entdecken umgekehrt gerade in diesem Nationalismus nicht das verschrobene linksidealistische Bekenntnis zu Deutschland, sondern halten ihn für eine echte Gefahr, weil er von einem Bild von Deutschland lebt, das ganz ohne Bekenntnis zu nationaler Größe Deutschlands auskommt. Für sie grenzt das schon fast an Vaterlandsverrat. So kann es kommen, daß gegenwärtig ein Streit zwischen zwei bis drei Nationalismen, zwischen mehreren Touren, sich zu Deutschland zu bekennen, die Gemüter erhitzt.

Freerk Huisken

Anmerkung:

(1) Der Text ist ein vom Autor überarbeiteter Mitschnitt eines Vortrags.

(2) Damit ist folgendes gemeint: Dadurch, daß die Wehrmacht als vom Verbrecher Hitler mißbrauchtes Instrument vorgestellt wird, die Selbstbezichtigung sich also nur darauf bezieht, daß deutsche Offiziere diesen Mißbrauch zugelassen haben, sind sie selbst aus dem Schneider, da auf diese Weise ihnen gänzlich un- bzw. antifaschistische Anliegen unterstellt werden.

(3) Vgl. dazu die Annektierung der DDR und die juristische Aufarbeitung des "Unrechtsregimes".

(4) Außerdem - auch das muß mal gesagt werden - ist jede Justiz im Prinzip immer Siegerjustiz. Es ist im modernen Nationalstaat immer so, daß seine Rechtsnormen erst dann flächendeckende Gültigkeit besitzen, wenn der Staat sein Gewaltmonopol durchgesetzt hat. Erst wenn sie alle anderen Kräfte entmachtet haben, können Machthaber ihr Interesse als ihr Recht formulieren und ihren politischen Anliegen den Charakter von etwas Unumstößlichen, Hochanständigen geben.

(5) Und nichts anderes haben im übrigen auch die Faschisten gemacht. Für deren Völkerrechtler wäre es (oder war es?) ein Leichtes gewesen, die Einhaltung der Haager Landkriegsordnung nachzuweisen. Sie haben nie "unschuldige Zivilisten" (Art.2, HLO) umgebracht, sondern allenfalls solche Bevölkerungsteile, die - aktiv oder passiv - Widerstand geleistet haben. (vgl. Erster Abschnitt der HLO, Art.2 Kämpfende Bevölkerung, S.599) Und nie haben sie "unverhältnismäßige Mittel" eingesetzt; zumal sich nach den Grundsätzen des internationalen Kriegsrechts die "Verhältnismäßigkeit der Mittel" immer am "Grundsatz der Gegenseitigkeit" orientiert, demzufolge bekanntlich immer die andere Seite "angefangen hat".

(6) Die Vorstellung eines vollständig erzwungenen Militäreinsatzes ist schon insofern albern, als sie mehr Kräfte für die Aufrechterhaltung der "Disziplin der Truppe" als für den Einsatz gegen den Feind unterstellt.

(7) Und selbst wenn sich der eine oder andere Soldat seinen Dienst für die Nation damals etwas anders vorgestellt haben sollte als er dann ausfiel, so bedeutet doch seine Berufung aufs Pflichtbewußtsein, daß er sich mit den militärischen Zielen der Faschisten immerhin arrangieren konnte. Einen Bruch mit der soldatischen Tugend des Gehorsams haben ihm diese Ziele offenkundig nicht abverlangt. Wo in der so häufig zitierten Gewissensentscheidung zwischen der soldatischen Verpflichtung auf das Wohl des Vaterlandes und der Kritik am Größenwahn des Führer letztlich die Pflicht den Zuschlag bekommen hat, da muß die Pflichtverletzung allemal als das größere und der Befolgung der Befehle des Gröfaz als das kleinere Übel eingeordnet worden sein.

Zum Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal

Repressive Ermittlungsmethoden aufgedeckt

Seit 1982 sitzt der afroamerikanische Journalist, Schriftsteller und Ex-Black Panther Mumia Abu-Jamal in einer Todeszelle in den USA (siehe kassiber Nr 24). Seit 1995 strebt er ein gerichtliches Wiederaufnahmeverfahren an (siehe kassiber Nr. 25, 26 , 27). In den nächsten Monaten muß damit gerechnet werden, daß der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania in der Berufungsinstanz seinen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ablehnt. Unmittelbar danach wird aller Voraussicht nach der Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, einen neuen Hinrichtungstermin festsetzen.

Und das, obwohl neue zwingende Beweise für die Unschuld Mumia Abu-Jamals vorliegen: In einer eidestattlichen Erklärung berichtete Pamela Jenkins, Entlastungszeugin der Verteidigung Mumia Abu-Jamals, im März 1997 über ihre eigene Rolle und derjenigen der Hauptbelastungszeugin gegen Mumia, Cynthia White. Ferner schilderte sie Einschüchterungs- und Manipulierungsversuche der Polizei von Philadelphia.

Pamela Jenkins war die zentrale Polizeiinformantin und -zeugin bei einer bundesbehördlichen Ermittlung gegen Polizeikorruption im 39. Polizeibezirk Philadelphias. Bislang führte diese Ermittlung zur Verurteilung von sechs Polizeibeamten - u.a. wegen manipulierter Beweise, die sie Unschuldigen anhängten, welche infolgedessen Gefängnisstrafen erhielten.

In einer eidesstattlichen Erklärung vom März '97 sagte Pamela Jenkins, ehemalige Prostituierte und Ex-Freundin eines dieser verurteilten Polizisten namens Tom Ryan, daß derselbe sie mit dem Ziel unter Druck gesetzt habe, sie zu einer falschen Zeugenaussage gegen Mumia Abu-Jamal wegen der Ermordung des Polizisten Daniel Faulkner zu bewegen:

"Tom Ryan, Richard Ryan und weitere Polizisten setzten mich unter Druck, und fragten mich, ob ich die Erschießung des Polizisten gesehen hätte und ob ich in jener Nacht in der Gegend gewesen sei. Als ich »Nein« sagte, schüchterten sie mich noch mehr ein, und fragten mich, ob ich wirklich sicher sei, in jener Nacht nicht auf der Straße gewesen zu sein und die Erschießung gesehen zu haben. Für mich war klar, daß Tom Ryan und Richard Ryan mich zu einem Meineid veranlassen wollten und daß ich sagen sollte, ich hätte Jamal den Polizisten erschießen sehen."

Falsche Aussagen

Pamela Jenkins' Aussagge belegt desweiteren, daß Cynthia White, "Starzeugin" der Anklage in Mumia Abu-Jamals 1982er Prozeß und die einzige, die vorbrachte, tatsächlich gesehen zu haben, wie Mumia Abu-Jamal mit einer Pistole in der Hand Faulkner erschoß, ebenfalls Ziel von Polizeiwillkür war, um sie zu einer falschen Zeugenaussage gegen Mumia zu bringen. Pamela Jenkins erklärte:

"Ich weiß, daß Cynthia White in den Jahren 1980 und 1981 als Prostituierte im Stadtzentrum arbeitete, (...) Polizeiinformantin war und für Polizisten in der Gegend Sachen drehte... Genau in diesem Zeitraum erzählte mir Cynthia White, daß sie Angst vor der Polizei hätte und die Polizei versuche, sie dazu zu bringen, irgendetwas über den Mord auszusagen. Lucky [Cynthia White] erzählte mir auch, daß wegen des Jamal-Falles ihr Leben von einem Polizisten bedroht worden sei."

Die von der Verteidigung juristische verarbeitete, zusammengefaßte und zu den Akten des Obersten Gerichtshofs von Pennsylvania gegebene Aussage enthüllt: *"In den Tagen nach dem Mord wurde [White] mindestens zweimal wegen Prostitution festgenommen. Ihr Photo wurde im 6. Polizeibezirk ausgehängt, verbunden mit der Aufforderung an die die Verhaftung vornehmenden Beamten, die 'Morgkommission zu kontakten'. Jedesmal wenn die Polizei White hochgehen ließ und ihre Aussage aufnahm, revidierte sie ihre Story [über den Mord an Faulkner]. Ohne Erklärung wurden vorliegende Strafbefehle gegen sie nicht zur Anklage gebracht."*

Die Ausführungen stellen desweiteren heraus, daß die spezielle Aufmerksamkeit, die die Polizei Cynthia White gegenüber an den Tag legte, auch nach Mumia Abu-Jamals Verhaftung 1982 keinesfalls nachlies: "White beteuerte 1982 vor Gericht, daß sie für ihre Zeugenaussage im Gegenzug keine besonderen Vergünstigungen erhalten habe - abgesehen von Unterbringung und Sicherheitsmaßnahmen während der Zeit, die sie vor Gericht aussagte.

Ganz offensichtlich jedoch erfuhr White bis in das Jahr 1987 hinein eine Vorzugsbehandlung, als nämlich ein Angehöriger der Mordkommission in der Gerichtsverhandlung auftauchte, und den Richter bat, White wegen ihrer Rolle in dem Jamal-Fall auf Kaution freizulassen. Am 29. Juni 1987 war White nach der Vorverhandlung wegen schwerwiegenden Anklagen, einschließlich Bankraub, Körperverletzung und Waffenbesitz in Haft genommen worden. Jamal hat jetzt die Protokolle dieser Anhörung erhalten, die in der Anklage als Beweisstück Nr.2 beiliegen, und die eine außergewöhnliche Vorgehensweise aufzeigen. Das Gericht erwog, wegen "siebzehnmaligen Nichterscheinens" (bei anderen Anlässen) Kautionsbeschränkungen für Frau White zu verhängen. Frau White's Rechtsbeistand trat dann an die Seitenschranke, um dem Beamten der Mordkommission, Douglas Culbraith, Gelegenheit zu geben, sich an das Gericht zu wenden. Detective Culbraith, einer der Beamten, die mit der Untersuchung im Falle Jamal befaßt gewesen waren, teilte dem Gericht mit, daß Frau White "*eine Bundesstaats-Zeugin in einem sehr hochrangigen Fall sei*". Die Geschäftsstelle des Bezirksgerichts gestattete danach Frau White, ihrer eigenen Freilassung auf Kaution schriftlich zuzustimmen. Nach dieser Intervention des Beamten der Mordkommission machte White sich mit ihrer Unterschrift den Weg nach draußen frei tauchte unter und ist seitdem niemals wieder in Philadelphia verhaftet worden. Bis heute ist der Verteidigung Mumia Abu-Jamals nicht gelungen, die Schlüsselzeugin Cynthia White aufzuspüren.

Anklagepunkte brechen zusammen

Auf der im Anschluß an die Übergabe des neuen Belastungsmaterials an den Obersten Gerichtshof stattfindenden Pressekonferenz faßte am 10. März 1997 Mumias Hauptverteidiger, Len Weinglass, die Situation folgendermaßen zusammen:

Pamela Jenkins Zeugnis *"ergänzt dasjenige, welches bereits von Veronica Jones über polizeiliche Einschüchterungen abgegeben wurde, sowie das des Zeugen William Singletary. Ohne daß noch weitere Anhörungen nötig seien, ergebe sich daraus die klare Forderung nach einem Wiederaufnahmeverfahren und sogar nach der völligen Niederschlagung des Verfahrens gegen Mumia".*

Bei Mumia Abu-Jamals Anhörung zum Wiederaufnahmeverfahren von 1995 hatte Singletary ausgesagt, daß er von der Polizei eingeschüchtert worden sei, damit er seine ursprüngliche,

den Tatsachen entsprechende Erklärung zurückziehen sollte, wonach er den Schützen gesehen habe und daß dieser nicht Jamal gewesen sei. Veronica Jones, eine andere Schlüsselzeugin im 1982er Prozeß Jamals, trat im Oktober letzten Jahres mit der Aussage an die Öffentlichkeit, daß die Polizei Philadelphias ihr mit Verhaftung und Schlimmerem gedroht habe, falls sie nicht ihre ursprüngliche, wahre Erklärung zurücknehme, daß sie gesehen hat, wie zwei Männer vom Tatort weggerannt waren, als Jamal verwundet am Boden lag.

Auf derselben Pressekonferenz richtete Veronica Jones einen öffentlichen Appell an die zentral wichtige Zeugin Cynthia White, wieder aufzutauchen und die Wahrheit zu sagen:

"Wir wissen, daß wir dieses ganze Lügengebäude zum Einsturz bringen können, wenn nur du wieder in Erscheinung trittst. Wir haben alle eine Menge verloren, als wir uns an die Öffentlichkeit wandten. Ich habe jemand verloren, den ich sehr geliebt habe... Tu uns diesmal nur den einen Gefallen. Es ist nicht viel, was wir da erbitten. Vielleicht kannst du danach mit deiner Vergangenheit aufräumen, so wie wir anderen es gerade machen."

Wenn Cynthia White wieder an die Öffentlichkeit käme und persönlich die Ausführungen Pamela Jenkins' bestätigte, könne sie auch im Fall Mumias entscheidendes Licht in diese Zusammenhänge bringen.

Ende Juni 1997 fand Pamela Jenkins' Anhörung unter dem Vorsitz von Richter Sabo statt. Mumia war von Waynesburg aus herangebracht worden und traf auf Hunderte von UnterstützerInnen, die wegen Platzmangels z.T. vor dem Gerichtsgebäude ausharren mußten.

Sie wurde aus dem Knast heraus vorgeführt. Nachdem sie ihre neue, Mumia entlastende Aussage gemacht hatte, war sie sofort verhaftet worden. Sie betrachtet dies als staatliche Vergeltungsmaßnahme und fürchtet - auch aufgrund ihrer wichtigen Rolle im Polizeikorruptionsskandal - nicht nur um ihr eigenes Leben, sondern auch um das ihrer Tochter und ihrer Mutter. Die vielen UnterstützerInnen, die der Anhörung beiwohnten, hatten bis zur Pause bereits 1.500 Dollar gesammelt, um sie auf Kaution frei zu bekommen, die daraufhin jedoch sofort erhöht wurde, um dies zu verhindern.

Pamela Jenkins bekräftigte sämtliche Punkte ihrer eidesstattlichen Erklärung von Anfang März. Dabei wurde noch deutlicher als wenige Wochen zuvor, daß Cynthia White zur Zeit des Mordes an dem Polizisten Faulkner als Polizeiinformantin gearbeitet hat.

Wenn sich dies weiter bewahrheitet und wenn sich herausstellt, daß die Tatsache damals im 82er Prozeß gegen Mumia der Verteidigung vorenthalten wurde, dann muß es nach der geltenden *automatisch* einen neuen Prozeß gegen Mumia geben.

Schließlich ließ Pamela Jenkins eine regelrechte Bombe platzen:. Sie sagte aus, am 5. März 1997 die so lange verschwundene Zeugin Cynthia White auf der Straße gesehen zu haben. Diese sei sofort geflüchtet, als sie sie gesehen habe, und in einen Pickup-Truck gesprungen, der von einem ihr [Jenkins] bekannten Ex-Polizisten von Philadelphia gefahren wurde.

Diese zufällige Begegnung stützt die Annahme, daß Cynthia White die ganze Zeit über von der Polizei Philadelphias versteckt wurde bzw. wird, um sie daran zu hindern, in Kontakt mit Mumias Verteidigung zu kommen.

Chancen der Verteidigung Mumias

Durch die Gegenstrategie der Staatsanwaltschaft ist Mumias Verteidigung trotz dieser neuen Fakten in der Defensive. Außer Pamela Jenkins wurden die anderen ZeugInnen der Verteidigung, darunter auch der wegen Korruption verurteilte Ex-Cop Ryan, nicht von Richter Sabo zugelassen. Auf die zentrale Aussagepunkte von Pamela Jenkins entgegnete die Staatsanwaltschaft lapidar:

1. Sie kann gar nicht von der Polizei eingeschüchtert worden sein, weil ihre Verwicklung in Polizeiangelegenheiten erst Monate nach Mumias Verhaftung begann und

2. Sie kann Cynthia White gar nicht kürzlich gesehen haben, da diese bereits 1992 gestorben sei.

Die Rechtslage sieht hierbei so aus, daß die Staatsanwaltschaft diese Entgegnungen auf das neue Beweismaterial der Verteidigung nicht untermauern muß. Alle neuen Erkenntnisse bei der Sammlung von Argumenten für das Wiederaufnahmeverfahren müssen sich aus den hieb- und stichfesten Beweisen des Antragstellers - also Mumias und seiner Verteidigung - bei den jeweiligen Anhörungen ergeben. Über die Relevanz entscheidet dann Richter Sabo, der kaum Anlaß sehen wird, an den Entgegnungen der Staatsanwaltschaft zu zweifeln.

Wenn es also Mumias Verteidigung nicht gelingt, weiteres Entlastungsmaterial zusammenzutragen, das die bisher bekanntgewordenen Fakten bekräftigt, werden Pamela Jenkins' Enthüllungen von Sabo abgewiesen werden.

Um so wichtiger ist es jetzt für uns, Mumias Verteidigung bei den so nötigen weiteren Ermittlungen - z.B. der Durchforschung zahlreicher Sterberegister, um die Behauptung der Staatsanwaltschaft über den angeblichen Tod von Cynthia White zu entkräften - zu unterstützen. Das bedeutet, daß weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden müssen, Spenden aufzutreiben, um die personalintensiven Nachforschungen finanzieren zu können. Allein die Vorbereitung und Durchführung der richterlichen Vernehmung von Pamela Jenkins hat 40.000 Dollar gekostet.

nach: Freedom Now! Bulletin Nr.11

Spendenkonto: für das Wiederaufnaheverfahren und die Verteidigungskosten: Sonderkonto "M. Abu-Jamal"/Archiv'92, BfG Bank Bremen, Konto-Nr. 100 873 8701, BLZ 290 101 11

Alle hier eingehenden Spenden dienen ausschließlich der Absicherung der Verteidigung mit dem Ziel, das Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen. Das Geld wird direkt an Len Weinglass überwiesen.

ausblick

imperialistischer angriff und widerstand

ökonomische entwicklung und
strategische pläne im arabischen raum

palästina: die autonome brd-linke
chronologie seit intifada
frieden und siedlungspolitik
zur lage in den besetzten
gebieten

irak: hussein - gegner und handlanger
zur rolle des irak bei der aktuellen
(neu-)ordnung im nahen osten

irak-kurdistan: das ende der süd-
kurdischen autonomie

zum beispiel clockwork: die brd-linke
und internationalismus

bestelladresse:
ausblick
c/o jos fritz
wilhelmstr. 15
79098 freiburg

5,- dm pro heft
nur gegen vorkasse
kein mengenrabatt
kein porto
gefangene umsonst

Politische Gefangene/Prozesse

Kurzmeldungen

Neun Monate Haft wegen "Revolutionärer 1.-Mai-Demo"

Anfang September verurteilte das Landgericht Berlin-Tiergarten Ulrich L. wegen *"Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole in Tateinheit mit der Verunglimpfung der deutschen Fahne sowie gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte"* zu neun Monaten Haft auf vier Jahre Bewährung. Die Staatsanwaltschaft hatte zehn Monate ohne Bewährung beantragt. Ullis Verteidiger legte Revision ein.

Der Angeklagte war am 1. Mai verhaftet worden und saß danach vier Monate in Untersuchungshaft. Anlaß war das Abspielen des Liedes *"Deutschland" ("Deutschland verrecke")* der Polit-Punkband *Slime* auf der "Revolutionären 1.-Mai-Demo" in Berlin. Doch nicht nur Ullis - in der Prozeßerklärung geäußerten - Einschätzung nach ging es in diesem Prozeß *"nicht allein um mich persönlich. Das ist ein Angriff auf den 1. Mai. Wofür der 1. Mai steht - weltweit. (...) Und ein Angriff auf die 10 Jahre Revolutionäre 1. Mai Demo. Deshalb gibt es verbale Attacken vor der Demo, Bullenangriffe während der Demo und Gerichtsverfahren nach der Demo. Aus mir soll ein Beispiel gemacht werden, um alle Leute abzuschrecken, die gegen die tagtäglichen Verbrechen dieses Systems Widerstand leisten wollen."*

Kani Yilmaz an die BRD ausgeliefert

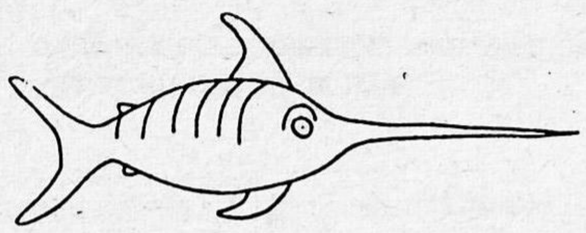
Anfang August wurde Kani Yilmaz (47) von London an die BRD ausgeliefert. Der frühere Europasprecher der kurdischen ERNK war dort am 26.10.1994, nachdem er auf Einladung einer britischen Parlamentarier-Initiative zu offiziellen Gesprächen eingereist war und auf einer Veranstaltung gesprochen hatte, verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte auf Grundlage eines Auslieferungsersuchens der Türkei, später stellte auch die BRD ein solches Auslieferungsersuchens. Das stützte sich auf einen 30seitigen Haftbefehl, der vom 30.10.1994 datiert und in dem die hiesigen Staatsschutzorgane Kani Yilmaz vor allem vorwerfen, *"Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung"* zu sein (s. kassiber 25, S. 76f, kassiber 26, S. 46, und kassiber 27, S. 55f). Nachdem die Auslieferung in den vergangenen Jahren wiederholt verhindert werden konnte, ist jetzt damit zu rechnen, daß der kurdische Politiker vor dem Staatsschutzsenat des OLG Celle angeklagt werden wird. Sein Verteidiger, der Bremer Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schulz, dazu:

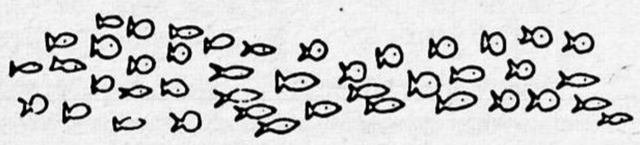
"Fest steht schon jetzt: Eine Verfolgung von Kani Yilmaz nach § 129a ('Rädelsführer einer terroristischen Vereinigung') kommt nicht in Betracht; denn einen entsprechenden Tatbestand gibt es im britischen Strafrecht nicht (sog. Spezialitätsgrundsatz im europäischen Auslieferungsrecht). Damit sind die Weichen gestellt für eine Lösung, wie sie in einigen der anhängigen 129a-Verfahren vor diversen Staatsschutzsenaten der Oberlandesgerichte erzielt werden konnte: Vor dem Hintergrund der Bemühungen um eine Deeskalation zwischen den kurdischen Vereinigungen, die der PKK nahestehen, und deren Anhängern einerseits und den deutschen Behörden andererseits seit dem Frühjahr/Sommer 1996 wurden Strafen akzeptiert, die eine baldige Freilassung ermöglichen, ohne daß eine geständige Einlassung zu den Anklagevorwürfen erfolgt."

Schwertfisch:

Zeitgeist mit Gräten

Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie





Das Schwertfisch-Buch - Beiträge und Dokumente aus dem Arbeitsschwerpunkt 'Ökologie und Herrschaftskritik' des BUKO (Schwertfisch) zu einem anderen Politikverständnis, Entwicklungsma(n)nie und Patriarchat, gesellschaftlichem Naturverhältnis, Politisierung der Subsistenz, Abwicklung des Nordens, Baumkänguruhs, Kritik von Nachhaltigkeit, ...

u.a. von Claudia Bernhard, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Ulla Peters, Christoph Spehr, Armin Stickler

"Fundgrube für ein emanzipatorisches Verständnis von Ökologie ..."
(Oliver Geden, jungle world)
"... der Freiheitsbegriff des sehr trägen Baumkänguruhs und was das alles mit Marxismus zu tun hat ..." *(17° C)*
"Man muß es entweder lieben oder hassen."
(waterkant 3/97)

Verlag: Yeti*Press*, J.-Liebig-Str. 25,
28357 Bremen - *232 S., 24 DM* -

In Bremen in allen Buch- und Infoläden

Zwei weitere § 129a-Verfahren gegen KurdInnen beendet

Das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart verurteilte am 12. August nach rund 16monatigem Prozeß Zylfiye Sanli, Mehmet Nuri Akedeniz, Mehmet Sirin Üner und Mehmet Karayilan zu jeweils zwei Jahren und sechs Monaten Haft. Laut Anklage sollen die vier als sog. Gebietsleiter im Auftrag der PKK bzw. der *"Europäischen Frontzentrale"* in Süddeutschland tätig gewesen sein. Die sog. Europäischen Frontzentrale, ein Konstrukt der Bundesanwaltschaft (BAW), dient den deutschen Sicherheitsbehörden immer wieder dazu, die politischen Strukturen der kurdischen Bewegung mit dem § 129a zu kriminalisieren. Die BAW hatte den kurdischen AktivistInnen außerdem *"Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung"* und *"Anstiftung zu Brandanschlägen"* vorgeworfen; die Vorwürfe der Anstiftung zu Mord und Totschlag wurden im Prozeß fallengelassen.

Die Verteidigung hatte Freisprüche gefordert, weil die behauptete *"Europäischen Frontzentrale"* nicht existiere, und ihre Existenz deshalb habe nicht nachgewiesen werden können. Genausowenig sei während des Prozesses ein konkreter Tatvorwurf gegen eine/n der Angeklagten erbracht worden. Die Kronzeugen Sermet und Altinok seien beide unglaubwürdig und ihre Aussagen deshalb nicht verwertbar. Durch die Vernehmung eines zuständigen Beamten wurde zudem ein lange vermuteter Deal - Asyl in der BRD gegen die gewünschten Kronzeugenaussagen - belegt: Der Beamte hatte Anweisung von oben bekommen, Sermet das Asyl zu genehmigen. Ihm war auch bedeutet worden, daß er bei Nichtbefolgung der Anweisung Ärger mit dem Bundeskriminalamt bekommen würde.

Der Staatsschutzsenat folgte mit dem Urteil weitgehend dem Antrag der BAW. Zwar habe die Hauptverhandlung nicht erbracht, ob es sich bei den vier Angeklagten um *"Rädelsführer der terroristischen Vereinigung"* handele. Trotzdem sei ihre Schuld *"nicht gering"*, da sie *"professionelle Kadermitglieder der PKK"* seien und die Funktion gehabt hätten, ein Gebiet zu verwalten. Als *"Mitglieder einer terroristischen Vereinigung"* hätten sie z.B. *"Spenden eingetrieben und Veranstaltungen und Aktionen wie Hungerstreiks organisiert"*.

Am 2. September wurden Nihat Asut und Haydar Ergül vom OLG Düsseldorf wegen Sachbeschädigung und versuchter schwerer Brandstiftung zu fünf Jahren bzw. fünf Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. In der Woche zuvor hatte die BAW den Vorwurf der *"Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung"* zurückgezogen. Trotzdem wurden die Angeklagten für Anschläge schuldig gesprochen, an denen sie nicht beteiligt waren, und zwar aufgrund der sog. mittelbaren Täterschaft; soll heißen, daß der eigentliche Täter nur Werkzeug, ausführende Kraft des Hintermannes gewesen sei. Der in solchen Prozessen üblichen politisch motivierten Kriminalisierung vermeintlicher oder tatsächlicher kurdischer Aktivitäten setzte Richter Breidling in seiner Urteilsbegründung dadurch noch eins drauf, daß er die Angeklagten - deren Motive höchstens dadurch verständlich seien, daß sie aus einem *"fremden Kulturkreis"* kämen - für *"Ausländerhaß und fremdenfeindliche Ausschreitungen in der BRD"* verantwortlich machte.

(Quellen: Stuttgarter Komitee zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen, Presseerklärung der Prozeßgruppe Düsseldorf vom 2.9.97)

Bundesregierung: Überwachung Rolf Gössners "rechtmäßig"

Die jahrzehntelange Überwachung des Bremer Rechtsanwalts, Publizisten und rechtspolitischen Beraters der niedersächsischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Rolf Gössner, durch den Verfassungsschutz (VS) war *"rechtmäßig"*. Das meinte jedenfalls die Bundesregierung Ende Juli in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion. Diese Bewertung werde auch durch den Bundesbeauftragten für den Datenschutz bestätigt. Leider lasse das Verfassungsschutzgesetz keine weiteren Auskünfte zu, z.B. über die interessanten Fragen nach den Gründen der Überwachung, den angewandten Mitteln oder dazu, ob die Überwachung Rolf Gössner durch den VS weiter andauere. Allerdings sehe man keine Auswirkungen der Beobachtung auf das Anwaltsgeheimnis, den Informantenschutz und Abgeordnetenstatus - Bündnis 90/Die Grünen befürchtet, daß dabei auch Abgeordnete ausgeforscht wurden. Genausowenig mag die Bundesregierung eine Behinderung der beruflichen Tätigkeit durch die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten erkennen.

Rolf Gössner hatte im vergangenen Jahr beim VS Auskunft u.a. darüber beantragt, welche Daten über ihn gespeichert sind, und die Mitteilung bekommen, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz *"im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung" "Daten zu Ihrer Person gespeichert"* hat, die insbesondere *"Ihre Kontakte zu und Zusammenarbeit mit linksextremistischen bzw. linksextremistisch beeinflußten Personenzusammenschlüssen sowie deren Presseerzeugnisse betreffen"*. Während zum Beleg der verfassungsschützerischen Sammelleidenschaft in dem Schreiben zahlreiche Artikel, Interviews und Reden aufgeführt wurden, mochte man die Kontakte zu den *"Personenzusammenschlüssen"* nicht weiter erläutern (s. kassiber 30, S. 48).

Hyperlinks zur "radikal": Freispruch

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten sprach am 30. Juni die Sprecherin der *AG Junge GenossInnen* der PDS, Angela Marquardt, vom Vorwurf frei, mit einem elektronischen Querverweis (Hyperlink) auf ihrer Internet-Homepage zur *radikal* Beihilfe zur Anleitung zu Straftaten geleistet zu haben. Die Staatsanwaltschaft hatte behauptet, daß durch den Hyperlink die Internet-Ausgabe der kriminalisierten Zeitung in der Homepage zur Verfügung gestellt worden sei. Die 25jährige hätte sich angesichts des Inhalts der *radikal*-Seiten - vor allem ging es um Artikel mit Sabotageanleitungen gegen die Bahn - von Zeit zu Zeit vergewissern müssen, ob dort Strafbares verbreitet werde. Ihr distanzierender Hinweis auf der Homepage, daß sie *"das Bauen von Bomben ablehnt"*, genüge nicht. Nach Ansicht der Richterin Meline Schröder schaffe diese Forderung aber Rechtsunsicherheit, da nicht klar sei, wie oft und wie exakt die Untersuchung sein müsse. Im übrigen habe der Link schon bestanden, bevor die inkriminierte *radikal*-Ausgabe erschien.

Angela Marquardt hatte ihre Homepage zwischenzeitlich bei einem anderen Provider einrichten müssen, die ursprüngliche mit dem Hyperlink zur *radikal* hatte die Firma *CompuServe* auf Wunsch der Generalbundesanwaltschaft gelöscht. Am 3. Juni hatte die Staatsanwaltschaft zudem ihre Wohnung durchsuchen lassen. Ihr wurde vorgeworfen, gerichtliche Dokumente ins Internet eingespeist zu haben.

Große Razzia gegen Berliner Zeitschrift "Interim"

Am 12. Juni ließ die Berliner Staatsanwaltschaft mit 500 Polizeibeamten die Wohnprojekte Yorkstraße 59, Reichenberger Straße 63a, einen Büroraum der Antirassistischen Initiative e.V., Wohnungen in der Rigaer Straße 34, Liebigstraße 14 und mindestens fünf weitere Wohnungen und eine Druckerei in Kreuzberg und Neukölln durchsuchen. Die Durchsuchungsbefehle, die teilweise über einen Monat alt waren, lauteten auf [Anstiftung zu und] Billigung von Straftaten.

Mit den Durchsuchungsbeschlüssen wird 12 Personen vorgeworfen, an der redaktionellen Arbeit, der Herstellung und am Vertrieb der Zeitschrift *Interim* beteiligt gewesen zu sein. Acht der Beschuldigten wurden von der Polizei angetroffen. Sie wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt, vernommen und am späten Nachmittag wieder freigelassen. Ein weiterer Durchsuchungsbeschluß betrifft zwei Personen, denen vorgeworfen wird, ein Plakat mit der Überschrift "Der General putzt fürs Kapital", auf dem Innensenator Jörg Schönbohm als "Mr. Propper" bezeichnet wird, plakatiert zu haben. Da das Plakat kein "V.i.S.d.P." hat, werden sie beschuldigt, es auch hergestellt zu haben. [...]

Bei allen Durchsuchungen rückte die Polizei mit einem völlig übertriebenen Aufgebot an. In der Reichenberger Straße, der Rigaer Straße und der Liebigstraße verschafften sich Schönbohms

Beide „radikal"-Verfahren eingestellt

Anfang Oktober stellte das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf das Verfahren gegen fünf mutmaßliche Mitglieder einer angeblichen „kriminellen Vereinigung" (§ 129) - gemeint ist die Zeitung *radikal* - ein. Zwei Frauen aus Bremen müssen jetzt 2.000 bzw. 3.000 Mark Geldbuße an die Gerichtskasse zahlen, ein Bremer 6.000 und zwei Männer aus Oldenburg bzw. Köln jeweils 3.000 Mark. Das OLG vertrat die Ansicht, daß angesichts des langen Verfahrens und der Tatsache, daß die in Frage stehenden Straftaten sogenannte Presseinhaltsdelikte seien, kein „öffentliches Interesse" an einer Strafverfolgung mehr bestehe.

Bereits im Sommer hatte das OLG Koblenz ein weiteres Verfahren gegen vier andere angebliche Redakteure der linksradikalen Zeitschrift eingestellt. Zur Bedingung machte das Gericht, daß die vier Männer aus Lübeck, Münster, Hamburg und Berlin je 1.000 Mark an medico international zahlen, außerdem dürfen sie keine Anträge auf Haftentschädigung stellen. Die vier waren bei der bundesweiten Razzia am 13. Juni 1995 festgenommen worden und saß dann bis Anfang Dezember desselben Jahres in Untersuchungshaft.

Büttel mit Gewalt Zutritt zu den Häusern, ohne sich die Mühe zu machen, vorher zu klingeln. Im Hausprojekt Yorkstraße 59 wurden sämtliche Wohnräume aller 60 BewohnerInnen - entweder mit der beliebten Ausrede *"Gefahr im Verzug"* oder völlig ohne Begründung - durchsucht. Die BewohnerInnen erhielten teilweise keinen Zutritt zu ihren Zimmern. Eine Touristin aus Uruguay wurde in Gewahrsam genommen - sie könnte ja illegal sein. Auch in Räumen, für die es keinerlei Durchsuchungsbefehle gab, wurden willkürlich Zeitschriften, Hunderte von Disketten und Computer beschlagnahmt. Auch die Durchsuchung der Antirassistischen Initiative fand ohne richterlichen Beschluß statt. Die Vermutung liegt nahe, daß mit der gesamten Durchsuchungsaktion Überblick und Einsichten in linke Wohnprojekte gewonnen werden sollten.

Die Behauptung von Polizei und Staatsanwaltschaft, die Redaktionsräume der *Interim* befänden sich in irgendeiner der durchsuchten Wohnungen oder Wohnprojekte, ist absurd. Die *Interim* ist eine Wochenzeitung, die - für alle ersichtlich - aus den Beiträgen besteht, die über eine öffentliche Postadresse zugeschickt werden. Sie ist Diskussionsforum für das gesamte Spektrum der radikalen, autonomen Linken. Sie wird von den Beiträgen ihrer LeserInnen getragen. [...]

Pressemitteilung einiger durchsuchter Projekte und Einzelpersonen, 13.6.97 (redaktionell gekürzt)

Prozeßlawine nach Castor-Transporten?

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg hatte bis zum 29. Mai insgesamt 107 Ermittlungsverfahren gegen AtomkraftgegnerInnen im Zusammenhang mit den Castor-Transporten im vergangenen März eingeleitet, weitere 21 Ermittlungsverfahren richteten sich gegen Polizeibeamte. Er rechne hier aber noch mit *"einer Reihe"* weiterer Strafanträge, insbesondere von Seiten der *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg*, so Oberstaatsanwalt Jürgen Wigger. Ohne aufzuschlüsseln, ob es sich um Büttel oder Anti-AKW-AktivistInnen handelt, teilte Wigger weiter mit, daß ein Teil bereits erledigt sei; vierzehn mangels Tatverdacht eingestellt, zwei mit Strafbefehl und eins mit einer Anklage abgeschlossen wurde. *"Hauptsächlich spielen Nötigung und Widerstand eine Rolle"*, um Körperverletzung gehe es nur in ganz wenigen Fällen. In Vorbereitung befänden sich noch 569 Verfahren wegen Landfriedensbruchs, die sich gegen DemonstrantInnen richteten, die die Umladung der Castor-Behälter im Bahnhof Dannenberg behindert hätten.

Nach Angaben des niedersächsischen Innenministeriums vom 4. April wurden nach den bisher drei Castor-Transporten nach Gorleben im April 1995, Mai 1996 und März 1997 gerade einmal 151 Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen - zumeist wegen Körperverletzung - eingeleitet, von denen bisher 38 eingestellt wurden. Parallel zu den Ermittlungen liefen Disziplinarverfahren.

Wiederum die Staatsanwaltschaft Lüneburg teilte am 27. Mai mit, daß sie 18 Verfahren gegen Polizeibeamte wegen des Castor-Transports im vergangenen Jahr eingestellt hat. AktivistInnen aus der *Bäuerlichen Notgemeinschaft* hatten insgesamt 36 Anzeigen wegen Sachbeschädigung, Nötigung und Körperverletzung erstattet, nachdem die Polizei rund 140 Traktoren mit Bolzenschneidern lahmgelegt hatte.

(Quellen: Weser-Kurier vom 5.4.97, 28. und 30.5.97)

201 Ermittlungsverfahren wegen "Hetendorfer Tagungswoche" 1996 eingestellt

Pünktlich vor der faschistischen "7. Hetendorfer Tagungswoche" (14.-22.6.97) wurden alle 201 noch ausstehenden Verfahren gegen die TeilnehmerInnen der antifaschistischen Demonstration gegen die "6. Hetendorfer Tagungswoche" (HTW) eingestellt. [...] Am 20.6.1996 hatte die Polizei nahezu alle DemonstrantInnen gegen die faschistische Sonnenwendfeier in Hetendorf 13 festgesetzt und nutzte die Gelegenheit, die Personalien aller Beteiligten zu sammeln. Erstmals in der Geschichte der BRD wurden daraufhin gegen alle TeilnehmerInnen einer Demonstration Verfahren wegen "Landfriedensbruchs" eingeleitet. Wo es ansonsten eher um das Abstrafen sog. Rädelsführer geht, während sich der Rest mit angeblichen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz herumschlagen darf, sollte diesmal ganz offensichtlich mit der Keule des Landfriedensbruchs versucht werden, jede Form des konsequenten Antifaschismus, der über Lippenbekenntnisse hinausgeht, bereits im Keim zu ersticken. Obwohl die Vorwürfe gegen alle AntifaschistInnen dieselben waren, wirkten sie sich für die einzelnen höchst unterschiedlich aus: Viele bekamen Einstellungsangebote gegen Zahlung einer Geldauflage und somit das Angebot, ihr Verfahren für sich abzuschließen. Andere erhielten Strafbefehle über bis zu DM 1.800 (90 Tagessätze). Gegen alle unter 21jährigen wurde Anklage erhoben. Durch Prozesse sollten besonders sie eingeschüchtert und künftig von politischer Arbeit abgehalten werden. [...]

Der gesamte Widerstand gegen das Nazizentrum in Hetendorf sollte kriminalisiert und sein weiteres Anwachsen verhindert werden. Die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft Lüneburg stellte den Versuch des Justizapparats der BRD dar, eine neue Stufe der Repression langfristig zu etablieren und den antifaschistischen Widerstand gegen Hetendorf 13 zu trennen und zu spalten. Dieser Versuch ist gescheitert! Im März gaben die zuständigen Richter am Celler Amtsgericht die Akten an die Staatsanwaltschaft Lüneburg zurück, die daraufhin einer Einstellung aller Verfahren zähneknirschend zustimmte. [...]

Trotzdem läßt sich kein ausschließlich positives Resümee dieser Kriminalisierung ziehen. 201 Personen wurden mit Verfahren überzogen, mehr als ein Dutzend Prozesse gegen unter 21jährige AntifaschistInnen geführt. Unsere Forderung nach einer bedingungslosen Einstellung aller Verfahren konnte nicht durchgesetzt werden, da ein großer Teil der Verfahren nur gegen die Zahlung von DM 200 zugunsten der Mahn- und Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Mittelbau-Dora eingestellt wurde. Immerhin ist es aber zu keinen Verurteilungen gekommen, wonach es lange Zeit aussah. [...]

Prozeßgruppe, c/o Initiative gegen Hetendorf 13, Kornstraße 28/30, 30167 Hannover, Fax: 0511-1616711 (redaktionell gekürzt und leicht überarbeitet)

Siegerjustiz I

Das OLG Düsseldorf verurteilte am 27. Mai den ehemaligen Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Markus Wolf, wegen Freiheitsberaubung in vier Fällen in Tateinheit mit Nötigung und Körperverletzung zu zwei Jahren auf Bewährung. Zusätzlich muß der heute 74jährige 15.000 Mark Geldstrafe zahlen. Die Bundesanwaltschaft (BAW) hatte dreieinhalb Jahre Haft gefordert, die Verteidigung auf Freispruch plädiert.

Markus Wolf soll in den 50er und 60er Jahren, mitten im Kalten Krieg, die Verschleppung dreier DDR-Bürger und einer Westberlinerin gelenkt haben. Aus *"Respekt vor den Opfern"* sei er daher zu verurteilen, meint(e) nicht nur Bundesanwalt Joachim Lampe - allerdings: *"Rache will niemand."* Doch müsse das *"Unrechtsregime"*, gemeint ist die DDR, die ja schließlich nicht nur den Kalten Krieg verlor, juristisch aufgearbeitet werden, *"sonst verliert der Rechtsstaat* (gemeint ist die BRD) *seine Legitimation"*.

Ende April hatte das Gericht auf Antrag der BAW das Verfahren wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen Markus Wolf vorläufig eingestellt. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, hauptamtlichen MitarbeiterInnen der Hauptverwaltung Aufklärung weitgehend Straffreiheit zu gewähren - die Leute vom westdeutschen BND und ähnlichen "Diensten" schützt ein eigenes Amnestiegesetz vor Strafverfolgung -, falle eine mögliche Strafe wegen dieses Anklagepunktes gegenüber den Vorwürfen der Freiheitsberaubung *"nicht beträchtlich"* ins Gewicht. Der Bundesgerichtshof hatte eine frühere Verurteilung des in der BRD sog. DDR-Spionagechefs zu sechs Jahren Haft 1995 aufgehoben.

Siegerjustiz II

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) hob am 8. Juli die quasi sensenmäßige Anordnung von Berufsverboten gegen SED-FunktionärInnen und MitarbeiterInnen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR in fünf Fällen auf. Die BVG-Entscheide sind wohl der von der Politik seit langem geforderte Beitrag zum "Rechtsfrieden", soll doch die Bereitschaft von einigen Hunderttausend sog. kleinen MitläuferInnen, sich in die BRD-Gesellschaft zu integrieren, nicht weiter durch ihnen auferlegte Berufsverbote gemindert werden. Bestätigt wird hingegen die Berufsverbotepraxis gegen hauptamtliche FunktionärInnen und InhaberInnen hoher Ränge im öffentlichen Dienst der DDR, die (voraussichtlich) auch weiter "Unbelehrbaren", die sich zumeist in der PDS versammeln.

Verhandelt wurde aber nicht über die Sonderkündigungen wegen Tätigkeiten für das MfS, Verstosses gegen Menschenrechte oder wegen mangelnder persönlicher Eignung an sich, denn diese durch den Einigungsvertrag zwi-

schen BRD und DDR festgelegte Repressalie wurde bereits durch den Ersten Senat des BVG grundsätzlich für verfassungsgemäß befunden. Bei den acht entschiedenen Verfassungsbeschwerden ging es lediglich um die Anwendung der Vorschriften durch mehrere Landesarbeitsgerichte.

Das BVG gab den Verfassungsbeschwerden von fünf ehemaligen SED-FunktionärInnen statt, die aus dem öffentlichen Dienst der BRD entlassen worden waren. Diese Entlassungen hätten teilweise gegen Grundrechte verstoßen. SED-Parteifunktionen allein begründeten keine Entlassung wegen ungenügender persönlicher Eignung. Es komme auf das Verhalten im Einzelfall an - vor und nach der "Wende". Die "Fälle" müssen nun von den Arbeitsgerichten neu verhandelt werden.

Abgewiesen wurden die Verfassungsbeschwerden eines angeblich fachlich ungenügenden Dozenten, eines besonders parteiverbundenen Schuldirektors sowie des ehemaligen Rektors der Humboldt-Universität Berlin, Heinrich Fink, womit die Berufsverbote gegen die Betroffenen bestätigt wurden. Die von Heinrich Fink bestrittene und vom Landesarbeitsgericht Berlin "festgestellte" Tätigkeit als informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) allein rechtfertige zwar noch keine Kündigung. Das Landesarbeitsgericht habe aber die herausragende Stellung des Theologieprofessors als Hochschullehrer und Rektor betont, womit die fristlose Entlassung Ende 1991 zulässig gewesen sei. Der 62jährige kündigte eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg an.

Siegerjustiz III

Ende Juli wies das BVG die Verfassungsbeschwerden von sechs DDR-Generälen - die Führung der Grenztruppen - ab. Die Richter nahmen die Beschwerden nicht zur Entscheidung an und verwiesen in der Begründung auf ein Urteil vom 13.11.1996. Damals hatte das BVG die Verfassungsbeschwerden von drei Mitgliedern des Nationalen Verteidigungsrates der DDR sowie eines Grenzsoldaten gegen Urteile bundesdeutscher Gerichte abgewiesen (s. kassiber 30, S. 49). Die Betroffenen mußten ihre Haftstrafen wegen *"Anstiftung zum Totschlag"* an der DDR-Grenze zur BRD und zu West-Berlin antreten. Das gleiche gilt jetzt für die sechs DDR-Generäle, die zu Strafen zwischen dreieinviertel und sechseinhalb Jahren verurteilt wurden. Vier von ihnen sind bereits im Knast.

Das BVG bestätigte damit, daß ehemalige DDR-BürgerInnen grundsätzlich nicht mehr sicher sein können, daß für sie der Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR gilt, denn der schreibt auch für das ehemalige DDR-Gebiet das Rückwirkungsverbot fest, das im BRD-Grundgesetz enthalten ist. Die Mitgliedern des Nationalen Verteidigungsrates, ehemalige Grenzer wie auch die Grenztruppen-Generäle hatten sich darauf berufen, daß sie vor 1989 gemäß dem DDR-Grenzgesetz handelten - und laut Einigungsvertrag für die Beurteilung ihres Verhaltens die DDR-Gesetze gelten würden.

Siegerjustiz IV

Der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) hob am 21. August den Freispruch für vier ehemalige Staatsanwälte der DDR auf. Das Berliner Landgericht hatte den ehemaligen stellvertretenden DDR-Generalstaatsanwalt Karl-Heinrich Borchert und drei seiner Kollegen im April 1996 vom Vorwurf der Rechtsbeugung freigesprochen - der "Fall" muß vor dem selben Gericht neu aufgerollt werden. Die Juristen sollen Anzeigen von DDR-BürgerInnen wegen des Verdachts der Manipulation der Kommunalwahl im Mai 1989 ignoriert haben. Borchert soll die Anweisung gegeben haben, Wahlfälschungsanzeigen zwar entgegenzunehmen, aber keine Ermittlungen einzuleiten. Das Landgericht hatte seinen Freispruch damit begründet, daß die Nichtbehandlung der Anzeigen lediglich rechtsstaatswidrige Entscheidungen der Angeklagten waren. Nach Ansicht des BGH hat das Landgericht die Maßstäbe zu eng gesetzt, die Nichtverfolgung könne vielmehr auch eine Rechtsbeugung darstellen. Die Rechtswidrigkeit der Entscheidung der DDR-Staatsanwälte sei so offensichtlich, daß von einem Willkürakt ausgegangen werden könne. Zudem läge in diesem Fall eine Menschenrechtsverletzung vor.

Siegerjustiz V

Am 25. August endete der sog. *Politbüroprozeß* vor dem Berliner Landgericht mit der Verurteilung der drei Angeklagten wegen Totschlags. Durch das Urteil gegen die im Prozeß verbliebenen ehemaligen Mitglieder des SED-Politbüros, Günther Kleiber, Günter Schabowski und - symbolhaft - des ehemaligen Staats- und Parteichefs Egon Krenz, wurde auch gerichtlich festgestellt, was im größer gewordenen Deutschland ohnehin inzwischen fast jede/r eingesehen hat, nämlich daß es sich bei der DDR um ein kriminelles, totalitäres und menschenrechtsverletzendes, weil seine BürgerInnen nur selten in den freien Westen fahren und Ausländer nicht totschlagen lassendes, Unrechtsregime gehandelt habe. Letzte Zweifel, ob die Angeklagten nicht vielleicht doch straflos davonkommen könnten, hatte im November 1996 das Bundesverfassungsgericht mit seinem Entscheid zum sog. Rückwirkungsverbot beseitigt (s. Siegerjustiz IV).

Das Politbüro sei - so der richterliche Eröffnungsbeschluß zum Verfahren - das eigentliche *"Führungs- und Machtzentrum"* der DDR gewesen, seine Mitglieder mithin für *"aktives Tun"* verantwortlich. Nach 117 Verhandlungstagen in rund eineinhalb Jahren wurden Günther Kleiber und Günter Schabowski zu jeweils drei Jahren Haft verurteilt, Egon Krenz zu sechseinhalb Jahren - er wurde direkt nach der Urteilsverkündung wegen angeblicher Fluchtgefahr verhaftet, nach einigen Tagen wurde der Haftbefehl aber ausgesetzt. Die Angeklagten, die als *"Staatsmänner hohe politische Funktionen ausübten"*, hätten den Schußwaffengebrauch an den Staatsgrenzen der DDR zur BRD und zu West-Berlin, in hiesigen Breitengraden gemeinhin *"innerdeutsche Grenze"* genannt, und damit auch die dortigen sog. Todesschüsse direkt zu verantworten gehabt.

Zwar hatten in der 'Nachwendezeit' auch einige Hundertschaften staatlich bediensteter Spürnasen den in der BRD jahrzehntelang behaupteten *"Schießbefehl"* des SED-Politbüros nicht finden können, doch die 27. Große Strafkammer wußte sich zu helfen. Das *"Grenzregime"* der von der BRD offiziell nie anerkannten DDR habe *"im Interesse der SED-Führung"* gelegen. Und der von Politbüro-Mitgliedern immer wieder ausgegebene Klassenauftrag sei *"tatsächlich ein ideologischer Schießbefehl gewesen"*. Womit die Schuldfrage des dort ehemals für Sicherheit, Jugend und Sport zuständigen Egon Krenz, der dem Staatsanwalt *"Blindheit vor der historischen Wahrheit"* vorgeworfen hatte, denn die historischen Bedingungen - Kalter Krieg und Abhängigkeit von der Sowjetunion - seien ursächlich gewesen, hinreichend geklärt war.

Anders habe die Sache beim Wirtschaftsexperten Günther Kleiber und dem früheren Chefredakteur des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland* gelegen. Beide beteuerten, für solche Fragen nicht zuständig und an ihnen auch nicht interessiert gewesen zu sein. Sie wollen auch nie in die bei den wöchentlichen Politbüro-Sitzungen herumgehenden Umlaufmappen, in denen "Grenzverletzungen" aktuell vermeldet wurden, geschaut haben. Doch, so das Gericht, sei ihnen bekannt gewesen, daß das "Grenzregime" im Ausland als menschenrechtswidrig angesehen wurde, weswegen auch sie zu bestrafen seien.

Die Anwälte Egon Krenz' und Günther Kleibers legten am Tag nach der Urteilsverkündung Revision ein, auch der Verteidiger Günter Schabowskis kündigte einen Revisionsantrag an. Er und sein Mandant seien allerdings der Meinung, daß es sich nicht um *"Siegerjustiz"*, sondern vielmehr um ein faires und mutiges Urteil gehandelt hätte. Rechtlich sei man allerdings anderer Meinung als das Gericht. Unzufrieden mit dem Strafmaß gibt sich auch die Staatsanwaltschaft, weil sie höhere Strafen - elf Jahre für Egon Krenz, neun für Günter Schabowski und siebeneinhalb für Günther Kleiber - gefordert hatte; deswegen erwäge sie ebenfalls, Revision einzulegen.

(Quellen: div. Ausgaben von Weser-Kurier, Frankfurter Rundschau, Der Spiegel)

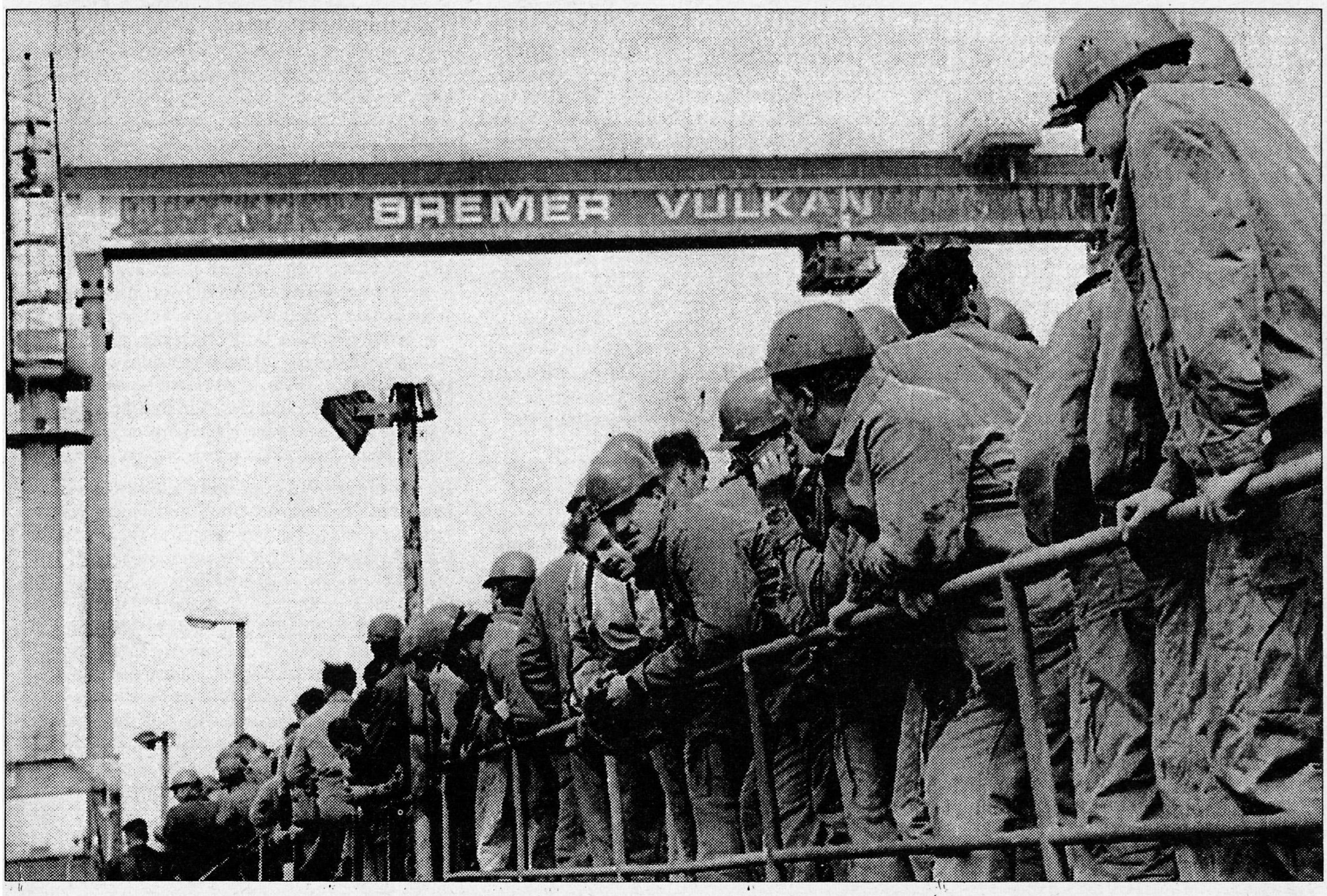
Fidelio

Als Klaus Pierwoß, Generalintendant des Bremer Theaters, vor einigen Wochen das Programm 1997/98 des Theaters am Goetheplatz vorstellte, mag er geahnt haben, was da an Kritik auf ihn zukommen sollte: *"Obwohl es zur Besonderheit des Theatergeschehens gehört, daß Stücktext und Partitur die Konstanten, die jeweiligen Aufführungen aber die Variablen ausmachen, reibt sich die Erwartungshaltung hergebrachter Aufführungskonventionen immer wieder an der neuen Sicht auf alte Stücke. Das provoziert widersprüchliche Reaktionen, das löst Pro und Contra bei Publikum und Presse aus. Daraus entsteht die Lebendigkeit des Theaters, dessen Aufgabe Vergegenwärtigung, aber nicht Restauration ist. Was der Frankfurter Kritiker Hans-Klaus Jungheinrich über die Salzburger Festspiele resümierte, ist auch das Credo unserer künstlerischen Arbeit: Nur kontroverses Echo hervorrufende Institutionen haben Lebendigkeit."* Pierwoß spielte damit weniger auf Battistellis *Entdeckung der Langsamkeit* oder Bernsteins *West Side Story* an, als denn auf die von Johann Kresnik inszenierte Oper *Fidelio* Beethovens.

Seit deren Premiere am 3.Oktober legen erboste Dauerkarten-InhaberInnen und Premieren-BesucheInnenr im Leserforum des Weser-Kurier nun wie erwartet ihre Gedanken offen: *"Drehbuchauszüge bezog Kresnik von WC-Kacheln"*, *"Die Aufführung ist unerträglich"*, *"Steuergelder werden verschleudert"* *"Das Publikum wird verarscht"*, *"Beethovens Musik vergewaltigt"* bzw. *"Beethoven wäre blind geworden"* oder *"hätte den Dirigenten mit dem Taktstock verprügelt"*. Von einer *"Haß-Inszenierung"* ist die Rede, die *"einen nicht wiedergutzumachenden Schaden anrichtet"*. Schiller wird bemüht: *"Es liebt der Mensch (Herr Kresnik) das strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Staub zu ziehen."* Der Regisseur sei *"aus seinen 68er Schuhen und marxistischen Hosenträgern allem Anschein nach nicht herausgekommen. Nicht nur, daß der Chor der aus den Verließen gelassenen Gefangenen in Blaumännern mit roten Sturzhelmen und Gewerkschaftsfahnen auf die Bühne trat, nein, es wurde auch der Gefangene Florestan als Trunkenbold dargestellt etc."*. Solch eine Aufregung verdient einer genaueren Betrachtung.

Beethoven sympathisierte zu Lebzeiten mit den Idealen der französischen Revolution und der aus dieser entwachsenen sogenannten "Rettungs-" oder "Befreiungsoper". Dieser Sympathie versuchte er in seiner einzigen Oper, *Fidelio*, zum Ausdruck zu verhelfen, in der er heroische humanistische Ideale mit einem politischen Anliegen verband: Leonore, die Frau des Florestan - welcher nach seinem Verschwinden von seinen FreundInnen für tot gehalten wird - ist überzeugt, daß ihr Mann in ein spanisches Staatsgefängnis inhaftiert wurde. Und zwar als politischer Gegner und Opfer Don Pizarros, dessen Verbrechen er aufdeckte. Deshalb läßt sie sich, als Mann Fidelio verkleidet, vom Kerkermeister Rocco einstellen. Dieser, erfreut über den Diensteifer Fidelios, sieht in ihm bereits den künftigen Schwiegersohn. Fidelio nutzt Roccos Vertrauen zu der Bitte, ihn in die unterirdischen Gewölbe des Gefängnisses begleiten zu dürfen. Der Kerkermeister willigt ein, fügt aber hinzu, daß es eine Zelle gebe, die Fidelio wohl nie betreten dürfe. Roccos Andeutungen lassen Leonore erahnen, daß es ihr Mann sein könnte, der dort als persönlicher Gefangener Pizarros inhaftiert ist.

Rocco händigt Pizarro im folgenden einen Brief aus, in dem Pizarro vor überraschenden Untersuchungen des zuständigen Ministers gewarnt wird, der in den Gefängnissen Opfer politischer Willkür vermutet. Pizarro beschließt daraufhin, Florestan aus dem Weg räumen zu lassen und da sich Rocco selbst für viel Geld weigert, den Mord auszuführen, will Pizarro persönlich die Tat vollbringen. Rocco solle lediglich das Grab ausheben.



Auf Bitten Leonores, die von dem Vorhaben erfuhr, läßt Rocco die oberen Gefängnisse öffnen. Zögernd, dann jubelnd treten die Eingekerkerten ins Freie, während Pizarro die letzten Anweisungen zur Aushebung des Grabes gibt.

Im 2. Akt steigen Rocco und Fidelio in das Gewölbe herab und beginnen zu graben. Leonore ist fest entschlossen, den Gefangenen, wer er auch sei, zu retten. Als er sich ihr zuwendet erkennt sie (nach Reclams Opernführer "tief erschüttert") das Gesicht ihres Gatten. Auf ein Zeichen Roccos erscheint Pizarro, bereit zum Mord und gibt sich, bevor er den Dolch zieht, Florestan zu erkennen. Im letzten Augenblick wirft sich Leonore schützend vor Florestan und gibt sich als seine Frau zu erkennen. In diesem Moment höchster Dramatik erscheint der Minister, woraufhin Pizarro und Rocco ihm entgegen eilen bzw. Leonore und Florestan sich in die Arme sinken. So wird Pizarros verwerfliche Absicht aufgedeckt - die Wache nimmt ihn fest. Der Dank für Gottes Gerechtigkeit und eine Hymne auf Leonore bilden das Finale.

Bremer Interpretationen

Was tut nun der erklärte Kommunist Kresnik mit dieser Vorlage? Sein Thema ist die verletzte Menschenwürde. Sein "Fidelio" spielt in der ausgestorbenen Werft. Der Gefängniswärter ist ein kleiner Werksmeister. Einer mit Kontakt nach oben. Einer, der gut "abgefunden" wird dafür, daß er die Kollegen ruhig hält. Seine Gefangenen sind die Arbeitslos-Gesprochenen. Im leichten Vollzug sitzen Organisierte, Gewerkschafter. "Wir wollen mit Vertrauen auf Gottes Hilfe bauen", singen sie als Demozug formiert beim Hofgang. Schlimmer als diese Gottgläubigen hat es andere getroffen. Der Einzelkerker des Florestan ist bei Kresnik Massenzelle. Dort sitzen die, deren Elend soviel unangenehme Wahrheit zeigt, daß sie ganz verschwinden müssen. Vom Leben abgeschnitten, ersäufen sie Reste von Selbstachtung in Beck's Bier.

Davon, wie sich Isolation anfühlt, läßt der Regisseur Ulrike Meinhof Zeugnis ablegen. Ihre "Briefe aus dem toten Trakt" werden verlesen. Wer aber ist Pizarro der Unterdrücker in dieser Inszenierung? Ein Mann im Anzug ist es, leicht derangiert und doch strahlt er Macht aus. Was er sagt ist Gesetz, das brutale Gesetz der Marktwirtschaft. Die Gegenseite ist vertreten durch Florestan. Von seinem Widersacher unterscheidet er sich nur durch ein Paar Hosenträger mit Hammer und Sichel. Hinzu kommen Frau Befreierin Leonore und ein rechtschaffender Minister, der aussieht, als vertrete er die Grünen im Vulkan-Untersuchungsausschuß. Was hat das Trio erreicht? Befreiung? Den Sieg der Menschlichkeit? Nein. Sie haben dem Unterdrücker den Mund zugeklebt - einstweilen. Und sie haben die Verlierer und Getretenen dieser Geschichte ins Licht geholt. Und während im Hintergrund Bremens letzte Werft in Flammen aufgeht, schnalzen diese mit Alditüten den Takt zu Beethoven.

Wie läßt sich nun die Empörung des Bremer Theaterpublikums erklären? Nur vordergründig ist es, wie mir scheint, die Inszenierung Beethovens, die angeblich durch den Schmutz gezogen wird. Die Darstellung einer nackten Frau erregt in diesem Sinne ebenso die Gemüter wie biertrinkende und sich mit Bier bespritzende Personen. Dies sei, so wird sich beim Verfassen der Leserbriefe am heimischen Schreibtisch empört, Beethovens *Fidelio* unwürdig.

Im Kern begründet sich diese Aufregung meiner Meinung nach weniger in Kresniks Verunglimpfung Beethovens als denn in der Hilflosigkeit des Theaterpublikuns im Umgang mit der von Kresnik abgebildeten Realität, d.h. konkret dem Bankrott der Vulkan-Werft. Dazu sei kurz wiedergegeben, was selbst mein kleines politisches Wörterbuch unter dem Begriff *Konkurs* zu berichten weiß:

Konkurs: (...) Der K. ist eine ständige Begleiterscheinung und Folge des kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Insbesondere in Krisenzeiten steigt die Zahl der K. vor allem unter kleinen und mittleren Kapitalisten, unter Handwerkern, Klein- und Mittelbauern an, aber auch größere Unternehmen werden immer häufiger davon betroffen (siehe Konkurrenz).

Anstelle nun aus dem EinmalEins des Kapitalismus sowie aufgrund der gemachten Erfahrungen zu lernen und notwendige Konsequenzen zu ziehen, wird in naiver Unkenntnis heutiger Marktmechanismen in Empörung nach Verantwortlichen gesucht. Da wird gefragt, welche Rolle denn dem ehemaligen Vulkan Vorstandsvorsitzenden Hennemann in Kresniks Inszenierung zukäme. Der sei wohlmöglich vergessen worden. Da wird noch immer in sozialdemokratischer Verklärung der Versuch unternommen, Individuen zur Verantwortung zu ziehen. Von Mißmanagement ist die Rede und so verarzten die Bremer Ökonomiegläubigen die ihnen durch den Vulkan-Konkurs zugefügte Verletzung notdürftig. In diese Wunde wird hier der Finger gelegt: Nicht unausgeschlafene Manager oder kapitalistische Böswilligkeiten führten den Bremer Vulkan-Verbund in den Konkurs, sondern die systemeigene Logik der Marktwirtschaft (vgl. dazu: Annegret Richter in kassiber Nr.22 "Klöckner-Krise: Realismus oder sozialökonomische Kritik?"). Und bevor sich diese Erkenntnis im Bremer Theaterpublikum einstellen mag, führte uns dieses abermals seine Hilflosigkeit im Umgang mit den entfesselten kapitalistischen Kräften vor Augen.

.....
Bruno Fabig

Einzelne Passagen wurden dem Text "Flammenwerft" von Antje Matthies der jungen Welt Nr.233 entnommen. Weitere Vorstellungen Ludwig van Beethoven *Fidelio* im Theater am Goetheplatz: Mi. 12.11., Di. 18.11., Fr. 28.11., Sa. 20.12., Fr.9.1., Fr. 23.1., Do. 29.1., Sa. 14.2., Do. 19.2. jeweils 19.30 Uhr .

Fever Pitch - Buch/Film

"Ich wache gegen zehn auf, koche zwei Tassen Tee, nehme sie mit ins Schlafzimmer und stelle auf jeder Seite des Betts eine ab. Wir beide nippen nachdenklich; so kurz nach dem Aufwachen entstehen lange, traumerfüllte Pausen zwischen den gelegentlichen Bemerkungen - über den Regen draußen, über letzte Nacht, über das Rauchen im Schlafzimmer, wo ich doch versprochen hatte, es sein zu lassen. Sie fragt, was ich diese Woche vorhabe, und ich denke: 1. Ich sehe Matthew am Mittwoch. 2. Matthew hat immer noch mein *Champions* Video. 3. (Dabei fällt mir ein, daß er, der nur so tut, als wäre er ein Arsenalfan, schon seit ein paar Jahren nicht mehr in Highbury war und deshalb keine Gelegenheit hatte, die Neuverpflichtungen der letzten Zeit in natura zu sehen.) Ich frage mich, was er von Anders Limpar hält. Und in drei einfachen Schritten, innerhalb von fünfzehn, zwanzig Minuten nach dem Aufwachen, bin ich auf meinem Weg. Ich sehe Limpar auf Gillespie zurennen, rechts vorbeigehen, fallen: *Elfmeter! Dixon verwandelt! 2:0!* ... Mersons Absatzkick und Smiths Rechtsschuß ins lange Eck im selben Spiel ... Mersons kleines Drängeln vorbei an Grobbelaar in Anfield ... Davis' Knaller aus der Drehung gegen Villa ..." und schon befindet man sich mitten in *Nick Hornbys* "anderer Version der Welt".

Nick Hornby, ehemaliger Lehrer und Literaturkritiker, der zu den großen Schrifstellerentdeckungen der letzten Jahre gerechnet wird, legte mit seinem 1992 erschienen und 1996 ins Deutsche übersetzten Roman *Fever Pitch* (*Ballfieber*)

seine Autobiographie vor, die innerhalb kürzester Zeit - ebenso wie seine jüngste Veröffentlichung *High Fidelity* (1996) - sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland zu einem Bestseller avancierte und euphorisch gefeiert wurde.

Was *Hornby* unter einer "anderen Version der Welt" versteht, läßt sich leicht erahnen, wenn er, wie er in seiner Einführung bemerkt, es mittlerweile akzeptiere, daß Fußball keine Relevanz für den Falklandkonflikt, den Golfkrieg, die Geburt von Kindern, die Ozonschicht, die Kopfsteuer usw. besitze. Allerdings ist die Bedeutung, die der *FC Arsenal* bzw. sein Fan-sein für ihn erlangt hat, so groß und affiziert ihn derartig, daß darin die eigentliche Motivation zu suchen ist, die *Hornby* einen Blick auf seine Besessenheit werfen läßt. Wohlgemerkt: *Hornbys* Gemütszustand lediglich als 'neurotisch' zu bezeichnen, käme einer Verharmlosung des Sachverhalts gleich.

Wer beispielsweise eine Dauerkarte für's Weserstadion besitzt, dort auch regelmäßig hingeht und durchaus emotionale Beteiligung an den Tag legt, ist nach *Hornby* noch lange kein 'echter' Fußballfan - dazu gehöre schon etwas mehr. So stellt *Hornby* grundsätzlich fest: Wer Fußball als Unterhaltung begreift, oder noch schlimmer: mit dem Attribut 'amüsante' versieht, der ist genaugenommen kein Fan. Kein Wunder also, daß *Hornby* eine sehr unorthodoxe Definition von Fußball vertritt: Fußball auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert, sei "nackte Angst".

Hornbys Lebensgeschichte scheint unauflöslich mit seiner Beziehung zum *FC Arsenal* verwoben zu sein, was ihn dazu bewegte, die einzelnen Kapitelüberschriften mit Fußballbegegnungen zu versehen - ein bedeutendes Erlebnis in seinem Leben, das nicht in irgendeiner Verbindung zum Fußball steht, ist undenkbar. Selbstverständlich mußte seine Beziehung zum *FC Arsenal* im "traumatischsten Jahr" seines Lebens beginnen: "Nach der Trennung meiner Eltern zogen wir in ein kleineres Haus, doch eine zeitlang waren wir aufgrund einer unglücklichen Verkettung obdachlos und mußten bei unseren Nachbarn wohnen. Ich erkrankte ernsthaft an Gelbsucht, und fing an, das örtliche humanistische Gymnasium zu besuchen" - auch das noch! Und der akademisch geschulte *Hornby* folgert: "Ich müßte außerordentlich prosaisch sein, zu glauben, daß das Arsenalfieber, das mich bald ergreifen sollte, nichts mit diesem Durcheinander zu tun hatte." Und er fragt sich ernsthaft, "wie viele andere Fans irgendein entsprechendes Freudsches Drama finden könnten, wenn sie die Umstände untersuchen würden, die zu ihrer Besessenheit geführt haben". [Entschuldigung: Ich vergaß die Kategorie 'Besessenheit' einzuführen: "Es kommt zu keiner Analyse, bewußten Selbsterfahrung oder geistigen Strenge, weil Besessene jede Sicht auf ihre Leidenschaften verstellt ist. In gewisser Weise ist es das, was einen Besessenen ausmacht." Neben *Freud* scheint also auch *Hegel* ein besonderes Steckenpferd von *Hornby* zu sein, dessen Leidenschafts-Begriff *Hornbys* Definition zugrunde liegt (vgl. Hegel, G.W.F., Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. In: Werke [in 20 Bänden], Bd. 12, Frankfurt/M. 1986, S. 31, 34 u. 38f.)]

Ebenso wie seine "erste wirkliche Liebesgeschichte" nach einem "enttäuschenden 2:2-Unentschieden" den Bach 'runter ging, mußte auch *Arsenal*, nachdem *Hornby* einen Tag zuvor von *Carol* ("Sie war [...] wunderschön, mit ihren langen, glatten, in der Mitte gescheitelten Haaren und den schmachtenden Rehgaugen von Olivia Newton-John") verlassen wurde, 0:1 verlieren: "Wie sollte es denn auch möglich sein, daß wir gewinnen oder ein Unentschieden holen, wenn ich mich so fühle?" Auch die Depressionen, die *Hornby* fast die gesamten achtziger plagten und die auch nicht mit einer Therapie in den Griff zu bekommen waren, verschwanden binnen eines Monats, nachdem *Arsenal* - in den achtzigern relativ erfolglos - 1987 den *FA-Cup* gewinnt, usw.

Obwohl *Hornbys* Lebensgeschichte sicherlich sehr originell verpackt ist und durchaus ironisch-selbstkritisch Züge trägt, ist sie im Vergleich zu beispielsweise *Leslie Feinbergs Stonebutch Blues* - in dem gerade die Dialektik von subjektiver Selbstbestimmung und objektiver Determiniertheit thematisiert wird und die Protagonistin immer wieder zu modifizierten Lebensentwürfen zwingt - die Geschichte eines Langweilers, der sich seinem 'Schicksal' fatalistisch hingibt: "Das Team schien mir zeigen zu wollen, daß Tiefs tatsächlich dauerhaft sein konnten, daß manche Menschen, so wie manche Clubs, einfach nie Wege aus den Räumen finden konnten, in die sie sich selbst eingesperrt hatten. Es schien mir an jenem Abend und für die nächsten paar Tage, daß wir beide zu oft eine falsche Entscheidung getroffen und den Dingen viel zu lange ihren Lauf gelassen hatten, als daß sich je etwas zum Besseren wenden konnte. Da war es wieder, dieses Gefühl, und diesmal viel tiefer und viel beängstigender, dieses Gefühl, daß ich für alle Zeiten an den Club und folglich auch an dieses armselige Ersatzleben gekettet war."

Und so bleibt *Hornby* auch bis zum Ende seines Buches *Hegel* treu, der in der *Vorrede* zu seiner sog. *Rechtsphilosophie* "über das *Belehren*, wie die Welt sein soll", schreibt: "Als der *Gedanke* der Welt erscheint sie [die Philosophie; TH] erst in der Zeit, nachdem die Wirklichkeit ihren Bildungsprozeß vollendet und sich fertig gemacht hat. Dies, was der Begriff lehrt, zeigt notwendig ebenso die Geschichte, daß erst in der Reife der Wirklichkeit das Ideale dem Realen gegenüber erscheint und jenes sich dieselbe Welt, in ihrer Substanz erfaßt, in Gestalt eines intellektuellen Reichs erbaut. Wenn die Philosophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Gestalt des Lebens alt geworden, und Grau in Grau läßt sie sich nicht verjüngen, sondern nur erkennen; die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug." (Hegel, G.W.F., Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. In: Werke [in 20 Bänden], Bd. 7, Frankfurt/M. 1986, S. 27f.; vgl. zu dieser Hegel-Lesart: Arendt, H., Das Urteilen. Texte zu Kants politischer Philosophie, München 1985, S. 15. Daß hier nicht der Eindruck entsteht, es werde im wahrsten Sinne des Wortes mit Kanonen auf Spatzen geschossen: Von *taz* bis *junge Welt* gilt Hornby als Idealtypus der neuerlichen Verbindung von Intellektualität und Fußball.) So be- bzw. erkennt der altgewordene *Hornby*: "Ein Teil von mir fürchtete sich davor, all dies in einem Buch niederzuschreiben [...] Ich machte mir Sorgen, daß damit alles verschwinden und ich mit diesem riesengroßen Loch zurückbleiben würde, daß der Fußball immer ausgefüllt hatte. Das ist nicht passiert, jedenfalls noch nicht." Dafür ist etwas anderes passiert: Und in Versöhnung mit dem Fußball erklärt er: "Ich habe begonnen, das Elend, das der Fußball bietet, zu genießen." Na dann: Herzlichen Glückwunsch!

Trotz alledem sind *Hornbys* lehrreiche Reflexionen über Gesellschaft, Kultur und Leben ausgehend vom Fußball durchaus amüsant. So habe ein Fußballfan, der über die Sterblichkeit nachdenkt, nicht die "naive Erwartung, daß wir, wenn wir abtreten, keine losen Enden herumliegen lassen. [...] Es wird hunderte von losen Enden geben. Vielleicht sterben wir in der Nacht, bevor unser Team in Wembley aufläuft oder am Tag nach einem Europapokalhinspiel oder während der entscheidenden Phase des Aufstiegskampfes oder einer umkämpften Partie gegen den Abstieg, und dann müssen wir davon ausgehen, jedenfalls wenn man vielen Theorien über das Leben nach dem Tod folgt, daß wir außerstande sein werden, letztlich das Ergebnis rauszukriegen. Der ganze Witz am Tod ist, daß er, metaphorisch gesprochen, fast zwangsläufig eintritt, bevor die wichtigsten Trophäen verliehen worden sind."

Auch zur Lösung eher praktischerer Lebensfragen scheint *Hornby* einiges beitragen zu können: "Es muß viele Väter überall im Land geben, die die grausamste und niederschmetterndste aller Ablehnungen erleben mußten: Ihre Kinder werden zu Anhängern des falschen Teams. Wenn ich mich mit Elternschaft befasse, was ich mehr und mehr tue, da meine sensible biologische Uhr auf Mitternacht zutickt, wird mir klar, daß ich aufrichtige Angst vor dieser Art Verrat habe. Was würde ich tun, wenn mein Sohn

oder meine Tochter im Alter von sieben oder acht Jahren entscheiden würde, daß Dad ein Verrückter und Tottenham, West Ham oder Manchester United das Team für sie ist? [...] Würde ich mich anständig elterlich verhalten und akzeptieren [...] Zum Teufel, nein. Ich selbst bin zu kindisch, was Arsenal anbelangt, um mich den Launen eines Kindes zu unterwerfen. Ich würde ihm oder ihr erklären, daß - auch wenn ich jede derartige Entscheidung respektiere - sie einleuchtenderweise auf meine Begleitung verzichten müssen und zusehen sollen, wie sie dorthin kommen und den Eintritt bezahlen, wenn sie ihr Team sehen wollen. Das müßte den kleinen, blöden Zwerg aufwecken. Ich habe mir mehr als einmal vorgestellt, daß Arsenal im Pokalfinale gegen Tottenham spielt." In dieser Phantasie *Hornbys* sei sein Sohn ein Tottenhamfan, der genauso entrückt, angespannt und unglücklich sei wie er, als er Arsenal das erste Mal unterstützte. Und weil sie keine Karten für das Spiel in Wembley bekommen hätten, schauten sie sich das Spiel zu Hause im Fernsehen an: "In der letzten Minute erzielt der alte Haudegen Kevin Campbell das Siegtor ... und ich explodiere in einem Freudentaumel, hüpfe durch das Wohnzimmer, recke meine Fäuste in die Luft, *verspotte mein eigenes, traumatisiertes Kind, remple es an und zerzause ihm die Haare*. Und weil *Hornby* fürchtet dazu fähig zu sein, hält er es für das "vernünftigste, einsichtsvollste, heute Nachmittag einen Arzt aufzusuchen, um mich sterilisieren zu lassen". Ich hab' neulich gelesen, daß *Hornby* seit zwei Jahren Vater ist. Na ja, ob das mal gut geht.

Die auch in dieser Passage enthaltenen Peinlichkeiten (wenngleich eher harmlos) finden einen ihrer glanzvollen Höhepunkt - nein, nicht in der auch in links-liberalen/libertären Männergruppen-Diskursen beliebten Charakterisierung des Mannes als Mängelwesen (das ginge ja noch), sondern - in *Hornbys* Ausführungen zu "sexueller Entrücktheit"/"Orgasmus" und dem Erzielen eines Tores unmittelbar vor Abpfiff eines Spieles - selbstverständlich für *Arsenal*. Hier eine kleine Kostprobe: "Das Problem mit dem Orgasmus als Metapher ist in diesem Fall, daß der Orgasmus, obwohl offenkundig angenehm, vertraut ist, wiederholbar (innerhalb von ein paar Stunden, wenn du dein Grünzeug gegessen hast) und vorhersehbar, besonders für einen Mann - wenn du Sex hast, weißt du sozusagen, was kommt. Vielleicht wenn ich achtzehn Jahre lang keinen Geschlechtsverkehr gehabt und die Hoffnung aufgegeben hätte, es in den nächsten achtzehn Jahren zu tun, und dann plötzlich, aus heiterem Himmel, bietet sich die Gelegenheit ... vielleicht wäre es unter diesen Umständen möglich, den Augenblick in Anfield annähernd wiederzuerleben. Auch wenn kein Zweifel besteht, daß Sex eine nettere Beschäftigung als der Besuch von Fußballspielen ist (keine 0:0-Unentschieden, keine Abseitsfalle, keine Pokalüberraschungen *und* dir ist warm), sind die Gefühle, die er bei üblichem Ablauf der Dinge erzeugt, einfach nicht so intensiv wie die, die das einmalige Erlebnis eines in der letzten Minute erzielten und für die Erinnerung der Meisterschaft entscheidenden Tores hervorruft. Keiner der Augenblicke, die Menschen als die schönsten in ihrem Leben beschreiben, scheint mir vergleichbar zu sein."

Auch wenn sich *Hornby* möglicherweise bei seinen Reflexionen von *Camus*' "All that I know most shurely about morality and obligations, I owe to football" (zit. nach: Philosophy Football; wenn euch das interessiert, schreibt an: *Philosophy Football, PO Box 10648, London N 156XA*) inspirieren ließ, kann das Ergebnis nicht immer mit dem Prädikat "wertvoll" versehen werden. Daß *Fever Pitch* nach Ansicht eines *taz*-Redakteurs "mindestens zu den besten Büchern der neunziger Jahre" (René Martens, in: *taz* vom 20.04.1996, S. 24) gehöre, kann ich nicht beurteilen - so viel lese ich nicht; traurig wär's auf alle Fälle.

Nick Hornby: "Ballfieber - die Geschichte eines Fans" ("Fever Pitch"), Rogner & Bernhard, Zweitausendeins, Hamburg 1996, 336 Seiten, DM 28,-

Inzwischen wurde *Fever Pitch* verfilmt und läuft auch in deutschen Landen. Nachdem die frischgebackene Literaturentdeckung *Hornby* sein Buch bis Anfang 1996 allein in Großbritannien 280.000 Mal verkaufen konnte, versuchte er sich in dem 1996 gedrehten Film nun auch erstmals als Drehbuchautor.

Die Geschichte ist kurz erzählt: *Paul* alias *Hornby* ist Lehrer an einer mittelmäßigen Schule in London. Er ist bei seinen SchülerInnen wegen seiner unorthodoxen Didaktik beliebt, trainiert eine erfolgreiche Schülermannschaft, ist - selbstverständlich - Arsenalfan und kommt eigentlich mit seinem Leben ganz gut klar. Da taucht die neue Lehrerin *Sarah* an seiner Schule auf: streng, bei den SchülerInnen unbeliebt und von *Pauls* Fußballinteresse angewiedert. Doch weil sich Gegensätze angeblich anziehen, verlieben sie sich. Das junge Glück währt allerdings nicht lange - obwohl *Sarah* allmählich Verständnis für *Pauls* Fußballbesessenheit aufbringt, nimmt sie ihm übel, daß ihm seine 'kindische' Beziehung zum *FC Arsenal* wichtiger zu sein scheint als die Beziehung zu ihr.

Sie trennt sich von *Paul* - und das gerade als *Paul* anfängt, nachdem *Sarah* zu allem Überfluß auch noch schwanger wird, andere bedeutende Dinge im Leben zu entdecken: *Sarah*, das ungeborene Leben und die romantisierte Vorstellung von der bürgerlichen Kleinfamilie. Doch weil *Arsenal* Meister wird - und somit *Pauls* sehnlichster Wunsch in Erfüllung geht - und *Sarah* inzwischen noch mehr Verständnis für *Paul* und *Arsenal* aufbringt - sie selbst zittert beim entscheidenden, letzten Spiel gegen *Liverpool* mit -, finden sie sich glücklich vereint bei der Meisterschaftsfeier wieder. Nun kann dem nicht mehr ganz so jungen Glück nichts mehr in die Quere kommen - denn *Paul* hat erkannt: Fußball ist nicht alles im Leben; was ihm wohl doch gefehlt hat, war Frau und Kind.

Wenn *Fever Pitch* nicht derart profan wäre, könnte der Frage nachgegangen werden, inwiefern *Hornby* hier auf *Hannah Arendt* rekurriert, die in *Vita activa* ausführt: "Es ist, als kehrten die Liebenden durch das Kind wieder in die Welt zurück, aus der ihre Liebe sie gleichsam vertrieben hatte. Aber diese Rückkehr in die Welt, obzwar sie das einzige mögliche Happy-End einer Liebesgeschichte bildet, ist in gewissem Sinne auch das Ende der Liebe [in *Fever Pitch* also zum Fußball; TH], die entweder die Betroffenen aufs neue ergreift oder sich in eine der vielen möglichen Formen der Zusammengehörigkeit umwandeln muß. Die Liebe ist ihrem Wesen nach nicht nur weltlos, sondern sogar weltzerstörend, und daher nicht nur apolitisch, sondern sogar antipolitisch - vermutlich die mächtigste aller antipolitischen Kräfte." (Arendt, H., Vita activa oder vom tätigen Leben, München [8]1994, S. 237f.; die amerikanische Ausgabe erschien erstmals 1958 unter dem Titel *The Human Condition*) Doch allein den Film unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten, bedeutete ihm eine Qualität zuzusprechen, die er bei weitem nicht verdient hat: Die Handlung des Films, der sich nicht zwischen Liebes- und Fußballgeschichte entscheiden kann, ist lieblos aneinandergeklatscht. Nicht genug daß die Übergänge völlig unvermittelt sind und die Charaktere nicht einmal mehr als 'blaß' bezeichnet werden können, auch die eigentlichen Konflikte, die *Paul* anscheinend plagen, bleiben unverständlich: *Paul* wirkt zwar etwas skurril und kautzig. Aber daß er einer extremen Form von Fußballbesessenheit verfallen sei o.ä., kann ihm zu keiner Zeit abgenommen werden. Die verschiedensten Themen - wie: Was macht Identität aus? Wie erklärt sich die spezifische Bedeutung, die der Fußball als persönliches und gesellschaftliches Ereignis gewonnen hat? usw. - werden kurz aufgegriffen und ebenso konsequent wieder fallengelassen.

Vermutungen darüber anzustellen, ob *Hornby* beim Schreiben dieses unausgegorenen Drehbuchs in erster Linie kommerzielle Interessen verfolgte, ist müßig. Fest steht allerdings, daß sich jeder Fußballinteressierte problemlos mit *Paul* identifizieren kann. Auch wenn er nie *Baudelaire* (oder war's *Böll*) gelesen hat, braucht er die Hoffnung nicht aufzugeben, daß er doch noch eine/einen abkriegt und daß nicht alle Fußballfans blöd sind. Obwohl in *Fever Pitch* einige Spielszenen von *Arsenal* gezeigt werden, die Atmosphäre in *Highbury* spürbar wird und *Paul* mit seinem Freund (*Henry* oder so) *Subbuteo-Tischfußball* spielt: *Fever Pitch* ist wirklich nur für den hartgesottenen Verfechter seichter Unterhaltung genießbar - wie z.B. für den *Weser-Kurier*-Mitarbeiter *K. Köstergarten*: "Das alles ist [...] eine höchst witzige und ironische Komödie rund um die (Männer-)Leidenschaft für Fußball. Mit sehr viel Sympathie und Humor blickt der Film auf seine Protagonisten und bietet beste Unterhaltung."

Thomas Hartmann

Friss und stirb trotzdem

"... Exil ist nichts von einem anderen Stern, man sucht es nicht aus, man stürzt hinein. Er macht eine abwertende Geste, du solltest es dir nicht zu schwer machen, uns ist es ähnlich gegangen, und wir leben und haben Spaß daran, und ich nicke, denn was soll ich darauf schon erwidern ?"

Untertauchen ist keine Abenteuer, kein Heldenakt, sondern etwas, wozu mensch gezwungen wird, um der Verfolgung zu entgehen. Raul Zelik erzählt in seinem Roman *Friss und stirb trotzdem* aus Sicht eines Beteiligten eine solche Flucht ins Ungewisse, eine Flucht, die aus zuvielen Bildern besteht, um einfach zu verblassen.

Am Anfang steht eine folgenschwere Auseinandersetzung zwischen AntifaschistInnen und Führungskadern einer faschistischen Organisation in einem griechischen Restaurant im Kiez von Berlin. Im Verlauf der Aktion kommt der Schatzmeister einer rechtsradikalen Partei ums Leben. Die Polizei spricht schnell von einem heimtückischen Anschlag einer linksextremistischen Ausländergruppe aus dem Viertel. Nach einzelnen Beschattungen und Hausdurchsuchungen scheint die Geschichte vergessen zu sein.

Ein Jahr später: In Berlin ist wieder Sommer, die Hitze in der Stadt macht der Clique von Jugendlichen, die aus Familien verschiedener Nationalitäten stammen, zu schaffen. Musik , Abhängen, Basketball, Filme und gelegentliche Jobs bestimmen den Alltag.

Gegen den alltäglich erfahrenen Rassismus stellen sie sich selbstverständlich zur Wehr. Rassistische Sprüche, Nazischläger, faschistische Brandanschläge ..., ein als feindlich erlebtes Land. Sie handeln aus dem Wissen heraus, daß die Brandanschläge jederzeit sie und andere treffen können.

Doch schon bald ist der Sommer im Kiez zu Ende, und es beginnt die eigentliche Geschichte in der "die tatsächlichen Ereignisse keine Rolle mehr spielen, sondern nur das, was für das Geschehene gehalten wird". Erst sehr viel später erfahren die Angeklagten und Gesuchten, daß der Staatsschutz sie schon lange systematisch ausgeschnüffelt hat.

Ein Jugendlicher, der vor mehr als einem Jahr bei dem Angriff auf die Nazis dabeigewesen sein soll, stellt sich der Polizei, es kommt zu Verhaftungen, der Haftbefehl lautet auf gemeinschaftlichen Mord. Doch die Hauptperson der Geschichte kann abtauchen, aus dem jungen Antifaschisten aus dem Kiez wird ein Flüchtling.

"Als das Gleis vom sich nähernden Zug zu singen anfängt, bin ich fast glücklich, denn die Flucht ist immerhin Bewegung, ist ein Ausweichen, ein von der Stelle kommen, das anders als das Warten die ausgeschüttete Energie auf ein Ziel zu richten vermag, das grelle Brennen der Schienen, *muß ich denn, muß ich denn wirklich hinaus* ... Pipa küßt mich auf die Augen, ich denke, sie könnte mich lieben, ich spüre ihren Atem, der nach Kaugummi riecht, und frage mich, ob wir uns wiedersehen werden.

Der Schritt vom Bahnsteig in den Zug führt über zwei Stufen nach oben, die unendlich mühsam sind, *ein kleiner Schritt für mich, aber ein großer ...*"

Friss und stirb trotzdem klärt die trübe Sicht auf die Situation eines Abgetauchten. Es entsteht ein authentisches Bild eines Menschen jenseits vom coolen Polit-Profi oder bloßen Statisten mit all den Ängsten und Schwächen. Durch die einfühlsame Betonung der Gefühls- und Erlebenswelt aller Beteiligten findet Raul Zelik zu einer Ausdrucksform und angemessenen Sprache, die es erlaubt, sich in die verschiedensten Personen hineinzuversetzen, sie nachzuerfahren: Mensch sitzt im Polizeiauto und erlebt die Freude des Fahnders über eine Spur ebenso wie die gähnende Langeweile im vermeintlich sicheren Unterschlupf. Nach und nach verstrickt die vermeintliche Fiktion des Textes den/die LeserIn so, daß mensch kaum noch weiß, ob das Geschriebene vielleicht doch des Autors eigene, tatsächlich erlebte Geschichte darstellt.

Dennoch bleibt der Autor nicht in der Subjektivität seiner Personen verhaftet, sondern läßt einen anderen Blick auf die Ereignisse, die als "Kaindl-Fall" bekannt geworden sind, zu als das seitenweise Posititionspapiere und Nachbetrachtungen schaffen. Raul Zelik Roman schafft einen anderen Zugang: Er erzählt eine Geschichte nicht von Solidarität als politischer Forderung, sondern füllt sie als gelebte Solidarität, die kein bloßes Lippenbekenntnis bleibt. Gerade ein solches Solidaritätsverständnis erfährt in Zeiten verstärkter Repression besondere Bedeutung, auch wenn "die Wiederholung der immer gleichen Ereignisse unter ständig anderen, aber immer ähnlichen Vorzeichen" das Gefühl vermittelt, immer auf der Stelle zu treten. Sei es wie hier im "Kaindl-Fall", auf dem die Geschichte basiert, oder, als jüngeres Beispiel, die Ermittlungen gegen die linksradikale Zeitung *radikal,* in deren Zuge etliche Leute verhaftet wurden und fünf Personen abtauchen mußten.

Leider fehlt eine Darstellung der dem Text zugrundeliegenden tatsächlichen Begebenheiten. Insbesondere für jemanden, der/die mit dem "Kaindl-Fall" nicht vertraut ist, bleibt es so schwierig, den politischen Gehalt des Buches zu bewerten. Besonders deutlich zeigt sich dieses Manko bei dem im Nachwort erwähnten Namen "Cengiz" (im Roman "Ahmet").

Cengiz gehörte der Jugendgruppe *Antifasist Genclik* an, die vom Berliner Verfassungsschutz auch wegen der politischen Organisierung der ausländischen Jugendbanden zum inneren Feind Nr. 1 erklärt worden war. In der Nacht zum 4. April 1992 wurde der Funktionär der faschistischen *Deutschen Liga* (DL), Gerhard Kaindl, bei einer Auseinandersetzung zwischen AntifaschistInnen und einer Gruppe von Nazikadern in einem China-Restaurant in Berlin-Neukölln getötet, ein weiteres führendes Mitglied der DL, Thorsten Thaler, schwer verletzt. Die Repression gegen die Gruppe *Antifasist Genclik*, die für die Tat verantwortlich gemacht wurde, verschärfte sich weiter. In der deutschen antifaschistischen Linken wurde der Tod Kaindls zum Teil scharf kritisiert, weil durch ihn "möglicherweise eine Eskalation ausgelöst werde, die nicht kontrollierbar sei".

Im Sommer 1992 tauchte Cengiz unter und schloß sich später der kurdischen Guerilla an. Als die Ermittlungen offensichtlich nicht mehr vorankamen, spielten Staatschutzbeamte den Nazis persönliche Daten über die angeblich Tatverdächtigen zu. Nach mehr als einem Jahr stellte sich der 17jährige Erkan bei der Polizei und behauptete, er habe an der Aktion teilgenommen. Auf Grundlage seiner Aussage wurden zehn Personen gesucht, eine elfte Person konnte nicht identifiziert werden. Es kam zu Festnahmen, einige Leute konnten fliehen.

Im Frühjahr 1994 wurde Anklage erhoben, sie lautete "auf gemeinschaftlichen Mord". Über die Prozeßstrategie, das Thema Aussageverweigerung und einen von einem abgespalteten Teil der Roten Hilfe Berlin gegen Bazdin und Erkan, die Aussagen machten, erhoben Verratsvorwurf, wurde heftig gestritten. Am 15. November 1995 wurden nach 13 Verhandlungstagen die Urteile gegen alle in diesem Prozeß Beteiligten gesprochen. Der Mordvorwurf wurde fallengelassen und die Haftbefehle gegen die Gesuchten aufgehoben.

Flüchtig blieb nach wie vor Cengiz, der im Verfahren als der "Messerstecher" belastet worden war und somit die Hauptlast des Verfahrens trug. Cengiz wurde im Sommer 1996 bei einer Offensive der kurdischen Guerilla vom türkischen Militär erschossen - eine Geschichte wie sie das Leben schrieb? -, gerade als Zelik seinen Roman beendete.

Zeliks politischer Roman ist so spannend wie ein Thriller und besticht durch seine authentische, eindringliche Erzählweise. Ein Buch das, einmal angefangen, bis zur letzten Seite durchgelesen werden muß: Kommt er nun durch oder kriegen ihn die Fahnder ?

Der Autor Raul Zelik wurde 1968 in München geboren. 1985 ging er nach Nicaragua. Es folgten mehrere Aufenthalte in Lateinamerika. Er lebt seit 1989 in Berlin, wo er auch die "sinnliche Erfahrung am Rande des Abgrunds" (gemeint ist der "Kaindl-Fall) machte, auf der sein Werk fußt.

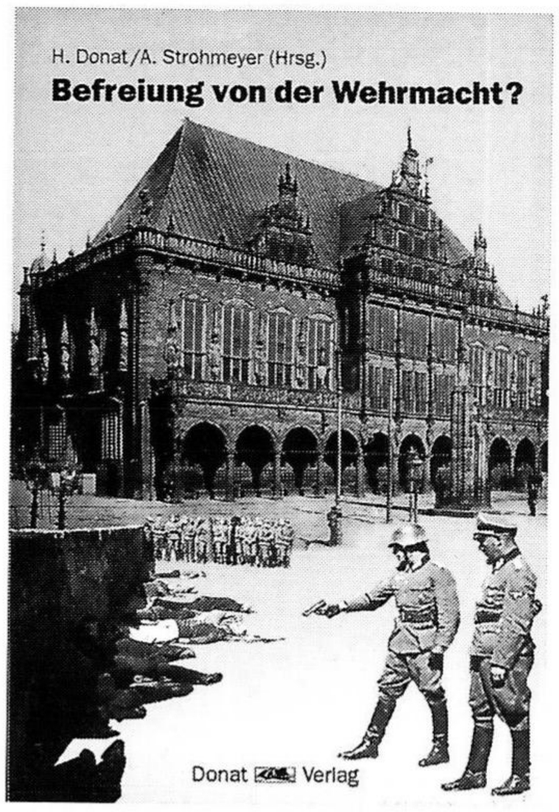
Erhältlich ist das Buch u.a. im Infoladen Umschlagplatz in der St.-Pauli-Straße 10/12 (Mo, Mi, Fr, jeweils 16-19 Uhr), wo es auch weitere Informationen zum "Kaindl-Fall" gibt.

Kurt Niedermayr

Raul Zelik, Friss und stirb trotzdem, Hamburg: Edition Nautilus, 1997, 158 S., 28 Mark

Befreiung von der Wehrmacht?

Rund ein dreiviertel Jahr lang schlug die Debatte um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ in Bremen mehr oder weniger hohe Wellen. Im Donat Verlag erschien wenige Tage vor der hiesigen Eröffnung der von Ende Mai bis Anfang Juli in der Unteren Rathaushalle gelaufenen Ausstellung das Buch *Befreiung von der Wehrmacht?*, das auf 150 Seiten die Bremer Auseinandersetzung - Zeitungsartikel und Beiträge im Radio - umfangreich dokumentiert. Auf 20 Seiten des Buches findet sich eine Bibliographie, in der sämtliche auffindbare Beiträge incl. Unmengen von LeserInnenbriefen „verzettelt“ sind sowie zahlreiche überregionale Pressemeldungen.



Auf den ersten 100 Seiten wird in acht Beiträgen verschiedener Autoren diese Auseinandersetzung bzw. deren Hintergründe näher beleuchtet. Durchgängig entsteht dabei der Eindruck, daß die pazifistischen, liberalen, demokratischen Autoren doch ziemlich empört, gar erschüttert sind, wie „das“ hier und heute (noch) „passieren“ konnte. Christoph Dette zeichnet die „Debatte im Spiegel der Leserbriefe“ nach, Arn Strohmeyer hält sie für „ein Lehrbeispiel der unrühmlichen Art“ und auch Wolfram Wette glaubt - wie viele andere -, daß erst durch diese Ausstellung „die letzte große Legende der Nazi-Zeit fällt“.

Die durch die Bremer CDU initiierte Kampagne war nicht nur klar apologetisch, sondern hatte auch stark faschistoide Züge. Die Gemeinschaft der DemokratInnen setzte sich dagegen zur Wehr, wollte nochmals das erklären, dessen es auch der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) nicht bedurft hätte: daß die faschistische Wehrmacht einen Krieg unternahm und dabei zig Millionen Menschen ermordete. Dennoch ssollen die eigenen Großväter - zumeist - irgendwie unschuldig geblieben sein, hätten sich an den „Verbrechen“ (HIS), nicht beteiligt.

Das aber wird durch das Buch *Befreiung von der Wehrmacht?* widerlegt: Deutlich wird, daß das Handwerk des deutschen Soldaten der Mord ist - und nicht erst dann, wenn er quasi extralegale „Verbrechen“ begeht. Die sind eben keine „Erfindung“ des Nationalsozialismus: Helmut Donat erinnert an den „Überfall auf Belgien im August 1914“, Karl-Heinz Hansen mit der „Vorgeschichte der Verbrechen der Wehrmacht“ daran, daß die „Ehre“ deutscher Soldaten eigentlich gar nicht beleidigt werden kann; Norbert Frei dokumentiert die „Arbeit am Ehren-Epos“ in den Nachkriegsjahren. Vor allem regionalgeschichtlich interessant sind Dieter Frickes „Anmerkungen zu einem ärgerlichen Buch“ (als Vorabdruck im letzten kassiber) und Donats Beitrag zu Bernd Neumann, dem Scharfmacher der Bremer CDU, der nicht nur Bücher gern brennen sehen würde (vgl. den Artikel „Bremen im Deutschen Herbst“ in dieser Ausgabe).

Willi Leow

Helmut Donat/Arn Strohmeyer (Hrsg.), Befreiung von der Wehrmacht? Dokumentation der Auseinandersetzung um die Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacxht 1941-1944 in Bremen 1996/97, Bremen: Donat, 1997, 254 S., DM 24,80

“Sie haben nur ihre Pflicht getan”

Anläßlich der Wiederaufnahme des Prozesses gegen den Kriegsverbrecher Helmut Priebke legte der Harald-Kater-Verlag im Frühjahr die autobiographische Erzählung Herward Beschorners unter dem Titel *“Sie haben nur ihre Pflicht getan” in der Sicherheitszone Padua-Süd* wieder auf. *“Sie”*, die *“nur ihre Pflicht”* tun, sind Soldaten einer Wehrmachts-Einheit im norditalienischen Este, die dortige “Freiwillige” für den deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg ausbilden soll. Doch die ehemals verbündete „Achsenmacht“ besteht inzwischen nur noch aus der im September 1943 vom Faschisten Mussolini ausgerufenen Repubblica Sociale Italiana, die nur durch Intervention der Deutschen gegründet werden konnte. Überall sonst sind alliierte Truppen auf dem Vormarsch.

Hans Bertram, Abiturient aus bürgerlichem Elternhaus (der Vater ist *„sehr national eingestellt“)*, wird im Frühjahr 1944 nach Venetien versetzt. Nach dem „Arbeitsdienst“ war er zur Wehrmacht eingezogen worden, hatte als Unteroffizier u.a. am Angriff auf die Sowjetunion teilgenommen und war dann ein Jahr auf Sizilien stationiert, weshalb er relativ gut italienisch spricht.

Bertram ist (zunächst) kein Widerständler, fügt sich allerdings, so will es das Buch vermitteln, immer erst - so bei seinem Eintritt in die HJ - *„zuletzt, (wenn) es sich nicht mehr vermeiden“* läßt. Faschimus und NS-Regime werden von daher von ihm auch nicht grundsätzlich in Frage gestellt, allerdings, so erfahren wir in Rückblenden, versucht er Verfolgten und Opfern, soweit es ihm möglich erscheint, zu helfen bzw. eine Art Beistand zu leisten. So einem jüdischen Mitschüler, der eines Tages im Jahr 1938 in seiner Klasse „fehlte“, weil er von der Schule verwiesen wurde. Bertram besuchte ihn einige Male, bis dessen Vater ihm sagte,daß er nicht mehr kommen solle, weil dies zu gefährlich für ihn sei. Oder während seiner Stationierung in Smolensk zwei desertierten Angehörigen eines der SS unterstellten Polizeibataillons: Bertram und einer seiner Vorgesetzten verhalfen den beiden, die nicht an der Erschießung von jüdischen Männern, Frauen und Kinder teilnehmen wollten, zur Flucht. Diese und andere Erfahrungen schienen aber mehr Episoden im Leben des Hans Bertram, der als Soldat mit seiner Einheit mehrere Länder heimsuchte, geblieben zu sein, denn weniger Wehrmacht und Krieg an sich werden kritisiert, sondern vor allem ‘illegale’ Maßnahmen wie eben die Erschießungen oder auch Diebstahl und Plünderungen durch deutsche Soldaten. Das ändert sich schnell, als Bertram zum *Commando Tedesco* nach Este kommt - und hier beginnt das Buch, das die Ereignisse des kommenden halben Jahres beschreibt.

Denn natürlich sind es keine „Freiwilligen“, die die im Aufbau befindliche Einheit ausbilden soll, sondern Männer aus der Umgebung, die u.a. von italienischen faschistischen Verbänden per „Menschenjagd“ festgenommen und den Deutschen übergeben werden. Auch SS und Angehörige der Ausbildungseinheit überfallen die umliegenden Dörfer, um Soldaten zu rekrutieren. Doch Bertram, der sich immer wieder eingeredet hatte, *„mit den Übergriffen auf die Bevölkerung nichts zu tun zu haben“*, weil er derweil am Klappenschrank der Kommandantur Nachrichten vermittelt, kommt immer mehr zu der Einsicht, daß er es sich bisher zu einfach gemacht hat. Nachdem Hauptmann Lembcke, Chef der Ausbildungseinheit, zum „Sicherheitskommandanten der Zone Padua-Süd“ ernannt wurde, ist die Wehrmachtseinheit auch für die „Partisanenbekämpfung“ zuständig; Deserteure, Kriegsgefangene und PartisanInnen werden im Commando Tedesco verhört, mißhandelt und gefoltert. Auch Hinrichtungen werden vorgenommen, bis hin zu „Vergeltungsaktionen“ genannten Ermordungen italienischer Aktivisten.

Bertram liefert schließlich dem italienischen Widerstand Informationen über bevorstehende Razzien, die er als Nachrichten-Unteroffizier regelmäßig mitbekommt. Ende Oktober 1944 läßt er es ein letztes Mal beim *Centralino* 3x klingeln, danach desertiert er - kurz zuvor hatte er erfahren, daß der SD ihn beobachten läßt.

1979 wurde Herward Beschorner durch seinen ehemaligen Kompaniechef in einer eidesstattlichen Versicherung bestätigt, daß die bevorstehende Verhaftung *„seinen sicheren Tod bedeutet“* hätte. Hauptmann Lembcke, dem in italienischen Prozeßakten mehr als 60 angeordnete Exekutionen nachgewiesen werden, starb 1971 in der Lüneburger Heide an den Folgen eines Schlaganfalls. Italien hatte nach 1945 die BRD mehrmals um die Auslieferung des Wehrmachtsoffiziers ersucht, war hier aber auf taube Ohren gestoßen.

Willi Leow

Herward Beschorner: “Sie haben nur ihre Pflicht getan” in der Sicherheitszone Padua-Süd, Berlin: Harald Kater, 1997, 95 S., DM 16,80

Was bisher geschah: *Nr. 1/März 1989: Schwerpunkt: Zusammenlegung jetzt - Hungerstreik der Gefangenen aus RAF; Nordirland - Kolonie Europa; Intifada; 52 S.* ¤ ***Nr. 2/Mai 1989:*** *Bremer Frauenwoche; Kriminalisierung und Verfolgu von KurdInnen in der BRD; kassiber-Kontroverse (I); 40 + 12 S.* ¤ ***Nr. 3/Juli 1989:*** *Schwerpunkt: Frauen im Knast; Streik Bremer Krankenhäusern; D. Ortega in Bremen; kassiber-Kontroverse (II); 40 S.*¤ ***Nr. 4/September 1989:*** *1492-1992 - die e maligen Kolonien wollen nicht mitfeiern; DKP in der Krise; GEPA; kassiber-Kontroverse (III); 48 S.* ¤ ***Nr. 5/November 19*** *"Drogenkrieg" in Gröpelingen; Wohnungsnot; Mumia Abu-Jamal; Libyen 48 S.* ¤ ***Nr. 6/Januar 1990:*** *Drugs, Kripo u Methadon; DDR; El Salvador; Startbahn-Prozeß; 48 S.* ¤ ***Nr. 7/März 1990:*** *Der Kampf um einen Lehrauftrag für Ingrid Str und seine Folgen; Ist die rote Uni brav geworden?; Wer verflixt ist Walter Soyka?; Euskadi: Der schmutzige Krieg gegen ETA; Barcelona: Warum Nein zu "1992" 40 S.* ¤ ***Nr. 8/Mai 1990:*** *Neues "Ausländergesetz"; Siemens-Boykott; 6. Mai - years after; Hungerstreik in Spanien; Islam und "nationale Befreiung"; Cuba; 48 S.* ¤ ***Nr. 9/Juli 1990: Beilage: I Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal und sein politischer Zusammenhang;*** *Wohngruppenvollzug in der JVA Oslebshaus Unser Knast soll schöner werden; Die Angst des Mannes, unten zu liegen; Radikale Linke; Sevilla vor der Weltausstellu 44 + 12 S.* ¤ ***Nr. 10/Oktober 1990:*** *Schwerpunkt: Der Aufmarsch am Golf; Rassistische Kampagne gegen Roma; Albani "... gelobt seien deine Beine"; Die letzten europäischen Kolonien; 48 S.* ¤ ***Nr. 11/Dezember 1990: Beilage: Cuba Lib*** *Schwerpunkt: BRD + DDR = einig Vaterland?; Die Häuser denen, die sie brauchen; Palästina; 68 + 12 S.* ¤ ***Nr. 12/Febr 1991: Beilage: "Die Auffassungen unserer Völker" (Golfkrieg);*** *Schwerpunkt: Krieg - Propaganda - Krieg: Völkermord Völkerrecht (Golfkrieg); Linksradikale Drogenpolitik?; 500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand; 64 + 12 S.* ¤ ***13/April 1991:*** *Schwerpunkt: Krieg zu Ende - das Leben geht weiter: Auf der Suche nach dem Zusammenhang zwischen Kr und Sexismus; Golfkrieg; Patriots als Wiedergutmachung?; Biotechnologie: Patente des Hungers; 52 S.* ¤ ***Nr. 14/Juni 19*** *Realität und Folgen des neuen Ausländergesetzes; Ein Mädchenhaus für Bremen!; Pädophilie-Debatte (I); Interview VertreterInnen der MLN-PR (Puerto Rico); Nordirland: Same procedure as every year?; Untraditionelle Form Entwicklungshilfe; 72 S.* ¤ ***Nr. 15/September 1991:*** *Flüchtlinge: Displaced Persons; Asylpolitik: Wedemeier läßt die Sau ra Refugio - Psychosoziale Beratung für Flüchtlinge; Nationalitätenkonflikte in der UdSSR - aktuelle Entwicklungen in den b tischen Republiken; Pädophilie-Debatte (II); 60 S.* ¤ ***Nr. 16/November 1991:*** *Schwerpunkt: AIDS-Politik - kritische Theori Hoyerswerda; EG-Flüchtlingspolitik; UdSSR: Sozialismus oder ...; Mumia Abu-Jamal: Dringender Appell; Jugoslawi Pädophilie-Debatte (III); Geschlecht, Struktur, Geschichte - soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses; 76 S.* ¤ ***17/Februar 1992: Beilage: Das "Viertel" - Entwicklung, Sanierung, Umstrukturierung;*** *Drogenpolitik; PRINZ-Boyk Fight against racism!; Existenzgeld und garantiertes Mindesteinkommen; 52 + 20 S.* ¤ ***Nr. 18/April 1992:*** *500 Ja Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand; Diskussion: "'Drei zu eins' für wen?"; Diskussion: Zum RZ-Papier "Gerd Albartus tot"; 64 S.* ¤ ***Nr. 19/Juni 1992: Beilage: Arabische Regionen - zwischen Krieg und Widerstand;*** *"Gegen Terror u Rauschgift": Deutsch-türkische Zusammenarbeit in Bremen; Brandanschlag auf Bremer Flüchtlingswohnheim; Golfkrie Nachlese; 60 + 48 S.* ¤ ***Nr. 20/September 1992:*** *Vom VS überwacht; Euthanasie; Folternde Polizisten; Asylverfahrensges Kriegspropaganda: Menschenfreunde, Meinungsmacher und Jugoslawien; 68 S.* ¤ ***Nr. 21/Dezember 1992:*** *Schwerpur Krieg in Jugoslawien; Drogenpolitik; Wohlstand gegen Rassismus?; Strafanzeige wg. GdP-"Satire"; Interview z Tuntenhaus; 64 S.* ¤ ***Nr. 22/August 1993:*** *Die Asylbranche boomt: Schwimmendes Flüchtlingslager; Klöckner-Kru Realismus oder sozialökologische Kritik?; Somalia: Operation Restore Hope; Bundeswehr: "Out-of-area"-Einsät Jugoslawien: Vergewaltigung kennt keine Nationalität; 48 S.* ¤ ***Nr. 23/Oktober 1994:*** *Schwerpunkt: Neues Deutschla Interview mit Buntentor-Frauen; Rassistische Polizeiübergriffe; Rwanda: Der Mythos vom landesüblichen Völkermord; 7* ¤ ***Nr. 24/Januar 1995:*** *Defätistische Anmerkungen: Gelbe Frau, grüner Mann, schwarzer Block; Bremen hat ei Polizeiskandal allerersten Ranges; Opfer der NS-Militärjustiz; Mumia Abu-Jamal: Gewalt und Lügen - Menschenrechte wen?; 60 S.* ¤ ***Nr. 25/Mai 1995:*** *Neue Wege in der Drogenpolitik?; Brechmitteleinsatz bei der Bremer Polizei; Rassismus Polizei und Justiz in Bremen; ZwangsarbeiterInnen in Bremen (I); 80 S.* ¤ ***Nr. 26/Juli 1995:*** *Schwerpunkt: Kritik Veganismus: Datenschutz; ZwangsarbeiterInnen in Bremen (II); Hogefeld-Prozeß"; 60 S.* ¤ ***Nr. 27/Oktober 19*** *Männerorganisierung und Sexismus; Die Vorstellung, staatliches Strafen müsse Sinn haben; Selektierende Anthropolog Euskadi/Spanien: Enthüllungen über den "schmutzigen Krieg"; Beugehaft; 60 S.* ¤ ***Nr. 28/Februar 1996:*** *Schwerpunkt: ökologischer Biederkeit, Walen und Atomen; Worte als Waffen? Lesben/Frauen, linke Presse und politische Zensur; Zensu der Linken? Feministische Inhalte in der "radikal"; Sexueller Mißbrauch an Jungen; 68 S.* ¤ ***Nr. 29/September 19*** *Schwerpunkt: Im Bann des Patriarchats?; "Chaos-Tage"; Datenschutzbericht; Interview zum "radikal-Verfahren"; 68 S.* ¤ ***30/Dezember 1996:*** *Schwerpunkt: "Saubere Wehrmacht"; Betrachtung zu "Ästhetik des Widerstands"; "radikal": Wieder a getaucht; 52 S.* ¤ ***Nr. 31/April 1997:*** *Zur Privatisierung von GeWoBa und Bremischer; Pädosexuelle Tätergruppe im Rat&T Zentrum; "Torfsturm"; "Wehrmachtsausstellung"; 48 S.* ¤ ***Nr. 32/Juni 1997:*** *Schwerpunkt: "Vernichtungskrieg"; Reaktionä aus dem Viertel; Bremer Datenschutzbericht; "Get ready!": Diskussion ums "Abtauchen"; 60 S.* ¤ **Bröschüre: Drei zu E - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus. Text von Klaus Viehmann und anderen Frauen und Männern, 48 (DIN A5).**

Drei Zeitungen oder Broschüren kosten zusammen DM 6,- (plus DM 3,- für Porto und Verpackung). Zehn Zeitungen o Broschüren kosten zusammen DM 18,- (plus DM 5,- für Porto und Verpackung). Alle 30 kassiber-Ausgaben plus die D zu Eins-Broschüre nur noch DM 50,- (plus DM 10,- für Porto und Verpackung). [Wobei es den kassiber Nr. 4, da ausv kauft, in jedem Fall nur als Kopie gibt.] Allerdings: Wir liefern prompt, dafür nur gegen Vorkasse (Scheine, zur I Briefmarken - Porto-/Verpackungskosten nicht vergessen)! Die Bestellung und das Geld bitte an folgende Adre schicken: VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen.